

DER TÄUSCHER

Wie **Christian Lindner** die FDP beherrscht und gefährdet



Nur noch Schrott?
Volkswagen und die deutsche Wirtschaftskrise

DEEPPAKES
Die Bande hinter den gefälschten Pornos

WEIHNACHTEN
Die Kunst des guten Schenkens

Ungarn Ft 3990,-
Printed in Germany

Spanien/Kanaren € 8,30
Tschechien Kč 245,-

Slowenien € 7,90
Spanien € 8,-

Schweiz sfr 9,70
Slowakei € 8,-

Österreich € 7,40
Portugal (cont) € 7,90

Kroatien € 9,40
Norwegen NOK 135,-

Griechenland € 8,20
Italien € 8,50

Finnland € 9,90
Frankreich € 8,-

BeNeLux € 7,90
Dänemark dkr 79,95

„Nur mit Wissen und Erfahrung kann ich vorausschauend handeln.“

Elisabeth Pähtz | Schachgroßmeisterin

Kompetenz zahlt sich aus. Auch bei Ihrer Geldanlage

Auch wir von Union Investment handeln vorausschauend und setzen unser Wissen und unsere langjährige Erfahrung dafür ein, dass Sie Schritt für Schritt Ihre finanziellen Ziele erreichen und mit unseren Investmentfonds zuversichtlich in Ihre finanzielle Zukunft blicken können. Informieren Sie sich jetzt bei unseren Partnerbanken. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.union-investment.de/kompetenz



Aus Geld Zukunft machen

Mehr über uns und Elisabeth Pähtz



 **Union
Investment**

HAUSMITTEILUNG

Titel

| Seiten 12, 18

Nach dem Bruch der Ampelkoalition glaubte FDP-Chef Christian Lindner, die Liberalen gestärkt in den Bundestagswahlkampf führen zu können. Stattdessen geht es für den Ex-Finanzminister und seine Partei plötzlich um die politische Existenz, wie ein SPIEGEL-Team um Florian Gathmann und Severin Weiland in der Titelgeschichte nachzeichnet. »Der ewige Spieler Lindner hat sich verzockt«, sagt Gathmann. Selbst in der FDP gibt es seit der Veröffentlichung des sogenannten D-Day-Papiers Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit. Wie kann es sein, dass Lindner weiterhin ziemlich fest im Sattel sitzt? »Die FDP hat sich ihm ausgeliefert«, sagt Weiland. Jens Glüsing und Gerald Trautefter sprachen mit dem Chef der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, Karl-Heinz Paqué, über die Frage, warum Lindner Anleihen bei dem argentinischen Präsidenten Javier Milei nimmt.

VW

| Seiten 50, 58

Höhenflüge und Krisen von Volkswagen hat der SPIEGEL von jeher eng begleitet, von Machtkämpfen um die Patriarchen Ferdinand Piëch und Martin Winterkorn über die Diesellaffäre bis hin zum Preiskrieg in China. Seit Anfang September scheint der Aufruhr größer denn je: Erstmals will der Vorstand Werke in Deutschland schließen, VW wird zum Symbol für die Schwäche der gesamten deutschen Wirtschaft. Ein Team um **Alexander Demling** und Simon Hage hat mit Topmanagern, Gewerkschaftern und Mitarbeitern gesprochen. Am Ende ergab sich ein klares Bild: VW hat künftig nur noch dann eine Chance, wenn sich der Konzern radikal öffnet: für neue Ideen und Spitzenpersonal aus anderen Branchen. »Schafft Volkswagen die Wende«, sagt Demling, »könnte der Konzern noch einmal zum Vorbild für Deutschland werden.«



DER SPIEGEL



Emin Özmen / DER SPIEGEL

Syrien

| Seite 68

Auf zwei Dutzend Reisen recherchierte **Christoph Reuter** zwischen 2011 und 2019 im umkämpften Syrien: in Aleppo unter Fassbomben-Beschuss, in der belagerten Stadt Sabadani, an den Einschlagsorten von Chlorgasbomben in Nord-Hama. Nun hat Reuter auf seine alten Kontakte zurückgegriffen und beschreibt das Wiederaufflammen der Kämpfe in Syrien und die Geländegewinne des »Komitees zur Befreiung der Levante«. Der Vormarsch

könnte eine Kettenreaktion in Gang setzen, an deren Ende der Sturz von Machthaber Baschar al-Assad steht, sagt Reuter, »solange Assad bleibt, wird dieser Krieg nie enden«.

Die Grünen

| Seite 40

Was ist los mit den Grünen? SPIEGEL-Autorin **Barbara Supp** kennt sie noch aus alten basisdemokratischen Zeiten und wundert sich manchmal über die Entwicklung dieser Partei. Supp wollte wissen, ob noch etwas übrig ist vom Widerspruchsgeist, und fuhr zum Kongress der Grünen Jugend nach Leipzig. Dort stellte sie fest, dass viele der Jungen gar nicht wissen, wie rebellisch die Partei mal war. Die Grünen von heute geben dem Kanzlerkandidaten Robert Habeck 96,5 Prozent Zustimmung, und die Partei war wohl nie so sehr Joschka, wie sie jetzt Robert ist. Nach der Inthronisierung findet Supp: »Für mich passt das nicht mehr zusammen, die Grünen und diese robertisierte Partei.«



Tinka Dietz / DER SPIEGEL



»Dein SPIEGEL«, SPIEGEL CHRONIK

Einen besten Freund oder eine beste Freundin zu haben, ist ein tolles Gefühl. »Dein SPIEGEL«, das Nachrichten-Magazin für Kinder, erklärt im neuen Heft, was Freundschaften so wichtig macht und wieso es normal ist, dass sie eines Tages enden. »Dein SPIEGEL« liegt ab Dienstag am Kiosk. Schon ab Samstag ist die SPIEGEL CHRONIK des Jahres 2024 erhältlich. Donald Trumps Triumph in den USA, die Gewalt in Nahost und der Ukraine, der Tod des Kremlkritikers Alexej Nawalny – es war ein Schicksalsjahr für die Demokratie. Immerhin, im Sommer gab's Olympia, ein Lichtblick.



Jetzt im Handel

Schicksalsjahr der Demokratie

Die neue SPIEGEL CHRONIK beleuchtet das Mega-Wahljahr 2024 und seine Folgen.

Jetzt im Handel oder digital mit SPIEGEL+ lesen: abo.spiegel.de



Friedrich Bungert / SZ Photo

Die Unglaublichen

TITEL Die FDP hat das Koalitionsende offenbar akribisch geplant. Welche Rolle spielte Christian Lindner dabei? Gab er den Auftrag für das Drehbuch zum Ampel-Aus? Das Taktieren des Parteichefs könnte die Liberalen den Wiedereinzug in den Bundestag kosten. | **12, 18**



Scott McIntyre / DER SPIEGEL

Don King

Besuch beim legendären Boxpromoter, der die Lüge zur Kunstform entwickelt hat. | **84**



Sofia Brandes / DER SPIEGEL

Bianca Heinicke

Als »Bibi« verherrlichte die Influencerin Konsum. Jetzt wirbt sie für Enthaltbarkeit. | **112**



Sabina Bobst / Lunax

Barbara Bleisch

Die Philosophin über die Herausforderung, anderen eine Freude zu machen | **30**

TITEL

12 | FDP Christian Lindner riskiert die Zukunft seiner Partei

18 | Liberale Taugt der argentinische Anarchokapitalist Milei zum Vorbild für die FDP?

DEUTSCHLAND

6 | Leitartikel Die Subventionsbilanz von Wirtschaftsminister Robert Habeck ist trist

8 | Ausländische Fachkräfte verlassen Deutschland wegen mangelnder Willkommenskultur / Schule in Baden-Württemberg lässt erstmals Deutscharbeit mithilfe von KI schreiben / Im Zweifel für den Zweifel

20 | Biografien Eine Buchautorin inszenierte sich als Clan-Aussteigerin – zu Recht?

24 | Haushalt Finanzminister Jörg Kukies simuliert im Auftrag des Kanzlers Normalität

26 | Macht Linken-Spitzenkandidatin Heidi Reichinnek über Männerbünde in der Politik

28 | Justiz Ein Staatsanwalt soll Infos aus Ermittlungsverfahren an die Drogenmafia verkauft haben

30 | Essay Philosophin Barbara Bleisch erklärt das gute Schenken

32 | Kriminalität Hat ein ehemaliger Bundeswehrosoldat in Deutschland und in der Ukraine Frauen vergewaltigt?

35 | Affären Ex-SPD-Abgeordneter gefährdet Ruf der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung

36 | Geschichte Ein Historiker aus Jena entlarvt rechtsextreme Mythen

REPORTER

38 | Familienalbum / Warum tragen alle wieder Barbour-Jacken, Frau Weng?

39 | Eine Meldung und ihre Geschichte Weshalb eine schwäbische Kleinstadt wütend auf den »Tatort« ist

40 | Bewegungen Porträt der Grünen, die von einer Partei der Rebellen zum Sammelbecken für Angepasste wurden

45 | Wie die Spitze der Grünen Jugend bewusst auf den Exit zu-steuerte

46 | Ortstermin In Berlin will ein Bordellbesitzer sein Geschäft ausbauen

WIRTSCHAFT

48 | Cheapflation trifft Geringverdiener / CDU-Wähler wählen Wärmepumpe

50 | Autoindustrie Der VW-Konzern in Selbstblockade

58 | Krisen Wie die Automalaise die Wirtschaft herunterzieht

60 | Künstliche Intelligenz Tausende Frauen werden Opfer von gefälschten Sexfotos und -filmen

64 | Skandale René Benkos neue Probleme in Italien

AUSLAND

66 | Umstrittene Begnadigung Hunter Bidens / Plünderungen in Gaza / Erste Präsidentin in Namibia steht vor schwierigen Aufgaben

68 | Syrien Der Bürgerkrieg ist zurück – hält Diktator Baschar al-Assad stand?

72 | Südkorea Wie mutige Menschen den Staatsstreich verhinderten

74 | Analyse Politische Chaostage in Paris

76 | Georgien Die pro-europäische Bewegung will weiterkämpfen

78 | Argentinien Ist Präsident Javier Milei der Retter der Nation?

80 | Iran SPIEGEL-Gespräch mit Gazelle Sharmahd über den Tod ihres Vaters, des deutsch-iranischen Aktivisten Jamshid Sharmahd, in der Gefangenschaft des Regimes

SPORT

83 | Staatliche Leistungssportförderung in Deutschland / Hall of Fame: Lori Locust, Football-trainerin

84 | Boxen Hausbesuch beim legendären Promoter Don King

88 | Fußball Wie Fifa-Chef Gianni Infantino Saudi-Arabien die WM 2034 zuschanzt

WISSEN

90 | Das unterschätzte Zusammenspiel von ADHS und Depression / Analyse: Gefährlicher Trend bei Fahrradunfällen

92 | Schädlinge Ruiniert ein winziges Insekt große Teile der deutschen Kartoffelernte?

95 | Tierversuche Neurowissenschaftler Andreas Kreiter forscht an Affen, damit Krankheiten wie Parkinson und Epilepsie geheilt werden können. Porträt einer Hassfigur

98 | Altertum Die deutsche Archäologenzunft wird von einem Fälschungsskandal erschüttert

KULTUR

100 | Kinofilm »Here« / Dating-show »Golden Bachelor« / Stillleben von Rachel Ruysch

102 | Wahrzeichen Nach fünf Jahren Wiederaufbau strahlt Notre-Dame nun in neuem Glanz

106 | Marketing Die alternden Kreativen der Werbebranche

110 | Denkansätze Wie Milliardäre, Philosophen und Naturwissenschaftler das Menschenzeitalter überwinden wollen

112 | Influencerinnen SPIEGEL-Gespräch mit Bianca »Bibi« Heinicke über Konsum und Verantwortung

115 | Filmkritik »Wicked« mit Ariana Grande und Cynthia Erivo

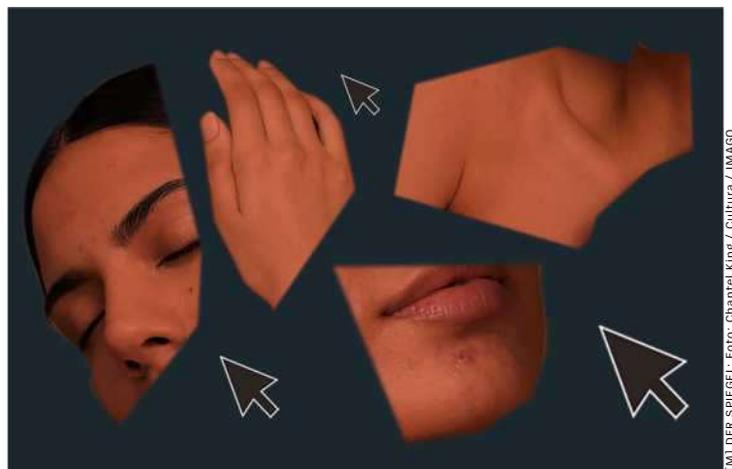
SPIEGEL-TV-Programm | **33** Bestseller | **105** Impressum, Leserservice | **116** Nachrufe | **117** Personalien | **118** Briefe | **120** Letzte Seite | **122**



Jens Schlueter / AFP

Das Autoimperium wankt

Volkswagen war ein Symbol für deutsche Wirtschaftsstärke, nun wird der Konzern zum Synonym für Niedergang. Es drohen Massenentlassungen und weitere Streiks. Welche Auswege gibt es? | **50, 58**



[M] DER SPIEGEL Foto: Chantel King / Cultura / IMAGO

Mieses Geschäft mit gefälschten Sexvideos

Männer erstellen mithilfe von KI gefakte Pornobilder und -filme von Tausenden Frauen und verbreiten sie im Netz. Die Opfer sind oft machtlos, doch manche wehren sich. | **60**



Anna Zieglér / DER SPIEGEL

Knollenalarm

Die Schilf-Glasflügelzikade infiziert Kartoffeln mit Krankheitserregern und bedroht große Teile der Ernte. Nun wandert sie unaufhaltsam gen Norddeutschland, wo es die meisten Kartoffeläcker gibt. | **92**

Habecks triste Subventionsbilanz

LEITARTIKEL Der Wirtschaftsminister will mit staatlichem Geld Unternehmen fit für die Zukunft machen. Das ist eine schlechte Idee.



Marcus Brandt / dpa

Politiker Habeck, Scholz (M.), Günther (r.) beim Boßeln auf Northvolt-Baustelle im März

Die Firma Northvolt galt mal als Hoffnungsträger für den industriellen Wettlauf mit China, vor allem bei Robert Habeck. Damit VW und Mercedes ihren Rückstand bei Elektromobilen aufholen können, förderte der Bundeswirtschaftsminister den Bau einer Batteriefabrik des schwedischen Konzerns im schleswig-holsteinischen Heide mit mehr als 300 Millionen Euro. Gut angelegtes Geld, dachte der Wirtschaftsminister.

Jetzt hat der Konzern Gläubigerschutz beantragt, und so machen die Beteiligten dieser Tage ihre Schadensbilanzen für den möglichen Insolvenzfall auf: Habeck hätte einen dreistelligen Millionenbetrag an Steuergeldern abzuschreiben. Die Landesregierung in Kiel stünde ohne die erhoffte Zukunftsfabrik da. Und die deutsche Autoindustrie müsste ihre Aggregate weiter in China kaufen. Käme es so, hätte Habeck das Geld besser für einen guten Zweck gespendet.

So ist es aktuell bei vielen Projekten, die der grüne Minister unter dem Stichwort »Neue Industriepolitik« auf den Weg geschoben oder befürwortet hat. Die Intel-Chipfabrik in Magdeburg: ausgesetzt. Der Solarkonzern Meyer Burger: in die USA abgewandert. Der Bau eines Halbleiterwerks des US-Konzerns Wolfspeed im Saarland: auf unbestimmte Zeit verschoben.

Habecks Strategie der gezielten Subventionen mag im Schulterschluss mit vielen Wirtschaftspolitikern im Bund und in den Ländern erfolgen, sie beruht allerdings auf einer Reihe von Denkfehlern. Statt Gewinner zu fördern, unterstützen die Hilfen oftmals Ladenhüter. Die Fahrzeugchips zum Beispiel, die der Halbleiterkonzern Wolfspeed herstellen wollte, mochten vor einigen Jahren noch eine begehrte Ware gewesen sein. Heute, in der Flaute der E-Mobilität, gibt es sie im Überfluss.

Konzerne greifen öffentliche Gelder für Firmenzwecke ab.

Staatshilfen gelten vielen als clevere Idee, Unternehmen aufs Gemeinwohl zu verpflichten. In Wahrheit läuft es eher darauf hinaus, dass Konzerne öffentliche Gelder für Firmenzwecke abgreifen. Der Intel-Plan für Magdeburg etwa bestand vor allem darin, mit deutschen Steuergeldern den Rückstand des Konzerns in der Chip-Technologie aufzuholen.

Subventionen sollen wichtige Produzenten in Deutschland halten, deshalb setzte sich Habeck für Hilfen an die Solarbranche ein. Doch Solarzellen sind ein Massengut, dessen Herstellung sich in der Bundesrepublik kaum rechnet. Wer die Abhängigkeit von China verringern will, sollte die Produktion in anderen Billiglohnregionen fördern. Andernfalls müsste die Regierung auch eine Handyproduktion in Deutschland aufbauen, weil die Wirtschaft von Smartphones mindestens so abhängig ist wie von Photovoltaikmodulen.

Der größte Irrtum des Ministers aber liegt in seinem Mantra, Europa müsse mit eigenen Subventionen die Subventionen der USA und Chinas ausgleichen. Das ist schon deshalb falsch, weil die EU Klimaschutz mithilfe eines Emissionshandels praktiziert, den es bei der Konkurrenz nicht gibt.

Doch anstatt dieses System zielgerichtet und mutig auszubauen – wozu insbesondere ein soziales Klimageld gehören würde –, überfrachtet und konterkariert es der Minister mit grünem Aktionismus. Einzelne Firmen oder Branchen beschenkt er mit komplexen Sonderhilfen, während er alle anderen belastet, durch detaillierte Vorgaben in überflüssigen Energieeffizienzrichtlinien oder sinnfreien Nachhaltigkeitsberichten. So produziert Habeck selbst jenen bürokratischen Overkill, den er anschließend als großes Standorthindernis betrauert.

Das bedeutet nicht, dass Belebung und Umbau der Industrie kein öffentliches Geld kosten würden. Im Gegenteil: Wer die miese Stimmung drehen will, muss die Unternehmen entlasten und in eine klimagerechte Infrastruktur investieren. Die Regierung Chinas beispielsweise ließ parallel zu ihrer Elektrooffensive Millionen Ladesäulen installieren. In Europa dagegen gibt es allenfalls in den Niederlanden, Deutschland und Frankreich ein halbwegs flächendeckendes Versorgungsnetz. In weiten Teilen Süd- und Osteuropas dagegen sind Stromtankstellen so rar wie grüne Wählerstimmen.

Zuletzt gab es Hinweise, dass der Minister aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat. Neuerdings plädiert er dafür, die Wirtschaft mit einer breit wirkenden Investitionsprämie zu fördern. Er will die Stromkosten drücken und die absurde Dopplung von deutschem und europäischem Lieferkettengesetz mit der »Kettensäge« wegbolzen. Das ist der richtige Ansatz. Ob sich die Republik in ihrer augenblicklichen Verfassung allerdings einen Minister leisten kann, der für notwendige Einsichten drei Jahre benötigt, ist eine andere Frage.

Michael Sauga

A photograph of three workers in red safety suits and helmets standing on a rooftop at sunset. They are looking out over a cityscape. The sun is low on the horizon, creating a warm, golden glow. The workers are wearing safety harnesses and are positioned near a metal railing. The background shows a dense urban area with buildings and hills in the distance.

it's ON us

Damit neue Energie funktioniert.

Wir als E.ON Gruppe gestalten überall in Europa die Zukunft der Energie neu und machen sie nachhaltiger – für dein Zuhause, für Unternehmen und für ganze Städte. Mehr Infos unter: eon.com/neue-energie

e.on



Stromtrasse mit Gottes Segen. Im schleswig-holsteinischen Wewelsfleth zelebrierten Pastor Jens Siebmann und Pfarrer Ulrich Bork (3. und 4. v. r.) am Mittwoch eine Taufe für den »Jette-Tunnel« und den Bohrer »Elsa«. Das 190 Meter lange Gerät soll eine fünf Kilometer lange Elbquerung von Wewelsfleth nach Wischhafen in Niedersachsen bohren. Der geplante Tunnel ist ein Teil der Stromautobahn SuedLink, die Windenergie aus Schleswig-Holstein nach Süddeutschland transportieren soll.

Leere Lager

RESERVEN Bund und Länder versagen daran, für den Fall einer Pandemie genügend Notvorräte anzulegen.

Nachdem sie in der Coronazeit vor allem Masken zu horrenden Preisen kaufen mussten, wollten Bund und Länder auf die nächste Krise besser vorbereitet sein. Dazu sollten genug Sanitätsmaterial und Schutzausrüstung eingelagert werden. Doch sowohl der Bund als auch die Länder hinken den Plänen hinterher. Zwar sitzt der Bund noch auf einem Berg älterer Masken aus der Pandemie. Doch beim 2020 beschlossenen Aufbau eines Bundesvorrats an Arzneimitteln und Medizinprodukten für sechs Monate, der Nationalen Reserve Gesundheitsschutz, kommt er nicht voran, weil es weder die dafür nötige Grundgesetzänderung noch Geld im Haushaltsentwurf 2025 gibt. Nicht besser ist die Lage in den für den Katastrophenschutz zuständigen Ländern, wie nun ein aktueller Bericht des Gesundheitsministeriums für den Haushaltsausschuss

des Bundestags zeigt. Der vertrauliche Report kommt nach einer Länderabfrage im Jahr 2023 zu dem Schluss, dass sich »die Reserven der Länder für eine landesweite Katastrophenlage wie eine erneute Pandemie als nicht ausreichend erweisen«. Demnach leisteten sich 2023 »lediglich neun Länder überhaupt eine geringe Bevorratung, jedoch keine, die in einem Schadensfall auf die in der Nationalen Reserve Gesundheitsschutz vorgesehenen sechs Monate ausgelegt ist«. Am besten stand noch Baden-Württemberg mit Vorräten für 16 Wochen da. Dagegen meldeten Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt leere Lager. Nur ein Land halte zudem antivirale Arzneimittel, ein weiteres Impfstoffe bereit. Der Bund könne den Ländern dazu keine Vorgaben machen, heißt es in dem Papier. AMP

Wahlkampf mit Mieten und Preisen

LINKSPARTEI Die Linke will ihr Programm zur Bundestagswahl im Februar im Wesentlichen auf die Themen Mieten- und Preissteigerungen fokussieren. Hintergrund der Entscheidung ist eine Befragung in fast allen Bundesländern. Ehrenamtliche Helfer der Partei haben von Ende Oktober bis Anfang Dezember dieses Jahres Tausende Haustürgespräche geführt, von denen rund 2780 vollständig ausgewertet wurden. Maßgeblich für die Themenfindung waren dabei laut der Partei besonders die Antworten von Menschen mit einem Haushaltseinkommen

von weniger als 1500 Euro im Monat. Auf die Frage »Was würden Sie – wenn Sie das Sagen hätten – konkret als Erstes ändern, damit Ihr Leben leichter würde?« hätten in dieser Gruppe 15 Prozent der Befragten »Wohnen und Mieten« als wichtigstes politisches Problem genannt, 11 Prozent »Inflation und Preise«. Parteichefin Ines Schwerdtner: »Wir machen die Themen der Menschen, die wir erreichen wollen, zu unseren Schwerpunkten im Wahlkampf.« Das seien die Belastung durch hohe Mieten und die massiven Preissteigerungen. Die 35-jährige Politikerin Schwerdtner ist seit Oktober zusammen mit Jan van Aken Bundesvorsitzende der Linken. **REI**

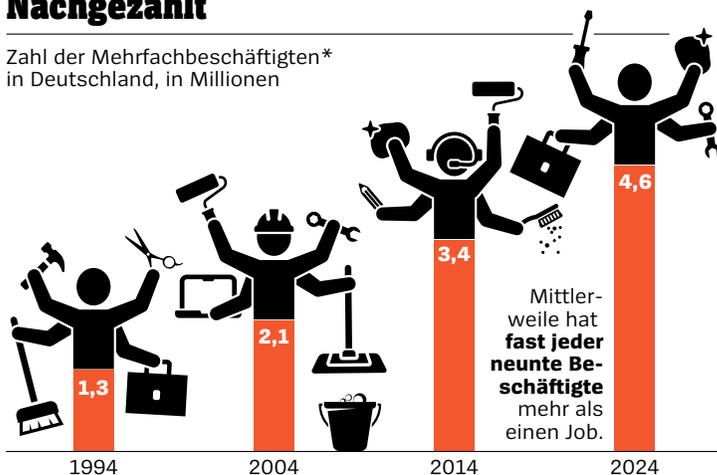
Mangelnde Willkommenskultur

ZUWANDERUNG Viele Fachkräfte aus dem Ausland bleiben offenbar nur wenige Jahre in Deutschland, weil sie sich hier nicht integriert fühlen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung unter mehr als 400 abgewanderten Ausländern, von denen 85 Prozent mindestens einen Bachelorabschluss hatten. Zwar werben Politik und Wirtschaft um Fachkräfte aus aller Welt, allerdings ist offenbar eine mangelnde Willkommenskultur einer der Hauptgründe, warum viele Spezialisten wieder gehen. Der Umfrage zufolge waren nur 27 Prozent der Befragten mit

ihrer Arbeit in Deutschland unzufrieden; über ihr Sozialleben sagten das jedoch 44 Prozent. Als Grund dafür, Deutschland den Rücken zu kehren, gaben 38 Prozent an, sie hätten sich hier nicht zu Hause, 27 Prozent, sie hätten sich nicht willkommen gefühlt. Knapp 24 Prozent nannten Rassismus oder Diskriminierung als Ursachen für ihre Ausreise. 27 Prozent führten hohe Lebenshaltungskosten und die Steuerbelastung an. Rund zwei Drittel der Befragten gingen wieder in ihre Heimat zurück, ein Drittel in ein anderes Land. Auf die Frage, ob sie Deutschland derzeit eine zweite Chance geben würden, antwortete mehr als die Hälfte mit Nein. **AMP**

Nachgezählt

Zahl der Mehrfachbeschäftigten* in Deutschland, in Millionen



* Personen mit Nebenjobs

■ Quellen: IAB, Destatis; Stand: jeweils 3. Quartal

IM ZWEIFEL FÜR DEN ZWEIFEL

Urteil aus der Zukunft



Von Susanne Beyer

Kaum war die Ampelkoalition gescheitert, tauchte die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel wieder auf. Das war zwar Zufall, Merkel wollte einfach nur ihre Memoiren vorstellen, aber es war ein interessanter Zufall.

Während also die Aspiranten auf ihre Nach-Nachfolge den Wahlkampf begannen, wurde Merkel in Interviews nach ihrem politischen Lebenswerk befragt. Es war aufschlussreich zu sehen, woran jemand im Nachhinein gemessen wird. Die Journalistinnen Anne Will und Maybritt Illner beurteilten Merkel in ihren Interviews vor allem von heute aus und auch danach, was sie versäumt hat. Merkel wiederum versuchte sich damit zu rechtfertigen, wie die Lage zu dem Zeitpunkt gewesen sei, als sie sich für einen Kurs entscheiden musste. Sie verwies auf pragmatische Lösungen, die aus dem Moment heraus entstanden waren, die Journalistinnen aber überprüften diese Lösungen danach, wie nachhaltig sie gewesen sind.

Daraus lässt sich schließen, dass diejenigen, die regieren oder regieren wollen, sich immer auch eine bestimmte Frage stellen sollten: Wer werde ich gewesen sein? Was sind die Maßstäbe der Zukunft?

Merkel, die bei einigen Themen etwas zu sehr darauf beharrte, alles richtig gemacht zu haben, räumte beim Thema Klimaschutz von sich aus ein, zu wenig geschafft zu haben.

Wie aber ist es dann zu bewerten, dass ausgerechnet dieses Zukunftsthema zurzeit völlig vernachlässigt oder sogar abgetan wird? Man muss doch kein Hellseher sein, um zu verstehen, dass die Akteure von heute später einmal daran

gemessen werden, ob sie hier umsichtig gehandelt haben.

Doch die AfD polemisiert gegen Klimapolitik. Das BSW will Gas – einen fossilen Brennstoff – wieder aus Russland importieren. Im Vergleich zum CDU-Politiker Friedrich Merz wirkt Merkel wie eine Öko-Aktivistin. Die Linke ist fast verschwunden. FDP-Chef Christian Lindner spricht sich dafür aus, der Wirtschaft mehr Zeit zu lassen, um klimaneutral zu werden. Olaf Scholz (SPD) äußert sich lieber über soziale Gerechtigkeit. Und der Grüne Robert Habeck steckt in der Defensive, weil er sich von

Es könnte sein, dass das Heizungsgesetz in 20 Jahren ganz anders bewertet werden wird als heute.

morgens bis abends anhören muss, dass das von ihm angestoßene Heizungsgesetz das Allerletzte gewesen sei.

Tatsächlich wurde die Klimapolitik durch das Heizungsgesetz eher zum Problemthema. Ich halte es aber für möglich, dass es in 20 Jahren anders bewertet wird als heute: gab zwar eine Menge Ärger, hätte unbedingt besser laufen müssen, zählte aber wenigstens zu den Versuchen, die Katastrophe abzuwenden.

Extreme Parteien werden Klima- und Artenschutz sowieso missachten. Alle anderen aber könnten das Thema durchaus mit dem eigenen Profil verbinden, gerade die Konservativen (conservare: bewahren). Sie müssten nur einen Ratschlag befolgen, der Merkel zugeschrieben wird, den sie selbst aber zu wenig berücksichtigte: die Dinge vom Ende her denken.

An dieser Stelle schreiben im Wechsel Susanne Beyer, Anna Clauß, Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher.



Klassenarbeit mit KI

BILDUNG Am Windeck-Gymnasium im baden-württembergischen Bühl wurde im November erstmals eine reguläre Klassenarbeit mithilfe künstlicher Intelligenz (KI) geschrieben. Damit ist die Schule deutschlandweit mutmaßlich Vorreiter. Im Deutschunterricht der zehnten Klasse ging es um eine Texterörterung, zu der die Jugendlichen zunächst Prompt-Entwürfe formulierten, also Arbeitsaufträge an den KI-As-

sistenten ChatGPT. In gemeinsamer Runde entschieden sich die Schülerinnen und Schüler danach für einen Prompt, der ihnen für ihre Argumentation besonders vielversprechend erschien. »Die Ergebnisse der ChatGPT-Analyse wurden allen Klausurteilnehmern digital zur Verfügung gestellt«, sagt Deutschlehrer Bob Blume. Er hatte das Formulieren sinnvoller KI-Anfragen vorher mit der Klasse geübt. Im Anschluss schrieb jeder Schüler seine Arbeit und konnte dafür die KI-

Resultate nutzen. Die Qualität der Antworten sei, wie auch bei einer traditionellen Klassenarbeit, breit gefächert gewesen, sagt Deutschlehrer Blume: »Fast das gesamte Notenspektrum wurde abgedeckt.« Der Pädagoge hatte den KI-Einsatz zuvor mit der Schulleitung abgesprochen. Sein Ziel: »Ich will die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Realität und schulischen Prüfungsformaten verringern.« Blume plädiert dafür, KI als regulären Bestandteil in den Unterricht zu integrieren. HIM

Seeheimer für Rentenreform

SOZIALES In der SPD gibt es Überlegungen, Bundestagsabgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung aufzunehmen. Es sei »richtig und wichtig zu schauen, ob wir nicht die Einzahlerbasis punktuell verbreitern sollten«, sagt Dirk Wiese. Er ist Sprecher des konservativen »Seeheimer Kreises«, der nach eigenen Angaben größten Strömung in der SPD-Fraktion. Bislang zahlen Abgeordnete nicht in die gesetzliche Rentenkasse ein, erhalten aber für jedes Jahr einen Anspruch von 2,5 Prozent ihrer Diäten. Daraus ergibt sich bereits nach einem Jahr als Parlamentarier eine Rente von rund 280 Euro monatlich. Auch Soloselbstständige, Kleinunternehmer und Teile des Handwerks sollten in die gesetzliche Rente einzahlen, sagt Wiese. Dabei gehe es um Menschen, »die möglicherweise nicht so privat vorsorgen, wie sie es eigentlich machen sollten, und im Alter trotzdem auf entsprechende Leistungen des Staates angewiesen sind«. Die Sicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent und eine Absage an eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sind zentrale Punkte der SPD im Bundestagswahlkampf. Die meisten Rentnerinnen und Rentner bekommen monatlich weniger als 2000 Euro. Laut der Deutschen Rentenversicherung lag die Durchschnittsrente Ende 2023 bei 1102 Euro. CTE

Grüne Ideen gegen Terror

ISLAMISMUS Die Grünen in Bayern fordern Politik und Sicherheitsbehörden zu verstärkten Maßnahmen gegen islamistischen Terror auf. In einer von der Landtagsfraktion beantragten Sachverständigenanhörung im Innenausschuss des Landtags befassten sich externe Expertinnen und Experten mit dem Trend, dass sich junge Menschen über das Internet und Social-Media-Plattformen radikalisieren. »Der Islamismus ist eine Bedrohung für unsere freie Gesellschaft«, sagt der innenpolitische Sprecher der Grünen, Flo-

rian Siekmann, und verweist auf einen »TikTok-Salafismus« mit islamistischer Propaganda in Videoclips. Auch die derzeitige Migrationsdebatte halten die Grünen für gefährlich. Wer das Thema nur auf eine bestimmte Gruppe von Menschen beziehe, treibe sie mit diskriminierenden Mustern erst recht in die Arme von Salafisten, argumentiert Siekmann, »denn Salafismus basiert auf einer Opfererzählung«. Der von den Grünen eingeladenen Berliner Wissenschaftler Guido Steinberg forderte indes weitere Kompetenzen für die Nachrichtendienste, um »viel aggressiver als bisher« operieren zu dürfen. FRI

Reichsbürger im Visier

JUSTIZ Die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Mitglieder und Unterstützer der »Reichsbürger«-Vereinigungen um Heinrich XIII. Prinz Reuß steigt an. Der Generalbundesanwalt hat allein an die Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart bislang 43 Verfahren abgegeben. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Landtagsfraktion hervor. Im Juli waren es bundesweit bei allen Landesstaatsanwaltschaften insgesamt 47 Verfahren. Allein in Baden-Württemberg wird der-

zeit gegen 29 Männer und 14 Frauen im Alter zwischen 22 und 72 Jahren ermittelt. Die letzte Durchsuchung im Südwesten fand Ende September 2024 statt. Mit einem Spezialeinsatzkommando ging die Polizei gegen einen 45-jährigen Mann aus Jettingen im Landkreis Böblingen vor. Die Gruppe um Heinrich XIII. Prinz Reuß wurde nach einer Anti-Terror-Razzia Ende 2022 erstmals öffentlich bekannt. Aktuell laufen Gerichtsverfahren in Frankfurt am Main, München und Stuttgart gegen 26 Angeklagte. Die Gruppierung soll geplant haben, gewaltsam die Bundesregierung zu stürzen. KEK

»Eltern installieren Spionage-Apps«

Familienrechtlerin Isabell Götz, 67, über die Erfolgsaussichten eines Verbots von sozialen Medien für Jugendliche. Sie war Richterin am Oberlandesgericht München und ist Ehrenvorsitzende des Deutschen Familiengerichtstages.

SPIEGEL: Frau Götz, um junge Menschen zu schützen, verabschiedete das australische Parlament ein Gesetz, das soziale Medien für Jugendliche unter 16 Jahren verbietet. Einer Umfrage zufolge fänden das auch viele Menschen hierzulande gut. Was halten Sie von der Regel?

Götz: Es würde sicherlich manchen Eltern gefallen. Viele haben Bauchschmerzen, wenn sie daran denken, was ihre Kinder in den sozialen Medien treiben. Drei von vier Kindern zwischen zehn und zwölf Jahren haben heute schon ein Smartphone. Aber für mich als Juristin wirkt eine solche Altersgrenze grundsätzliche Fragen auf. Können Eltern ihre Kinder etwa davon befreien? In Deutschland haben wir eine Altersgrenze für Filme, die im Jugendschutzgesetz geregelt ist. Bindend ist sie aber nicht. Wenn Eltern entscheiden, dass ein Zehnjähriger einen Kriegsfilm gucken darf, dann darf er das.

SPIEGEL: In Deutschland gibt es schon eine Altersgrenze für soziale Medien. WhatsApp hat ein Mindestalter von 13 Jahren festgelegt, bei Instagram gibt es Konten für Teenager.

Götz: Das lässt sich alles leicht umgehen. Entweder mache ich mich bei der Anmeldung älter, oder ich gehe zu meiner Freundin, die vollen Zugang hat. Manche Eltern installieren Spionage-Apps auf dem Smartphone ihrer Kinder, um zu verfolgen, was sie machen.

SPIEGEL: Ist das erlaubt?

Götz: Eltern haben das sogenannte Umgangsbestimmungsrecht. Sie können festlegen, wen ihr Kind treffen darf und wen nicht. Das gilt auch für den digitalen Raum. Aber das ist ein schmaler Grat. Je älter mein Kind wird, desto lockerer muss ich die Zügel lassen. Ich kann meiner 14-jährigen Tochter nicht jeden Tag hinterher-

laufen und überprüfen, mit wem sie spricht.

SPIEGEL: Wie würde sich ein Verbot sozialer Medien überhaupt kontrollieren lassen?

Götz: Hier sehe ich das größte Problem. Wenn Kinder etwas wollen, finden sie auch einen Weg, das zu bekommen. Denken Sie an die Zigarettenautomaten; dort muss man vor dem Kauf durch eine EC-Karte, den Führerschein oder Personalausweis nachweisen, dass man älter als 18 Jahre ist. Was machen Jugendliche? Sie leihen sich einfach einen Ausweis. Das würde bei einer strikten Altersgrenze für Instagram und Co. nicht anders sein.

SPIEGEL: Manche Familienrichter in Deutschland blicken streng auf neue Technik. Für sie ist das Kindeswohl schon gefährdet, wenn ein Achtjähriger ein Smartphone besitzt.

Götz: Ein Amtsgericht in Hessen hat vor einiger Zeit Beschlüsse in diese Richtung gefällt. Ich finde, sie gehen zu weit, und so hat es später auch das Oberlandesgericht Frankfurt am Main gesehen. Der Staat darf nicht entscheiden, was gut für ein Kind ist. Das fällt in die Autonomie der Eltern. Ein Gericht darf erst eingreifen, wenn absehbar ist, dass das Kind in Gefahr ist. Wenn etwa eine Suchtgefahr besteht oder das Kind traumatisiert ist von Clips, die es im Netz gesehen hat. Wenn es sich deshalb zurückzieht, in der Schule abstürzt, nicht mehr schlafen kann.

SPIEGEL: Oftmals sind es gar nicht die Kinder, die unbedacht im Netz unterwegs sind, sondern ihre Eltern. Sie posten unentwegt Fotos ihrer Kinder.

Götz: In einer Dokumentation auf Arte wurde im Sommer dieses Jahres gezeigt, dass jedes vierte Foto in pädophilen Plattformen vorher von Elternaccounts abgegriffen wurde. Eltern handeln oft leichtsinnig. Ihnen ist oft gar nicht klar, was sie veröffentlichen. **CHP**



Götz



Torsten Karow

»Mehr als 20 Auftritte pro Tag sind nicht drin«

DER AUGENZEUGE Ronny Schröter, 42, sucht Weihnachtsmänner für Cottbus.

»In Cottbus kennt man mich als ›Manager des Weihnachtsmanns‹, weil ich dessen Einsätze koordiniere: Wer an Heiligabend einen Weihnachtsmann benötigt, wendet sich an mein Büro. Ich könnte sehr viel mehr Familien jemanden nach Hause schicken – wenn ich genug Leute hätte, die diesen Job an den Feiertagen übernehmen wollen. Aber einerseits nimmt die Nachfrage zu, andererseits wollen weniger Leute den Job machen. Pro Einsatz kalkulieren wir mit einer halben Stunde, inklusive An- und Abreise, mehr als 20 Auftritte pro Tag sind also nicht drin.

In anderen Städten ist die Lage schwieriger, ich habe noch Glück. Weil ich den Job seit zehn Jahren mache, habe ich inzwischen ein festes Team aus einer Handvoll Weihnachtsmännern, so kann ich in Cottbus eine Art Grundversorgung anbieten. Die beliebtesten Zeitfenster, nachmittags an Heiligabend, sind allerdings von Jahr zu Jahr schneller ausgebucht. Früher gab es am Nikolaustag noch genügend Weihnachtsmänner, inzwischen wird es schon Mitte November eng. Unbeliebter wird der Job vor allem unter jungen Männern. Früher machten das oft Studenten,

die haben offenbar überhaupt keinen Bock mehr auf den Job. Wir werben nach wie vor mit Aushängen an der Uni, aber darauf meldet sich niemand. Meine These: Alle wollen an Weihnachten zu Hause sein, auch die jungen Leute.

Früher gab es auch mal Weihnachtsfrauen, da war das Geschlecht vielen Leuten egal. Seit einigen Jahren hat das merklich abgenommen. Einmal habe ich Frauen losgeschickt, da hat sich eine Familie beschwert: Die Kinder hätten es zwar nicht gemerkt, beim nächsten Mal bitte trotzdem wieder ein Mann. Ich wäre da gern moderner, aber die Wünsche an Weihnachten sind ziemlich traditionell. Wer als Weihnachtsmann anheuert, bekommt pro Einsatz mindestens 45 Euro. Je mehr Kinder, desto höher der Preis. Es gibt aber auch Anforderungen, wir richten uns nach dem offiziellen ›Ehrenkodex der Weihnachtsmänner‹. Solange man das rote Kostüm trägt, sind Zigaretten und Alkohol tabu, auch das Handy sollte man zur Seite legen. Ganz wichtig ist, dass der Weihnachtsmann Kinder mag und weder böse noch strafend auftritt. Deswegen darf er auch keine Rute bei sich haben.« Aufgezeichnet von Peter Maxwill



Am Abgrund

FDP Die Glaubwürdigkeit der Liberalen ist schwer beschädigt, Christian Lindner steht als Trickser da. Hat die Partei mit ihm noch eine Zukunft?

Im Jahr 2009 machte FDP-Chef Guido Westerwelle den damals 30-jährigen Christian Lindner zum Generalsekretär der Partei. Es sei »die unangenehmste Zeit« seines politischen Lebens gewesen, bekannte Lindner später. Die FDP war in einer unglücklichen Koalition mit der Union von Angela Merkel gefangen. Er, Lindner, habe nichts mitbekommen und trotzdem immer vorn stehen und die desaströse Politik seiner Partei in der Regierung verkaufen müssen.

Mitten in der Legislaturperiode entschloss er sich überraschend zum Rücktritt – nach nur zwei Jahren im Amt. »Die Konsequenz, die ich daraus gelernt habe, war zu sagen: Jetzt sprengst du das alles in die Luft. Du musst dich befreien«, erzählte er Jahre danach.

Christian Lindner hatte schon früh eine Neigung zum In-die-Luft-Sprengen – und zum Davonlaufen. 2017, als Angela Merkel mit Grünen und FDP über ein mögliches Jamaikabündnis verhandelte, machte er sich unter dem Motto »Lieber nicht regieren, als falsch zu regieren« erneut aus dem Staub.

Wer auf eine derartige politische Vorgeschiede zurückblickt und deshalb unter dem Verdacht steht, ein Hasardeur zu sein, ein Spieler, der will bei der nächsten geplanten Großsprengung seiner Karriere natürlich gut vorbereitet sein. Das leuchtet ein.

Deshalb war das Ampel-Aus auch keine Kurzschlussreaktion, sondern wohl von langer Hand vorbereitet. Das haben zunächst Enthüllungen der »Zeit« und der »Süddeutschen Zeitung« offenbart, in denen beschrieben wurde, wie der innere Führungszirkel der FDP, intern »F-Kabinett« benannt, seit Ende September vor allem das Ende der Regierung vorbereitete. Das zeigte auch das vor einer Woche öffentlich gewordene Positionspapier aus der FDP-Parteizentrale mit dem Titel »D-Day Ablaufszenarien und Maßnahmen«. In diesem wird akribisch durchdekliniert, wie der Bruch der Regierung am geschicktesten durchgeführt und kommuniziert werden kann.

Es ist ein Papier, das den Triumph der Parteitaktik über jegliche Inhalte, Anliegen und Verantwortung dokumentiert. Motto: Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht.

Seitdem befindet sich die FDP in der Krise – der tiefsten, seitdem Lindner Parteichef ist. Die FDP steht als Partei da, die es nicht ernst meint mit dem Land, die sich aus der Verantwortung stiehlt. Weil hochrangige

Funktionäre geleugnet haben, den Begriff »D-Day« als Schlagwort für die Operation Ampel-Aus überhaupt gekannt zu haben, ist nach der Veröffentlichung des Papiers die Glaubwürdigkeit der FDP beschädigt. An der Basis der Partei sind viele erschüttert. Und Lindner muss sich fragen lassen, welche Zukunft die FDP unter seiner Führung noch hat.

Bezeichnend am »D-Day«-Dokument ist nicht nur seine Überschrift. »D-Day« ist historisch eng mit der Landung der Alliierten in Frankreich verbunden, dem Auftakt zur Befreiung von Hitlerdeutschland. Das Papier zeigt, worum es der Lindner-FDP immer an erster Stelle zu gehen scheint: »Es ist entscheidend, die ersten Sätze und Bilder zu einem Aus der Koalition zu setzen«, heißt es da. Als wäre der Vorsprung gegenüber dem Mitbewerber das Wichtigste in der Politik.

Wollte man für eine TV-Serie die Grobschlächtigkeit und Hintertriebenheit der Politik illustrieren, hätte man sich kein besseres Strategiepapier ausdenken können. Es ist toxisch. Für jeden Politiker, der mit einem solchen Papier zu tun hatte oder es gar in Auftrag gab, müsste der direkte Rücktritt die Folge sein.

Am Freitag vergangener Woche trat erst Generalsekretär Bijan Djir-Sarai zurück und kurz darauf Bundesgeschäftsführer Carsten Reymann, der das Papier verfasst hatte.

Christian Lindner selbst aber bestreitet beharrlich, überhaupt »Kenntnis« von jenem brisanten Papier gehabt zu haben – egal wie unwahrscheinlich das auch sein mag. Seine Erzählung geht so: Ein Mitarbeiter in der Parteizentrale habe das Papier verfasst, quasi als Privatprojekt. Aber dann gelangte es irgendwie an Journalisten – und als diese schließlich nachfragten, habe auch er, der Chef, von dessen Existenz erfahren. Aber er selbst habe wirklich nichts damit zu tun.

Das erscheint zunehmend unglaubwürdig. Die FDP-Führung hatte sich seit Ende September immer gezielter auf den Ampelbruch vorbereitet. Schon im Oktober sollen Mit-

»Es ist entscheidend, die ersten Sätze und Bilder zu einem Aus der Koalition zu setzen.«

Aus dem »D-Day«-Papier der FDP

arbeiter intern vom »D-Day« gesprochen haben. Dabei hatte bis zum Ende der Ampel am 6. November der Parteichef so getan, als gäbe es für die Freien Demokraten zum einen die Möglichkeit, unter bestimmten Umständen in der Koalition zu bleiben, und zum anderen die, eben auszusteigen.

Lindner hat öffentlich zu dem Papier erklärt, er »habe es nicht zur Kenntnis genommen und hätte es auch nicht gebilligt«. Im Bundesvorstand versuchte der zurückgetretene Bundesgeschäftsführer Carsten Reymann Anfang der Woche, seinen Parteichef aus der Affäre herauszuhalten: »Es war nicht der Masterplan der FDP, sondern meine persönliche Vorbereitung für den Fall der Fälle, dass die FDP die Koalition verlassen würde.« Und er fügte hinzu, offenbar um die Spekulationen zu beenden: »Ich brauche dafür auch keinen Auftrag.« Es habe zu seinem Amtsverständnis gehört, eigenständig Papiere zu erstellen, auch sei er »kein Bauernopfer«.

Aber ist das plausibel? Ein Mitarbeiter, der den Chef in einer zentralen, für die Partei überlebenswichtigen Frage nicht einbindet? Hinzu kommt, dass Reymann selbst von der Aktion Ampel-Aus gar nicht überzeugt gewesen sein soll. Dass er angeblich Bauchschmerzen bei der Operation hatte, so wie andere Mitarbeitende in der FDP-Zentrale dem Vernehmen nach auch. Jedenfalls soll Reymann im Oktober gegenüber Vertrauten seine Zweifel und Sorgen geäußert haben.

Der Ex-Bundesgeschäftsführer, Jahrgang 1980, gehört seit vielen Jahren zum engsten Umfeld des Parteichefs, er war sogar sein Büroleiter als damaliger Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. An Lindners Seite zog Reymann schließlich ins Bundesfinanzministerium, wurde dort Leiter der Unterabteilung LA im Leitungsstab. Reymann ließ sich schließlich beurlauben, um im März 2024 in der Parteizentrale das Amt des Bundesgeschäftsführers zu übernehmen – auf Geheiß Lindners.

Sein Vertrauter, so der Plan, sollte die Partei auf den kommenden Bundestagswahlkampf vorbereiten. Und schließlich wohl auch den Ampelbruch. Dass Reymann nun als Geschäftsführer der FDP zurücktreten musste, wird ihn beruflich nicht ruinieren. Lindner hatte zuvor dafür gesorgt, dass er im Finanzministerium verbeamtet wird.

Es sei völlig unrealistisch, dass Lindner das »D-Day«-Papier zur Vorbereitung des Ampel-

Aus nicht gekannt habe, sagt einer, der mit den Vorgängen vertraut ist. Der Parteichef habe es vielmehr selbst in Auftrag gegeben, und zwar beim Treffen des zwölfköpfigen »F-Kabinetts« am 29. September in der Villa der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Potsdam. Lindner bestreitet das auf Nachfrage, er will lediglich in Auftrag gegeben haben, sich auf verschiedene Szenarien vorzubereiten.

Wer versucht, den Verlauf dieses Treffens zu rekonstruieren, stößt auf unterschiedliche Erzählungen, auf Erinnerungslücken, auf Lügen womöglich. Doch die besonders präzise Erinnerung eines Teilnehmers lautet so:

Vier Optionen seien den Mitgliedern an diesem Sonntag präsentiert worden, sie reichten vom Verbleib in der Ampel bis zum festen Entschluss auszusteigen. Lindner soll die Anwesenden dann gebeten haben, sich zu äußern. Fast alle sprachen sich für den Ausstieg aus. Nur Vize-Regierungssprecher Wolfgang Büchner und Verkehrsminister Volker Wissing votierten demnach für den Verbleib. Für Wissing gab es dem Vernehmen nach zu keinem Zeitpunkt eine andere Option, als weiterzumachen.

»Das ist ja ein klares Bild«, soll Lindner gesagt haben. »Aber wie gehen wir damit um, dass einer von uns abweichender Meinung ist?« Er meinte Wissing, der als einziger Mandatsträger für den Verbleib in der Regierung war. »Kannst du dir trotzdem vorstellen, Teil eines Wahlkampfteams zu sein?«

»Das eine hat mit dem anderen zwingend nichts zu tun«, antwortete Wissing demnach.

»Dann ist ja gut«, so Lindner, ehe Wissing sagte: »Ich möchte aber klarstellen, dass ich unter diesen Umständen keine Verpflichtung gegenüber der Partei mehr empfinde.«

Der Ausstieg sei an diesem Sonntag besiegelt gewesen, sagt einer, der an diesem Tag zugegen war. Alle Beteuerungen von Lindner und Co., man sei bis zum Rausschmiss durch Olaf Scholz offen für eine Fortführung der Ampel gewesen, seien eine bewusste Täuschung. Andere Mitglieder des »F-Kabinetts« wiederum bestreiten das auf Nachfrage nach wie vor.

Nach der Erinnerung eines Teilnehmers sagte Lindner an jenem Tag in Potsdam: »Dann gehen wir jetzt in die Umsetzung.« Gemeint war demnach die Vorbereitung des Ampel-Aus. Dazu will sich Lindner auf Nachfrage nicht konkret äußern.

Bis zum nächsten Treffen des »F-Kabinetts« am 6. Oktober ebenfalls in Potsdam sollten folgende Dinge erarbeitet werden: ein Narrativ, ein Zeitplan, ein Wirtschaftswendepapier und ein Papier, in dem aufgelistet werden sollte, warum die Grünen so schrecklich sind. Mit dem Wirtschaftspapier sollte die SPD maximal provoziert werden, mit dem anderen die Grünen. Das Ziel: beide Koalitionspartner gegen sich aufbringen.

Hatte Bundesgeschäftsführer Reymann also von Lindner persönlich den Auftrag erhalten, jenes Papier vorzubereiten, das am Ende die Überschrift »D-Day« trug? Hartnäckig halten sich die Gerüchte in der Partei. Auch ein mit den Vorgängen nicht unmittelbar betrauter, aber gut informierter Insider behauptet, Lindner selbst habe Reymann angehalten, unterschiedliche Ausstiegsszenarien zu formulieren, die sich im »D-Day«-Papier wiederfinden. »Man muss der deutschen Öffentlichkeit die Wahrheit zumuten«, sagt er.

Ein Chatverlauf, der dem SPIEGEL vorliegt, stellt zudem ein anderes Narrativ Lindners infrage: dass die FDP-Spitze bis zuletzt, also bis zum 6. November, für eine Fortführung der Ampel offen gewesen sei.

Als am 1. November ein Gastbeitrag von Volker Wissing in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« bekannt wird, in dem dieser für ein Weitermachen in der Regierung plädiert, sorgt das für heftige Reaktionen in der internen Chatgruppe des »F-Kabinetts«. »Ein Rückzug aus der Koalition wäre respektlos vor dem Souverän«, hatte Wissing in seinem Beitrag geschrieben. »Unsere Parlamente haben bereits zu viele Parteien, die glauben, alles besser zu wissen, und die zu keiner konstruktiven Zusammenarbeit mehr fähig sind. Diese Gruppe braucht keine Stärkung.«

Nach der Lektüre schreibt der damalige Justizminister und jetzige FDP-Generalsekretär Marco Buschmann in die Chatgruppe: »Ich finde es nicht gut, dass mittlerweile aus dem F-Kab heraus Debatten über den Verbleib in der Koa öffentlich geführt werden. Unabhängig davon wie man das sieht: Das wird Anlass für Berichterstattung über eine strategische Spaltung sein. In die Organisation hinein ist die Einheit der Führung nicht mehr gewahrt.«

Und Bijan Djir-Sarai, damals noch Generalsekretär, schreibt: »Ich finde es extrem ärgerlich. Wir haben doch alles gemeinsam besprochen. Verstehe so was nicht!« Insbesondere der zweite Satz fällt auf. Was hatte man anderes »gemeinsam besprochen«, als dass das Ampel-Aus beschlossene Sache sei? Djir-Sarai sagt auf Nachfrage, diese Interpretation sei falsch.

Womöglich aber ist die »D-Day«-Affäre der FDP gar nicht beispiellos – sondern nur ein weiterer Ausdruck einer Parteikultur, in der inzwischen regelmäßig von Korpsgeist, Bunkermentalität und Bauernopfern berichtet wird.

Im FDP-geführten Bildungsministerium schwelte seit dem Frühjahr der Skandal um die sogenannte Fördermittellaffäre. Aus heutiger Sicht wirkt sie wie ein Drehbuch für den Umgang mit dem »D-Day«-Papier, weil sie nach einem ähnlichen Schema aus dem Ruder geriet.

Die FDP-Ministerin Bettina Stark-Watzinger war in die Kritik geraten, weil in ihrem Haus geprüft werden sollte, ob die Unterzeichnung eines Briefes gegen die Räumung eines pro-palästinensischen Protestcamps Konsequenzen für die beteiligten Wissenschaftler haben könnte. Es war eine Liste von Akademikern in Auftrag gegeben worden, die den Brief unterschrieben und vom Ministerium Fördergelder erhalten hatten. Sollte etwa Förderung mit politischer Gesinnung verknüpft werden?

Seit Beginn der Affäre versuchen Journalisten, der Bildungsausschuss des Bundestags und das Parlament herauszufinden: Was hat Stark-Watzinger wann gewusst?

Lange nichts, behauptet sie selbst. Die Ministerin zog sich auf die immer gleichen, unbefriedigenden Antworten zurück. Um Tatkraft zu simulieren, wurde die Staatssekretärin Sabine Döring entlassen.



»Indiskutabel, dass die FDP sich in diese Richtung entwickelt.«

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
ehemalige Bundesjustizministerin

»Das Papier ist einer liberalen Partei unwürdig.«

Franziska Brandmann, Juli-Vorsitzende

»Ich finde es extrem ärgerlich. Wir haben doch alles gemeinsam besprochen.«

Bijan Djir-Sarai, Ex-Generalsekretär, im Chat



»Es war nicht der Masterplan der FDP, sondern meine persönliche Vorbereitung.«

Carsten Reymann, Ex-Bundesgeschäftsführer



»Das wird Anlass für Berichterstattung über eine strategische Spaltung sein.«

Marco Buschmann, Ex-Minister, im Chat



»Ich verfolge diese Krise intensiver als ich sollte«, sagt Döring dieser Tage amüsiert. Sie erkennt Parallelen zwischen der »D-Day«-Affäre und ihrem eigenen Fall.

Zunächst tue die FDP »als Mitglied der Bundesregierung etwas, das dem Kampf gegen den politischen Gegner dient.« Schon das sei ein Fehler. »Die Exekutive kennt keine politischen Gegner.« Sie stehe im Dienst aller Bürger.

Dann werde der Vorgang durchgestochen, »weil einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter davon überzeugt sind, dass ein solches Vorgehen mit staatspolitischer Verantwortung nicht vereinbar ist«. Durch dieses Leak entstehe der öffentliche Skandal.

Anschließend, sagt Döring, würden keine Fehler eingestanden, sondern geleugnet, bis es nicht mehr geht. Scheibchenweise werde nur zugegeben, was Journalisten herausgefunden haben. Und zuletzt, wenn der Druck zu groß werde, trete nicht etwa die politische Führung zurück, sondern eine andere Person übernehme die Verantwortung. Wie nun der bisherige Generalsekretär Bijan Djir-Sarai.

Die kommunikative Trickserie an der Spitze löst auch in weiten Teilen der eigenen Partei dieser Tage Verunsicherung, Wut und Kopfschütteln aus.

Die liberalen Frauen in der Bundestagsfraktion diskutieren besonders intensiv über den Stil der eigenen Führung. Natürlich sei ihnen das Machogehabe beim Ampel-Aus auf die Nerven gegangen, sagen einige weibliche Abgeordnete, die aus Angst vor Konsequenzen anonym bleiben wollen. Natürlich wäre es gut, wenn Parteichef Lindner mal ein biss-

chen weniger arrogant rüberkäme, heißt es. Jetzt müssten sie das auch noch verteidigen, was da von den Männern an der Spitze in den Sand gesetzt wurde, findet eine.

»Das Papier ist einer liberalen Partei unwürdig«, schrieb die Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen, Franziska Brandmann, über das »D-Day«-Dokument auf X. »So ein Papier anzufertigen, war leichtsinnig. Der Männerumkleide-Jargon darin war zudem mehr als fahrlässig«, findet Susanne Seehofer, 33, die Tochter des früheren CSU-Chefs Horst Seehofer, die als FDP-Direktkandidatin für die Bundestagswahl in Fürstentfeldbruck kandidiert.

Aber kaum jemand traut sich, Lindners Rücktritt zu fordern. Womöglich treibt es auch zahlreiche Abgeordnete um, dass viele Landeslisten für die Bundestagswahl erst in den nächsten Wochen aufgestellt werden und sie ihre eigene Kandidatur nicht gefährden wollen. Dazu kommt die Überlegung, dass die FDP für Lindner so kurz vor der Wahl keinen Ersatz finden dürfte.

An der Basis werden manche deutlicher. Am Sonntag veröffentlichte der FDP-Ortsverband in Kronberg im Taunus einen Instagram-Post. Das Bild zeigt einen weißen Haarschopf und rote Lippen. Darunter eine Aufforderung: »Bitte Führen Sie!«

Gemeint war die Europapolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Einen entsprechenden Beschluss hatten die Kronberger am vorangegangenen Dienstag mehrheitlich gefasst. »Seit der Ampelregierung gelingt es dem Bundesvorsitzenden Christian Lindner nicht, die FDP aus dem Umfragetief herauszuführen«, heißt es zur Begründung. Die Mitgliederversammlung des Ortsverbands der

FDP Kronberg fordere die Delegierten des nächsten Bundesparteitags auf, Strack-Zimmermann zur Spitzenkandidatin für die anstehende Bundestagswahl zu wählen.

Strack-Zimmermann reagierte kurz darauf. »Ich verstehe, dass mir aktuell viel zugetraut wird«, schrieb sie auf X, wie immer durchaus überzeugt von sich selbst. Aber: »Ich bin mit meinen herausfordernden Aufgaben in Europa und im FDP-Präsidium mehr als glücklich.« Und: Christian Lindner sei »Parteivorsitzender und wird unser Spitzenkandidat zur Bundestagswahl«. In diesen Zeiten ist es offenbar notwendig, das noch einmal klarzustellen.

Im Norden Deutschlands ärgert sich der Vorsitzende des FDP-Ortsverbands Bad Segeberg Uwe Henn zwar über das »Personaltheater«. Mit Marco Buschmann als neuem Generalsekretär der FDP sei er keineswegs glücklich, dasselbe gelte für den Parteichef. Doch er fürchtet: »Christian Lindner auszutauschen, geht jetzt de facto nicht mehr, er ist das einzige Gesicht der Partei. Für einen Wechsel reicht die Zeit nicht. Ansonsten, mit mehr Zeit: sehr gerne.« Nach der Wahl wäre spätestens die Zeit »für einen ehrlichen Neuanfang«.

An der Basis wollen sich viele nicht namentlich mit ihrer Kritik zitieren lassen. Aus Selbstschutz, aber auch, weil sie die Partei nicht noch tiefer in die Krise ziehen wollen. Lindner, sagt ein westdeutscher FDP-Politiker, habe »vor nichts mehr Angst als vor Kontrollverlust«. Der Mann hat das Gefühl, dass der nun eingetreten sei. Er hält »die ganze Führung mittlerweile ja für völlig irrlichternd«.

In einer Chatgruppe von FDP-Mitgliedern, deren Verlauf dem SPIEGEL auszugsweise vorliegt, wird hart mit der jüngsten Rochade in

Berlin abgerechnet. »Wie soll bitte Buschmann die Abteilung ATTACKE führen«, schreibt ein Liberaler. Der designierte Generalsekretär, der nach dem Rücktritt von Bijan Djir-Sarai nun den Wahlkampf organisieren soll, sei »Teil des Problems und nicht Teil der Lösung«. Der Frust sitzt offenbar tief: »Die blöd gehaltenen Ortsverbände – nichts als bessere Plakatkleber«, schimpft einer im Chat.

Im Osten sieht die Lage für die FDP desaströs aus. Bei den vergangenen drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg landete sie im Einprozentbereich. In der Partei kommen erste Zweifel auf, ob die Liberalen in den neueren Bundesländern überhaupt noch kampagnenfähig sind und im anstehenden Bundestagswahlkampf eine nennenswerte Rolle spielen können.

»Nach kurzem Aufflammen der Motivation ist die Stimmung gedrückt«, sagt der Thüringer FDP-Chef Thomas Kemmerich. Er ließ sich 2020 in Erfurt mit Stimmen von AfD und CDU zum Kurzzeitministerpräsidenten wählen, zu Lindner hat er ein angespanntes Verhältnis. Für die gedrückte Stimmung nimmt er ihn indirekt in Haftung. »Statt selbstbewusst das Ampel-Aus zu begrüßen, inszenierte sich die Bundesspitze als Opfer«, sagt Kemmerich. Er spielt darauf an, dass Lindner versucht hatte, die Schuld am Ampel-Aus Kanzler Olaf Scholz zuzuschieben.

Tief im Westen, in seinem Haus in Köln, geht der Altliberale Gerhart Baum, einst Bundesinnenminister, scharf mit dem Parteichef ins Gericht. »Lindner hat seine Autorität verloren, er muss entscheiden, ob er der FDP noch nützt«, sagt der 92-Jährige. Baum, gerade aus dem Krankenhaus zurück, nimmt die Lage seiner Partei »seelisch mit«, wie er erzählt. Er fordert die Liberalen auf, bereits jetzt die Zeit nach der Ära Lindner vorzubereiten, möglichst noch »mit einem Signal vor Weihnachten«. Die FDP, so Baum, »muss neu aufgestellt werden, mit neuen Personen, mit thematischer Vielfalt, mit dem Mut zu einem neuen Aufbruch«.

Im Süden bezieht sich die Kritik eher auf das lange Verweilen in der Koalition mit SPD und Grünen: »Wir sind viel zu spät raus aus der Ampel, das kam in allerletzter Minute«, sagt etwa Helmut Markwort, 87, ehemals FDP-Landtagsabgeordneter in Bayern und Gründungs-Chefredakteur des Nachrichtenmagazins »Focus«. »Die Basis ist schon immer gegen die Ampel gewesen, die fanden hauptsächlich die Funktionäre gut. Im Bundesvorstand hat man diese Stimmung zu lange ausgesessen.«

Die Wortwahl des »D-Day«-Papiers bezeichnet Markwort als »ärgerlich und dämlich«. Doch nun herrsche in der Partei vor allem Erleichterung. Parteichef Lindner sei »unangefochten«.

Dass es keine ernst zu nehmende Alternative zu ihm gibt, hat Lindner sich hart erarbeitet. Als er die Partei im Dezember 2013 übernahm, war die FDP erstmals in ihrer Geschichte aus dem Bundestag geflogen, zur außerparlamentarischen Opposition degradiert.

Sie hatte ihre Nahtoderfahrung, und es war Lindner, der die Partei wiederbelebte und höchst erfolgreich in den Bundestag zurückführte.

In dieser Zeit aber schnitt Lindner den Apparat der Partei so extrem auf sich selbst zu, wie das allenfalls bei der Partei von Sahra Wagenknecht der Fall ist. Viele Abgeordnete sind ihm bis heute dankbar, ohne den Wahlkämpfer Lindner säßen sie nicht im Bundestag. Doch die Konzentration auf eine Person hat auch Spuren hinterlassen, die bis in die jetzige Krise hineinwirken: Ohne ihn bliebe nicht viel FDP übrig.

Neben dem 45-Jährigen gibt es keinen Politiker bei den Liberalen, der es mit ihm aufnehmen könnte. Die Jüngeren wie Parteivize Johannes Vogel und Konstantin Kuhle sind wegen ihrer eher sozialliberalen Ausrichtung in Teilen der Partei umstritten. Außerdem haben sie sich Lindner ebenfalls untergeordnet. Parteivize Wolfgang Kubicki füllt zwar Säle, aber der 72-jährige Haudegen gilt als eigensinnig und unberechenbar, viele in der Partei misstrauen ihm.

»Die FDP ist zum Bündnis Christian Lindner geworden, zum BCL. Alles ist auf ihn fixiert«, sagt ein FDP-Mitglied, das einst im Regierungsapparat in Berlin in einem exponierten Amt tätig war.

Sollte dieses »BCL« bei der voraussichtlichen Bundestagswahl am 23. Februar jedoch aus dem Parlament fliegen, hätte sich der einstige Retter der Freien Demokraten verzockt. Aus den Ausstiegsplänen für die Ampel wäre dann der Abstieg in die außerparlamentarische Opposition geworden. Dorthin, wo Lindner sie einst übernommen und rausgeführt hatte. Es wäre die zweite Nahtoderfahrung der Liberalen. Zumindest Lindner würde sie politisch nicht überleben.

Irgendwie über die Fünfprozenthürde, lautet nun das Motto. Dafür, so scheint es, will Lindner jetzt auch inhaltlich Grenzen austesten. Bestes Beispiel dafür sind seine Äußerungen zum argentinischen Präsidenten Javier Milei und dem US-amerikanischen Tech-Unternehmer und Donald-Trump-Spezi Elon Musk. »Wir sollten in Deutschland vielleicht – bei aller Schwierigkeit des Vergleichs – ein klein bisschen mehr Milei oder Musk wagen«, sagte er bei »Caren Miosga«. Lindner weiß, wie umstritten der libertäre Politiker und der eigenwillige Unternehmer in Deutschland sind. Womöglich nimmt er jetzt gerade deshalb Anleihen bei ihnen. Es geht um Ablenkung.

»Die FDP ist zum Bündnis Christian Lindner geworden, zum BCL. Alles ist auf ihn fixiert.«

Ex-FDP-Regierungsmann

Milei ist der Mann mit den wilden Haaren und der Kettensäge. Er verachtet als Libertärer den Staat und seine Institutionen. Auch für Elon Musk ist der Staat in erster Linie ein riesiges Hindernis. Der Unternehmer, bekannt geworden als Chef von Tesla, soll für Trump eine Behörde zum Bürokratieabbau in den USA aufbauen und leiten.

Das ist der Kern des Fünfprozentkampfes: Lindner zielt nicht mehr weit in die gesellschaftliche Mitte, wie es für Ergebnisse wie die 11,4 Prozent bei der letzten Bundestagswahl nötig war – er braucht jetzt den harten liberalen Kern.

Die Frage ist, ob er seiner Partei dabei nicht ein bisschen viel zumutet.

»Milei will den Staat zerstören, er ist frauenfeindlich und hat mit liberaler Demokratie nichts am Hut. Es ist absolut indiskutabel, dass die FDP sich in diese Richtung entwickeln wird«, kritisiert die ehemalige FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Sie steht wie Gerhart Baum für das liberale Bürgerrechtmilieu, das die FDP wohl ebenfalls braucht, um sicher über die Fünfprozenthürde zu kommen.

Der Mann, der all den Wirbel im Kern zu verantworten hat, wirkt dieser Tage übrigens, als käme er damit bestens zurecht, ja als gönne er die Aufregung ein wenig.

Am Dienstagabend steigt er in den Aufzug im alten Axel-Springer-Hochhaus und fährt in den 19. Stock. Dort warten im Journalistenclub Dutzende Start-up-Unternehmer und Investoren an gedeckten Tischen. Christian Lindner soll hier die Impulsrede halten.

Er befinde sich, untertreibt Lindner, in einer »mitunter etwas entbehrungsreichen Zeit« – und jetzt sei er froh, unter zuversichtlichen und optimistischen Menschen zu sein, »das baut auch mich auf.«

Er hat die Bühne für sich, spricht im Gehen, stolziert mit dem Mikro zwischen den Tafeln auf und ab und erzählt von den beiden Firmen, die er als junger Mann gründete, »eines war erfolgreich, eines war lehrreich«.

Lindner provoziert. Er attestiert »Corporate Germany« Risikoaversion, bedauert, dass die Jugend sich heute so häufig einen Job im Öffentlichen Dienst wünscht, statt etwa ein Unternehmen zu gründen. Und dann fordert er noch einmal, er sei dafür ja schon viel gescholten worden: »Vielleicht so eine Prise Milei und Musk wagen«, denn »etwas Disruption, Risikofreude, Veränderungsbereitschaft und Innovationskraft würde unserem Land durchaus guttun.«

Disruption. Das Wort sticht heraus, gerade bei ihm, der sich einst als Generalsekretär sagte: »Jetzt sprengst du das alles in die Luft.«

Christian Lindner, so viel lässt sich sagen, ist und bleibt der große Sprengmeister der deutschen Politik.

Deike Dienes, Jan Friedmann, Florian Gathmann, Milena Hassenkamp, Leon Lindenberger, Martin Christian Müller, Miriam Olbrisch, Severin Weiland

Ganz entspannt Pakete empfangen und verschicken?



„Easy: Für DHL Pakete, die ich empfangen habe, habe ich einen Ablageort vereinbart. Und von dort kann ich auch gleich Pakete mitnehmen lassen. Muss ich nur online frankieren oder das Retourenlabel draufkleben und hinlegen. Und dann kann ich tun und lassen, was und wo ich es will.“

LÄUFT.

Selber checken auf [VogelCheckt.de](https://www.vogelcheckt.de)

Deutsche Post 



Argentinischer Präsident
Milei



Agustín Marcatán / REUTERS

»Von Mileis Mut kann sich die FDP etwas abschauen«

LIBERALE Der Chef der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, Karl-Heinz Paqué, 68, empfiehlt die Entschlossenheit des rechtslibertären Präsidenten Argentiniens als Vorbild. Allerdings nur in der Wirtschaftspolitik.

SPIEGEL: Herr Paqué, Sie kommen gerade aus Argentinien zurück, wo Ihre Stiftung eine Veranstaltung zur bisherigen Bilanz von Präsident Javier Milei organisiert hat. Können Sie FDP-Chef Christian Lindner darin bestärken, der neuerdings »mehr Milei wagen« will?

Paqué: Ich finde es richtig, dass man mit Blick auf die wirtschafts- und finanzpolitischen Erfolge Mileis sagen will: mehr Mut zu Reformen wagen. Von Mileis Mut können wir uns etwas abschauen. Allerdings muss man bei Milei immer das Janusköpfige sehen. Das eine ist, was er in der Wirtschafts- und Finanzpolitik leistet, und das andere ist sein Rechtspopulismus.

SPIEGEL: Kann man die beiden Seiten so einfach trennen?

Paqué: Man muss es sogar. Wenn Milei nach Spanien zu einer Kundgebung der rechtspopulistischen Vox-Partei fährt und die Frau des dortigen Ministerpräsidenten beleidigt, geht das gar nicht.

SPIEGEL: Er hat auch seine Gegner beleidigt und diffamiert, die Demonstrationsgesetze stark verschärft. Steht zu befürchten, dass er in Argentinien ein autoritäres Regime errichtet, wenn er mal wirklich unter Druck gerät?

Paqué: Das kann ich nicht beurteilen. Klar, sein Politikstil ist vollkommen inakzeptabel, so wie auch der von Donald Trump. Aber er hat seine Gesetze auf demokratischen Wegen umgesetzt. Argentinien ist eine funktionierende Demokratie mit einer freien Presse.

SPIEGEL: Aber ist seine Reformbilanz wirklich so positiv, dass Christian Lindner ausgerechnet ihn lobend erwähnen muss?

Paqué: Milei hat es geschafft, die Inflation drastisch zu senken. Dafür musste er harte Budgetkürzungen vornehmen. Das war eine echte Schocktherapie für die Menschen. Doch die meisten sind ihm sehr dankbar, weil die Preise nicht mehr so extrem steigen. Bislang hält er allerdings die Kontrollen des Kapital-

verkehrs noch aufrecht. Die müssen weg, sonst springt die Wirtschaft nicht wieder an. Das ist ein kritischer Schritt, der noch vor ihm liegt.

SPIEGEL: Lindner fordert für Deutschland mehr Disruption. Brauchen wir hier einen wie Milei, der mit der Kettensäge den Staat niedermacht?

Paqué: Deutschland braucht eine wirtschaftspolitische Wende. Ich kann die harsche Kritik in Deutschland an der Wirtschaftspolitik des argentinischen Präsidenten jedenfalls nicht verstehen. Wenn dieses radikale Programm statt von Milei von einer linken Regierung gemacht würde, gäbe es überhaupt keine Proteste bei uns.

SPIEGEL: Der Namensgeber Ihrer Stiftung, Friedrich Naumann, sagte über den Staat, er sei eine »höchst notwendige Kontroll- und Aufsichtsinstanz« über die Wirtschaft. Milei behauptet, er verachte den Staat. Wie können Sie Sympathie für ihn aufbringen?

Paqué: Derzeit betreibt Milei nur ein stramm liberales Stabilisierungsprogramm, für das er vom Internationalen Währungsfonds Applaus bekommt. Von seinen gesellschaftspolitischen Zielen, die aus dem reaktionären Milieu stammen, hat er noch nichts umgesetzt.

SPIEGEL: Wirklich? Beim Abbau der Verwaltung schmeißt Milei gezielt die Beamten raus, die sich um Gleichberechtigung kümmern.

Paqué: Ich sehe noch nicht, dass er den gesellschaftlichen Fortschritt auf reaktionäre Weise zurückdreht. Da würde es massiven Widerstand geben. Ich hoffe, dass sich bei ihm gesellschaftspolitisch ein gleicher Pragmatismus durchsetzt wie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

SPIEGEL: Wenn der Staat so weit abgeschafft wird, wie die Libertären um Milei es wollen, würde dann nicht das Gesetz des Dschungels herrschen, wo immer der Stärkere gewinnt?

Paqué: Die Vorstellung, dass man ohne Staat auskommt oder mit einem minimalen Nachtwächterstaat, ist absurd. Der Staat hat wesentliche Funktionen, das ist Teil der klassisch liberalen Weltanschauung. Die großen Liberalen im 19. Jahrhundert haben der staatlichen Bildung enorme Bedeutung beigegeben, sie ist die Voraussetzung für Chancengleichheit. Wer diese Werte nicht teilt wie Milei, gehört nicht in die liberale Familie. Er ist ein Anarchokapitalist, für den der freie Markt alles ist.

SPIEGEL: Wie groß, glauben Sie, ist in Ihren liberalen Kreisen in Deutschland die Sympathie für Milei und seine Ideen?

Paqué: In unserer liberalen Familie gibt es wie in jeder weltanschaulichen Familie einige, die Positionen jenseits des Mainstreams verfolgen und Sympathien für libertäre Positionen empfinden. Das ist normal. Umgekehrt gibt es bei uns Sozialliberale, die einer sozialdemokratischen Vorstellung nahekommen. Diese Unterschiede muss man tolerieren. Aber das heißt nicht, dass Rechtspopulismus in der liberalen Philosophie der Naumann-Stiftung oder in der FDP eine Rolle spielt.

SPIEGEL: Anfangs hat die Friedrich-Naumann-Stiftung Milei in Argentinien zu Veranstaltungen eingeladen und ihn unterstützt. Später hat sie damit aufgehört und sich öffentlich distanziert. Besteht diese Distanzierung weiter?

Paqué: Daran hat sich nichts geändert. Wir haben in Buenos Aires eine Veranstaltung zu Milei gemacht, da war kein Rechtspopulist eingeladen.

SPIEGEL: Libertäres Gedankengut scheint gerade in Mode zu sein. Fischt Christian Lindner in diesem Gewässer, weil seine Partei ums Überleben kämpft?

Paqué: Dieses Land hat jahrelang selbstgefällig von der Substanz gelebt, das war das Merkmal der Merkel-Ära. Es wurde zu wenig investiert, der Sozialstaat wurde ausgebaut. Von der Problemlage her erfordert das eine wirtschaftsliberale Agenda, da sind sich alle Liberalen einig. Die deutsche Wirtschaft muss wieder wachsen, und wir sehen uns als Motor der nötigen Reformen.

SPIEGEL: Lindner will den Sozialstaat zurückschrauben. Dabei gab es in der FDP immer auch das Bekenntnis für soziale Verantwortung. Wie viel ist davon übrig?

Paqué: Wir Liberale sind eindeutig für eine soziale Absicherung. Das ist das Wesen der sozialen Marktwirtschaft. Aber dieses System soll nachhaltig sein. Da sind schwere Fehler gemacht worden, auch beim Bürgergeld. Es ist nicht einzusehen, wenn der Staat eine riesige Umverteilungsmaschinerie ist, die auch Leute fördert, die eigentlich arbeiten könnten. Das ist eine Beleidigung des Steuerzahlers, und Kritik daran hat überhaupt nichts mit Rechtspopulismus zu tun.

SPIEGEL: Die frühere FDP-Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat Lindner dafür kritisiert, dass er Milei und den Trump-Vertrauten Elon Musk gelobt hat. Haben Bürgerrechtsliberale wie Leutheusser-Schnarrenberger in der FDP noch einen Platz?



Stiftungschef Paqué

Matthias Ludecke / agf-images

Paqué: Sabine ist meine Stellvertreterin bei der Stiftung, wir sind befreundet. Natürlich gibt es unterschiedliche Schwerpunkte. Sabine ist eine Ikone der Bürgerrechte, bei mir spielt das Thema Wirtschaft eine große Rolle. Beides gehört zusammen. In der Geschichte des Liberalismus seit 1848 hat es immer zwei Strömungen gegeben: eine eher wirtschaftspolitisch begründete und eine im Selbstverständnis eher progressive. In der Ampelkoalition wurde auch eine Reihe von Gesetzen zur gesellschaftspolitischen Modernisierung verabschiedet und letzterer Strömung Rechnung getragen. Beide zusammen machen das Profil der FDP aus.

SPIEGEL: Lindner hat auch positiv über Musk gesprochen. Mit ihm hätte es das Selbstbestimmungsgesetz der Ampel, mit dem Menschen ihr eingetragenes Geschlecht ändern können, nicht gegeben.

Paqué: Wir sind weder Milei noch Musk. Musk hat völlig krude gesellschaftliche Vorstellungen und einen klaren Rechtsdrall, damit haben wir nichts zu tun. Aber seine disruptive Innovationskraft verlangt Respekt. Warum hat es keinen Deutschen gegeben, der einen Konzern wie Tesla aufgebaut hat?

SPIEGEL: Beim Klimaschutz sagt FDP-Chef Lindner mittlerweile, dass wir uns nicht so beeilen müssen. Das klingt ein bisschen nach Milei, der bezweifelt, dass der Klimawandel menschengemacht ist.

Paqué: Das ist eine böartige Unterstellung. Lindner hat in zahlreichen Interviews gesagt, es sei sinnlos, fünf Jahre vor den Nachbarn in der EU ins Ziel laufen zu wollen. Dann sparen wir CO₂ ein, während die anderen mehr verschmutzen können. Es ist nur sinnvoll, das europäische Ziel gemeinsam zu verfolgen.

SPIEGEL: Aber läuft Lindner mit solchen Äußerungen nicht einem Zeitgeist hinterher, der den Klimaschutz zunehmend ablehnt?

Paqué: Dem widerspreche ich scharf. Nicht der Zeitgeist hat sich geändert, sondern die Problemlage. Wir haben lange gedacht, wir könnten uns im Klimaschutz einen deutschen Sonderweg leisten mit dem gleichzeitigen Ausstieg aus Kern- und Kohlekraft. Das ist ein gewaltiger Irrtum, wie die wirtschaftliche Stagnation nun zeigt. Daher rührt auch dieser momentan scharfe Gegensatz zwischen Grünen und FDP.

SPIEGEL: Milei hat sehr erfolgreich mit der Motorsäge Wahlkampf gemacht. Steht das auch bei der FDP zu befürchten?

Paqué: Die Motorsäge war ein cleverer Schachzug in Argentinien. Es gab das Gefühl, es muss sich ganz grundsätzlich etwas ändern. Die Leute waren verzweifelt. In dem Augenblick nehmen sie auch rustikale Symbole gern auf.

SPIEGEL: So verzweifelt sind die Deutschen noch nicht, dass sie empfänglich für die Kettensäge sind?

Paqué: So etwas zu sagen, wäre zynisch. Die Verhältnisse in Argentinien sind viel dramatischer als in Deutschland. Allerdings müssen wir hier das Bewusstsein für den Ernst der Situation wecken. Denn bei uns ist die Krise schleichender.

Interview: Jens Glüsing, Gerald Traufetter

© Hurras Network / Save the Children

WIR SCHÜTZEN KINDER. AUCH NACH DER FLUCHT.

OHNE WENN UND ABER.

Save the Children Deutschland e. V.
IBAN: DE96 3702 0500 0003 2929 12
Stichwort: Ohne Wenn und Aber

UNTERSTÜTZEN SIE UNS DABEI!

Camp für Vertriebene, Syrien

Autorin Arab im Februar
in Berlin

DIE CLAN-AUFSCHNEIDERIN

BIOGRAFIEN Latife Arab inszenierte sich als Clan-Aussteigerin, schrieb ein Buch und gab reihenweise Interviews, auch dem SPIEGEL. Doch offenbar hat sie ihre Verwandtschaft zu Kriminellen erfunden.



Es gab viele Momente, in denen die Frau ein hohes Risiko einging. Einer war wohl der, als sie ihren Buchvertrag unterschrieb. Die Frau hatte sich mit dem Heyne Verlag darauf geeinigt, ihre Biografie zu veröffentlichen. Das Buch wollte sie unter einem Pseudonym schreiben: »Latife Arab« nannte sie sich. Der Verlag setzte einen Vertrag auf, inklusive eines speziellen Passus. Die Autorin sollte versichern, dass ihre Geschichte stimmt.

Falls sich das Gegenteil herausstellen sollte, werde sie den Vorschuss für ihr Buch zurückerzahlen und für den Schaden des Verlags aufkommen müssen. So wurde es vertraglich festgehalten, wie der Verlag dem SPIEGEL später mitteilte.

Latife Arab unterschrieb den Vertrag. Trotz des Passus. Im vergangenen März erschien ihr Buch, der Titel: »Ein Leben zählt nichts – als Frau im arabischen Clan: Eine Insiderin erzählt.« Die Autorin gab viele Interviews dazu. Auch der SPIEGEL veröffentlichte damals ein Gespräch mit ihr.

Latife Arabs Buch verkaufte sich gut. Der Heyne Verlag hat bislang rund 27.000 Exemplare ausgeliefert.

In den Geschäften liegt die Biografie bei den Sachbüchern aus. Nun zeigt sich, dass sie vielleicht besser in die Kategorie Fiktion gepasst hätte.

Gut möglich, dass der Heyne Verlag seiner Autorin bald einen Brief schreiben wird, inklusive Zahlungsaufforderung. Denn einiges spricht dafür, dass Latife Arab keine Clan-Aussteigerin ist, sondern eine Hochstaplerin.

Die Geschichte, die sie in ihrem Buch erzählt, geht so: Sie stamme aus einer kriminellen Großfamilie, in der Menschenhandel, Schutzgelderpressung und Drogengeschäfte an der Tagesordnung seien. Über ihre Verwandtschaft schreibt sie: »Ihre Namen liest man in der Zeitung, ihre Gesichter sieht man im Fernsehen. Vor der Polizei haben sie keinen Respekt, die ›Ehre‹ der Familie steht über allem.« Latife Arab berichtet, dass sie vor ihrer Familie geflüchtet sei und unter neuem Namen ein zweites Leben begonnen habe.

Was nicht im Buch steht, was sie aber Journalisten erzählte: Sie sei eng mit berühmtesten Größen aus zwei türkisch-arabischen Clans verwandt, Personen aus den Familien Al-Zein und Rammo. Es sind Familien, aus deren Reihen immer wieder Verbrechen begangen werden.

SPIEGEL-Recherchen legen jedoch nahe, dass diese Verwandtschaftsverhältnisse nicht stimmen. Demnach stammt Latife Arabs Familie zwar aus der Türkei, aus jener Region, aus der auch viele Al-Zeins und Rammos kommen. Doch in Deutschland ist ihr Familienzweig weitgehend unbekannt, den Clan-Experten der Polizei gilt er nicht als auffällig.

Dass Latife Arab ihren Namen aus Angst vor ihrer Verwandtschaft ändern ließ, wie sie behauptet, ist offenbar auch falsch. Sie trägt sehr wahrscheinlich noch immer ihren Geburtsnamen. Ihre Angehörigen scheinen auch nicht schwerkriminell zu sein. Der SPIEGEL konnte mit einem Bruder von Latife Arab

sprechen. Er sagte, seine Schwester verbreite Lügen.

Die Autorin steht im Verdacht, die familiären Bezüge zu berühmtesten Clan-Bossen erfunden zu haben. Vermutlich hat sie in ihrem Buch auch Ereignisse stark übertrieben dargestellt oder konstruiert. Zudem steht die Frage im Raum, ob sie sich womöglich als Opfer eines Überfalls ausgegeben hat, den es so nie gab.

In Sicherheitskreisen steht man vor einem Rätsel: Wer ist diese Frau? Was treibt sie an? Nach SPIEGEL-Informationen gibt es in Berliner Behörden inzwischen große Zweifel an einer möglichen Verbindung zwischen Latife Arab und kriminellen Clan-Größen.

Der SPIEGEL hatte in den vergangenen Wochen zwei Treffen mit Latife Arab vereinbart, um über diese Fragen zu sprechen. Beide Termine sagte die Autorin kurz vorher ab, woraufhin der SPIEGEL ihr über ihre Anwältin Fragen schickte.

In ihrer Antwort ging die Autorin nicht auf die Vorwürfe ein. »Gern würde ich Ihre Fragen beantworten und Ihnen Dokumente vorweisen mit«, schrieb sie, doch dies sei derzeit nicht möglich.

Sie lebe »in einer Schutzwohnung« und habe »keinen Kontakt mehr zu Außenstehenden«, so die Autorin. Sie werde »zu gegebener Zeit bei den Antworten helfen«.

Ihre Anwältin wiederum wies darauf hin, dass sich ihre Mandantin derzeit aus gesundheitlichen Gründen nicht äußern könne. Zweifel an der von Latife Arab angegebenen Herkunft seien jedoch »nicht begründet«.

Der SPIEGEL hat auch den Heyne Verlag mit den Vorwürfen gegen seine Autorin konfrontiert. »Die erhobenen Zweifel nehmen wir sehr ernst«, teilte eine Sprecherin daraufhin mit. »Nach derzeitigem Kenntnisstand versichert die Autorin weiterhin die Richtigkeit der Inhalte des Buchs.« Man werde aber »die neuen Informationen sorgfältig prüfen«.

Der Verlag habe vor der Veröffentlichung des Buchs »diverse Dokumente« von Latife Arab gesichtet, »die Rückschlüsse auf die Identität und Lebensumstände der Autorin zuließen«. Die Prüfung sei damals »nach bestem Wissen und Gewissen durchgeführt« worden, so die Sprecherin.

Im vergangenen Januar entschied der SPIEGEL, ein Interview mit Latife Arab zu führen. Es sollte im März erscheinen, zeitgleich mit der Veröffentlichung ihres Buchs. Rund sechs Wochen vorher erhielten die Redakteure eine Vorabversion der Biografie und stellten bei der Lektüre fest, dass darin sämtliche Namen und Orte verfremdet und viele Schilderungen un belegt waren.

Der SPIEGEL versuchte daraufhin, die Angaben zu überprüfen. Dabei arbeiteten die Redakteure später mit Kollegen von SPIEGEL TV zusammen, die auch ein Interview mit der Autorin planten.

Die Recherchen ergaben, dass manche Aussagen von Latife Arab plausibel waren.

Frühere Wegbegleiterinnen gaben an, der Autorin bei einer Flucht vor ihrer Verwandtschaft geholfen zu haben. Eine Person aus einem Frauenhaus versicherte, dass Latife Arab einst dort gelebt habe, weil sie »in ihrer Familie Gewalt ausgesetzt« gewesen sei.

Die Redaktion kontaktierte Anwälte, die Latife Arab einige Jahre zuvor in familiären Streitigkeiten vertreten hatten. Die Juristen erklärten, dass es für ihre damalige Mandantin »ein bestehendes Gefährdungspotenzial seitens der Eltern« gegeben habe.

Eine Sprecherin des Heyne Verlags teilte seinerzeit mit, dass die Autorin ab 2015 vom Berliner Landeskriminalamt als sogenannte Schutzperson gelistet gewesen sei. Auf eine entsprechende Anfrage antwortete die Polizei, dass man keine Angaben zu einzelnen Personen und zu etwaigen Schutzmaßnahmen mache.

Ende Februar, wenige Tage vor der Buchveröffentlichung, traf sich der SPIEGEL mit Latife Arab zum Interview. Das Gespräch fand in einem Berliner Altbau statt, im Büro ihrer Literaturagentin.

Latife Arab erzählte rund zwei Stunden lang von ihrem angeblichen Leben in einem kriminellen türkisch-arabischen Clan. Sie berichtete, dass Gewalt in ihrer Familie allgegenwärtig gewesen sei, dass ihr Ex-Ehemann sie regelmäßig verprügelt habe. Ihre Brüder und Cousins hätten mit gestohlenen Autos gehandelt und Geldtransporter überfallen.

Sie sei unter Verbrechern aufgewachsen, sagte sie: »Für meine Familie war es immer großartig, wenn die schwer bewaffneten Polizisten ins Haus stürmten und es darüber viele Berichte in den Medien gab. Die haben damit geprotzt, es als Auszeichnung empfunden. Ich fand es immer peinlich, wenn die Beamten meine Schubladen durchwühlt haben.«

Mit ihrem Buch wolle sie anderen helfen auszusteigen, sagte Latife Arab. »Ich versuche, Mädchen und Frauen einen Weg zu zeigen, den sie gehen können.«

Auf Nachfrage sagte sie am Ende des Interviews, dass sie mit den bekannten Großfamilien Al-Zein und Rammo verwandt sei. Sie bat jedoch darum, über ihre genaue Herkunft nicht zu berichten – aus Sicherheitsgründen.

Die Verlagssprecherin verwies wenige Tage später darauf, dass sie persönliche Dokumente der Autorin gesehen habe. Die Unterlagen, so die Sprecherin, bestätigten die von Latife Arab angegebene Herkunft.

Auf Grundlage der Recherchen erschien das Interview mit Latife Arab Anfang März im SPIEGEL. Allerdings verbunden mit dem Hinweis, dass sich die Schilderungen der Autorin »nur in Teilen« hatten überprüfen lassen. Auch SPIEGEL TV interviewte Latife Arab.

Die Autorin gab im Frühjahr rund ein Dutzend Interviews. Es erschienen Artikel über sie in der »Süddeutschen Zeitung« und in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (»FAZ«). Sie trat in TV-Sendungen auf, war in der ARD

zu sehen und im Sat.1-»Frühstücksfernsehen«. Die Autorin ließ sich dabei von hinten filmen oder im Gegenlicht, damit man ihr Gesicht nicht erkennt. Die »Bild«-Zeitung bezeichnete sie als »bekannteste Clan-Aussteigerin Deutschlands«.

Im Herbst produzierte sie erneut Schlagzeilen. Mehrere Medien, darunter der SPIEGEL, berichteten über einen Vorfall, der sich im September ereignet haben soll: Latife Arab gab an, von Mitgliedern ihrer Familie überfallen, verprügelt und mit Benzin übergossen worden sein.

Fest steht: Sie lag vom 11. September an tatsächlich mehrere Tage lang mit Verletzungen in einem Berliner Krankenhaus und soll

lange als einer der einflussreichsten Clan-Chefs in Deutschland galt.

Ihr Vater, so Latife Arab, sei verwandt mit Issa Rammo – dem Oberhaupt jener Großfamilie, deren Name zum Synonym für spektakuläre Einbrüche wurde. Mitglieder des Rammo-Clans stahlen 2017 eine 100-Kilo-Goldmünze aus dem Berliner Bode-Museum und 2019 Juwelen aus dem Grünen Gewölbe in Dresden.

Ihr Ex-Mann, sagte die Autorin, sei »ein direkter Neffe von Issa«. Sie habe »einen Rammo geheiratet« und sich von ihm scheiden lassen. Sie besitze ein gültiges Scheidungsurteil. Das Dokument wollte sie nicht vorlegen.

Latife Arab verfasste – unter dem Vornamen ihrer Großmutter. Es ist ein weiteres Indiz dafür, dass Latife Arab in Wirklichkeit H. K. ist und K. auch ihr Geburtsname.

Hinzu kommt: Der SPIEGEL konnte einen weitverzweigten Stammbaum der Familie Rammo einsehen, erstellt von Szenekennern aus Sicherheitsbehörden. Dieser zeigt: Es ist sehr unwahrscheinlich, dass der Ex-Ehemann von H. K. ein Neffe von Issa Rammo ist. Alle im Stammbaum verzeichneten Neffen sind mindestens 10, eher 15 bis 20 Jahre jünger als die Autorin. Sie kommen schon altersmäßig nicht als ihr Ehepartner in Betracht. Zumal Latife Arab in ihrem Buch schreibt, bereits als 18-Jährige geheiratet zu haben.



»Für meine Familie war es immer großartig, wenn die schwer bewaffneten Polizisten ins Haus stürmten.«

Latife Arab im Februar 2024

sich dann selbst entlassen haben. Später gab sie der »FAZ« ein Interview: Sie sei von mehreren Männern in ein Auto gezerrt und gewürgt worden, bis sie ohnmächtig geworden sei. In einem Wald sei sie mit Benzin übergossen und gegen den Hinterkopf getreten worden. Sie sei schließlich auf dem Rasen vor einem Krankenhaus aufgewacht.

War es so?

Mitte Oktober erreichten den SPIEGEL Hinweise, wonach sich Latife Arab in einem Dickicht aus Übertreibungen, Halbwahrheiten und Lügen verloren haben könnte. Einem Reporter von SPIEGEL TV waren Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit gekommen. Er hatte einen Fernsehbeitrag über sie veröffentlicht, später ging er eine private Beziehung mit ihr ein. An der anschließenden SPIEGEL-Recherche war er nicht mehr beteiligt.

Nachdem die Redakteure die Hinweise erhalten hatten, baten sie Latife Arab in einem Telefonat, Details zu ihrer Herkunft zu nennen. Der SPIEGEL zeichnete das Gespräch mit ihrem Einverständnis auf.

Ihr Mädchennamen sei Al-Zein, sagte die Autorin erneut. Ihre Mutter sei »die Schwester von Mahmoud Al-Zein« – jenem Mann, der als »Pate von Berlin« bekannt wurde und

Nach SPIEGEL-Informationen heißt Latife Arab in Wahrheit aber H. K. Sie ist 44 Jahre alt und wurde im Süden der Türkei geboren. Ihr vollständiger Name ist dem SPIEGEL bekannt. Er soll aus Sicherheitsgründen jedoch nicht veröffentlicht werden.

Der Heyne Verlag bestätigte die Initialen des echten Namens von Latife Arab. »Ihr Name H. K. ist dem Verlag bekannt«, teilte eine Sprecherin mit.

Die Verwandtschaftsverhältnisse von H. K. lassen sich wiederum in Datenbanken nachvollziehen, auf die deutsche Beamte Zugriff haben. Der Vater von H. K. heißt demzufolge Fahrettin K., die Mutter Emine K. Vergleicht man das mit Abstammungsdaten der Al-Zeins, die der SPIEGEL einsehen konnte, wird klar: Mahmoud Al-Zein hat demnach keine Schwester mit dem Vornamen Emine.

Der Anwalt von Mahmoud Al-Zein teilte mit, dass sich sein Mandant dazu nicht äußern möchte.

Aus den Datenbanken geht auch hervor, dass die Großmutter von H. K. mit Vornamen Latife hieß. Dem SPIEGEL hatte die Autorin gesagt, dass ihre Oma eine besondere Rolle für sie gespielt habe. Es liegt daher nahe, dass sie deswegen ihr Buch unter dem Pseudonym

Ähnlich wackelig erscheint auch die Behauptung der Autorin, ihr Vater sei mit Issa Rammo verwandt. Der Stammbaum liefert dafür keine Hinweise. Issa Rammo war für Fragen dazu nicht zu erreichen.

Latife Arab schrieb in ihrem Buch, dass 2008 eine entfernte Cousine von ihr an einer Autobahnraststätte erschossen aufgefunden worden sei. Es sei ein sogenannter Ehrenmord gewesen, die Täter Angehörige ihrer Familie, sagte sie im SPIEGEL-Interview. »Wenn du so etwas erlebt hast, kannst du es nie abhaken. Nie«, so Arab.

Doch auch in dieser Sache gibt es Fragen. Dass der Mord passierte, ist unstrittig. Iptheal Al-Zein, damals 20 Jahre alt, wurde 2008 auf einem Parkplatz an der Autobahn 45 bei Lüdenscheid erschossen. Die Täter waren ihr Cousin und ihr Onkel, ihr Bruder war ebenfalls darin verwickelt.

Laut Latife Arab war Iptheal Al-Zein nicht nur eine entfernte Cousine. Die Autorin schrieb, dass bei ihr zu Hause damals Verwandte gewesen seien, die über Anwälte, Zeugaussagen und Alibis geredet hätten. Dies legt nahe, dass ihre Familienmitglieder am »Ehrenmord« zumindest indirekt beteiligt waren und möglicherweise versuchten, den Fall zu vertuschen.

Zwei Gerichte verurteilten damals mehrere Personen, dem SPIEGEL sind die Namen der Täter bekannt. Doch war H. K. den Mördern und ihren Helfern wirklich so nah? Auch daran gibt es Zweifel.

Es ist richtig, dass H. K. aus einer türkisch-arabischen Familie stammt. Es ist möglich, dass sie Gewalt erfahren hat, in ein Frauenhaus flüchten musste und gute Gründe hatte, ihre Familie zu verlassen. Es stimmt wohl, dass sie einst verheiratet war. Nach SPIEGEL-Informationen wohl mit einem Mann namens Mehmet B.

Nur: Reicht das für ein solches Buch?

Die Recherchen lassen den Schluss zu, dass H. K. ihrer Biografie einiges hinzugedichtet hat, Personen, Ereignisse und Zusammenhänge. Sie tat das womöglich mit dem Ziel, mehr Aufmerksamkeit für ihre Geschichte zu bekommen.

Im SPIEGEL-Interview sagte Latife Arab, dass fast jeder ihrer männlichen Verwandten schon einmal im Gefängnis gewesen sei.

Die Redaktion recherchierte zu mehreren Männern in H. K.s Familie. Das Ergebnis: Ihre Aussage scheint kaum haltbar. Offenbar geriet nur H. K.s Vater, Fahrettin K., in den vergangenen Jahren einmal ins Visier der Justiz. Eine Staatsanwaltschaft in Bayern führte 2017 ein Verfahren gegen ihn, der Vorwurf: mögliche Geldwäsche im Zusammenhang mit Callcentern. Die Behörde stellte die Ermittlungen schließlich ein, weil es keinen hinreichenden Tatverdacht gab.

Ist es trotzdem möglich, dass Latife Arab als Jugendliche Zeugin von Drogengeschäften ihrer Verwandten wurde? Dass sie Verbrechen wie Menschenmuggel und Einbrüche mitbekam? Kann es sein, dass bei ihr zu Hause regelmäßig Spezialeinsatzkommandos der Polizei anrückten und es dort immer wieder Durchsuchungen gab, wie sie schrieb?

Man kann versuchen, Antworten auf diese Fragen in einem Industriegebiet zu finden, weit weg von Berlin, in einer westdeutschen Stadt. Denn dort hat die Familie von H. K. einen kleinen Handelsbetrieb.

Es ist Mitte November, in der Lagerhalle der Firma trifft man auf mehrere Mitarbeiter. Einer fragt, ob er den Besuchern helfen könne. Als er hört, dass man vom SPIEGEL sei und zu türkisch-arabischen Großfamilien recherchiere, schaut er skeptisch. »Warum genau sind Sie hier?«, fragt er.

Als man von ihm wissen möchte, ob er H. K. alias Latife Arab kenne, sagt er: »Das ist meine Schwester.« Er kenne ihr Buch. Was darin stehe, sei »erstunken und erlogen«.

Die möglichen verwandtschaftlichen Verbindungen der Autorin zu den Al-Zeins und Rammos? »Gar nichts davon stimmt. Wir haben damit überhaupt nichts zu tun.«

Hat H. K. einen Rammo geheiratet? »Neel!«

Warum behauptet sie das? »Geld verdienen«, sagt der Mann, der sich als ihr Bruder vorgestellt hat. »Mit dem Lügen Geld ver-

dienen, mehr nicht.« Dass H. K. früher oft geschlagen worden sei, bestreitet er. Seine Schwester sei »schlau«.

Der Betrieb der K.s ernähre fünf Familien, sagt er. Mit kriminellen Geschäften habe man nichts zu tun. Dann macht der Mann eine kurze Pause. »Wir wussten, dass Sie irgendwann kommen.« Hier hat man offenbar mit dem Besuch von Journalisten gerechnet. Mit seiner Schwester habe er noch am Morgen telefoniert, auch ihre Kinder sehe er öfter, sagt der Mann. Man wolle einfach nur »Ruhe«.

Es ist nicht verboten, sich eine kriminelle Verwandtschaft auszudenken. Einen frisierten Lebenslauf zu einem Buch zu machen und damit einen Verlag zu narren, ist mindestens vertragswidrig. Was jedoch ziemlich sicher strafbar wäre: Wenn man gegenüber Behörden ein Verbrechen vortäuschte.

Was für H. K. zum Problem werden könnte, ist der angebliche Überfall auf sie im September in Berlin. Die Schilderungen der Autorin setzten damals ein Großaufgebot der Polizei in Bewegung, bewaffnete Beamte sicherten das Krankenhaus. Man wählte Latife Arab in Gefahr.

Ein Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft bestätigte wenig später, dass »ein Verfahren wegen des Angriffs auf eine Clan-Aussteigerin anhängig« sei. Die Behörden glaubten der Autorin, sahen sie als Opfer. Doch das scheint sich allmählich zu ändern.

Ermittler bezweifeln inzwischen, dass sich der Vorfall so zugetragen hat, wie von Latife Arab geschildert. Sie hätten großen Aufwand betrieben, mögliche Täter ausfindig zu machen, heißt es. Man habe Überwachungskameras ausgewertet und untersucht, welche Handys sich in der Nähe des angeblichen Tatorts im Funknetz befanden. Spürhunde seien zum Einsatz gekommen, alles ohne Erfolg.

Die Autorin trägt offenbar auch kaum zur Aufklärung bei. Sie soll mehrfach Vernehmungen abgebrochen haben, aus gesundheitlichen Gründen.

In Sicherheitskreisen ist man auch irritiert ob ihrer Aussagen in Interviews, wonach die Polizei nur sie habe beschützen wollen, nicht aber ihre Kinder. Latife Arab warf den Ermittlern zudem öffentlich vor, Druck auf sie auszuüben, damit sie die Namen der Täter nennt.

Das sei schlicht falsch, sagen Eingeweihte. Auf Anfrage teilte die Berliner Polizei mit, dass mit der Autorin »in verschiedenen Gesprächsterminen alle für die Polizei möglichen Schutzmaßnahmen erörtert und besprochen« worden seien.

Die Anwältin von Latife Arab ist Elga Eisenschink, eine Berliner Juristin, die auf Familien- und Strafrecht spezialisiert ist. Fragen zu den Aussagen des Bruders der Autorin und zu den Angaben der Berliner Behörden ließ sie unbeantwortet.

Vor zwei Wochen sagte die Anwältin noch »T-Online«, das Landeskriminalamt habe ihre Mandantin »fallen gelassen«. Latife Arab sei grundsätzlich bereit, mit der Polizei zu ko-

operieren. »Aber es fällt ihr inzwischen sehr schwer, den Behörden zu vertrauen.«

Den Vorwurf, ihre Mandantin habe falsche Angaben zu ihrer Herkunft gemacht, wies Eisenschink in einer früheren Antwort an den SPIEGEL zurück. Latife Arab habe ihr eine Geburts- und Heiratsurkunde gezeigt. Die Geburtsurkunde habe den Nachnamen Al-Zein aufgewiesen. In der Heiratsurkunde habe der in der Geburtsurkunde aufgeführte Name als Name der Braut und der Nachname des Ehemanns, Rammo, gestanden. Kopien der Dokumente habe sie nicht gemacht, so Eisenschink. »Die Urkunden erschienen mir echt.« Doch waren sie es auch?

Aus Sicht der Anwältin gibt es eine Erklärung dafür, dass die Angaben ihrer Mandantin für Verwirrung sorgen. In türkisch-arabischen Großfamilien seien Zweitfrauen verbreitet, deren Kinder den deutschen Behörden häufig unbekannt seien, so Eisenschink. Überdies gebe es in diesen Familien ein anderes Verständnis von Verwandtschaft, etwa wenn es um Begriffe wie Neffe, Cousin und Tante gehe. Nach dieser Deutung sehe ihre Mandantin eine Verbindung zum Clan-Oberhaupt Issa Rammo.

Es ist eine fragwürdige Argumentation. So bleibt etwa nebulös, wie das zu der Behauptung der Autorin passt, ihr Ex-Ehemann sei »ein direkter Neffe« von Issa Rammo. Es erklärt auch nicht, wie die Mutter von Latife Arab eine Schwester von Mahmoud Al-Zein sein soll.

In den vergangenen Wochen hat der SPIEGEL mehrere Telefonate mit Latife Arab geführt. In einem der Gespräche kam sie auf den Titel ihres Buchs zu sprechen. Sie sei immer dagegen gewesen, das Wort »Clan« auf dem Cover zu verwenden, sagte sie. Der Verlag habe darauf gedrängt und sich am Ende durchgesetzt.

Der Heyne Verlag bestreitet das. Der Titel des Buchs sei »in enger Abstimmung mit der Autorin« und »in alloseitigem Einverständnis final verabschiedet« worden, so die Sprecherin.

In jenem Telefonat sagte Latife Arab auch, dass Frauen in Familien wie ihrer massiver Gewalt ausgesetzt seien. Es gehe ihr darum, auf diesen Umstand hinzuweisen. »Es ist doch egal, ob man aus einer Großfamilie oder einer Kleinfamilie kommt.« Man kann das als halbes Eingeständnis interpretieren.

Es ist bezeichnend, dass Latife Arab in ihrem Buch sogar einräumt, viel Erfahrung mit Lügen zu haben. In einem Kapitel erzählt sie, dass sie früher ihre deutschen Freunde vor ihrer gefährlichen Familie habe schützen wollen. Sie habe sich deswegen »eine Geschichte zurechtgelegt«. Sie habe ihren Freunden erzählt, dass sie eine alleinerziehende Mutter sei und ihre Angehörigen in der Türkei lebten.

Latife Arab schrieb: »Ein erfundenes Leben aufrechtzuerhalten, kostet viel Kraft.«

Jörg Diehl, Lukas Eberle, Katrin Elger, Roman Höfner, Roman Lehberger, Wolf Wiedmann-Schmidt

Minister für den schönen Schein

HAUSHALT Als neuer Chef im Finanzministerium soll Jörg Kukies den Eindruck aufrechterhalten, dass Rot-Grün weiterregiert. Durchsetzen kann er nichts.

Für den neuen Finanzminister Jörg Kukies liegen Routine und Scheitern derzeit nah beieinander. Das zeigte sich – wieder einmal – am vergangenen Mittwoch im Haushaltsausschuss. Auf den Punkten sechs und zehn der Tagesordnung hatten Kukies und die Haushalter von SPD und Grünen die Etats von Arbeits- und Verteidigungsministerium setzen lassen.

Damit wollten sie den Anschein erwecken, dass die Beratungen für den Bundeshaushalt 2025 auch nach dem Ampel-Aus ordnungsgemäß weitergingen. Ein klägliches Vorhaben, denn dafür fehlt Rot-Grün nicht nur im Ausschuss, sondern auch im Parlament die Mehrheit. Der Finanzminister könnte das Schauspiel sofort beenden, indem er erklärt, der Haushalt 2025 habe sich erledigt, die Regierung verfolge ihn nicht weiter. Doch er tut es auch an diesem Mittwoch nicht.

Denn der Arbeitsauftrag für Kukies, seit November Bundesfinanzminister, ist klar umrissen. Er gibt den Beauftragten von Kanzler Olaf Scholz für den Anschein von Normalität in der Finanzpolitik.

Zuvor Staatssekretär in Kanzleramt und Finanzministerium unter Scholz, soll Kukies nun eine Fassade aufrechterhalten. Der SPD-Mann soll Projekte wie die Reform der privaten Altersvorsorge, die geplanten Steuererleichterungen und eben die Haushaltsaufstellung für das nächste Jahr vorantreiben. Dabei haben alle Vorhaben mangels Mehrheit kaum Chancen, durchs Parlament zu kommen.

Kukies' Berufung zum Minister lässt sich als ultimatives Krisensymptom lesen. Wenn Spitzenbeamte politische Ämter übernehmen müssen, ist das ein Indiz dafür, dass ein System an seine Grenzen stößt. Das Phänomen

ist bekannt aus Italien. Dort werden Fachleute regelmäßig in die Regierung gerufen, wenn Politiker nicht mehr weiterwissen.

In diesem Zustand befand sich Olaf Scholz, als er FDP-Chef Christian Lindner entließ. Der Kanzler wollte nur eines: business as usual simulieren, dem Publikum sollte ein routiniertes Weiter-so geboten werden.

Für die Nachfolge des geschassten Finanzministers konnte Scholz keinen Politiker mit Gestaltungsanspruch gebrauchen. Er suchte einen Erfüllungsgehilfen, der für ihn den Stillstand verwaltet und dabei die Aura sachlicher Zuverlässigkeit verströmt.

Das kann Kukies. Mit leiser Stimme und zurückhaltendem Wesen verkörpert er Professionalität ohne eigene Ambition, obwohl er von Herkunft und Werdegang so gar nicht dem Bild eines Bürokraten entspricht. Bevor ihn Scholz als Staatssekretär ins Finanzministerium holte, wirkte er als Deutschland-Chef der amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs. Die war damals noch unangefochtener Branchenprimus, mit hohen Anforderungen an die Mitarbeiter – und noch höheren Gehältern.

In CDU und CSU freuten sie sich über Kukies' Berufung: Nun könnten die Sozialdemokraten der Union nicht mehr vorwerfen, dass sie mit Friedrich Merz einen Kanzlerkandidaten habe, der einmal bei der Vermögensverwaltung Blackrock arbeitete.

Kukies, der an angesehenen Universitäten in Deutschland, Frankreich und den USA Wirtschaft studierte und promovierte, macht kein Geheimnis daraus, dass er es in dieser Zeit zum mehrfachen Millionär brachte, der es eigentlich nicht mehr nötig hat zu arbeiten. Trotz seines dezent zur Schau gestellten Wohlstands, zu dem auch eine Armbanduhr der Schweizer Marke Breitling zählt, kultiviert er Reste von sozialdemokratischem Stallgeruch. Bei jeder Gelegenheit betont er, wie wichtig ihm sozialer Ausgleich ist. In jugendlicher Vorzeit war er einmal Juso-Vorsitzender in Rheinland-Pfalz.

Was treibt jemanden wie ihn, das Erbe einer gescheiterten Regierung abzuwickeln?

Seit der gemeinsamen Zeit im Finanzministerium gehört er zum engsten Beraterkreis von Scholz. Noch näher am Regierungschef sind allenfalls Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt und Regierungssprecher Steffen Hebestreit.

Scholz' Prätorianergarde zeichnet sich durch die Bereitschaft aus, dem Anführer in Treue fest auch durch schwierige Lagen zu folgen. Dass Kukies eine Neigung zum gnädlichen Leiden pflegt, belegt die Tatsache, dass er bekennender Anhänger des Fußballbundesligisten 1. FSV Mainz 05 ist.

Am vergangenen Mittwoch im Haushaltsausschuss kam es für Kukies, wie es kommen musste: Die Tagesordnungspunkte zum Etat 2025 wurden mit den Stimmen der Opposition, allen voran denen der Union, wieder abgesetzt. Der Haushalt für das kommende Jahr blieb unvollendet. Die Wiedervorlage in



Finanzminister Kukies: Durststrecke ohne Erfolgserlebnis

Friedrich Bungeff / SZ Photo

der nächsten Haushaltsausschusssitzung ist nicht ausgeschlossen. Auch dann wird die Union wieder dankbar die Gelegenheit nutzen, um die Restregierung vorzuführen.

Weil es Kukies absehbar nicht gelingen wird, den Etat für 2025 zu verabschieden, bereitet er Ministerien und Öffentlichkeit auf eine sogenannte vorläufige Haushaltsführung im nächsten Jahr vor – was ein Eingeständnis seines Scheiterns ist. Der Finanzminister signalisiert damit, dass er selbst nicht mehr mit der Verabschiedung des Etats rechnet.

Denn Voraussetzung für vorläufige Haushaltsführung ist, dass kein regulärer Haushalt zustande kommt. Halb so wild, wiegelt Kukies ab: Das Grundgesetz biete der Regierung die Möglichkeit, auch unter einer vorläufigen Haushaltsführung handlungsfähig zu bleiben, sagt er.

Tatsächlich erlaubt die Verfassung den Ressorts, auch in einem Jahr ohne regulären Haushalt alle »nötigen« Ausgaben vorzunehmen. Darunter fallen gesetzliche Verpflichtungen des Bundes sowie Mittel für seine Einrichtungen. Auch Baumaßnahmen dürfen fortgeführt werden. Neue Vorhaben kann die Regierung nicht in Angriff nehmen. Im Grunde läuft das Verfahren auf ein unfreiwilliges Sparprogramm hinaus.

Entscheidend dabei ist, auf welcher Grundlage die Ausgaben weitergeführt werden. Kukies verfügt dafür über zwei Möglichkeiten. Zum einen kann er den Etat des laufenden Jahres 2024 als Ausgangsbasis nehmen. Oder aber er wählt die Ausgabenposten des Regierungsentwurfs 2025.

Je nachdem wie die Entscheidung ausfällt, ergeben sich zum Teil erhebliche Unterschiede. So sieht der Regierungsentwurf Ausgaben von 488,6 Milliarden Euro vor, der Haushalt von 2024 dagegen nur von 476,8 Milliarden Euro. Was auch immer Kukies beschließt, die Ressorts dürfen monatlich ein Zwölftel der bereitgestellten Summe abrufen.

Kukies hat seine Beamten schon einmal prüfen lassen, wie es Vorgängerregierungen hielten. Alle vier Jahre kommt es vor, dass eine neue Regierung nach Wahlen zu vorläufiger Haushaltsführung gezwungen ist. Das Ergebnis der Untersuchung: In diesem Jahrtausend diente nach Wahlen stets der Regierungsentwurf als Grundlage.

Doch diese Variante birgt dieses Mal erhebliche Risiken. Etliche Verfassungsrechtler bezeichneten den Regierungsentwurf der Ampel bei einer Anhörung im Bundestag als

grundgesetzwidrig, weil er umstrittene Umbuchungen und zu viele Globalpositionen enthält. Dabei handelt es sich zum Beispiel um pauschale Einsparungen.

Wenn sich dieser Verdacht erhärtet, wäre auch die vorläufige Haushaltsführung auf Basis des Regierungsentwurfs verfassungsrechtlich problematisch. Deshalb zögert Kukies die Entscheidung weiter hinaus. Viel Zeit bleibt ihm nicht mehr, spätestens in der nächsten Woche muss er den Ressorts mitteilen, wie sie 2025 planen können.

Ungünstiger könnte der Zeitpunkt für die vorläufige Haushaltsführung nicht kommen. Deutschlands Wirtschaft dümpelt seit Jahren vor sich hin. Im zweiten Jahr in Folge schrumpft die Wirtschaftsleistung. Unternehmen und Verbraucher warten auf klare Entscheidungen, kraftvolle Investitionen in die Infrastruktur und Entlastungen. Stattdessen bekommt das Land einen verkappten Sparkurs als Folge der vorläufigen Haushaltsführung zu spüren.

Und die dürfte sich hinziehen. Der Haushalt des kommenden Jahres wird wohl so spät beschlossen werden wie noch kein anderer in der Geschichte der Republik.

Grund dafür ist die vorgezogene Neuwahl. Sie soll am 23. Februar stattfinden, dann sind schon fast zwei volle Monate des neuen Jahres verstrichen.

Bis der neue Haushalt steht, vergeht noch mehr Zeit, weil sich erst eine neue Regierung finden muss. Die Partner dürften sich erst nach langwierigen Verhandlungen auf einen Koalitionsvertrag einigen, anschließend werden die Kabinettsposten verteilt, neues Führungspersonal für die Ressorts muss gefunden werden. Erst danach kann die neue Regierung den Haushaltsentwurf in Angriff nehmen.

Weitere Monate dürften vergehen, bis der Entwurf Kabinettsreife erreicht und an den Bundestag weitergeleitet werden kann. Dessen Beratungen ziehen sich für gewöhnlich ebenfalls lange hin. Selbst wenn sich die neue Koalition sputet, was alle Vorgängerregierungen in ähnlicher Lage stets getan haben, wird die Haushaltsaufstellung für 2025 den größten Teil des nächsten Jahres brauchen.

Eine Auswertung des SPIEGEL für die sechs vergangenen Bundestagswahlen ergab, wie viel Zeit die Aufstellung eines ersten Haushalts einer neuen Regierung für gewöhnlich in Anspruch nimmt. Die schnellste Koa-



Kanzler Scholz, Sprecher Hebestreit (M.), Kanzleramtsminister Schmidt: Dem Anführer in Treue fest folgen

lition schaffte es in 191 Tagen, mehr als ein halbes Jahr nach der Wahl, einen neuen Haushalt in Kraft zu setzen. Die langsamste brauchte dafür 309 Tage – fast ein ganzes Jahr.

Im Durchschnitt verstrichen zwischen Wahl und dem Ende der vorläufigen Haushaltsführung 264 Tage. Auf 2025 übertragen bedeutet dies, dass der Etat des nächsten Jahres womöglich erst irgendwann im November in Kraft tritt. Dann wäre das Jahr schon fast wieder vorüber.

Kukies' Zeit im Finanzministerium wird wohl eine Durststrecke ohne Erfolgserlebnisse. Die von der Ampel geplante Reform der privaten Altersvorsorge hat er längst abgeschlossen. Es sei nicht wahrscheinlich, dass das Gesetz mit allen Fristen noch durch Bundestag und Bundesrat komme, gestand er kürzlich ein.

Kaum besser sieht es für die Steuererleichterungen aus, mit denen die Ampel die Inflationsgewinne des Fiskus vom nächsten Jahr an die Steuerzahler zurückgeben wollte. Zumindest im Bundestag könnte dieses Vorhaben eine Mehrheit bekommen, weil die FDP signalisiert hat, ihrem Lieblingsvorhaben doch noch zuzustimmen. Spätestens im Bundesrat dürfte das Projekt allerdings gestoppt werden, weil eine Mehrheit der Länder die Steuerausfälle nicht hinnehmen will. Sie wollen dafür Entschädigung vom Bund.

Im Frühjahr dürfte Kukies seinen neuen Job wieder los sein, sobald sich die neue Koalition bildet. Sollte es die SPD doch noch einmal als Juniorpartner in die Regierung schaffen, wird er kaum noch einmal berufen werden.

Dazu ist er zu wenig Politiker und zu eng mit Olaf Scholz verbunden, der dann vermutlich keine Rolle mehr spielen wird. Ein Trost wird ihm bleiben: Er kann dann »Bundesminister a. D.« auf seine Visitenkarten drucken.

Christian Reiermann

In CDU und CSU freuten sie sich über Kukies' Berufung.



Linkenabgeordnete
Reichennek

Marcus Giehn / DER SPIEGEL

»In der Bundestagskneipe sitzen abends zu 90 Prozent Männer«

MACHT Wie ergeht es jüngeren Frauen in der Politik? Linken-Spitzenkandidatin Heidi Reichennek, 36, berichtet von ihren Erfahrungen.

SPIEGEL: Frau Reichennek, Sie sind Spitzenkandidatin der Linken, aber Schlagzeilen machen alte Männer. Gregor Gysi, Bodo Ramelow und Dietmar Bartsch sollen Direktmandate gewinnen und Ihre Partei so im Bundestag halten. Warum?

Reichennek: Es geht jetzt darum, dass wir in der Linken alle unsere jeweiligen Stärken zusammenlegen, und das Dreiergespann ist ein Teil davon. Ich bin ein Fan von den Silberlocken. Auch die Linksjugend, unsere Nachwuchsorganisation, unterstützt das Projekt massiv und hilft Gregor Gysi jetzt, bei TikTok Fuß zu fassen – und das kommt gut an.

SPIEGEL: Sie sind seit drei Jahren im Bundestag. Fühlen Sie sich als Frau dort wohl?

Reichennek: Besonders viel Frauenfeindlichkeit erleben wir jüngeren Frauen von der AfD. Da kommen ständig dumme Sprüche. Sie setzen darauf, uns mit ihren Zwischenrufen persönlich zu verunsichern, auch durch Lautstärke. Da höre ich Sätze wie: »Kauf dir mal was Vernünftiges zum Anziehen!« Aber ich erlebe auch aus anderen Parteien blöde Kommentare, insbesondere aus CDU und FDP. Ich stecke das gut weg. Doch es darf nicht das Ziel sein, dass man so abhärten muss, um in der Politik bestehen zu können. Ich erwarte eine breite Front der Abgeordneten gegen so ein respektloses Verhalten.

SPIEGEL: Politikerinnen bekommen auch im Netz oft die geballte Häme ab. Dass sich

Außenministerin Annalena Baerbock und ihr Mann getrennt haben, war zuletzt Anlass etlicher Kommentare nach dem Motto: Ihr sei die Karriere wichtiger gewesen als die Ehe und Mutterrolle.

Reichennek: Es ist widerlich, das Aussehen von Frauen, ihren Beziehungsstatus oder sonstige private Fragen zu kommentieren. Baerbock ist Politikerin, ich kann bewerten, wie sie ihren Job macht, aber nicht, wie sie ihr Leben führt. Das geht mich nichts an. Das geht die Leute da draußen nichts an. Leider sehen wir das bei Frauen massiv, gerade im Netz: Männer versuchen, sie einzuschüchtern, beleidigen sie, drohen mit Gewalt. Sexualisierte Gewalt und Bemerkungen über ihr Aussehen erleben Politikerinnen viel häufiger als ihre männlichen Kollegen. Das ist krass.

SPIEGEL: Erleben Sie das auch?

Reichennek: Ja. Meist kann ich das gut ab, aber wenn ich einen schlechten Tag habe, nimmt mich das schon mit. Und es macht mich wütend, was sich manche Männer anmaßen. Es sind unzählige vulgäre Ausdrücke dabei. Ich erinnere mich auch an einen, der schrieb, dass man mich früher vergast hätte und das auch gut so wäre. Die könnten mich ja inhaltlich kritisieren, aber dafür reicht es meist gar nicht.

SPIEGEL: Was raten Sie jungen Frauen in der Politik, um mit dem Hass umzugehen?

Reichennek: Sucht euch Verbündete! Sucht euch Leute, die für das Gleiche kämpfen wie ihr, bei denen ihr auch mal Frust rauslassen könnt. Egal ob in der Politik oder im Ehrenamt: Wir müssen Netzwerke bilden. Keine und keiner von uns schafft es allein.

SPIEGEL: Frauen machen im Parlament nur ein Drittel der Abgeordneten aus. Welche Auswirkungen hat das?

Reichennek: Der Bundestag bildet die Gesellschaft insgesamt nicht ab. Es gibt zum Beispiel viel zu wenige Abgeordnete aus dem sozialen oder pflegerischen Bereich. Und ja, es gibt zu wenig Frauen. All das bedeutet, dass die Themen dieser Gruppen nicht genug Beachtung finden: Gender Pay Gap, Mindestlohn – oft sind es Frauen, die im Niedriglohnsektor arbeiten –, Frauengesundheit, Gewalt gegen Frauen, Betreuungsstrukturen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist frustrierend, und dieses Ungleichgewicht spiegelt sich auch in der Arbeitszeit der Abgeordneten wider.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Reichennek: Nehmen wir einen Donnerstag in der Sitzungswoche. Meist gehen die Debatten um neun Uhr los, oft gibt es vorher noch ein parlamentarisches Frühstück, und dann geht es weiter bis in die Nacht, teilweise bis nach Mitternacht. Wer kann diese Stunden abdecken? Wie soll das funktionieren, wenn man sich neben seinem Beruf noch um andere Menschen kümmert, um Kinder oder andere Angehörige, wie es eben sehr viele Frauen tun? Das ist nicht nur familienfeindlich, sondern auch feindlich gegenüber Personen mit körperlichen oder psychischen Ein-

schränkungen. Natürlich bleibt das nicht ohne Folgen. In den letzten Jahren habe ich sehr plastisch erlebt, wie sehr die Politik auch im Alltag noch von Männerrunden geprägt ist.

SPIEGEL: Ein Beispiel?

Reichinnek: Es gibt im Bundestag eine kleine Kneipe. Dort sitzen abends zu 90 Prozent Männer beim Bierchen zusammen. In diese Runden kommt man als Frau doch gar nicht.

SPIEGEL: Warum bilden Frauen nicht selbst solche Netzwerke?

Reichinnek: Ich halte es nicht für erstrebenswert, dass wir Männerbünde einfach kopieren. Die sind oft rein auf Machtfragen ausgerichtet: Wer bekommt welchen Posten? Wer setzt sich durch? Wir Frauen bilden durchaus Bündnisse, aber meist geht es um Inhalte, etwa beim Mutterschutz nach Tot- und Fehlgeburt oder beim Paragrafen 218 ...

SPIEGEL: ... dem Paragrafen zur Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen.

Reichinnek: Ja. Da gab es natürlich eine fraktionsübergreifende Frauenrunde. Wir waren uns einig, dass der Paragraf dringend reformiert werden muss. Eine große Mehrheit im Land will, dass Schwangerschaftsabbrüche legalisiert werden.

SPIEGEL: Fehlt es Männern an Interesse für solche Themen?

Reichinnek: Debatten über ein höheres Kindergeld und bessere Betreuungsangebote gibt es von den Männern im Parlament kaum. Für mich war vollkommen klar, dass unsere



Außenministerin Baerbock mit Amtskolleginnen

Florian Gaertner / AA / IMAGO

Männer bei der Linken beim Gruppenantrag zur Abschaffung von Paragraf 218 mit draufstehen. Ich will, dass sie sich dafür einsetzen. Ich will, dass Männer mitmarschieren auf Demos für Frauenrechte. Ich will, dass sie laut sind beim Thema Frauengesundheit und beim Kampf gegen Gewalt gegen Frauen.

SPIEGEL: Grünenpolitiker Cem Özdemir hat das Unbehagen seiner Tochter thematisiert, die von migrantischen Männern begafft und belästigt worden sei.

Reichinnek: Ich sehe hier ein Ungleichgewicht – Gewalt und Machotum wird vor allem dann schlagzeilentauglich, wenn es um Migranten als Täter geht. Ich sehe das Problem und möchte es nicht bagatellisieren. Ich teile aber nicht die Analyse, dass Migration das

zugrunde liegende Übel ist. Ich finde es dreist, das Thema Gewalt gegen Frauen in erster Linie mit dem Thema Migration zu verknüpfen.

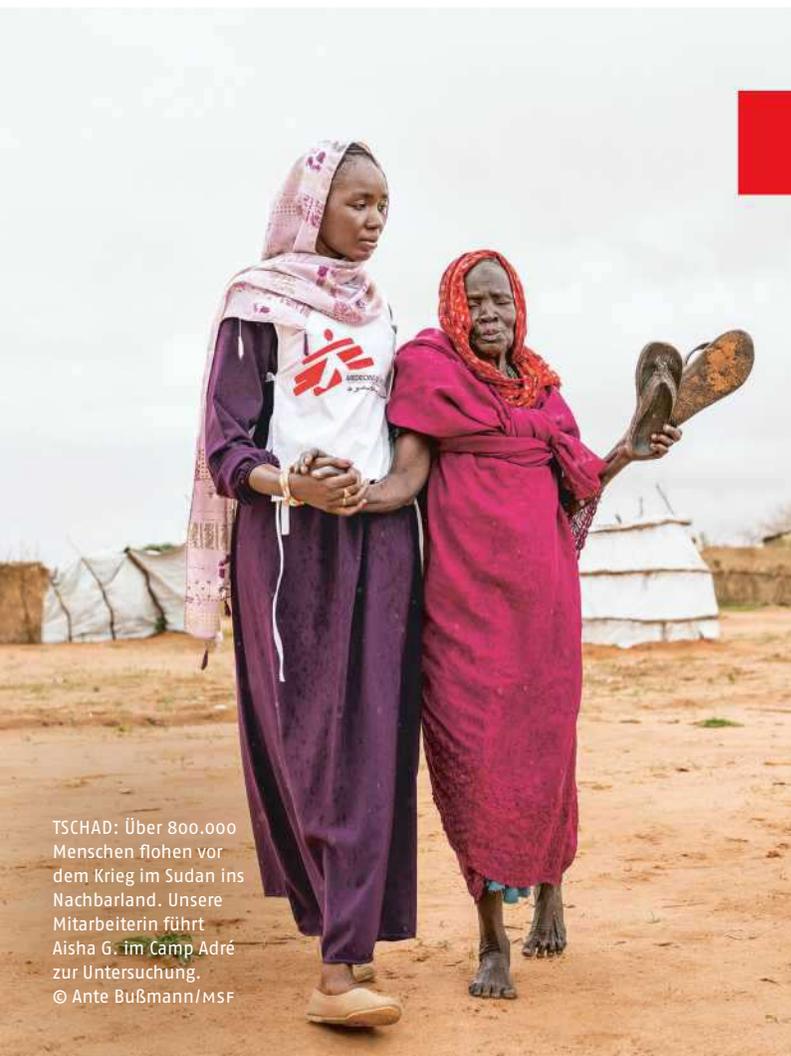
SPIEGEL: Auch wenn ein Drittel der Gewalt gegen Frauen laut Polizeistatistik auf nicht deutsche Tatverdächtige zurückgeht?

Reichinnek: Es gibt genug deutsche Männer, die im eigenen Zuhause Frauen verprügeln, Frauen vergewaltigen, Frauen töten. Die Dunkelziffern können wir kaum erahnen. Da heißt es dann, sie habe ihn abblitzen lassen – als ob die Frau am Mord irgendwie doch ein bisschen Mitschuld trägt. Dass über Femizide so gesprochen wird, ist doch Teil des Problems.

SPIEGEL: Müssten Politiker stärker darüber nachdenken, wie sich ihr Mannsein auf ihre Politik auswirkt?

Reichinnek: Politik bedeutet für mich, unsere Gesellschaft so zu gestalten, dass alle eine gute Zukunft haben können. Und das ist für mich keine Frage, die sich an Geschlechtern orientiert. Wir sollten in der Politik auch auf die Ruhigen hören und nicht auf die, die am lautesten schreien. Wer streitet zum Beispiel für unser Kita-System? Ein CEO etwa hat seine Lobbyverbände und kann Parteispenden verteilen, eine Kita-Mitarbeiterin hat diesen Einfluss nicht. Auch an ihr müssen wir unsere Politik ausrichten. Nur auf den Gegensatz zwischen Männern und Frauen zu schauen, bringt uns also nicht weiter.

Interview: Anna Reimann, Marc Röhlig



TSCHAD: Über 800.000 Menschen flohen vor dem Krieg im Sudan ins Nachbarland. Unsere Mitarbeiterin führt Aisha G. im Camp Adré zur Untersuchung.
© Ante Bußmann/MSF

MIT IHRER SPENDE SIND WIR DA.

Mit **50 Euro** kann **ÄRZTE OHNE GRENZEN** zum Beispiel 70 Menschen auf der Flucht drei Monate lang mit den wichtigsten Medikamenten behandeln.

♥ Jetzt spenden



Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE72 3702 0500 0009 7097 00
BIC: BFSWDE33XXX
www.aerzte-ohne-grenzen.de/spende


MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Träger des Friedensnobelpreises

Staatsanwalt und Maulwurf

JUSTIZ Ein Ankläger aus Hannover soll Infos aus Ermittlungsverfahren an die Drogenmafia verkauft haben. Selbst als sich die Hinweise verdichteten, durfte er weiterarbeiten. Warum?

Als die Ermittler im Morgengrauen des 3. März 2021 zuschlugen, waren sie gut vorbereitet. Bei der Aktion gegen eine international operierende Dealerbande kamen rund 1000 Polizisten zum Einsatz, im Großraum Hannover und im Raum Celle, in Hamburg, in Sachsen-Anhalt sowie in Lettland. Die Beamten durchsuchten 65 Objekte, vollstreckten mehrere Haftbefehle.

Doch Konstantinos S., der mutmaßliche Kopf der Drogenschmuggler aus Niedersachsen, blieb unauffindbar. Er soll mit seinen Leuten für die illegale Einfuhr von insgesamt 23 Tonnen Kokain aus Südamerika nach Deutschland und in die Niederlande verantwortlich sein. Auch Marihuana soll S. im Angebot gehabt haben. Die Einsatzkräfte wunderten sich: Nur 19 der 31 per Haftbefehl gesuchten Verdächtigen konnten sie festnehmen. Auch die Ausbeute an Beweisen, Drogen und Geld war bescheiden.

Heute ist klar: Der Grieche Konstantinos S., 42, und seine wichtigsten Vertrauten waren gewarnt worden. Sie wussten, dass die Polizei im Anmarsch war. Das geht aus Chatprotokollen des Messengerdienstes Sky ECC hervor, die dem SPIEGEL vorliegen. Hier ein Auszug aus dem Chatverlauf am Tag vor den Durchsuchungen:

Bandenmitglied
Morgen bei mir

Konstantinos S.
Was Mann Razzia?

Bandenmitglied
Ja du Bauer

Konstantinos S.
Fuck Mann. Ist das safe????

Bandenmitglied
Zeitgleich da und da, ja safe

Konstantinos S. hatte sich vor der Razzia nach Dubai abgesetzt und offenbar von dort seine Geschäfte weitergeführt, er stand bis heute

vor keinem deutschen Gericht. Zwischenzeitlich wurde er in Dubai festgenommen und auf Kautions wieder entlassen. Die Führungsriege der Drogenbande war verschwunden.

Für die niedersächsischen Ermittlungsbehörden warf der missglückte Schlag gegen die Bande schon 2021 drängende Fragen auf: Wie waren die Gesuchten an brisante Informationen aus dem Verfahren gelangt? Es musste ein Leck in den eigenen Reihen geben.

Dreieinhalb Jahre dauerte es, bis die Polizei einen Mann mit iranischen Wurzeln verhaftete, der ein Maulwurf der niedersächsischen Drogenmafia gewesen sein soll. Yashar G. kannte sich wie kein anderer in den großen Kokainverfahren aus. Kein Wunder: Als zuständiger Staatsanwalt in Hannover leitete er selbst die Ermittlungen in der Zentralstelle für Betäubungsmittelstrafsachen.

Es klingt wie der Plot einer zweitklassigen Netflix-Serie: Ein Gesetzeshüter macht gemeinsame Sache mit der Halbwelt und führt gleichzeitig die Ermittlungen gegen exakt jene Bösewichte an, die ihn für seine durchgestochenen Informationen bezahlen.

Aber der Fall Yashar G. scheint Realität zu sein: ein perfides doppeltes Spiel, aus dem eine Justizaffäre wurde, die das mutmaßliche Versagen der Staatsmacht im Umgang mit einem Übeltäter in den eigenen Reihen offenbart. In Niedersachsen ist die Affäre längst ein Politikum. Denn der heute 39-jährige Ankläger wurde trotz triftiger Anhaltspunkte gegen ihn für längere Zeit nicht aus dem Verkehr gezogen.

Tatsächlich erhob Yashar G. dann ausgerechnet gegen Mitglieder jener Bande Anklagen, die er zuvor gegen Geld mit Infos versorgt haben soll. Noch im vergangenen Sommer durfte er einen letzten Drogenprozess führen, als bereits neue Indizien gegen ihn vorlagen, die so schwerwiegend waren, dass sie schließlich zu seiner Verhaftung führten. Wie kann das sein?

Erste Hinweise auf den Maulwurf finden sich bereits in Chatnachrichten aus den Jahren 2020 und 2021. Die Bande um Konstantinos S. benutzte eine Verschlüsselungssoftware namens Sky ECC, die als todsicher galt – bis sie von belgischen, niederländischen und fran-

zösischen Behörden geknackt wurde. Auf Sky ECC waren große Datenmengen von allen möglichen Kriminellen gespeichert. Für die Fahnder war Sky ECC ein Glückstreffer, ähnlich wie die 2020 entschlüsselten Kryptohandy der Kommunikationsfirma Encrochat, die damals weltweit zur Verhaftung von Drogenkriminellen geführt hatten.

Dank der Daten von Sky ECC konnte Europol abermals in aller Welt Ermittlungen anschieben und zum Teil live verfolgen, wie die Täter unterwegs waren. In dem Datenschatz entdeckten die Fahnder, wie Konstantinos S. und seine Leute 2020 eine Fuhre von 2,85 Tonnen Kokain aus dem Hamburger Hafen über einen Zwischenstopp in Seeleze bei Hannover in die Niederlande verfrachtet hatten. Der Grieche sah sich bereits in der »Champions League« des internationalen Drogenhandels, heißt es in einem Chat.

Die Kommunikation über Sky ECC ist voller orthografischer Fehler. Aber der Inhalt ist klar verständlich: Es gab mindestens einen, vielleicht sogar zwei Informanten in den Reihen der niedersächsischen Ermittlungsbehörden – die Bande nannte sie »Cop« und »Coach«.

Dass sie ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten waren, wussten Konstantinos S. und seine Leute schon, lange bevor die Polizei im März 2021 zur Razzia anrückte. Die Sky-ECC-App sei geknackt worden, Razzien stünden bevor, heißt es in den Chats. Auszug aus dem Chatverlauf, Ende 2020:

Konstantinos S.
Müssen den cop fragen was nun mit sky ist

Bandenmitglied
Der cop meinte bevor die kommen machen Sie so 5 Tage Observation um sicher zu stellen wo man ist

Konstantinos S.
Hat dir das coach gesagt ?

Bandenmitglied
Das tatsächliche geficke fängt jetzt an Bruder

Konstantinos S.
Ja

Wer verbirgt sich hinter »Cop« und »Coach«? In den Chats findet sich der Hinweis auf einen Staatsanwalt, der »korrupt« sei, wie ein Mitglied der Gang schreibt. Dieser sei ein Freund der Hells Angels. Während offen bleibt, auf wen sich »Coach« bezieht, glauben Verfahrensbeteiligte, dass mit »Cop« Yashar G. gemeint sein könnte.

Zwei Jahre später erhärtete sich der Verdacht. Der heute 39-jährige Staatsanwalt hatte ab 2022 Anklagen gegen mehrere Mitglieder der Dealerbande erhoben. Einer der Beschuldigten war der Spediteur Jonas H. Er hatte den Transport der Container mit dem Kokain



Razzia im März 2021



Staatsanwalt G.

Die Videomanufaktur / IMAGO

Martin Dziedzic

aus dem Hamburger Hafen übernommen – und sollte eine wichtige Rolle in dem Verfahren gegen den Staatsanwalt spielen.

Jonas H. war in einen weiteren Megadeal der Bande verwickelt, der allerdings schiefging. Es war der größte Drogenfund, den es bis dahin in Europa gegeben hatte. Im Februar 2021 stellte Zollfahnder im Hamburger Hafen 16 Tonnen Kokain sicher, versteckt in mehr als 1700 Blechkanistern mit angeblicher Spachtelmasse. Wenn alles nach Plan gelaufen wäre, hätten Konstantinos S. und seine Leute mit dem vielen weißen Pulver reich werden können. Aber aus dem Aufstieg in die Champions League wurde nichts.

Jonas H. wurde von Yashar G. vor dem Landgericht Hannover angeklagt und später zu einer Haftstrafe von 12,5 Jahren verurteilt. H. wollte auspacken. Am 13. Oktober 2022 fuhren zwei Beamte des Landeskriminalamts (LKA) in die Justizvollzugsanstalt Hannover, um den Spediteur zu befragen. Als Bedingung für eine Vernehmung verlangte Jonas H., dass es keine digitale Aufzeichnung geben sollte, denn es gebe einen Informanten, der Zugriff auf das IT-System der Polizei habe. Die LKA-Ermittler willigten ein.

Laut H.s Aussage erfuhr die Bande von diesem Informanten, welche Telefonanschlüsse abgehört wurden. Dann nannte Jonas H. einen Namen: Yashar G. Der Staatsanwalt habe Schmiergelder von den Drogendealern für Informationen bekommen. Es gebe sogar Fotos und andere Aufzeichnungen von der Übergabe des Geldes. Damit hätte man ihn bei Bedarf unter Druck setzen können.

»Einige seiner Aussagen scheinen plausibel«, hielt ein LKA-Mann nach der Vernehmung fest, auch wenn »nicht alle Quellen unabhängig überprüfbar« seien.

Die Staatsanwaltschaft Hannover hatte bereits Mitte 2022 ein verdeckt geführtes Ermittlungsverfahren gegen den mutmaßlichen Maulwurf in den eigenen Reihen eingeleitet. Neben den Sky-ECC-Chats gab es drei verdächtige Zahlungseingänge auf dem Konto des Staatsanwalts Yashar G. Auch soll er enge Verbindungen zu einem Beschuldigten in einem weiteren Ermittlungsverfahren gehabt haben.

Der Anfangsverdacht wegen Bestechlichkeit sei damals aber »gering« gewesen, heißt es in einer dienstlichen Erklärung der damaligen Chefin der Staatsanwaltschaft Hannover, Katrin Ballnus. Im November 2022 durchsuchte die Polizei G.s Wohnung – auch zur möglichen Entlastung des Beschuldigten, so Ballnus, die inzwischen zur Generalstaatsanwältin aufgestiegen ist.

Das Ergebnis: Die Ermittlungen wurden eingestellt, der Verdacht habe sich nicht erhärtet. Einen Grund, ihn in eine andere Abteilung zu versetzen, sah die Chefermittlerin nicht. In ihrer Erklärung zitiert Ballnus eine Ermittlungsrichterin: In den von Yashar G. geführten Drogenverfahren seien oft hohe Haftstrafen erreicht worden. Es sei nicht auszuschließen, dass die Betroffenen ein Interesse daran hätten, einen der Hauptermittler zu diskreditieren. Tatsächlich kommt es oft vor, dass Ermittler durch Beschuldigte in Strafverfahren angeschwärzt werden.

Auch der Rechtsausschuss des niedersächsischen Landtags befasste sich mit dem Fall. Ein Ministerialdirigent des Justizministeriums äußerte eine abenteuerliche Erklärung dafür, warum Yashar G. seine Verfahren im Gebiet der Organisierten Kriminalität weiterführen durfte: Er sei in einem umfangreichen Komplex »als Einziger komplett eingearbeitet« gewesen. »Das müssen Sie sich als ein Verfahren mit vielen Kartons voller Akten vorstellen. Das ist nicht wenig. Da arbeitet man sich nicht mal eben über Nacht ein.« Ein Staatsanwalt, der im Verdacht stand, mit Kriminellen zusammenzuarbeiten, durfte also seinen Posten behalten, weil er fachlich unverzichtbar war?

Im Februar dieses Jahres musste Yashar G. dann doch die Abteilung wechseln – jedoch nicht, weil er womöglich korrupt war. »Es war bekannt geworden«, so der Ministeriumsbeamte im Ausschuss, »dass ein Verwandter von ihm auch in diesem Geschäft ist und in Haft sitzt.« Seine kriminellen Freunde glaubten offenbar, G. wegen seines in Haft sitzenden Schwagers in der Hand zu haben – so jedenfalls hatte sich der Spediteur Jonas H. schon zwei Jahre davor gegenüber der Polizei geäußert. Er habe das von anderen Insassen gehört.

»Für uns ist es absolut unverständlich, wie man den Staatsanwalt trotz des Verdachts so

lange auf seinem Posten belassen konnte«, sagt Carina Hermann, Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag, »und warum die eigenen Kollegen gegen ihn ermittelt haben, statt das Verfahren abzugeben.« Die CDU wirft der Staatsanwaltschaft und dem SPD-geführten Justizministerium »gravierende Fehler im Umgang mit dem Verfahren« vor.

Selbst als im Juni 2024 neue entschlüsselte Chats auftauchten, die Yashar G. offenbar so sehr belasteten, dass das Verfahren wieder aufgenommen wurde, durfte er noch einen weiteren Drogenprozess führen, obwohl er ja offiziell gar nicht mehr in der Drogenabteilung arbeitete. Nach SPIEGEL-Recherchen erhob Yashar G. noch im vergangenen Sommer Anklage gegen das mutmaßliche Bandenmitglied Pouya M., der aus Südamerika nach Deutschland ausgeliefert worden war. Wegen »Beihilfe zum bandenmäßigen Handelreiben mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge« wurde Pouya M. am 23. August 2024 zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und drei Monaten verurteilt.

Das Justizministerium erfuhr zunächst nichts von der Wiederaufnahme des Verfahrens. Im vertraulichen Teil des Rechtsausschusses teilte der Ministerialbeamte mit, das Ministerium sei erst am 22. Oktober informiert worden, um die Ermittlungen gegen G. nicht zu gefährden. Aus diesem Grund habe er auch den Drogenprozess noch durchführen können, erklärt das Justizministerium.

Ende Oktober ging plötzlich alles ganz schnell: Polizei und Staatsanwaltschaft durchsuchten erneut die Diensträume und die Wohnung von Yashar G. und nahmen ihn fest. Die Staatsanwaltschaft ließ 65.000 Euro von seinem Vermögen einfrieren, auf das Geld hat G. nun keinen Zugriff mehr. Dabei könnte es sich in etwa um den Betrag handeln, den G. von der Drogenmafia für seine Dienste kassiert haben soll.

SPD-Justizministerin Kathrin Wahlmann ordnete an, dass eine andere Behörde den Fall übernehmen soll. Nun führt die Korruptionsabteilung der Staatsanwaltschaft Osnabrück die Ermittlungen. Yashar G. sitzt in Untersuchungshaft.

Hubert Gude

Warum Schenken so schwierig ist

ESSAY Geschenke können Beziehungen ruinieren. Verzicht ist trotzdem keine Lösung. *Von Barbara Bleisch*



Bleisch, Jahrgang 1973, ist Philosophin und Autorin. Sie ist Mitglied des Ethik-Zentrums der Universität Zürich und moderiert die »Sternstunde Philosophie« im Schweizer Fernsehen. Ihr Buch »Mitte des Lebens« ist in diesem Sommer bei Hanser erschienen.

Kürzlich habe ich eine Postkarte erhalten, auf der stand: »Noch zwei Pakete für den Nachbarn annehmen und ich habe alle Geschenke für Weihnachten zusammen.« Der alberne Spruch dürfte das Unbehagen, das einen angesichts der alljährlichen Bescherungswut überkommen kann, ganz gut auf den Punkt bringen.

Nicht nur, dass der Postbote einen im Advent noch häufiger aus dem Homeoffice klingelt als sonst schon. Der Gedanke, sich in die brechend volle Innenstadt zu begeben und sich von mit Tüten beladenen Menschenmassen durch Straßenschluchten schieben zu lassen oder in die U-Bahn zu zwingen, löst auch bei mir eher Fluchreflexe als Sehnsucht nach Glühwein und Glitzerkitsch aus.

Manche schnauben angesichts dieser überbordenden Konsumfreude nur verächtlich: »Wir schenken uns schon lange nichts mehr!« Kinder natürlich stets ausgenommen.

Ich kann das Fluchen über den Konsumrausch, der spätestens mit dem »Black Friday« beginnt und im Schlussverkauf nach den Weihnachtsfeiertagen gipfelt, nachvollziehen. Aber ist es wirklich der richtige Weg, einander keine Geschenke mehr zu machen? Das mag auf den ersten Blick so sein. Schaut man genau hin, ist die Sache komplizierter.

Im eigentlichen Sinn brauchen zwar jene, die dem vorweihnachtlichen Kaufrausch verfallen, meist ohnehin nichts. Und braucht man doch mal etwas, erfüllt man sich den Wunsch am einfachsten selbst.

Ökonomisch gerechnet ist es allemal effizienter, die eigenen Begehrlichkeiten selbst zu befriedigen. Wenn andere für uns eine Teekanne oder ein Paar Handschuhe aussuchen, ist es ziemlich unwahrscheinlich, dass sie unsere Präferenz so

zielsicher treffen, wie wir selbst es getan hätten.

Die ausgepackte Teekanne ist zwar nett, aber eigentlich hätten wir statt des japanischen Modells doch lieber das britische gehabt. Und die Handschuhe mit dem Fellbesatz sind süß, aber wir wollten lieber die aus Leder.

Der Ökonom Joel Waldfogel hat für Geschenke deshalb nichts übrig: Gemessen an der Befriedigung, die uns ein eigenhändig getätigter Einkauf hätte verschaffen können, schneide das Geschenk fast immer schlechter ab. Würde sich also jeder stets selbst beschenken, anstatt alle einander, stünden wir alle glücklicher am Gabentisch. Gegenseitige Festtagsgeschenke sind für Waldfogel nichts anderes als Orgien der Wertvernichtung.

Wer dennoch unbedingt etwas schenken möchte oder muss, dem rät der Ökonom zum Bargeldgeschenk oder zum Gutschein, den die Beschenkten nach eigenem Gusto einlösen können. Einer ähnlichen Logik gehorchen auch die Websites von Hochzeitspaaren, auf denen die geladenen Gäste aus einer Wunschliste das bereits reservierte Besteckset oder den ausgewählten Gasgrill bestellen und online bezahlen können.

Das ist ganz schön praktisch – und wunderbar risikoarm: Jedes Geschenk garantiert einen Volltreffer! Zusätzlicher Pluspunkt: Nach einer solchen Geschenktransaktion wissen beide Seiten bis auf den Cent genau, wie viel die Schenkenden investiert haben, sodass man bei einer allfälligen Revanche die anzupeilende Richtgröße schon im Blick hat.

Unter dem Titel »Optimiert Weihnachten« hat der Betriebswirt Bernd Stauss in diesem Sinne eine ironische »Anleitung zur Besinnlichkeits-Maximierung« geschrie-

ben. Darin findet sich der Rat, mit dem Geschenkwert möglichst tief einzusteigen und den Einsatz erst zu erhöhen, wenn der Beschenkte mit etwas Kostbarerem antwortet. Dem geschenkten Gaul schaut der Ökonom natürlich nur zu gern ins Maul.

Wer denkt, solch ein kühl bilanzierender Blick auf den Gabentisch sei mit Sicherheit das Resultat kapitalistischer Verblendung, irrt. Ganz im Gegenteil.

Der französische Soziologe Marcel Mauss zeichnet in seinem Werk »Die Gabe« nach, wie in archaischen Gesellschaften Geschenke in erster Linie verteilt wurden, um entweder den eigenen sozialen Status zu festigen und Macht zu demonstrieren oder aber auf Gegenrecht zu pochen.

Wir kennen das Gefühl bis heute: Ein übergroßes Geschenk berührt peinlich, weil es subtil besticht – entweder zur adäquaten Gegengabe oder zur Selbstunterwerfung. »Das kann ich nicht annehmen!«, kann entsprechend zweierlei heißen: dass das Präsent so wertvoll ausgefallen ist, dass sich die Beschenkte nie und nimmer revanchieren könnte. Oder dass mit der Geschenkkannahme ein Versprechen einherginge, das man nicht geben mag.

Wer den Diamantring nimmt, wird den Ehering nur noch schlecht ausschlagen können. Und wer das lukrative Kunden Geschenk einheimst, macht sich womöglich der Bestechlichkeit schuldig.

An Bestechung wird am Fest der Liebe zwar hoffentlich kaum jemand denken. An Effizienz hingegen schon: Lohnt es sich, Geld auszugeben für Bücher, Schals und Konzerttickets, die vielleicht nur halb gefallen oder nicht wirklich gebraucht werden?

Glauben wir dem US-Philosophen Michael Sandel, ist schon die Frage falsch gestellt. Geschenke sollen weder etwas bringen noch etwas abwerfen, denn ihr Zweck ist vielmehr etwas, »Was man für Geld nicht kaufen kann«, wie sein gleichnamiges Buch heißt.

Seiner Meinung nach ist die Ökonomisierung des Schenkakts fatal, weil sie die Idee der Gabe selbst korrumpiert. Bei einem Präsent geht es nämlich nicht darum, Konsumvorlieben optimal zu erfüllen oder denselben Nutzwert zurückzuerhalten, den man investiert hat.

Im Unterschied zum reinen Tauschhandel birgt das wahre Ge-

schenk vielmehr die Möglichkeit, die Beziehung zwischen Gebenden und Empfangenden zu festigen. Mit der Einfühlung in die Vorlieben des Gegenübers und der an den Tag gelegten Langatmigkeit beim Suchen nach dem Passenden verschenkt der Gebende ja immer auch einen Teil seiner selbst und steht zurück hinter seiner Gabe.

Man könnte auch sagen: Beim wahren Geschenk geht es ganz ums Gegenüber, beim Tausch nur um den eigenen langfristigen Vorteil.

So verstanden, ist das Schenken weniger ökonomisch als beziehungstechnisch riskant: Schließlich kann es immer sein, dass man den Geschmack des geliebten Gegenübers verfehlt.

Unvergessen der mundgeblasene Kolibri aus violettfarbenem Glas, den mir eine flüchtige Liebe einst zu Weihnachten geschenkt und damit meinen Geschmack verfehlt hatte. Dass die Liebe in die Brüche ging, ist nicht allein dem Kolibri zuzuschreiben, vielmehr stand das Nippesobjekt für viele Differenzen zwischen uns.

In tragfähigen Beziehungen kann das unpassende Geschenk dagegen zum Anlass für den Liebesbeweis schlechthin werden, wenn man beim Auspacken frank und frei gesteht, dass man sich zwar wahnsinnig freut über die Mühe, die sich jemand gemacht hat, man aber doch lieber zum

gemeinsamen Umtauschbummel aufbräche – und das Gegenüber nicht beleidigt, sondern mit Verständnis auf den Vorschlag reagiert.

Doch solch riskantes Schenken wagen längst nicht alle. Schon der Philosoph Theodor W. Adorno diagnostizierte in seinen »Minima Moralia« einen »Verfall des Schenkens«, weil es nur noch »unter sorgfältiger Innehaltung des ausgesetzten Budgets, skeptischer Abschätzung des anderen und mit möglichst geringer Anstrengung« praktiziert werde. Ja, der Verfall gipfle in der »peinlichen Erfindung der Geschenkartikel«, die nur darauf angelegt seien, »dass man nicht weiß, was man schenken soll, weil man es eigentlich gar nicht will«.

Das wirkliche Schenken ist nämlich kein bloßes Abhaken einer zuvor bereitgestellten Liste und orientiert sich auch nicht an den hippen Zeitschriftenrubriken, die die hundert besten Geschenke für die Freundin, den Freund, den Opa, die Tante, den Nachbarn und so weiter auflisten, sondern es hat »sein Glück in der Imagination des Glücks des Beschenkten«, wie Adorno schreibt.

So zu schenken, ist also höchstpersönlich und zeitaufwendig: »Wirkliches Schenken«, so Adorno, »heißt wählen, Zeit aufwenden, aus seinem Weg gehen, den anderen als Subjekt denken.« Ihm also nicht

Kein bloßes Abhaken einer zuvor bereitgestellten Liste

schenken, was wir aus unserer Warte als passend empfänden oder uns selbst wünschten, sondern uns ausmalen, was unserem Gegenüber gefiele.

In dieser Logik ist unschwer zu verstehen, weshalb die jüngst in Mode gekommenen Spendengeschenke meist ihr Ziel verfehlen. Da erhält etwa eine Familie in Tansania ein Huhn, ein Schaf oder einen Esel im Namen des Beschenkten.

An sich eine feine Sache: Weil die meisten von uns mehr als das Lebensnotwendige haben, beschenken wir doch besser jene, denen es an allem mangelt. Doch weshalb die eigenen Liebsten unbedingt in die eigene Spendenfreudigkeit einweihen?

Warum nicht zu einem kleineren, aber sorgfältig ausgewählten Geschenk greifen, das das Glück des Beschenkten »imaginiert«, wie Adorno es sagt, und im Stillen noch eine Spende tätigen?

Ich werde den Verdacht nicht los, dass es bei diesen Spendengeschenken letztlich um einen pädagogischen Impuls geht, einander Solidarität zu lehren. Sicher wichtig, aber nicht die Idee eines Geschenks, dem es ums Gegenüber und nicht um die eigenen moralischen Prinzipien gehen sollte.

Wen immer noch Skrupel plagen, ob der Gang ins Shoppingparadies angesichts von Klimakrise und erbärmlichen Produktionsbedingungen zu rechtfertigen sei, der findet möglicherweise beim Trödler oder auf dem Flohmarkt etwas, was das Herz der Geliebten höherschlagen lässt. Oder setzt sich hin und werkelt etwas, was das Gegenüber erfreut.

Geschenke sind wie menschliche Beziehungen überhaupt: ergebnisoffen und damit riskant und überaus kostbar, wenn sie gelingen. Die Aussage »Wir schenken uns nichts« kommt als Ansage gegen den Rausch im Konsumtempel daher: Wir haben schon mehr als genug und brauchen nicht noch mehr.

Gegen Maßhalten im Konsum spricht nichts. Doch das ist mitnichten ein Argument gegen das Geschenk an sich. Öfter dürfte hinter dem Bescherungsstreik aber ohnehin etwas anderes stecken: der Unmut, sich aufs Risiko des Schenkens einzulassen und sich im Geschenk selbst zu riskieren. Das nicht zu wagen, ist ein Verlust für beide Seiten. In diesem Sinne: viel Mut zur Bescherung! ■



IM: Sonia Speck / plainpicture; Thordis Rüggeberg / plainpicture



1 | Soldat R. (l.) in Bundeswehrvideo 2021 2 | Bei Lieferung medizinischer Güter an ukrainisches Krankenhaus 3 | R.s Auto (vorn)

Haftbefehl für einen »Helden«

KRIMINALITÄT Ein Bundeswehrsoldat begeht Fahnenflucht, um in der Ukraine zu kämpfen. Dort lässt er sich für seinen Einsatz feiern, vergewaltigt aber offenbar auch mehrere Frauen – wohl nicht seine ersten Taten.

Es scheint, als wäre Ben R. gern ein Held. Einer, der ukrainischen Soldaten das Leben rettet, der gegen Russen kämpft, die lokalen Kräfte durch Material und Ausbildung unterstützt. So inszenierte er sich im Netz, auf Instagram, Facebook und im Gespräch mit der »Bild«-Zeitung. »Der Deutsche im ukrainischen Schützengraben« titelte das Medium im Februar. »Wenn es darauf ankommt«, verkündete der heute 29-Jährige, den sie im Donbass angeblich den »deutschen Helden« nennen, »dann führen wir unser letztes Gefecht für dieses Land und für die Menschen hier.«

Doch Ben R. hat offenbar auch eine andere Seite. Deutsche Strafverfolger werfen ihm vor, mehrere Frauen vergewaltigt und weitere sexuelle Übergriffe begangen zu haben. Auch in der Ukraine soll er Sexualstraftaten verübt und Videos davon ins Netz gestellt haben. Zudem soll Ben R. Missbrauchsdarstellungen von Kindern besessen und verbreitet haben.

Zwei Auslieferungersuchen der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg sind bisher ohne Erfolg geblieben. Zwar ermitteln auch die ukrainischen Behörden gegen Ben R., doch deren Verfahren dauert an. In Osteuropa kann

R. deshalb noch immer ein deutscher Held sein – der sich zwei Europäischen Haftbefehlen entzieht.

Nach der Schule tritt Ben R. in die Bundeswehr ein. Er verpflichtet sich für zwölf Jahre, bis 2025. Es gehe ihm dabei um die Sache, sagt er: für Werte einzustehen, das Gute zu vertreten und die zu verteidigen, die es nicht selbst können. So erzählt er es später einem »Bild«-Reporter. Seine Urlaube verbringt er in einem ausgebauten Land Rover Defender, auf Tour durch Europa, »hauptsächlich off-road«. Als im Sommer 2021 das Ahrtal unter Wasser steht, reist R. ins Katastrophengebiet, um gemeinsam mit anderen Freiwilligen ein Helfercamp aufzubauen.

Immer wieder jedoch fällt Ben R. bei den Behörden auf. So sagte etwa eine der Helferrinnen bei der Ahrtalflut wenige Monate danach bei der örtlichen Polizei aus, R. habe sie im Camp sexuell belästigt. Eine weitere Frau zeigte ihn wegen Vergewaltigung an, zog ihre Strafanzeige dann aber zurück. Eine Bundeswehrsoldatin zeigte ihn an, weil sie sich nach einem gemeinsamen Glas Wein an nichts mehr erinnern konnte – so gab sie es zu Protokoll. Eine frühere Nachbarin, die sich von

Ben R. bedroht fühlte, zog ihre Anzeige ebenfalls zurück. Die Ermittlungsverfahren werden aus unterschiedlichen Gründen eingestellt. Zu einem Prozess kommt es nie.

Im Januar 2022 gibt es weitere Hinweise auf eine dunkle Seite von Ben R. Das US-amerikanische National Center for Missing and Exploited Children übermittelt über das Bundeskriminalamt einen Hinweis an die Ermittler der Zentralstelle Cybercrime in Bayern, wo R. zu diesem Zeitpunkt lebt: Man habe auf der Onlineplattform Discord kinderpornografisches Material gefunden, das man Ben R. zuschreibe. Am 11. März durchsuchen bayerische Ermittler R.s Wohnung in Oberfranken. Sie stellen mehrere Datenträger sicher, darunter drei Festplatten und zwei Laptops. Außerdem stoßen die Strafverfolger auf Munition sowie ein Zimmer, in dem R. Waffen sammelt. Und: Sie informieren die Bundeswehr.

Den Polizisten vor Ort teilt Ben R. mit, er beabsichtige, bald ins polnisch-ukrainische Grenzgebiet zu reisen, um dort medizinische Hilfe zu leisten. Es sind die ersten Wochen des Ukrainekriegs. Zu diesem Zeitpunkt gibt es für die Ermittler noch keinen Grund, einen

Haftbefehl zu beantragen. Es besteht lediglich ein Anfangsverdacht wegen der Verbreitung einiger kinderpornografischer Dateien auf Discord. Dass die sichergestellten Datenträger insgesamt 5700 Fotos und rund 420 Videos enthalten, die sexualisierte Gewalt an Kindern zeigen, nicht nur Nacktaufnahmen, sondern auch sexuelle Handlungen; dass darauf auch mutmaßliche Vergewaltigungen dokumentiert sind, all das wissen die Strafverfolger zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Auch nicht, dass die gefundene Munition aus Bundeswehrbeständen stammt.

Kurze Zeit später meldet sich Ben R. auf Facebook, nicht aus Polen, sondern aus der Ukraine: Er und seine »Jungs« lieferten »spezielle Sanitätsausrüstung« in die östlichen Kriegsgebiete, »in die kaum einer fahren will«, schreibt er. Mit seinem Team bilde er die Menschen vor Ort medizinisch aus und entlaste die lokalen Einsatzkräfte. R. teilt Fotos: sein Defender »kurz vor Abfahrt in Deutschland«, zerbombte Gebäude, improvisierte Schlafstätten und ein Gruppenbild mit Krankenhausmitarbeitern, auf dem auch medizinische Hilfsgüter zu sehen sind.

Im Juni 2022 tritt er erstmals als »deutscher Held« in der »Bild«-Zeitung auf und erzählt, wie er verwundete Soldaten stabilisiert habe. In dem Bericht heißt es nun, R. sei ein ehemaliger Bundeswehrosoldat, der mehr als zehn Jahre gedient und nun in der Ostukraine »die Hölle« gesehen habe. »Die Menschen verteidigen in der Ukraine auch unser Leben«, sagt R. »Deshalb will ich ihnen helfen.«

Hinter dem scheinbar selbstlosen Einsatz verbirgt R. wohl ein für ihn offenbar ebenso wichtiges Motiv: die Flucht vor den deutschen Behörden.

Weil inzwischen klar ist, dass Ben R. Deutschland tatsächlich verlassen hat, suchen die bayerischen Strafverfolger ab September 2022 mit einem Europäischen Haftbefehl nach ihm. Eine Rückkehr kommt für ihn offenbar nicht infrage: In einem Chat schreibt er, es sei am besten, wenn er einfach in der Ukraine sterbe. Deutschland wolle ihn »ficken«. Im Sommer 2023 spricht R. in einem »Bild«-Podcast über seinen Einsatz in der Ukraine. Er sei nun offiziell Teil »der ukrainischen Armee«, vergleichbar mit der GSG 9 der Bundespolizei. Für seinen Dienst erhalte er umgerechnet 2000 bis 2500 Euro.

Die bayerischen Staatsanwälte fordern daraufhin über das Justizministerium in Kyjiw R.s Auslieferung – ein langes, kompliziertes Verfahren. Die Ukraine reagiert nicht.

Im November 2023 entdeckten die deutschen Ermittler Videos auf einer pornografischen Website, die Titel tragen wie »Ukrainisches Mädchen« oder »Ukrainische Sub-Sklavin hart benutzt«. Der Mann, der darauf zu sehen ist, ist offenbar Ben R., nach Ansicht der Behörden hat er die Videos selbst aufgenommen. Man hört auf den Aufnahmen Frauen, die auf Deutsch und Englisch Sätze sagen wie »Bitte, hör auf, bitte« und »Ben, nein«. Einige wirken betäubt, manche

SPIEGEL TV Programm



Katze bei Untersuchung in Tierklinik

SPIEGEL TV

MONTAG, 9.12., 23.25 – 0.00 UHR, RTL

Armutsfalle Haustier – wenn der beste Freund des Menschen unbezahlbar wird

Vor zwei Jahren ist die Gebührenordnung für Tierärzte erneuert worden. Seitdem sind die Tierärztkosten explodiert. Der Preis für eine allgemeine Untersuchung bei Katzen hat sich etwa um 165 Prozent verteuert. Da sich viele Besitzer die Steigerungen nicht leisten können, landen immer mehr Vierbeiner im Tierheim. Und auch bei den Tier-Tafeln wächst der Bedarf an kostengünstigen Angeboten.

Rechtsradikal und kampfbereit – wer sind die »Sächsischen Separatisten«?

Im November wurden acht mutmaßliche Rechtsterroristen festgenommen. Die Gruppierung soll sich mit paramilitärischen Wehrsportübungen auf den sogenannten Tag X vorbereitet haben. An diesem Tag wollten die »Sächsischen Separatisten« den Nationalsozialismus mit Waffengewalt einführen. Unter den Verdächtigen waren drei AfD-Funktionäre aus Sachsen. Einer saß für die AfD im Stadtrat Grimma und war Schatzmeister der Jungen Alternative Sachsen.



Separatisten-Trainingsort bei Brandis

MENSCH RETTER

MONTAG, 9.12., 20.15 – 22.15 UHR, RTL2

Kein Respekt vor Rettern – Sanitäter werden selbst zu Opfern

Heute brauchen die Frankfurter Sanitäter selbst Hilfe. Ein aufgebracht Mann hat die Besatzung des Rettungswagens angegriffen. Am Ende schlichtet die Polizei. Erfahrungen, die auf der Straße und in den Notaufnahmen an der Tagesordnung sind. Die Reportagereihe begleitet Rettungsdienst, Klinikpersonal und Feuerwehr. In Halle an der Saale jagen die Brandbekämpfer einen Feuerteufel, und im Schockraum in Bergedorf wird eine Schlaganfallpatientin eingeliefert, die plötzlich ihre Sprache verliert.

RE:

DIENSTAG, 10.12., 19.40 – 20.15 UHR, ARTE

Blaukrabben-Alarm an der Adria

Ein gefräßiges Krustentier bedroht die Adria. Die Blaukrabbe hat sich in Italien binnen zwei Jahren so stark vermehrt, dass sie das Geschäft der heimischen Muschelfischer bedroht. Nun soll die Krabbe auf die Teller der Italiener. Doch hat sie das Potenzial zur Delikatesse?



Koch Enrico Giacchetti mit Blaukrabbe

Zwischen Flucht und Neubeginn: Deutsche Schicksale nach 1945



240 Seiten, gebunden · 24,00 € · Auch als E-Book erhältlich.

Rund 14 Millionen Deutsche wurden nach dem Zweiten Weltkrieg ab 1945 aus den einstigen Ostgebieten des Reiches vertrieben. Wer überlebte, wagte unter widrigen Bedingungen den Neuanfang. Anders als in der BRD blieb das Schicksal der Vertriebenen in der DDR ein Tabu. Fast eine Million flohen bis zum Mauerbau erneut. Was die Vertriebenen jedoch in beiden deutschen Staaten teilten, waren die unverarbeiteten Traumata infolge der Flucht. In diesem Buch zeigen SPIEGEL-Autorinnen und Historiker, wie sie bis heute nachwirken und auch die Haltung vieler Deutscher gegenüber Migration prägen.

DVA
www.dva.de

SPIEGEL
Buchverlag

DEUTSCHLAND

haben sichtliche Blessuren. Eine liegt regungslos da, während sie mit einer Flasche penetriert wird.

Von mehreren Accounts, die die Ermittler R. zuschreiben, wurden insgesamt mindestens 136 Bilder und Videos auf der Website hochgeladen, mit mehr als 180.000 Aufrufen. »Alles, was ich hochlade, habe ich selbst gedreht«, heißt es in der englischen Beschreibung. Und: »Location: Ukraine«. Dazu kommen weitere Videos, die die Ermittler in der Zwischenzeit auf den beschlagnahmten Datenträgern gefunden haben.

Die Ermittler gehen nun von mindestens sechs Vergewaltigungsfällen aus. Sie vermuten auch, dass die Frauen nichts von den Aufnahmen wussten.

Kurz vor Weihnachten 2023 stellen die Bayern einen zweiten Europäischen Haftbefehl gegen R. aus. Sie werfen ihm Vergewaltigung in mehreren Fällen, Fahnenflucht, Besitz und Verbreitung von Kinderpornografie sowie, wegen der gefundenen Munition aus Bundeswehrbeständen, einen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz vor. Und: Sie schicken die neu entdeckten Videoaufnahmen direkt an ukrainische Polizeibehörden.

Gemäß dem Europäischen Auslieferungsübereinkommen, das die Ukraine unterzeichnet hat, ist das Land verpflichtet, Personen auszuliefern, die von anderen Justizbehörden wegen bestimmter strafbarer Handlungen verfolgt werden. Doch der Krieg hat die ohnehin durch Korruption geschwächte Justiz der Ukraine erheblich beeinträchtigt. Seit Kriegsbeginn soll das Land mehr als ein Drittel seines Justizpersonals verloren haben, zugleich stieg die Arbeitsbelastung durch Strafprozesse und Zivilklagen, etwa wegen Schadensersatzforderungen gegen Russland aufgrund von Kriegsschäden. Erschwerend kommt hinzu, dass Ben R. nun, wie er sagt, tatsächlich offiziell in die ukrainische Armee eingebunden ist. Die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Militär, so sagen es Menschen, die sich mit dem System auskennen, laufe in der Ukraine nicht immer einwandfrei.

Auf SPIEGEL-Anfrage erklärt die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft in Kyjiw lediglich, man ermittle wegen des Verdachts auf Vergewaltigung einer Minderjährigen gegen einen deutschen Staatsbürger. Fragen zum Auslieferungsverfahren lässt die Behörde unbeantwortet.

Wo sich Ben R. derzeit genau aufhält, ist unklar. Auf Facebook postet er seit verganginem Jahr nichts mehr, auch in der »Bild«-Zeitung ist er seit Februar nicht aufgetreten. Aber er ist am Leben: Auf SPIEGEL-Anfrage lässt er über seinen Anwalt mitteilen, dass er sich nicht zu den Vorwürfen äußern möchte. In Bamberg wartet man derweil weiterhin auf eine Antwort auf die Auslieferungsersuche.

Ben R., so scheint es, kann vorerst noch immer den deutschen Helden spielen – und dabei womöglich weitere Straftaten begehen.
Sara Wess

Ersatz für »Graf Koks«

AFFÄREN Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sorgt sich um den Ruf der Helmut-Schmidt-Stiftung: Kuratoriumsmitglied Johannes Kahrs hat ein Ermittlungsverfahren am Hals.

Mindestens einmal im Jahr treffen sich in Hamburg die sechs Kuratoriumsmitglieder der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung und deren Stellvertreter. Ex-Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) führt dann den Vorsitz in der Runde aus überwiegend ehemaligen und aktiven Politikern sowie Journalistinnen. In einem solchen Kreis dabei zu sein, gilt als Ehre. Es gibt nur sieben Politikergedenkstiftungen des Bundes; die Bestellung der Kuratoriumsmitglieder erfolgt durch den Bundespräsidenten.

Doch ein Mitglied ist dieses Jahr bei der Schmidt-Stiftung nicht aufgetaucht, nicht bei der Frühjahrssitzung im April und auch nicht bei der zweiten Zusammenkunft im Oktober: Johannes Kahrs, 61, Sozialdemokrat und bis zu seinem abrupten Ausstieg aus der Politik im Jahr 2020 äußerst einflussreicher Bundestagsabgeordneter. Dass Kahrs sich nicht blicken ließ, war so gewünscht, und daran haben gleich drei Spitzen-Sozis mitgewirkt: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, 68, Ex-Finanzminister Steinbrück, 77, und Martin Schulz, 68, einst Präsident des Europäischen Parlaments und 2017 erfolgloser SPD-Kanzlerkandidat. Heute leitet er die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Den dreien wird nachgesagt, Kahrs nicht sonderlich zu schätzen. Vor allem aber wollen sie offenbar den guten Ruf der Schmidt-Stiftung schützen, den manche durch den skandalumwitterten Kahrs gefährdet sehen.

Es begann mit der Durchsuchung von Wohnungen von Kahrs im September 2021. Damals wurde öffentlich, dass die Staatsanwaltschaft Köln gegen den Ex-Politiker wegen des »Anfangsverdachts der Begünstigung« ermittelt. Es geht um die strafbaren Cum-ex-Geschäfte der Warburg-Bank in Hamburg. Das Geldhaus hatte sich einst von der dortigen Finanzbehörde hohe Beträge aus der Kapitalertragsteuer auszahlen lassen, welche die Bank jedoch nie gezahlt hatte. Als der Schwindel aufflog und das Unternehmen 90 Millionen Euro erstatten musste, soll sich Kahrs für

die Banker eingesetzt haben. Sein SPD-Kreisverband Hamburg-Mitte erhielt nachweislich aus dem Umfeld der Bank Parteispenden über 38.000 Euro.

2022 wurde zudem bekannt, dass bei der Hausdurchsuchung ein Hinweis auf ein Bankschließfach gefunden worden war, in dem gut 200.000 Euro lagen, überwiegend in 100-Euro-Scheinen. Die Herkunft des Geldes ist unbekannt. An sich legal, aber es verstärkte bei vielen die Vermutung, Kahrs sei in unlautere Machenschaften verwickelt.

Der Sozialdemokrat, von Haus aus Jurist, äußert sich zu den Vorgängen nicht. Es gilt die Unschuldsvermutung. Auch Fragen des SPIEGEL zur Schmidt-Stiftung beantwortet er nicht. Doch Kahrs habe ein Problem, sagt ein Mitglied des Schmidt-Kuratoriums: »Die Unschuldsvermutung greift nicht in der Öffentlichkeit und nicht bei denen, die ihn kennen. Es traut ihm fast jeder diese Sauereien zu.«

Die Karriere des Reserveoffiziers Kahrs ist von Merkwürdigkeiten überschattet, was ihm den Spitznamen »Kiez-Mafioso« eintrug. Und manche in der Stiftung stören sich am großen Ego des Hanseaten. »Der tritt hier auf wie Graf Koks«, sagt ein Kuratoriumsmitglied.

Kahrs ist ein erfolgreicher Netzwerker, dem trotz seines Ausscheidens aus dem Parlament immer noch gute Verbindungen in den Haushaltsausschuss des Bundestags nachgesagt werden. Er gehörte dem Gremium lange an – und dort wird über die Mittelvergabe an die Politikergedenkstiftungen entschieden. Es ist daher wohl kein Zufall, dass Kahrs gleich zwei Mandate wahrnimmt: Er ist auch in der Bundesstiftung Otto von Bismarck in Friedrichruh aktiv, deren Kuratorium er sogar leitet.

Stiftungen leben allerdings von der Reputation derjenigen, die sich dort engagieren. Daher zögerte Steinmeier 2022, das Mandat von Kahrs bei der Schmidt-Stiftung turnusmäßig zu verlängern. Seine Staatssekretärin Dörte Dinger übernahm es, mit dem Vorsitzenden Steinbrück zu sprechen. Der wiederum

informierte den FES-Vorsitzenden Schulz – der FES steht laut Stiftungsgesetz das Vorschlagsrecht für einen Posten im Kuratorium zu. Sie hatte Kahrs 2017 erstmals benannt.

Was dann wer mit wem beredet hat, lässt sich im Einzelnen nicht klären. Sicher ist: Die Gespräche dauerten Monate. Und Kahrs wich nicht. Gegenüber Schulz soll er erklärt haben, an den Vorwürfen aus dem Ermittlungsverfahren sei nichts dran, er werde da vollkommen unbeschadet herauskommen. Er würde es als Vorverurteilung empfinden, wenn die FES von ihm abrücke.

Schulz und Kahrs verabredeten eine »salomonische Lösung« (Schulz): Kahrs wird von Steinmeier bestellt, nimmt aber das Mandat nicht wahr, bis alle Vorwürfe ausgeräumt sind. Der Sozialdemokrat Niels Annen, Parlamentarischer Staatssekretär und womöglich bald Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, vertritt ihn. Und natürlich sollte diese Absprache vertraulich bleiben.

Steinbrück und Schulz sind damit aus der Sache raus. Kahrs und Steinmeier hingegen nicht. Vor wenigen Wochen enthüllte der »Stern«, dass Kriminalbeamte Kahrs im Juni in Hamburg auf der Straße gestoppt und die Herausgabe eines Handys verlangt hatten. Dem Bericht zufolge filzten die Beamten ihn sogar. Schließlich rückte er Telefon und PIN heraus. Die Ermittler erhoffen sich von Kahrs' Kommunikation neue Erkenntnisse für die Aufklärung des Cum-ex-Komplexes.

Das Bundespräsidialamt kann nun darüber rätseln, ob damit eine Anklage gegen Kahrs näherrückt. Spätestens 2025 steht die Personalie mit großer Wahrscheinlichkeit wieder auf der Tagesordnung Steinmeiers – dann laufen die Mandate im Kuratorium der Bismarck-Stiftung aus. Und eine zweite salomonische Lösung wird es kaum geben. Der Vorsitzende eines Kuratoriums kann sich nicht dauerhaft vertreten lassen, er muss schon mal auftauchen.

Klaus Wiegrefe



Staatsoberhaupt Steinmeier



Sozialdemokrat Kahrs 2019



Die Nazi-Alarmanlage

GESCHICHTE Ein Historiker aus Jena durchkämmt das Internet nach rechtsextremen Mythen. Ein gefährlicher Job, vor allem wenn er seinen Schreibtisch verlässt.

In einem tristen Büro in Jena, im ersten Stock des Historischen Instituts, Zimmer 109, verläuft eine Verteidigungslinie der Demokratie. Jakob Schergaut, 34, Hipsterbrille und Sneaker, rutscht aufgeregt auf seinem Bürostuhl hin und her: »Schauen Sie genau hin«, sagt er und deutet auf den Laptop vor sich. In dem Video, das auf dem Bildschirm läuft, sieht man einen Mann vor einem mittelalterlich anmutenden Turm in der thüringischen Provinz stehen. Er ist Anfang vierzig, spricht ruhig und freundlich. Sein Thema? Konzentrationslager. Allerdings nicht solche, in denen die Nazis Millionen Menschen quälten und töteten, sondern angebliche tschechische Lager.

Mythen-Fahnder Schergaut:
Thüringisches Pilotprojekt

Orte, an denen Deutsche umgebracht worden sein sollen.

»Ich habe diese Namen noch nie gehört«, sagt der Mann in die Kamera und liest von der Gedenkplatte ab, die an dem Turm angebracht ist. Es geht um angebliche KZs in den Orten Adelsdorf, Freiwaldau und Linewiese, wo Deutsche gleich nach Kriegsende auf »grausamste Weise gepeinigt und ermordet« worden sein sollen.

Der Mann im Video heißt Nikolai Nerling und ist ein bekannter Holocaustverharmloser. Unter dem Namen »der Volkslehrer« ist er in der rechtsextremen Szene bekannt. Weniger bekannt aber ist der Ort, auf den er sich in diesem Video bezieht und für den auf verschiedenen Tou-

ristenseiten geworben wird. Jakob Schergaut legt die Stirn in Falten. Seit einigen Tagen recherchiert er zum sogenannten Altvaterturm, einem beliebten Ausflugsziel im Frankenwald in Thüringen.

Schergauts Job ist vergleichbar mit dem einer Alarmanlage. Für die Universität Jena durchkämmt er das Internet nach geschichtlichen Lügen und macht diese öffentlich. Dazu observiert er unter anderem Telegram-Gruppen und die Social-Media-Accounts rechter Netzwerke. Täglich scrollt er sich durch Hunderte Chat-Verläufe, Postings und Propagandavideos. Ein Pilotprojekt bundesweit.

Im Moment arbeitet er an einer Karte, die aufführen soll, wo in Thüringen Geschichtsfälschung stattfindet, 16 solcher Orte hat er bereits verzeichnet, darunter ein SS-Denkmal, ein Wirtshaus, in dem sich Neonazis treffen, und die Zentrale eines rechtsextremen Verlags. »Es gibt einen Angriff auf unser Erinnern, und der geht sehr systematisch vonstatten«, sagt er.

Geschichtsrevisionismus meint das Umdeuten von wissenschaftlich begründeten und etablierten historischen Wahrheiten. Schergaut ist abseits des Verfassungsschutzes eine von sehr wenigen Stellen, die Geschichtsrevisionismus systematisch dokumentieren und einordnen. Auf einer Internetseite namens »Geschichte statt Mythen« stellt er ihnen die historischen Fakten gegenüber.

Am Nachmittag stoppt er das Auto auf einem Parkplatz in der thüringischen Provinz. Er ist nach Saalfeld-Rudolstadt gefahren, um sich persönlich ein Bild vom Altvaterturm zu machen. Der Landkreis ist eine Bastion von AfD und Rechtsextremen in Thüringen. Schergaut ist in der Nähe groß geworden – eine Jugend mit langen Haaren und Skateboard unterm Arm. Für die Neonazis im Ort war er damit schon ein Feindbild.

Schergaut springt aus dem Auto, stellt den Kragen seiner Wachsjacke hoch und läuft einen schmalen Waldweg entlang. Es hat angefangen zu regnen. »Jetzt geht der Puls schon ein bisschen hoch«, sagt er, als vor ihm die Spitze des Turms wie ein erhobener Zeigefinger in den Himmel ragt.

Der Turm, gelegen auf einer Anhöhe mit Blick ins Tal, 36 Meter hoch, ist aus Sandstein und sieht ein wenig aus wie aus dem Film »Der Herr der Ringe«. Schergaut zückt sein Handy und macht Fotos von den großen Gedenkplatten, die am Turm montiert sind. Darauf geht es um die etwa drei Millionen Sudetendeutschen, die

nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem heutigen Tschechien vertrieben wurden. Um Mord- und Vergeltungsaktionen, die nach dem Krieg tatsächlich stattfanden.

Trotzdem, sagt Schergaut mit Blick auf die Gedenktafeln, würden hier alle roten Linien überschritten. Die genannten Opferzahlen seien viel zu hoch. Begriffe wie »Konzentrationslager« und »Todesmärsche«, die sonst im Zusammenhang mit den Millionen Opfern des Nationalsozialismus fallen, seien typisch für den Geschichtsrevisionismus. »Man dockt an eine historische Wahrheit an, dekontextualisiert sie, verzerrt die Zahlen – und voilà: eine neue ›Wahrheit‹«, sagt er.

Ein bekanntes Beispiel für Geschichtsrevisionismus ist das 1973 veröffentlichte Buch »Die Auschwitz-Lüge« von Thies Christophersen, einem ehemaligen Mitglied der Waffen-SS, der die Bedingungen in den Konzentrationslagern verharmloste und den Holocaust infrage stellte.

Auslöser für die Gründung von Schergauts Stelle, die von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft finanziert wird, war ein Vorfall bei der Oberbürgermeisterwahl in Nordhausen im Norden Thüringens. Der dortige AfD-Kandidat hatte auf einer Website Anspielungen auf den »Rheinwiesenmythos« gemacht, eine rechtsextreme Verschwörungstheorie, wonach Millionen Wehrmachtssoldaten in Kriegsgefangenenlagern der Alliierten ermordet wurden. Tatsächlich starben in den Lagern Schätzungen zufolge zwischen 8000 und 40.000 deutsche Soldaten, vorwiegend durch Epidemien. In der Internetpropaganda wird der Fall als »Wehrmachtsholocaust« inszeniert. Die Botschaft: Die wahren Opfer seien Deutsche gewesen.

Die Thesen tragen dabei zur politischen Enthemmung bei. So haben Angriffe auf die thüringischen Gedenkstätten Buchenwald oder Mittelbau-Dora zugenommen. Seit knapp zehn Jahren beklagen die Verantwortlichen vermehrt Schmierereien, abgeholzte

»Es gibt einen Angriff auf unser Erinnern, und der geht sehr systematisch vonstatten.«

Gedenkbäume und Nazi-Propaganda unter Besuchern.

Ein beliebtes Thema bei den Geschichtsfälschern sind die 273.000 Sudetendeutschen, die um 1945 angeblich ermordet worden seien. Tatsächlich gehen Historiker von maximal 30.000 Todesopfern aus, die aber nicht alle gezielt ermordet wurden, sondern auf der Flucht auch durch Hunger und Kälte ihr Leben verloren.

Ein Ort, der zur Verbreitung der angeblich weit höheren Zahl beigetragen hat, liegt knapp zwei Autostunden vom Altvaterturm entfernt. Am nächsten Morgen stapft Schergaut mit zittrigen Knien über eine nasse Wiese. Vor ihm liegt ein großer Gutshof, dessen Garten mit hohen Zäunen abgeriegelt ist, Kameras filmen die Eingänge. Die »Gedächtnisstätte Guthmannshausen« ist eine Pilgerstätte der rechten Szene. Das herrschaftliche Anwesen, das vor Schergaut in der Sonne liegt, dient als Schulungsort für rechtsextreme Ideologen in Thüringen.

Ursula Haverbeck, die im November mit 96 Jahren verstorbene »Grande Dame« der Holocaustleugnung, die schon wegen Volksverhetzung im Gefängnis saß, brachte hier den rechtsextremen Verein »Gedächtnisstätte e. V.« unter. Der »Volkslehrer« war ebenso schon zu Besuch wie der rechtsextreme Verleger Götz Kubitschek – einer der ideologische Einflüsterer Björn Höckes.

Schergaut hat zunächst gezögert, herzufahren. Im Moment wird ein Prozess gegen Neonazis in Thüringen neu aufgerollt, die zwei Videojournalisten bei einer Recherche

angegriffen haben sollen. Die Journalisten wurden laut Anklage mit dem Auto von der Landstraße abgedrängt und anschließend mit Schraubenschlüsseln und Baseballschlägern attackiert.

»Wenn man uns hier sieht, kann es ungemütlich werden«, sagt Schergaut, während er an Brennesseln vorbei über den Zaun in einen Gartenbereich lugt. In der Anlage ist niemand zu sehen.

Schergaut macht durch den Zaun heimlich Fotos von einem Kreis aus Steintafeln im Garten der Anlage, der den deutschen Opfergruppen aus dem Zweiten Weltkrieg gewidmet ist. »Nazi-Stonehenge« nennt ihn die linke Szene. Eine Tafel nennt auch die Zahl der angeblich 273.000 ermordeten Sudetendeutschen. Summiert man die mit den anderen Opferzahlen der Pilgerstätte, kommt man auf 12 Millionen getötete Deutsche. Das ist ein Vielfaches von dem, was die wissenschaftliche Geschichtsschreibung annimmt.

»Und natürlich doppelt so viele wie die rund sechs Millionen ermordeten Juden«, sagt Schergaut, als er kurze Zeit später wieder im Auto sitzt. Der Landkreis Sömmerda gehört zu den besonders strukturschwachen Regionen in Deutschland. Lokalzeitungen gibt es hier kaum noch. Übrig geblieben seien Anzeigenblättchen, die systematisch von rechten Verlegern aufgekauft worden seien, erzählt Schergaut. In Kombination mit den rechten Erzählungen im Internet würde das den Kampf um die Geschichte in Thüringen weiter befeuern.

Am meisten profitiert die AfD davon. Deren Thüringer Vorsitzender Björn Höcke, selbst studierter Historiker und Geschichtslehrer, machte zuletzt im September bei einer Wahlkampfveranstaltung in Cottbus deutlich, wie er die Sache sieht: »Glaubt nichts, was in den Geschichtsbüchern steht«, rief er dem Publikum zu. Von den Zuschauern bekam er Applaus dafür.

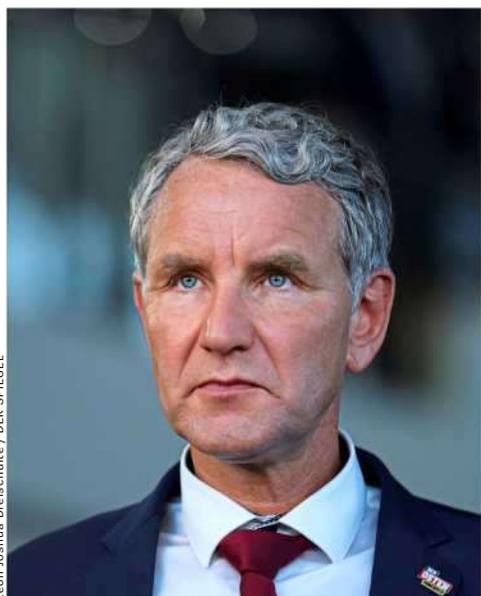
Jonas Breng



Leon Joshua Dreischulte / DER SPIEGEL



Leon Joshua Dreischulte / DER SPIEGEL



Thilo Schmuelgen / REUTERS

Altvaterturm im Frankenwald

Gedenktafel für die Sudetendeutschen

AfD-Politiker Höcke

Jagdgründe, 1960

FAMILIENALBUM Uwe Albrecht, 71, aus Berlin

Auf dem Foto rechts neben mir steht mein Freund Bernhard. Wir wollten Indianer sein, unsere Jagdgründe befanden sich auf unseren Höfen, meist auf dem großen Hof auf der anderen Straßenseite in Berlin-Lichtenberg.

Neben den obligatorischen Buddelkästen befanden sich dort die Teppichklopfstangen und in einem Müllhaus die Müllkästen. Dort stand eine Tonne für Küchenabfälle, die wöchentlich vom Bauern mit dem Pferdewerk abgeholt wurde. In der Straße erschallte dann der Ruf »Brennholz gegen Kartoffelschalen!« vom besagten Bauern. Kleine Gärten, die nach dem Krieg abgetrennt wurden, waren ebenfalls vorhanden. Einen konnten wir zum Aufbau unseres Wigwams nutzen. Wir waren Erstklässler, die Indianer waren bei unseren Spielen immer die Guten. Debatten um die Bezeichnung Indianer oder Ureinwohner waren noch weit weg. Wer die Bösen sind, dazu hatten wir damals noch keine Meinung.

In Erinnerung ist uns geblieben, dass unsere Eltern aufgefordert wurden, Erklärungen abzugeben, den Sprösslingen kein Westfernsehen zu erlauben. Nur Bernhards Eltern und meine lehnten das mit der Begründung ab, dass wir ja nur Kinder- und Sportsendungen sehen dürften. Meine Mutter war Hausfrau und fuhr einmal die Woche mit der S-Bahn nach West-Berlin und putzte dort. Mein Vater war Kraftfahrer und verdiente nicht viel.



► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an: familienalbum@spiegel.de

Der Mauerbau 1961 hatte für mich folgende Auswirkungen: Erstens keine neuen »Fix und Foxi«-Hefte mehr. Zweitens fiel der schon lange geplante Besuch im Berliner Zoo aus. Wir wollten an der einmal wöchentlich stattfindenden Fütterung der Krokodile teilnehmen, die von einer Brücke aus mit Hühnerfleisch gefüttert wurden. Ansonsten fuhren wir mit unseren Eltern weiter in den Urlaub oder mit anderen Kindern in die Kinderferienlager der Betriebe unserer Eltern, spielten auf dem sogenannten Umkehrplatz in unserer Straße Fußball oder Straßenhockey und sprangen in Badehose bei Starkregen durch die Pfützen.

Nach der Schulzeit in Lichtenberg kamen Abitur, Berufsausbildung, Armee, Studium und die Jahre der Berufstätigkeit. Fast alle von uns schlossen die Oberschule ab und konnten eine Berufsausbildung beginnen. Ich studierte Betriebswirtschaftslehre, promovierte und arbeitete dann an logistischen Studien.

Nach 1990 mussten wir uns, wie so viele, neue Arbeit suchen. Jetzt sind wir in Rente, nutzen unsere freie Zeit für Reisen und den Besuch von Kulturveranstaltungen und freuen uns, dass alles so friedlich abgelaufen ist. Mit Bernhard bin ich noch heute befreundet, wir feiern gemeinsam mit Kind und Kegel. Für meine Enkel habe ich übrigens kürzlich ein Tipi gebaut, aus echten Kuhhäuten.

Aufgezeichnet von Frauke Hunfeld

WACHSMÄNTEL

Warum tragen alle wieder Barbour-Jacken, Frau Weng?

SPIEGEL: Früher trugen Barbour-Jacken vor allem Adlige, Hundebesitzer und Jurastudenten. Jetzt auch Hipster. Warum?

Weng: Auch viele meiner Freundinnen kramen gerade ihre alte Barbour-Jacke wieder heraus. Da kommen ein paar Sachen zusammen. Zum einen hat Barbour in den letzten Jahren eine

gute Imagestrategie gefahren. Das Model Alexa Chung zur Kreativdirektorin und Botschafterin der neuen Kollektion zu ernennen, war eine hervorragende Wahl. Sie passt als Britin mit ihrem »preppy chic« sehr gut zur Marke, gleichzeitig beweist sie, dass Barbour auch cool ist. Es gibt die alten Fans der Marke, aber es sind auch neue hinzugekommen, durch Kollaborationen mit Marken wie Gucci und Ganni. Aber das allein reicht nicht aus. Modische Trends spiegeln immer den aktuellen Zeitgeist wider.

SPIEGEL: Und der wäre?

Weng: Schließen Sie mal die Augen. Was sehen Sie, wenn Sie an Barbour denken? Man denkt an Menschen, die ihren Geländewagen parken, den Hund ausladen und dann mit ihrem Irish Setter durchs Grüne laufen. Es ist eine heile Welt, wirtschaftliche Stabilität. Etwas, wonach sich gerade viele Menschen sehnen.

SPIEGEL: Wird die Mode in Krisenzeiten spießiger?

Weng: Nein. Es gibt viele Strömungen parallel. Nicht jeder trägt schließlich das Gleiche, obwohl wir uns alle im gleichen

Zeitgeist bewegen. Es gibt gerade Mode, die sehr opulent ist. Wir beobachten eine Rückkehr zum Maximalismus. Es gibt eben auch eine andere Haltung: Vielleicht zündet jemand bald die Atombombe, und die Welt geht unter, bis dahin ziehe ich mein Paillettenkleid in den Supermarkt an. Was kostet die Welt? **NGA**



Kerstin Weng, Jahrgang 1982, ist Modejournalistin und Chefredakturin der deutschen »Vogue«.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE Warum eine Kleinstadt auf der Schwäbischen Alb wütend auf den »Tatort« ist

Da möchte Jochen Schuster einmal zeigen, dass seine Heimat nicht dem Klischee der Provinz entspricht, und dann das. Schuster betritt den Gasthof »Hirsch« in Münsingen, und das Erste, was er sieht, ist ein Mann auf einer Holzbank in olivgrüner Outdoorkleidung und Hosenträgern. Vor ihm steht ein Glas Bier, neben ihm liegt ein Gewehr. Unter dem Tisch hocken zwei Rauhaardackel. »Das kann doch nicht sein«, sagt Schuster. Mehr Klischee geht nicht. Womit er beim Thema wäre.

Furchtbar fand er das, was er am 17. November um 20.15 Uhr in der ARD sah. Da lief ein »Tatort«, der unter anderem in Schusters Heimat gedreht wurde, in Münsingen, genauer gesagt im eingemeindeten Dorf Bichishausen. In diesem »Tatort«, mit mehr als neun Millionen Zuschauern einer der meistgesehenen des Jahres, geht es um den Mord an der Wirtstochter Hanna, die vor der Enge des Dorfes nach Stuttgart geflohen ist. Verdächtig wird erst ihr Ex-Verlobter, dann ein Schulfreund, am Ende war es der Pizzabote.

So weit, so gewöhnlich. Doch in Münsingen sind viele wütend und enttäuscht wegen des Films.

Einige Szenen des »Tatort« spielen im »Hirsch«. Im Film versucht die Mutter der Ermordeten, sich das Leben zu nehmen, indem sie sich Kartoffelknödel in den Mund stopft. An anderer Stelle sinniert die Dorfgemeinschaft beim Schnaps darüber, wer der Mörder sein könnte. An den Wänden hängen Geweihe. Es wird viel gebetet. Bichishausen, das im Film Waldingen heißt, wirkt wie ein Kaff aus der Vergangenheit, seine Bewohner wie beschränkte Provinzler.

Als Jochen Schuster den Film sieht, kann er es nicht fassen. So inszeniert der SWR seine Heimat?

Münsingen liegt auf der Schwäbischen Alb, umgeben von Tannenwäldern und Feldern, es gibt Fachwerkhäuser, einen ehemaligen Truppenübungsplatz und eine gotische Basilika. Stuttgart ist eine Autostunde entfernt. Rund 15.000 Menschen leben hier, eine Kleinstadt, kein Dorf. Jochen Schuster wurde vor 37 Jahren

in Münsingen geboren, ein freundlicher Typ in Sportjacke, der als Politologe in der Energiewirtschaft arbeitet. Er geht am Wochenende gern wandern und ist Vorsitzender des örtlichen Tennisvereins. Seit Kurzem ist er die Stimme von Münsingen.

Schuster hatte sich zunächst gefreut, als der SWR voriges Jahr mitteilte, dass in seiner Heimat ein »Tatort« spielen werde. »Wann wird schon mal ein Film in Münsingen gedreht?« Schuster organisierte 130 Mitglieder aus seinem Tennisverein als Komparsen. Etwas chaotisch sei der Dreh gewesen, sagt Schuster, aber »ein tolles Erlebnis für den Verein«.

Schuster schaut kaum noch Fernsehen. Beim »Tatort« saß er bei seinen Eltern auf dem Sofa. Er habe schon in den ersten Minuten erkannt, in welche Richtung der Film lief. Da waren die Jäger, die grinsend in die Luft schießen. Die Gasthof-Familie, die in der dunklen Stube betet, bevor sie sich an den Braten macht. Der Mann, der im »Hirsch« mit seiner Pistole prahlt. »Ein Klischee nach dem anderen!«, rief Schuster.

Noch am Abend der Ausstrahlung schrieb er an den SWR, der Film sei »ein Affront gegenüber den Menschen im ländlichen Raum«. »Die Art und Weise, wie das dörfliche Leben dargestellt wird, entspricht nicht der Lebensrealität des Jahres 2024.« Dasselbe sagte er den Lokalzeitungen,

»Der Film ist ein Affront gegen die Menschen im ländlichen Raum.«

Jochen Schuster aus Münsingen

»Tatort«-Szene am Stammtisch, Schlagzeile von stuttgarternachrichten.de



Verein von der Alb beschwert sich über Stuttgarter Tatort

ein Reporter der »Bild«-Zeitung rief an und fragte, wie Schuster zur Verfassungsklage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stehe. Die Politik schlug in Münsingen ein. Schuster sagt, zu solchen Statements fühle er sich nicht berufen. »Ich bin Vorsitzender eines Tennisvereins.«

Schuster sitzt im Auto, um seine Stadt zu zeigen. Er fährt am Tennisheim vorbei, an einem Restaurant, das vegane Burger serviert, am Hallenbad, an der alten Kaserne. Er zeigt auch die »Tatort«-Drehorte und den »Hirsch«, der in Wahrheit sehr gemütlich und nicht gruselig wirkt.

»In Münsingen sieht man, dass es modernes Landleben gibt«, sagt Schuster. Anstelle von Geländewagen, die die Landbewohner im »Tatort« fahren, parken vor einigen Häusern Teslas. Im »Hirsch« gibt es längst keinen Stammtisch mehr, »alle weggestorben«, sagt der Wirt. Auch flieht kaum jemand in die Stadt, die Einwohnerzahl von Münsingen stieg zuletzt sogar ein wenig an.

Es ist nicht so, als hätten die Münsinger keinen Humor und verstünden nicht, was Fiktion ist. Sie wissen, dass sie den einen oder anderen Buchstaben verschlucken, »noi« statt »nein«. Schuster warnt die Reporterin vor einem Gespräch, wenn jemand so stark schwäbelt, dass es für Auswärtige schwierig werden könnte.

Doch in einem »Tatort« nur auf solche Eigenheiten abzuheben, das empfinden Jochen Schuster und viele Münsinger als verschenkte Chance. Der SWR hätte die echten Probleme auf dem Land beleuchten können. Die schlechte Anbindung an den Nahverkehr oder dass sie auf dem Land manchmal vergessen werden, wenn in Stuttgart oder Berlin Politik gemacht wird. Und natürlich hätte Schuster gern die schönen Seiten von Münsingen gesehen. Die dichten Wälder, das neue Schwimmbad mit Solarplatten, den Tennisverein, dessen Mitgliederzahl sich verdoppelt hat.

Der SWR hat Schuster mit einem Verweis auf »die Freiheit der künstlerischen Zuspitzung« geantwortet. Es gehe im »Tatort« um das »immerwährende Problem des Individuums«, auf dem Land und in der Stadt Freiheit zu suchen und dennoch zu einer Gruppe gehören zu wollen.

Jochen Schuster sagt, er könne ja jederzeit raus, wenn ihm etwas fehle. Vor ein paar Monaten ist er in den USA den Rolling Stones hinterhergereist, nach Houston und New Orleans. Dann kam er heim nach Münsingen. Und hat sich sehr frei gefühlt.

Celine Schäfer



Michael Kappeler / dpa

Spitzenkandidat Habeck in Wiesbaden 2024:
 »Ich hab's durchdacht, und es war richtig«



Hollemann / dpa

Grünenanführer Fischer in Hannover 1986:
 Die Süße der Macht



Ulrich Baumgarten / vario images

Zeitgenossen Kohl, Schwenninger (r.) 1983:
 Nicht so werden wie die Typen in den etablierten Parteien



Roland Geisheimer / attenzione / Agentur Focus

Protest gegen Braunkohletagebau 2023:
 »Noch ein Lützerath kannst du dir nicht leisten, Robert!«

Was hat euch bloß so ruiniert?

BEWEGUNGEN Zehn Jahre lang haben die Grünen diese Republik mitregiert, erst mit der SPD, dann in der Ampelkoalition. *Barbara Supp* hatte mal Sympathien für die Partei der Rebellen, Umweltschützer, Friedenskämpfer. Und jetzt?

Spärlicherer Beifall geht eigentlich gar nicht als der, den Sabine Hebbelmann bekam. Sie sprach gegen 22 Uhr an diesem Freitagabend im November, dem ersten Tag des Parteitags der Grünen, der zur Kanzlerkandidatenkrönung von Robert Habeck führen sollte. Es sei ihr wichtig, so sagte sie mir später, dass sie für sich gesprochen habe und nicht für ihren Kreisverband. Es habe dort bei Mitgliedern Irritationen gegeben.

Sie sagte: Ja, sie fühle sich bedroht. Und zwar »von der Kriegshetze im eigenen Land«. Sie forderte: »Behaltet einen kühlen und kritischen Kopf.« Sie verlangte: »Diplomatie – jetzt!«

Früher hätte es rauschenden Beifall gegeben, wenn jemand einem Saal voller Grüner solche Worte zuruft. Jetzt sorgte die Parteitagsgregie dafür, dass es schnell weiterging.

Ein anderer, der ein paar Stunden vorher sprach und ordentlich Beifall bekam, wäre auf frühen grünen Parteitagen herzlich willkommen gewesen, und schon gar nicht hätte man auf sich sitzen lassen, dass er einen duzt.

»Ihr Grünen«: So sprach er sie an, dieser Wolfgang Ischinger, langjähriger Chef der Münchner Sicherheitskonferenz. »Chapeau«, er ziehe den Hut vor dieser Partei. Sie habe sich und das Land verändert, habe »diesen langen Weg zurückgelegt«. Und zwar »in die richtige Richtung«, also in jene, die ihm als Sicherheitspolitiker gefällt.

Ein langer Weg. Ich habe diesen Weg seit den späten Siebzigerjahren begleitet, fand bei den Grünen vieles, das gefehlt hatte in der frühen Bundesrepublik. Ich war Teil einer Generation mit Kriegsheimkehrern als Väter, die manchmal bei Wetterwechsel wegen einer alten Verwundung vor Schmerzen schrien. In der Schule habe ich noch erlebt, wie Lehrer mit dem Schlüsselbund nach Schülern warfen, im Garten, wie der Hobbygärtner im Giftnebel stand, um das, was ihn störte, zu eliminieren. Im Haushalt Frauen, die anderswo wenig zu sagen hatten.

Das waren die Themen der Grünen, und es waren meine. Ich bin nie Mitglied gewesen, aber zeitweise Sympathisantin, gelegentliche Wählerin, die manche Entwicklung mit Erstaunen sah. Zuletzt die Ereignisse im Herbst dieses Jahres.

Nicht so sehr, dass diese Grünen ihre Spitze verloren; Ricarda Lang und Omid Nouripour waren schneller wieder weg als geplant, aber das kommt in Parteien ja öfter mal vor, bei den Grünen sowieso.

Aber dass ihnen, wie es Anfang Oktober passierte, der gesamte Vorstand der Grünen Jugend davonlief, dass diese zehn nicht nur ihre Posten verlassen wollten, sondern auch die Partei: Das war neu.

Die Jugend. Die Zukunft also.

Es ergab sich die Gelegenheit, die verbliebene Grüne Jugend zu treffen, bei ihrem Leipziger Bundeskongress, und ich fragte mich, ob ich dort Rebellion finden würde oder Anpassung und was das erwarten ließ für die grüne Zukunft. Ob die Aussicht bestand, dass ich etwas von dem wiederfinden würde, was ich früher so besonders fand an dieser Partei.

Es war Oktober, der Herbst noch schön, die rot-gelb-grüne Regierung noch im Amt. Der Campus einer Schule im Graphischen Viertel von Leipzig; Gewusel, Gedränge, Schlafsäcke und Isomatten in Klassenzimmern, ganz wie früher, allerdings hätte in frühen grünen Zeiten sicherlich niemand an spezielle Schlafräume und Duschzeiten

»für inter*, trans* und nicht-binäre Personen« gedacht. Es wäre, bei allem Müsli und steinharten Vollkornbrot, wohl auch Fleisch gegessen worden, und ein »Sani-Team« hätte vermutlich ein »Awareness-Team« ganz gewiss nicht zu den Selbstverständlichkeiten gezählt.

Mit diesen 600 jungen Leuten, von denen auffällig viele Hoodies mit der Aufschrift »Tax the Rich« trugen, saß ich also in einer Turnhalle und suchte nach Gemeinsamkeiten zwischen ihnen und den frühen Grünen, und es gab sie.

Zum Beispiel die Idee, dass alle mitreden sollen. Hier saßen nicht Delegierte, sondern alle, die rechtzeitig angemeldet waren. Basisdemokratie, so hieß das mal.

Und die Hoffnung, dass die Dinge nicht bleiben müssen, wie sie sind.

Was man ändern will, das schreibt man in Anträge und Änderungsanträge hinein; so funktioniert Parteipolitik. Nicht, dass da immer viel Hoffnung wäre, dass diese Anträge sich in praktischer Politik manifestieren. Es geht auch darum festzustellen: Hier stehen wir. Das sind wir.

Was ist diese Jugend? Enttäuscht und wütend, viele von ihnen jedenfalls.

Sie haben klare Erwartungen an Jakob Blasel und Jette Nietzard, die Neuen, die sie an die Spitze wählen. Sie rufen es von der Bühne herab oder debattieren es im Saal: was kritikwürdig sei in der Welt der Mutterpartei. Was falsch lief in drei Jahren rot-gelb-grüner Regierungspolitik.

Lützerath. Der Deal des grünen Wirtschaftsministers Habeck (und der grünen NRW-Kollegin) mit RWE: dass dieses Dorf doch noch der Braunkohle, dieser Energie von gestern, zum Opfer fiel.

Das Klimaschutzgesetz. Der Deal, der es Volker Wissing erspart hat, den Verkehr ernsthaft zu ökologisieren.

Menschenrechtsfragen. Habecks Diener vor Mohammed bin Hamad Al Thani, dem Handelsminister von Katar, der bedeutete, dass Erdgas aus Katar für Deutschland wichtiger ist als Menschenrechte in Katar.

Die Kampfjets für Saudi-Arabien.

Das Lieferkettengesetz. Hier geht es ebenfalls um Menschenrechte, die deutsche Unternehmen auch entlang der Lieferkette garantieren sollen. Habeck fand, man solle das Gesetz »wegbolzen«, da müsse man »mit der Kettensäge« ran.

Und jetzt: das Sicherheitspaket mit den Asylrechtsverschärfungen. Gerade war es beschlossen worden, die Grünen stimmten zu. Also die Grünen im Bundestag jedenfalls.

Die Leute hier sehen vieles anders.

»Richtig scheiße«, diese Ampelpolitik.

»Wenn du Kanzler werden willst, kannst du dir kein zweites Lützerath leisten, Robert!«

»Diese Politik tragen wir nicht mit!«

Habeck: eine Reizfigur, für viele in Leipzig, auch wenn er nicht anwesend ist.

Vom »Bündnis Robert Habeck« ist die Rede – jemand zieht Parallelen zwischen Robert und den Grünen und Sahara Wagenknecht und dem BSW.

Manchmal begegnen sich die beiden Welten hier in dieser Turnhalle, in direkter Konfrontation. Da sitzt dann einer aus der Bundes-



Ingmar Björn Nolting / DER SPIEGEL

Grüne Jugend in Leipzig 2024:

Duschzeiten für inter*, trans* und nicht-binäre Personen

tagsfraktion, war früher Sprecher der Grünen Jugend und hat nun dem sogenannten Sicherheitspaket zugestimmt. Er sei froh über die Kritik hier, aber: »Wir sind zu einer anderen Abschätzung gekommen«. Max Lucks heißt er, Menschenrechte, so steht es auf seiner Homepage, sind sein Fachgebiet.

Oder Felix Banaszak sitzt da, war ebenfalls mal GJ-Sprecher, ist auch im Bundestag und wird im November zum Bundessprecher gewählt werden, in der Nachfolge von Lang und Nouripour. Er soll der Linke im neuen Duo mit Franziska Brantner sein. Er erzählt, wie das manchmal so läuft in der Fraktion. Dass er »häufig gegen meine Überzeugung« gestimmt habe. Weil man sonst rausgeflogen wäre aus der Bundesregierung. Manchmal habe er mit Ja gestimmt, damit jemand anderes mit Nein stimmen kann, für den oder die ein Ja unerträglich gewesen sei.

Es kommt mir bekannt vor. Ich überlege, wann das eingerissen ist bei den Grünen. Dass man nicht mehr fragt: Wer ist dagegen? Sondern: Wer darf dagegen sein?

Anfangs war es nicht so.

Als die Grünen 1983 in den Bundestag einzogen, sah ich Leute, wie ich sie von Anti-Atomkraft- und Friedensdemos kannte, Leute, die wie ich selbst daran glaubten, dass beides veränderbar sei: dieses Land und auch der politische Betrieb. Dass der »Fraktionszwang«, fürchterliches Wort, vielleicht irgendwann von gestern sein würde und jenes Versprechen Wirklichkeit, das im Grundgesetz steht: dass Abgeordnete ganz einfach ihrem Gewissen verpflichtet sind.

Diese ersten Ökos im Parlament wollten ja nicht so sein wie die Typen in den etablierten Parteien. Sie kamen nicht, um Minister oder Ministerin zu werden, sondern um Sand im Getriebe zu sein. Und sie folgten ihrem Gewissen, auch wenn, oder weil, diese etablierten Parteien sich Häme reagierten, oder verstört, oder mit Zorn.

Waltraud Schoppe sprach über Vergewaltigung in der Ehe.

Joschka Fischer bezeichnete das Parlament als »Alkoholikerversammlung«.

Christa Nickels überreichte Kanzler Helmut Kohl eine Papierkette aus Hiroshima.

Walter Schwenninger trug Rauschbart und Alpaka-Pullover.

Und es wurde gestrickt, freudig und manchmal provokativ.

Ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei. Atomkraftbekämpfer, Beschützer der Menschenrechte im Allgemeinen und im Speziellen derer der Frauen. So präsentierten sich diese Neuen.

Belustigt und manchmal auch befremdet sah ich mir das an, mit Sympathie. Eitelkeit, Abgehobenheit, persönliche Bereicherung – sie



Roland Witschel / dpa

Delegierte auf Grünenparteitag 1980:

Gesellschaftskritik mit der Stricknadel

sahen die Gefahren, die darin liegen, wenn Menschen sich zu wichtig nehmen. Sie wollten Vorkehrungen dagegen treffen, damals.

Sie probierten es so: mit Fraktionssitzungen, die öffentlich waren. Mit »Rotation«, was bedeutete, dass Abgeordnete nach zwei Jahren ihren Platz für Nachrücker freimachten. Mit der Trennung von Amt und Mandat. Mit Gehaltsverzicht, von der Abgeordnetendiät durfte nur so viel behalten werden wie ein Facharbeiterlohn. Parteiämter waren Ehrenämter.

Die Grünen brachten die Frauenquote mit ins Parlament und hatten, nominell zumindest, eine Spitze aus »Sprechern«, keine Vorsitzenden.

Die Frauenquote blieb, eine Doppelspitze gibt es noch immer. Die anderen formalen Feinheiten wurden unterschiedlich schnell aufgeweicht oder abgeschafft – weil sie dann doch nicht so recht praktikabel waren, oder sie standen großen Egos im Weg.

Gleichberechtigt und basisdemokratisch dem Gewissen folgend: Nein, so waren sie auf die Dauer dann doch nicht, diese Grünen im Bundestag; es war nicht nur meine Illusion, die sich da auflöste, während sich die Fraktion in Flügelkämpfen zerrieb.

Worauf man sich immer noch einigen konnte: Man sei eine Anti-atom- und Friedenspartei. Aber auch das blieb nicht so.

Das Inhaltliche erfuhr eine scharfe Wende, und die hatte mit dem großen Ego von Joschka Fischer zu tun.

Einmal waren sie noch renitent, diese Alternativen (die noch so heißen konnten; das Wort war noch nicht gestohlen von der AfD): nach der deutschen Vereinigung, im Wahlkampf für 1990. »Bündnis 90/Die Grünen« hießen sie jetzt, der Osten war mit dabei, mit Klimaschutz zogen sie in den Wahlkampf, und keiner hörte zu. Die Westgrünen flogen achtkantig aus dem Parlament. Nur ein paar aus dem Osten waren noch da.

Es muss für viele traumatisch gewesen sein.

»Gestalten«, sagen politische Profis gern, wenn man sie fragt, was Spaß macht an der Politik. Es ist ein netteres Wort für: Macht.

Fischer, der ehemalige Straßenkämpfer, Sponti und dann Grünen-Chef, obwohl es das formal nicht gab, hatte in Hessen als Umweltminister die Süße der Macht erleben können und hatte nun das Bundeskabinett als Ziel. Diese »elende Oppositionssüchtigkeit« unter Linken, das sagte er 1994, »die kotzt mich an«.

Vier Jahre später war seine Partei auch so weit, und es gab eine Chance für Rot-Grün. Nur gab es auch eine harte Bedingung, die dafür zu erfüllen war: Krieg.

Das oberste Ziel: Regierungstauglichkeit, und ohne Schulterchluss mit dem Koalitionspartner SPD unter Gerhard Schröder, ohne Schul-



Ingmar Birn Noltmg / DER SPIEGEL

Jugendsprecher Blasel, Nietzard 2024: Enttäuschung über die Mutterpartei

terschluss mit den USA und der Nato, ohne ein Ja zum Nato-Krieg im Kosovo (einem Einsatz ohne Uno-Mandat), hätte es keine Grünen in der Regierung gegeben. Fischer hatte das akzeptiert, nicht aber große Teile der Basis. Er wurde auf einem Sonderparteitag in Bielefeld als »Kriegsverbrecher« beschimpft, bekam einen Farbbeutel an den Kopf, blieb dabei, wurde medial als Realo bewundert und unterwarf sich die Partei.

Es war ein harter Bruch. Die Grünen, diese »Schwerter zu Pflugscharen«-Leute, waren olivgrün geworden, Teil einer Regierung im Krieg.

Die Sozialdemokratie sagte nach hundert Jahren dem Marxismus Adieu, die Grünen hatten sich im Schnelldurchlauf eines ihrer Grundprinzipien entledigt: Sie brauchten nur 20 Jahre, dann war es mit der Gewaltfreiheit vorbei. Es war ein Umerziehungsprojekt, und es stimmt, was Wolfgang Ischinger, der Militärexperte, beim Parteitag der Grünen in Wiesbaden sagt, im November 2024: Sie haben nicht nur sich selbst verändert auf dem langen Weg, sondern auch diese Gesellschaft.

Allen voran Joschka Fischer, der für mich vom ersten Moment an als Minister eine Enttäuschung war. Es gebe keine »grüne Außenpolitik«, sagte er. Wozu brauche ich dann einen Grünen in diesem Job?

Über den Kosovo sprach er mit maximalem moralischem Druck, mit monströser Übertreibung. Er sprach von einem neuen Auschwitz, das der Serbe Slobodan Milošević plane und das nur durch Krieg zu verhindern sei. So drängte er die Grünen ins Militärische, erst im Kosovo, später in Afghanistan.

Intern wurde hart verhandelt, gefeilscht, wer in der Fraktion es sich leisten dürfe, seinem Gewissen zu folgen und nicht der Fraktionsdisziplin. Im Fall Afghanistan waren es dann vier. Nicht Nein-Stimmen; Enthaltungen. Im Gedächtnis blieb mir die prominente Grüne Antje Vollmer, die hinterher sagte: »Mein Ja war eigentlich ein Nein.«

Soll man so jemanden wählen? Warum?

Nein, ich bin nicht der Ansicht, dass Opposition Mist ist, dass man notfalls die Prinzipien aufgibt, um zu regieren. Druck ist möglich, Veränderung ist möglich. Eine scharfe Opposition ist mir da lieber als eine lasche Regierung. Die Latte für eine Regierungsbeteiligung, ich lege sie hoch.

Und ich erwarte, dass eine Regierungspartei, die ich gewählt habe, über dem Regieren nicht ihre Prinzipien verliert.

Es hätte viele Anlässe gegeben, bei denen die Grünen hätten erschrecken können: Moment, das sind wir nicht. Wir müssen da raus.

Die Agenda 2010 zum Beispiel, mit der sich Deutschland einen großen neuen Niedriglohnsektor schuf. Die Hartz-Reformen, die be-



Sven Simon / dpa

Grüne Fraktionsspitze 1984:

Der Glaube, dass die Welt verändert werden kann

deuteten, dass nun jemand, der lange gearbeitet hatte und die Arbeit verlor, nach einem Jahr auf Sozialhilfeniveau fiel. Die Umverteilung von unten nach oben, durch Steuererleichterungen für Kapitalbesitzer und Gutverdiener.

Die Grünen schrien nicht, sie blieben.

Für mich war es der Moment, da ich dachte: Das sind nicht mehr meine Leute. Es ist vorbei.

Wie süß die Macht ist, weiß ja erst, wer davon gekostet hat. Es gibt politische Entscheidungen in Echtzeit zu erleben, Dinge zu wissen, die anderen verborgen bleiben, und dieses Wissen zu genießen. Macht bedeutet Dienstwagen und Staatssekretäre und Kameras und Menschen, die dem Ego spiegeln, wie bedeutend es sei. Es braucht Charakter, um freiwillig zu sagen: Das war's. Das trage ich nicht mit.

»Wir haben das Maximale rausverhandelt«, so heißt es gern, wenn hässliche Entscheidungen abzunicken sind, auch nun ist es wieder so.

Leipzig, Kongress der Grünen Jugend: Es ist kurz nach der Verabschiedung des »Sicherheitspakets«, manche stehen noch unter Schock. Verschärfungen im Asylrecht sieht dieses »Paket« vor, etwa die Regelung, dass bestimmte Asylsuchende – solche, für die ein anderes EU-Land zuständig ist – keine Sozialleistungen bekommen.

Er habe seine Überzeugungen nicht an der Garderobe abgegeben, als er die Grüne Jugend verließ, sagt Felix Banaszak. Aber er habe eben nicht gewollt, dass die Regierung zusammenbricht.

Es habe noch »robustere Entwürfe« gegeben, sagt der Abgeordnete Max Lucks, deshalb habe man diesem hier dann zugestimmt.

Ein klägliches Argument: Ohne uns wäre es noch schlimmer.

Max Weber wird dann gern auf den Tisch gepackt, der vor rund hundert Jahren verstorbene oberste Soziologe der Realpolitiker, der »Gesinnungsethik« nicht schätzt und »Verantwortungsethik« predigt: Es war ja für den richtigen Zweck, sagt man dann, und später geht es sicher noch gut aus. Was jetzt keiner wissen kann. Später ist ja noch lange hin.

Max Lucks kommt mit mutloser Botschaft zurück aus dem Bundestag: »Wir sind nicht in der Lage, in die Offensive zu kommen.« Das stimmt, denkt man, und es ist schon eine Weile her, dass die Kraft dafür verloren ging.

Kühne Grüne. Was würden sie tun?

Sie würden zum Beispiel einen Zusammenhang herstellen zwischen Migration und den Fachkräften, die man braucht, würden Konzepte zum Einwanderungsland Deutschland in den Vordergrund stellen, anstatt dauernd ängstlich auf die Demoskopien zu hören. Sie würden



Bernd von Jutrczenka / dpa

Wirtschaftsminister Habeck, katarischer Handelsminister Al Thani 2022: Erdgas vor Menschenrechten

das Bürgergeld offensiv als menschenwürdig verteidigen, eine Reichensteuer vorantreiben, hätten sich lange schon die Schuldenbremse vorgenommen – weil Generationengerechtigkeit bedeutet, dass man Schulen, Bahn und Brücken saniert.

Sie würden sehr, sehr ernsthaft darüber nachdenken, welche anderen Möglichkeiten es gäbe, Frieden zu schaffen, außer immer mehr und immer schärfere Waffen in die Ukraine zu exportieren – in ein Kriegsgebiet, was bis zu diesem Krieg ein Tabu gewesen war.

Kühne Grüne hätten sich das Tempolimit nicht gleich im Koalitionsvertrag abschwatzen lassen. Und sie würden versuchen herauszufinden, was das konkret bedeutet, was Annalena Baerbock versprochen hat: feministische Außenpolitik.

Die Grünen regierten also, und draußen klebte sich eine grüne außerparlamentarische Opposition auf den Straßen fest. Die waren jetzt der Sand und die Grünen das Getriebe.

Die Mutterpartei jedenfalls.

Und die hier, in Leipzig?

Ich wache aus urgrünen Träumen auf, und tatsächlich, hier fallen noch Sätze, die nicht rundum abgepolstert sind mit Pragmatismus und Machtlust. Da ist Enttäuschung, aber auch die Erwartung, dass es anders geht.

»Scheinlösungen auf dem Rücken von Geflüchteten!«

»Sogenanntes Sicherheitspaket!«

»Liebe Grüne, ihr baut sie auch, die Scheiße!«

»Die Ampel ist das Gegenteil von progressiv!«

Den Parteitag von Wiesbaden »anzünden«, auch dieses Wort fällt hier, und in dieser Leipziger Turnhalle, in Erwartung der Krönungsmesse für Robert Habeck, klingt das Versprechen nicht schlecht, etwas Feuer – metaphorisch bitte – dorthin zu transportieren.

Und dann ist alles anders.

Dann ist Wiesbaden, und es ist schlimmer denn je.

Nein, nicht schlimmer, anders schlimm.

Es ist die zweite Unterwerfung der Grünen, nur auf andere Art.

Wenn Joschka Fischer die Partei auf Linie brachte, dann, so stand es mal in der »Zeit«, »neigt er eher zu schwarzer Pädagogik als zu diskursiver Überzeugungsarbeit«. Er habe eine Durchsetzungskraft, die »von jeher auf Drohung und Überrumpelung beruht«.

Joschka Fischer wurde eher selten beim öffentlichen Zweifeln erwischt, schon gar nicht an sich selbst.

Robert Habeck schon. Und wie.

Erst war da die zerbrochene Koalition, Rot-Gelb-Grün am Ende, Habeck sah etwas zerknautscht aus, aber auf den Videos, die er kurz darauf postete, schon nicht mehr.

Die Botschaft nun: Vertraut mir. Ich sitze nachts am Küchentisch, ich bin immer für euch da. Ich trage ein Armband in Taylor-Swift-Manier, darauf steht »Kanzler-Era«, ich mache das und sage damit zwinkernd: Ich kenne eure Codes.

Anbiederung, das ist das eine, das stört. Aber vor allem die Botschaft. Und die lautet: Die Botschaft bin ich.

Noch einmal ein Gedanke an frühe grüne Zeiten, bevor regiert werden sollte und Ministerämter wichtig wurden. Da sollten Themen auf die Wahlplakate, Personen waren explizit nicht vorgesehen. Bloß kein Personenkult, das war die Idee.

Und nun Wiesbaden und die Wiesbadener Inszenierung. Erst kommt da noch, nach allen Streitereien und Konkurrenzkämpfen, Annalena Baerbock, sie bereitet für den Energie-Erlöser den Weg mit fast biblischen Tönen: »Wer hat uns aus der Abhängigkeit von Russland geführt?«

Wer wohl? Robert.

Und dann kommt Robert selbst.

Er packt den Zweifel auf die Bühne.

Er sagt, dass er den Menschen in seiner Partei viel zugemutet habe, kann aber nachträglich keinen Fehler darin sehen: »Ich hab's durchdacht, und es war in dieser Situation richtig.«

Und doch habe er über einen Rückzug gegrübelt. Ja, den Sommer über habe er mit sich gerungen, ob er wirklich antreten solle. Habe sich selbst infrage gestellt. Er blickt von dieser Bühne herab, spricht mit gesenkter Stimme, ja, er ist ein Mensch, auch er. Die Botschaft dahinter aber ist Erhöhung: Ich bin so groß, dass es erstaunlich ist, dass ich ein Mensch bin wie ihr.

Aber nun wolle er »nicht kneifen«, wie schon mancher gesagt hat, der es nicht lassen kann. Er wolle »dienend führen«, sagt er, und es erinnert mich an einen Halbsatz, den ich einmal bei dem unvergessenen Denker und Übersetzer Harry Rowohlt las: »vom hohen Ross meiner Demut herab«. Es passt.

Die Gesichter auf dem Parteitag: entrückt.

Die Grüne Jugend: leise geworden.

Die Kritischen haben ein paar freche Sätze in Papiere hineinverhandeln können, aber die Parteitagsregie möchte Harmonie in Wiesbaden, Geschlossenheit. Zwischen dem Leipziger Treffen und dem Wiesbadener Parteitag ist die rot-gelb-grüne Regierung zerbrochen, jetzt ist Wahlkampf.

Doch, die Kritischen haben etwas mitgebracht.

Sie wollen die Schuldenbremse nicht reformieren, sie wollen sie abschaffen. Spät am Samstagabend trägt der Sprecher der Grünen Jugend die Begründung vor: die Zukunft. Die Investitionen.

Und nun ist es ausgerechnet Felix Banaszak, der die Gegenrede hält, der ehemalige Grüne-Jugend-Sprecher, jetzt der »Linke« im frisch gewählten Parteivorstand. Er spricht dagegen, wirbt für eine »Reform« dieser Bremse, was jetzt nicht mal mehr Friedrich Merz ablehnt, und die Mehrheit ist mit ihm, und er hat die Gelegenheit wahrgenommen zu zeigen, wo seine Loyalität jetzt liegt.

Draußen liegen die Umfragen für die Grünen und ihren Kanzlerkandidaten im Mittel bei 10 bis 11 Prozent. Drinnen auf dem Parteitag bekommt Habeck 96,5 Prozent Zustimmung, und wahrscheinlich waren die Grünen nie so sehr Joschka, wie sie jetzt Robert sind.

Ich rief Sabine Hebbelmann an, deren Rede ich im Livestream gesehen hatte. Sie klang überraschend gut gelaunt.

Sie war sich bewusst, dass sie den Saal gegen sich hatte, aber vereinzelt, sagte sie, habe es dann doch Zuspruch gegeben, vor allem von außen, von Leuten, die sie im TV gesehen hatten.

Ja, sie habe etwas gepresst geklungen, weil das Reden kein großer Genuss für sie sei.

Nein, sie habe nicht die Absicht, diese Partei zu verlassen, »vielleicht konnte ich mit meinem Auftritt ja auch anderen Mut zum Widerspruch machen«. Ein Auftritt übrigens, der ausgelost worden war, Zufall also, sonst hätte es dort niemanden gegeben mit ihrer Position. Und wo, im Übrigen, solle sie sonst hingehen?

Ich wiederum habe die Absicht, diese Partei endgültig als Wählerin zu verlassen. Aber wo, das frage auch ich mich, soll ich dann hin?

PARTEINACHWUCHS

»Chats löschen wäre ganz gute Idee«

Interne Unterlagen zeigen, wie der frühere Vorstand der Grünen Jugend den Bruch mit der Partei suchte und eine neue linke Bewegung anstrebte.

Die Stimmung ist geladen, als die Grüne Jugend Mitte Oktober in einer Leipziger Schulturnhalle zu ihrem Bundeskongress zusammenkommt. Erstmals treffen hier die Mitglieder auf ihren früheren Bundesvorstand. Dieser hat wenige Wochen zuvor über Nacht den Austritt aus Partei und Jugendverband erklärt und angekündigt, eine neue linke Bewegung zu gründen. Der Ex-Vorstand will sich rechtfertigen.

»Während wir gemeinsam für unsere Ziele gekämpft haben, hat dieser Bundesvorstand, im Hintergrund, heimlich, eine Konkurrenzorganisation zu uns aufgebaut«, empört sich ein Redner. »Es ist nichts aufgebaut, es ist nichts gegründet«, entgegnet Katharina Stolla, eine der zwei bisherigen Bundessprecherinnen. Sie verstehe den Unmut, könne aber zusichern, »dass wir keine Geräte, keine Ressourcen, keine Strukturen dafür genutzt haben«.

Interne Unterlagen, die dem SPIEGEL vorliegen, zeichnen ein anderes Bild. Aus Dutzenden Strategiepapieren und Protokollen geht hervor, dass der zehnköpfige Vorstand um Stolla und ihre Co-Sprecherin Svenja Appuhn bereits Ende 2023 keine Zukunft mehr in der Mutterpartei sah. Dabei hatte sich die Gruppe erst im Oktober 2023 zum Bundesvorstand der Grünen Jugend wählen lassen. Über Monate befeuerten sie den Konflikt mit den Grünen und steuerten zusammen mit ausgewählten Verbündeten in den Landesverbänden auf einen Bruch zu.

»Die strukturelle Verbundenheit mit den Grünen steht im Widerspruch zu unserer Analyse, dass es eine andere Partei für strukturelle Änderungen braucht«, heißt es in einem Papier des Bundesvorstands mit dem Titel »Vorlage Kommunikationsstrategie Parteiverhältnis« vom 17. November 2023. Zwar werde man als Grüne Jugend keine neue Partei aufbauen. »Wir sehen unsere Aufgabe dennoch darin, die gesellschaftlichen, politischen und personellen Bedingungen für eine linke Partei zu schaffen, und aktiv darauf hinwirken.«

Die Rebellinnen und Rebellen sahen offenbar kein Problem darin, den Weg für eine Konkurrenzpartei der Grünen zu ebnen und gleichzeitig weiter Geld und Strukturen der Ökopartei zu nutzen. »Die Partei ist nicht der Ort der gesellschaftlichen Veränderung, sondern aktuell teilweise ein praktischer Ressourcen-Spender«, heißt es in einer weiteren Vorlage

vom 17. November 2023. Die Ressourcen müssten »gezielt in unserem Sinne« und »für Schritte hin zu einem linken Macht-aufbau« verwendet werden, heißt es in einem Papier vom Januar dieses Jahres.

Um die Entfremdung von der Mutterpartei voranzutreiben, beschloss der Vorstand der Grünen Jugend, den Konflikt zu eskalieren. Als Anlass diente der Streit um die Verschärfung des Asylrechts in der EU, die von den Grünen in der Ampelregierung Mitte 2023 mitgetragen wurde. Auf dem Parteitag in Karlsruhe Ende November 2023 stellte die Jugendorganisation bewusst einen aussichtslosen Antrag.

»Wir stellen mit dem Antrag eine Maximalposition und bewusst nicht eine aufgeweichte, die unsere Chancen zu gewinnen, erhöhen würde«, heißt es in einem Strategiepapier. »Den Verlust der Abstimmung nehmen wir dann zum Ausgangspunkt um mit unseren Mitgliedern über Parteiverhältnis zu reden.«

Im Januar ist den Unterlagen zufolge auch zum ersten Mal konkret von einem möglichen Bruch die Rede. »Angesichts der Tatsache, dass sich die Grünen weiter nach Rechts entwickeln und wir im Verband immer stärker eine Klassenanalyse festigen, muss man sich eingestehen, dass wir und die Grüne Partei eigentlich nicht zusammenpassen«, heißt es in einem Papier. »Angesichts dieser Tatsache müssen wir uns ernsthaft fragen, ob wir als Verband bei der Partei noch richtig sind. Aus unserer Perspektive führt diese Situa-

tion dazu, dass das ganze früher oder später ein Ende nimmt.«

Die rund 16.000 Mitglieder über ihre Entfremdung von den Grünen und der Grünen Jugend zu informieren, hielten die Rebellinnen nicht für nötig. Stattdessen pochten sie auf Verschwiegenheit. Im September, als sie ihren Austritt beschlossen hatten, sprachen sie auf mehreren Vorstandssitzungen darüber, Spuren zu verwischen. »Chats und Accounts löschen wäre ganz gute Idee«, heißt es im Protokoll der Sitzung des Bundesvorstands vom 2. September.

War es redlich, dass sich die Spitze der Grünen Jugend so akribisch auf den Exit vorbereitete und dabei die Parteiressourcen ausnutzte? »Wir haben die Ressourcen der Grünen Jugend nicht zur Gründung einer neuen Organisation verwendet«, sagt dazu Ex-Bundessprecherin Stolla. Zu Details aus internen Protokollen äußere man sich grundsätzlich nicht.

Warum ließen sie sich überhaupt in den Vorstand wählen, wenn sie sich bereits von den Grünen entfremdet hatten? Stolla sagt, es sei kein Geheimnis, dass die linke Positionierung der Grünen Jugend schon seit Jahren zu einem Widerspruch zwischen Partei und Jugendverband geführt habe. »Angesichts der sich zuspitzenden Konflikte mit den Grünen stand auch die Option im Raum, die Partei zu verlassen.« Nach langen Diskussionen hätten sie sich »am Ende entschieden, nicht länger Teil der Grünen sein zu wollen.«

Christoph Schult



Ex-Bundessprecherinnen
Appuhn, Stolla

Wo endet die Stadt?

ORTSTERMIN In Berlin kämpft ein Bordellbesitzer bei Gericht darum, mit seinem Geschäft zu expandieren.

Es ist kalt, der Himmel ist grau, und die Sitzung zum Verfahren 329/20 findet im Stehen statt, an diesem Montag nach dem ersten Advent. Vor einer alten Lagerhalle in Berlin-Halensee, eingeklemmt zwischen Gleisen und Stadtautobahn, mit ein paar Baucontainern und einer Autowerkstatt, hebt Frau Thumm die Hand zum Schwur.

Thumm ist ehrenamtliche Richterin am Verwaltungsgericht, Volkes Stimme also, und die muss jetzt erst mal vereidigt werden. Sie guckt, als hätte sie sich das alles etwas feierlicher vorgestellt, aber sie spricht die Formel nach, die von Gerechtigkeit handelt und davon, dass vor dem Gesetz alle gleich sein sollen. Peter Fox, wenn er hier wäre, würde singen: Berlin, du kannst so hässlich sein. Aber er ist nicht hier.

Hier ist die 19. Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin, angeführt von seiner Vorsitzenden Anna von Öttingen mit pinkfarbener Mütze, der Bordellbesitzer Kenan Şimşek mit blauem Kaschmirschal und seinen Anwälten, eine Juristin der Senatsverwaltung in türkisfarbenem Steppmantel und ein Mitarbeiter des bezirklichen Rechtsamts.

Şimşek, der Bordellbesitzer, möchte seit Jahren aus der Lagerhalle in Halensee ein weiteres Bordell machen. Die Senatsverwaltung möchte das seit Jahren verhindern. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren.

Bordelle sind in Deutschland nicht verboten. In Berlin gibt es, anders als in fast allen anderen deutschen Großstädten, nicht einmal Sperrbezirke. Am Straßenstrich nahe der Kurfürstenstraße wurden sogar sogenannte Verrichtungsboxen aufgestellt, 1,5 Quadratmeter groß, bezahlt und gewartet mit Steuergeld, mitten in der Stadt.

Deswegen geht es heute rein formal nicht um Prostitution. Es geht um Innen und Außen. Wo endet die Stadt, wo beginnt das Land? Der Bordellbesitzer braucht eine Baugenehmigung, die Behörde will sie nicht erteilen. 2020 hat er geklagt, jetzt soll



Hannibal Hanschke / REUTERS

entschieden werden. Es geht um die Frage, ob sich der Umbau der Halle »harmonisch einfügt«, wenn das Gericht befindet, hier sei städtisches Innengebiet, oder ob hier eine »Splittersiedlung« entsteht, die das Landschaftsbild beeinträchtigt, wenn es zum Außengebiet erklärt wird.

Die Kammer setzt sich in Bewegung. Eine Schotterfläche mit Müll, Flaschen und Laub hinter der Halle. Durch die kahlen Bäume sieht man den Schriftzug des Artemis jenseits der Autobahn, das auch Herrn Şimşek und seinem Bruder gehört. »Man sieht die Stadtautobahn, auf der wie immer Stau ist«, diktiert von Öttingen ins Protokoll. »Auf der anderen Seite liegt ein Bahndamm. Hier ein Minibagger, der für die Dauer der Verhandlung seinen Einsatz unterbrochen hat.«

Die Kammer hat genug gesehen. Die rechtliche Erörterung findet in der Lagerhalle statt. Hier drinnen sollen 32 »Verrichtungszimmer« entstehen, dazu »Kommunikationsflure« zur Anbahnung sexueller Dienstleistungen und Ruheräume im Keller. Die Kammer schiebt sich vorbei an Kisten mit Bademänteln und alten Sofas aus dem Bordell gegenüber und stellt sich im Kreis auf. »Wir machen es wie im Ge-

Luxussuite im Artemis

Zahlen muss immer der, der verliert.

richt«, sagt die Richterin, »die Kläger bitte rechts, die Beklagten bitte links.« Die Parteien wechseln die Plätze, ohne sich eines Blickes zu würdigen. Es herrscht eine gewisse Gereiztheit.

Vor einigen Jahren sind Polizei und Zoll in Şimşeks Artemis zu einer Razzia angerückt. Menschenhandel wurde ihnen vorgeworfen, Steuerhinterziehung, Verbindungen zur Organisierten Kriminalität. Vier Monate lang saß Kenan Şimşek in Untersuchungshaft, bevor ein Berliner Gericht entschied, dass die Vorwürfe haltlos seien, und ein Verfahren nicht einmal eröffnete. Das Land Berlin musste sich entschuldigen und 250.000 Euro Schadensersatz zahlen, aus Steuermitteln. Şimşek erhöhte die Summe und spendete an ein Kinderkrankenhaus. Sein Laden läuft.

Herr Şimşek hat auf einer leeren Fläche einen kleinen Tisch aufgebaut, mit Kaffee, Christstollen, Weihnachtspätzchen. Er ist einer der größten Steuerzahler des Bezirks. Er fühlt sich ungerecht behandelt. »Wo würde ein Bordell weniger stören als hier?«, fragt er.

Ein Richter schaut sehnsüchtig zum Kaffee, nimmt aber nichts. Pläne werden ausgebreitet. Es geht um »gesunde Arbeitsverhältnisse« für die Prostituierten, die Senatsverwaltung bemängelt die kleinen Fenster im Keller und die mangelnde »Besonnung«. Man denkt an die Verrichtungskabinen an der Kurfürstenstraße und wundert sich.

Die Vorsitzende Richterin streift sich Handschuhe über. Sie fragt, ob sich der Bezirk und der Bordellbetreiber irgendwie einigen könnten. Der Termin heiße ja nicht umsonst »Verhandlung«. Şimşek guckt interessiert. Die Behörde lehnt ab. Die Richterin versucht es anders. Sie werde den Streitwert massiv erhöhen müssen, kündigt sie an und nach dem Streitwert richten sich die Gerichtsgebühren: »Wer sich die Kosten fängt, wird tief in die Tasche greifen müssen.« Sie guckt in Richtung Behörde. Zahlen muss immer der, der verliert. Man kann nicht sagen, dass das Gericht nicht gewarnt hätte. Die Behörde will sich nicht einigen.

Am Nachmittag ergeht die Entscheidung. Der Streitwert wird auf 1,359 Millionen beziffert. Das Land Berlin verliert und fängt sich die Kosten. Ob die Şimşeks überhaupt noch ein Bordell bauen werden nach all den Jahren, wird man sehen. Vielleicht verklagen sie den Senat ja auf Schadensersatz. Und spenden das Geld für neue Verrichtungskabinen.

Frauke Hunfeld



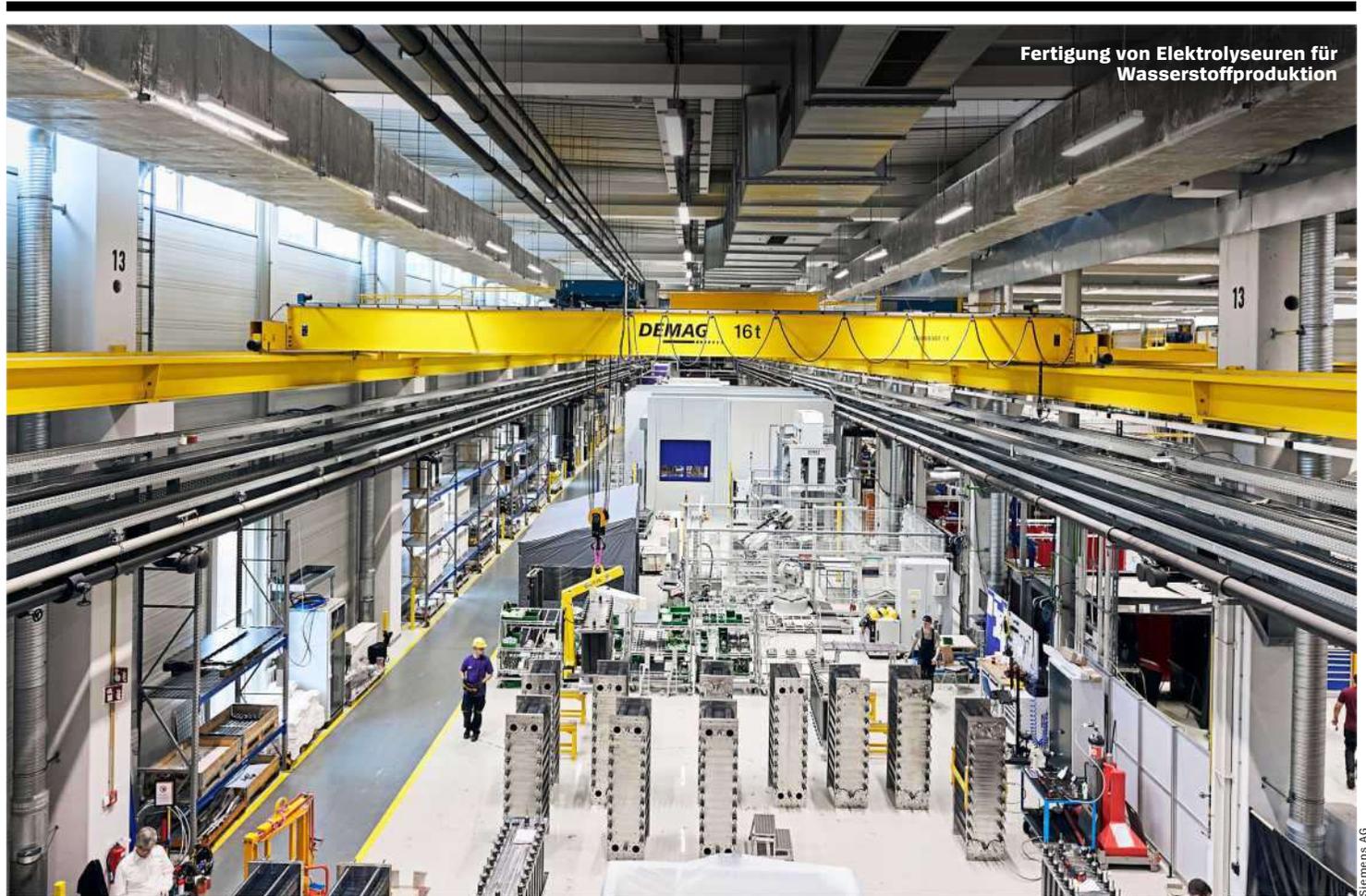
dmBio
Wintertee,
40 g (20 Beutel)
1,95 €*

Endlich wieder irgendwas mit Zimt

Fröhliche Vorweihnachten



HIER BIN ICH MENSCH
HIER KAUF ICH EIN



Fertigung von Elektrolyseuren für Wasserstoffproduktion

Teurer Wasserstoff in Deutschland

INDUSTRIE Bundesregierung und Wirtschaft setzen auf den grünen Energieträger. Doch eine neue Studie zeigt: Hierzulande dürfte er so kostspielig werden wie in kaum einem anderen Staat.

Der Umbau der Industrie, weg von Erdgas und Öl, hin zu grünem Wasserstoff, droht hierzulande besonders kostspielig zu werden. Der Energieträger, der mit überschüssigem Ökostrom erzeugt wird, werde »kurz- bis mittelfristig noch knapp und in Deutschland auch längerfristig noch teuer sein«, heißt es in einem Wasserstoff-Potenzialatlas, den das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung und sieben weitere Einrichtungen vorgelegt haben. Das Bundesforschungsministerium hat die Studie gefördert. Sie lag dem SPIEGEL vorab vor.

»Deutschland muss innerhalb der EU und weltweit mit den höchsten Wasserstoffpreisen rechnen«, sagt Fraunhofer-Professor Martin Wietschel. In einem Markt-

modell prognostizieren die Autoren für das Jahr 2050 Großhandelspreise von 132 Euro je Megawattstunde (MWh) grünen Wasserstoff in Deutschland und 139 Euro in den Niederlanden. Innerhalb Europas wird der Energieträger demnach in Großbritannien (70 Euro) und Spanien (74 Euro) deutlich günstiger sein. Zum Vergleich: Die klimaschädliche Alternative Erdgas kostet im Großhandel in diesem Jahr etwa 34 Euro je MWh.

Ursache der hohen Preise ist die Kombination aus einer hohen Nachfrage, vor allem aus der Chemie- und Stahlindustrie, und dem begrenzten Potenzial erneuerbarer Energiequellen in Deutschland. Der teure Wasserstoff ist ein Wettbewerbsnachteil – zum Beispiel für hiesige Stahlhersteller,

die Milliarden Euro in neue Anlagen investieren, die künftig Wasserstoff einsetzen sollen. Die Forscher halten zudem fest, dass EU-Staaten mit hohem Bedarf – zum Beispiel Deutschland – viel Geld in Wasserstoff investierten, Länder mit günstigen Voraussetzungen indes nur wenig. »Hier sollten künftig die Schwerpunkte richtig gesetzt werden«, fordert Wietschel.

Für den Atlas haben die Fachleute nicht nur Erzeugungspotenziale und Strompreise in Dutzenden Staaten untersucht, sondern auch andere Kostenblöcke: die Finanzierung sowie die Speicherung und den Transport von Wasserstoff. Vielversprechende Exportstaaten sind demnach Marokko und die Vereinigten Arabischen Emirate sowie Kanada, Brasilien und Chile. BEM

Milliardäre sollen für Klima zahlen

REICHENSTEUER Eine »Milliardärsteuer« von zwei Prozent auf Vermögen ab 100 Millionen Euro könnte einer Greenpeace-Studie zufolge dem Fiskus bis 2030 Einnahmen von rund 200 Milliarden Euro bringen, um die Klimatransformation in Deutschland zu finanzieren. Die Umweltschützer rechtfertigen die Sondersteuer mit dem CO₂-Fußabdruck, der bei den reichsten zehn Prozent mit 10,1 Tonnen jährlich beinahe doppelt so groß sei wie derjenige der unteren Einkommensbezieher. Darin einberechnet seien Emissionen, die sich aus Finanzanlagen, Firmenbeteiligungen und

Immobilienbesitz ergäben. Von der Steuer betroffen wären ungefähr 5000 superreiche Deutsche, die normalerweise alle Möglichkeiten hätten, ihre herkömmliche Steuerlast zu drücken. Zusätzlich schlägt Greenpeace einen Steuerzuschlag von 0,5 Prozent auf die Vermögen jener Reicher vor, deren Dekarbonisierungsrate die gesetzlichen Klimaziele verfehlt, die sich aus dem Pariser Klimaabkommen ableiten. Mit den Einnahmen der Sondersteuern ließen sich etwa ein 9-Euro-Ticket für alle, die Modernisierung der Bahn, die Förderung von Wärmepumpen sowie Maßnahmen finanzieren, mit denen sich Städte vor Hitze und Starkregen schützen können. BAZ

Hochpreisige Billigmarken

INFLATION Der Ökonom Alberto F. Cavallo warnt vor einer »erheblichen Inflationsungleichheit« durch starke Preissteigerungen bei Billigprodukten und Eigenmarken im Supermarkt. Leidtragende seien Haushalte mit geringem Einkommen, sagte der Forscher von der Harvard Business School. Sie neigten dazu, billigere Sorten zu kaufen. Zuletzt stiegen auch andere Haushalte auf No-Name-Produkte um, was die Nachfrage und damit die Preisentwicklung ankurbeln könne. Hintergrund ist die sogenannte Cheapflation, ein

Kofferwort aus dem englischen Wort für billig (cheap) und aus Inflation. Es beschreibt das Phänomen, dass sich im Zuge des Anstiegs der Verbraucherpreise günstigere No-Name-Produkte besonders verteuern. Je nachdem wie sich die Löhne in den verschiedenen Einkommensgruppen entwickeln, kann dies laut Cavallo Ungleichheiten bei den Reallöhnen verschärfen. Im Vergleich mit anderen Ländern grassiere die Cheapflation in Deutschland besonders stark. Warum, sei unklar. »Eine Möglichkeit ist, dass sich das Einkaufsverhalten bei hoher Inflation dort stärker verändert«, so der Wirtschaftswissenschaftler. APR



Wärmepumpe vor Wohnhaus

Karl-Heinz Hick / JOKER / SZ Photo

Großteil der Wärmepumpenbesitzer würde CDU wählen

ENERGIE Wärmepumpen gelten oft als Symbol grüner Politik, doch ihre Beliebtheit reicht weit über Parteigrenzen hinaus. Eine Umfrage des Wärmepumpen-Start-ups Aira zeigt, dass die nachhaltigen Geräte längst die gesellschaftliche Mitte erreicht haben. Demnach würden 35 Prozent der Wärmepumpenbesitzer CDU oder CSU wählen – mehr als das Dreifache im Vergleich zu den Grünen (11 Prozent). Die SPD kommt unter den Besitzern auf einen Wert von 16, die FDP auf 7 und die AfD auf 11 Prozent. Bei den Unionswählern stehen pragmatische Gründe im Vordergrund, warum sie sich für die Wärmepumpe entschieden haben: Knapp 35 Prozent gaben an, dass die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen der

stärkste Grund für den Kauf war. 31 Prozent nannten staatliche Förderungen als wichtigstes Argument. Der Umweltaspekt spielte hingegen mit 26 Prozent eine weniger starke Rolle. Bei den Grünenwählern unter den Wärmepumpenbesitzern sieht es anders aus: Hier geben 40 Prozent der Befragten an, sich vor allem wegen des Klimaschutzes für das Gerät entschieden zu haben. Die Union hat mehrfach angekündigt, bei einem Regierungswechsel das sogenannte Heizungsgesetz abschaffen zu wollen. CDU-Fraktionsvize Jens Spahn will im Zuge dessen auch die Förderung für den Heizungsaustausch beenden. Die Umfrage zeigt, dass die Union damit auch ihre eigenen Wähler treffen würde. Industrie- und Handwerksverbände haben zuletzt vor einer Abschaffung des Gesetzes gewarnt. Sie befürchten, dass für viele Menschen ein Heizungsaustausch ohne Förderung nicht zu stemmen sei. HEJ

Siemens Energy: Vom Krisenfall zum Börsenstar

GELDANLAGEN Der Konzern hat sich 2024 zum stärksten Wert im Dax entwickelt.

Die deutsche Industrie ist ein Trümmerhaufen – diesen Eindruck kann zumindest bekommen, wer in diesen Wochen Nachrichten über Stellenabbau und Werksschließungen liest. Doch an der Börse zeigt sich ein differenziertes Bild, wie das Beispiel Siemens Energy verdeutlicht. Die Aktie des Kraftwerkkonzerns hat in diesem Jahr nicht nur für deutsche Verhältnisse eine unglaubliche Performance hingelegt. Seit Anfang Januar stieg der Börsenkurs um 330 Prozent. Damit führt Siemens Energy den deutschen Leitindex Dax mit großem Abstand an.

Der Aufstieg ist auch eine Comeback-Geschichte: Wegen Problemen bei der Windkrafttochter Siemens Gamesa kriselte das Unternehmen noch im vergan-

Siemens-Energy-Kurs

2024, in Euro



Quelle: LSEG Datastream; Stand: 4. Dezember

genen Jahr vor sich hin. Im Oktober 2023 notierte die Aktie bei knapp 7 Euro, jetzt sind es rund 52 Euro. Besonders die Geschäftsbereiche Grid Technologies (Stromübertragung und Energiespeicherung) sowie Gas Services (Gas- und Dampfturbinen) treiben das Wachstum. Deutschland spielt für Siemens Energy dabei nur eine untergeordnete Rolle. Hier erwirtschaftet der Dax-Konzern acht Prozent seines Jahresumsatzes von zuletzt rund 31 Milliarden Euro.

Doch in den Zahlen steckt viel Hoffnung. Die Windkraftsparte muss erst noch umfassend saniert und das kriselnde Onshore-Geschäft verschlankt werden, um 2026 endlich einen Gewinn abzuwerfen. Ob das klappt, ist offen. UTR

MARODE IN GERMANY



Hendrik Schmidt / dpa

VW-Mitarbeiter bei Protest in Zwickau am 1. Dezember: Letzter Warnschuss

AUTOINDUSTRIE Volkswagen steckt in der Krise, es drohen Streiks und Massentlassungen. Nun muss sich der einstige Vorzeigekonzern in Rekordzeit verändern. Schafft VW den Wandel, wäre das ein Aufbruchsignal für den Standort Deutschland.



An einem nasskalten Novembertag, an dem der Himmel über Wolfsburg so düster scheint wie die Zukunft von Volkswagen, steht die Hoffnungsträgerin von 120.000 VW-Beschäftigten auf einer schmucklosen Bühne und erinnert sich an bessere Zeiten.

»Ich bin seit einigen Wochen 30 Jahre bei Volkswagen«, ruft Daniela Cavallo, die Gesamtbetriebsratsvorsitzende bei Deutschlands größtem Autobauer, »und ich weiß noch ganz genau, wie dieser erste Arbeitstag war.« Ihr Vater, ein Einwanderer aus Kalabrien, der viele Jahre in Halle 54 des Wolfsburger Stammwerks gearbeitet habe, »der war stolz darauf, dass seine älteste Tochter es geschafft hat – ich gebe zu: im zweiten Anlauf – zu Volkswagen zu kommen.«

Aufgeregt sei sie gewesen, und zugleich habe sie Ängste verspürt, doch eines schien ihr sicher: »Bei Volkswagen haben wir eine Unternehmenskultur, wo die Belegschaft zählt. Wo es Sicherheit für die Menschen gibt.« Dieser Grundsatz sei nun vom VW-Vorstand aufgekündigt worden, »und das lassen wir uns nicht gefallen!«

Cavallo, 49, dunkles Haar, schwarzer Hoodie, hört ihren Worten hinterher, die übertönt werden von Sirenengeheul und Trommelschlägen. Rote Papierschlagen fliegen durch die Luft. Vor ihr, auf dem Stadionvorplatz der Wolfsburger Fußballarena, haben sich mehr als 6000 ihrer Kolleginnen und Kollegen versammelt, so viele zählt zumindest der Veranstalter.

Anlagenfahrer sind da, Montagearbeiterinnen, technische Entwickler. Sie sind mit Bussen aus den VW-Standorten Braunschweig und Dresden angereist, aus Kassel und Osna-brück, viele sind den kurzen Weg aus dem Wolfsburger Stammwerk herübergelaufen, den Mittellandkanal entlang. Sie tragen rote Warnwesten, ab und an zündet einer ein bengalisches Feuer.

Die IG Metall hat zu der Kundgebung aufgerufen, die Gewerkschaft versteht sie als letzten Warnschuss. Es ist der Tag der dritten Tarifverhandlungsrunde bei Volkswagen, die im Anschluss in einem Konferenzraum des Stadions ansteht. Anders als sonst geht es diesmal nicht um drei oder fünf oder acht Prozent mehr Brutto. Diesmal geht es um alles.

17 Milliarden Euro wolle der Konzern einsparen, sagt der Betriebsrat. Es drohen Werksschließungen und Massentlassungen, erstmalig in der Geschichte der einstigen deutschen Vorzeigemarke. Im September kündigte Volkswagen die Tarifverträge – und

damit die seit Jahrzehnten bestehende Beschäftigungssicherung.

»Volkswagen ist so viel mehr als ein Arbeitsplatz«, ruft Betriebsrätin Cavallo in den Wolfsburger Nieselregen, »Volkswagen ist Familie – und dieser Vorstand kann jetzt entscheiden, ob er zu dieser Familie gehören will oder nicht!« Die Menge jöhlt. »Macht sie fertig«, brüllt jemand. Cavallo lächelt.

In den vergangenen Monaten hat Daniela Cavallo mit Pathos und Nostalgie ein Narrativ aufgebaut: Wir gegen die, Arbeiterschaft gegen Vorstandsetage. Es verfängt. »Bundesweit streikbereit«, skandiert die Menge, auf zahlreichen Transparenten schießt die Belegschaft gegen das Management. Auf einem laufen die Comic-Helden Asterix und Obelix mit ihren gallischen Kumpanen und einer gehissten IG-Metall-Flagge gegen eine verduzt dreinschauende römische Kompanie an, die den VW-Vorstand darstellen soll.

Der monatelange Streit zwischen Arbeitnehmern und Konzern ist in dieser Schärfe ungewohnt für Volkswagen. Anfang dieser Woche gipfelte er in Warnstreiks an Standorten, quer durch die Bundesrepublik ließen Tausende Beschäftigte zeitweise ihre Arbeit ruhen. Die Zeichen stehen auf Eskalation. Auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), der am Mittwoch eigens zu einer Betriebsversammlung nach Wolfsburg kam, konnte die Wogen nicht glätten. Die Sozialpartnerschaft in Deutschland sei »keine romantische Kuschelveranstaltung«, sagte er. Sie müsse sich nun bei VW bewähren.

Volkswagen steht damit stellvertretend für die ganze Republik und die große Frage, wie gut das alte Erfolgsversprechen der sozialen Marktwirtschaft noch funktioniert. Schließlich galt der Autobauer als Musterbeispiel dafür, wie Konzerne und Arbeiterschaft ihren Wohlstand gemeinsam mehren können.

Zwar neigt der Konzern von jeher zur Theatralik, trägt Machtkämpfe gern öffentlich aus. Doch Bandarbeiter wie Bosse rühmten sich stets ihrer einzigartigen Konsenskultur. Betriebsräte begriffen sich als Co-Manager, Führungskräfte als Arbeitnehmerfreunde. Das Land Niedersachsen, aktuell rot-grün regiert, verteidigte als zweitgrößter Aktionär die Standorte im Bundesland, meist einstimmig mit den milliarden schweren Familieneignern Porsche und Piëch. Man stritt und schimpfte übereinander, raufte sich am Ende aber zusammen.

Volkswagen einte die Interessen von Arbeit und Kapital. Rheinischer Kapitalismus am Mittellandkanal. Doch das funktionierte nur, solange das nötige Schmiermittel für die Har-

monie im Wolfsburger Arbeiterparadies sprudelte: Geld.

Die Chefetage ließ ihre Autos millionenfach an deutschen Standorten wie Wolfsburg, Emden oder Zwickau bauen, obwohl die Produktion in ausländischen VW-Werken, etwa in Tschechien, der Slowakei oder Portugal, teils nur die Hälfte kostet. Im Gegenzug trug der Betriebsrat auch mal Sparmaßnahmen mit. Er tolerierte, dass das Management zunehmend im Ausland investierte, vor allem im größten Absatzmarkt China. Schließlich ließen sich mit den Milliarden Gewinnen aus der Volksrepublik die Defizite am Standort Deutschland kaschieren.

Doch mittlerweile hat der Konzern auch in China ein massives Problem. Marktanteile und Erträge brechen ein, Hersteller wie BYD und Tesla bieten dort attraktivere E-Autos an, es tobt ein Preiskrieg. Der europäische Markt, Volkswagens zweites Standbein, schwächelt seit der Pandemie gewaltig. Auch einst glänzende Tochtermarken wie Audi und Porsche tun sich schwer. Die Folge: Die teuren Werke in Deutschland lassen sich nicht mehr quersubventionieren. Die exorbitanten Kosten und Ineffizienzen werden gnadenlos offengelegt.

Kann VW diese Krise überstehen? Oder droht dem Weltkonzern der Zerfall wie einst dem römischen Imperium, um im Asterix-Bild zu bleiben? Die spinnen, die Wolfsburger?

Das einst so mächtige Autoreich zeigt überall Risse. Die massive Absatzkrise erzeugt Fliehkräfte zwischen den Machtzentren des Konzerns, die bislang nur der gemeinsame Erfolg einte. Es herrscht Unruhe auf allen Ebenen, sie beginnt bei Kunden und Mitarbeitern und setzt sich fort bis an die Konzernspitze. Die zehn Automarken des Konzerns, von Audi über Porsche bis zu Škoda, Seat und Cupra, seien sich untereinander »spinnenfeind«, beklagt eine langjährige Top-Führungskraft. Es sei fraglich, ob sich ein solches Konstrukt noch steuern lasse.

Das Wolfsburger Herrschaftssystem war lange von Alpatieren wie Ferdinand Piëch oder Martin Winterkorn geprägt. Sie führten autoritär und hatten pompöse Pläne. Volkswagen war zeitweilig der nach Absatz größte Autokonzern der Welt, ein Multimarkenreich, dessen Produktpalette vom Kleinstwagen up! bis zum 40 Tonnen schweren Lkw reichte.

Die heutige Generation um Konzernchef Oliver Blume und VW-Markenvorstand Thomas Schäfer dagegen tritt kumpelhaft und fast demütig auf. Sie will kein Wachstum mehr um jeden Preis, lässt sich auf Partner aus der Techindustrie ein. Zugleich fehlt ihr die große Zukunftsvision, statt winterkornscher Weltmachtfantasien ist geordneter Rückzug angesagt. Auch von den Familien Porsche und Piëch, den Mehrheitsaktionären, kommen keine bahnbrechenden Ideen.

Der SPIEGEL hat mit ehemaligen und aktuellen Topmanagern, Aufsichtsräten, Ge-

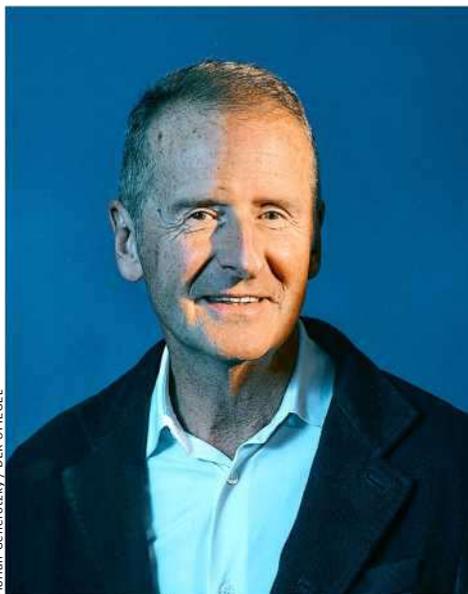


Betriebsratschefin Cavallo

werkschäftern, Kunden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesprochen. Aus den Recherchen ergibt sich ein klares Bild: Der Konzern kann es sich nicht mehr leisten, sich permanent mit sich selbst zu beschäftigen. Die viel kritisierte »Wagenburg Wolfsburg«, die alte Koalition aus Gewerkschaft, Bossen und Politik, muss aufgebrochen werden. Sie benötigt Input von außen, kulturell wie technologisch.

Die vielleicht letzte Chance des Autoherstellers besteht darin, seine alten Machtstrukturen zu hinterfragen, sich zu öffnen. Hin zu neuen Technologiepartnern, hin zu Experten aus Zukunftsbranchen wie Software und künstlicher Intelligenz. Das bedeutet: mehr Silicon Valley, weniger Wolfsburg.

Für den Konzern wäre das eine Revolution. Bislang galten IT-Riesen wie Apple und Google als Feinde, lieber wollte VW mit eigener, in Wolfsburg entwickelter Software die Welt erobern. Und scheiterte damit kläglich.



Ex-Volkswagen-Boss Diess

Es ist eine Herausforderung, vor der die gesamte deutsche Industrie steht. Alte Ikonen wie Thyssenkrupp wanken, auch innovationsstarke Anbieter wie Bosch bauen Personal ab. Die Frage ist, ob sie aus eigener Kraft überleben können oder ob sie starke Partner aus Asien und den USA benötigen, um bewährte Ingenieurstudenten mit Know-how aus Zukunftsbranchen zu verknüpfen.

Schafft Volkswagen den Wandel, wäre das ein Aufbruchsignal für den gesamten Standort Deutschland. Konzern und Land haben eines gemeinsam: Sie benötigen dringend Reformen, die sie viel zu lange aufgeschoben haben.

EHEMALIGER CHEF HERBERT DIESS: DER UNBELIEBTE REFORMER

Wer versuchte, am System VW zu rütteln, stieß rasch an Grenzen. Herbert Diess trat im Sommer 2015 in Wolfsburg an, zunächst als Chef der Kernmarke VW, die schon damals kaum Gewinne abwarf, später als Konzernboss. Sein Auftrag: VW von Grund auf zu sanieren. Der Haken: Diess kam von BMW, bei Volkswagen fehlte ihm jegliche Hausmacht.

VW-Patriarch Ferdinand Piëch, der Diess geholt hatte, wurde noch vor dessen Amtsantritt entmacht. Alle anderen beäugten den Quertreiber aus München mit Skepsis. Diess versuchte, sich als Einzelkämpfer durchzuschlagen. Er scheiterte am System VW und ein Stück weit an sich selbst.

Diess war nicht zimperlich, legte sich mit dem Betriebsrat an, stellte dessen Machtanspruch permanent infrage. Zudem echauffierte er sich über verkrustete Strukturen und einen gewissen Kostenwahnsinn in Wolfsburg: Eine Kanne Kaffee, vom internen Cate-ringservice in den Konferenzraum geliefert, werde intern mit 62 Euro abgerechnet. Es war nicht die einzige Auffälligkeit. In Wolfsburg gab es Tarifmitarbeiter ohne Führungsverantwortung, die jenseits der 100.000 Euro Jahresgehalt verdienen, einen Dienstwagen und in Einzelfällen sogar eine eigene Sekretärin hatten.

Ab 2018 wollte Diess Volkswagen im Hausrückverfahren zum Weltmarktführer für E-Autos umbauen. Ein Kulturschock für die kolben- und zylinderverliebten Entwickler in Wolfsburg. Zumal Diess selbst ursprünglich einer von ihnen war, ein Vertreter der alten Verbrennerwelt.

Stauend beobachteten sie Diess' Metamorphose vom Ferrari-Fahrer zum Öko-Vorreiter. Seinen Führungskräften nannte er mal die Klimaaktivistin Greta Thunberg, mal Tesla-Chef Elon Musk als Vorbild, gab gemeinsame Interviews mit den Grünenpolitikern Cem Özdemir und Robert Habeck. Der öffentliche Beifall, den Diess dafür erhielt, ließ manch internen Kritiker verstummen. Zumindest vorübergehend.

An einem Mittwochabend Ende November läuft Diess zackigen Schrittes durch ein Büro-

gebäude nahe dem Münchner Ostbahnhof, die Zentrale von »The Mobility House«. Das Start-up ist seine neue Wirkungsstätte, seit der VW-Aufsichtsrat ihn im Sommer 2022 gefeuert hat. Auch hier sorgt Diess für Trubel, tauscht Führungspersonal aus und baut Jobs ab. Doch anders als bei VW ist es für ihn ein Heimspiel: Hier wird er als E-Auto-Pionier respektiert und beim Vornamen angesprochen. Niemand nennt ihn »Herr Dr. Diess«, wie die devoten Manager in Wolfsburg, oder abfällig »Onkel Herbert«, wie mancher Betriebsrat.

Wie blickt Diess heute auf die wilde Zeit in Wolfsburg? Hat er Fehler gemacht? »Mit Sicherheit«, wiegelt Diess ab, »aber das soll heute nicht unser Thema sein.« Sein Thema ist die nächste technologische Revolution. Mit ihm ganz vorn dabei. E-Auto-Fahrer sollen ihre Fahrzeuge als Pufferspeicher für das Stromnetz zur Verfügung stellen, erhalten als Gegenleistung Gratisstrom. Eine entsprechende Lösung bietet Diess' Start-up bereits in Frankreich an, in Kooperation mit Renault.

Setzt sich die Idee durch, könnte man viele Milliarden an Investitionen ins Stromnetz sparen – und den E-Autos zum Durchbruch verhelfen. Doch ähnlich wie einst bei VW geht ihm in Deutschland wieder alles zu langsam.

Die Politik setze nicht entschieden genug auf E-Autos, rede stattdessen erneut über Technologieoffenheit: »Wir fallen zurück in einen Konservatismus, der Benziner, Diesel und Kernkraft preist«, schimpft Diess, »wenn wir so weitermachen, betreiben bald nur noch die Chinesen das Geschäft mit den Klimaschutztechnologien.«

In Wolfsburg hatte Diess am Ende zu viele Leute gegen sich aufgebracht, mit seiner Ungeduld, seinen ständigen Provokationen. Intern ließ er den Abbau von 30.000 Jobs prüfen. Ein betriebswirtschaftlich nötiger Schritt, zumindest aus heutiger Sicht. Aber eben auch eine Kriegserklärung an den Betriebsrat und Tausende Führungskräfte, die ihre Pfründen bedroht sahen.

Diess war zu undiplomatisch, seine Ideen teils zu holzschnittartig für VW. Das zeigte sich, als die Erfolge ausblieben. Die ersten E-Autos waren schlecht und verkauften sich entsprechend. Die Pläne für eine eigene Softwareeinheit namens Cariad, die Diess zum größten europäischen IT-Konzern nach SAP aufmotzen wollte, scheiterten.

Der Ex-Boss hält seinen Kurs bis heute für richtig. Die deutsche Autoindustrie »hat noch lange nicht verloren«. Zumal auch die Konkurrenz schwächelt. Selbst bei seinem einstigen Vorbild Elon Musk sieht Diess neuerdings Probleme: »Er hat es versäumt, seinen Fahrzeugen den letzten Feinschliff zu verpassen und im Premiumsegment richtig Fuß zu fassen.« Das sei eine Chance für die Deutschen.

VW und Co. stünden nun vor allem vor einer Herausforderung, sagt Diess: Sie müssen

sich in China behaupten, dem globalen Leitmarkt für E-Mobilität.

KUNDEN LUO UND YANG: DIE ENTtäUSCHTEN

Automesse in Guangzhou, Ende November. Es ist noch angenehm warm im Süden Chinas. An einem Bratwurststand vor Halle 2.1 steht der Angestellte Luo, 33, an der Hand sein zweijähriger Sohn, der an einer Wurst nagt. Aus der Halle weht Popmusik vom BYD-Stand herüber, dem größten Autohersteller Chinas.

Luo, der für einen Staatskonzern arbeitet, ist auf der Messe, um sich Autos anzuschauen. Zurzeit fährt einen Tavendor, einen fast schützenpanzergroßen Geländewagen mit überraschend mickriger Motorisierung. Ein sperriges Auto, das VW nur in China verkauft. »Volkswagen ist eine Marke, die für Reife und Zuverlässigkeit steht, etwas, das die ältere Generation schätzt«, sagt er. »In meinem Heimatort werde ich deshalb anerkannt und respektiert.« Noch.

Früher stand VW für etwas Besonderes. Heute empfinden viele Chinesen das nicht mehr so. »Volkswagen muss akzeptieren, dass das alte Prestige dahin ist«, sagt auch Luo. Der Konzern müsse innovativer werden »und einen echten Mehrwert bieten«. Dann schlenkert er mit seinem Sohn zum BYD-Stand, dem Klang der Popmusik hinterher.

Seit 40 Jahren fertigt Volkswagen in China. In den besten Jahren setzte der Konzern 4,1 Millionen Fahrzeuge pro Jahr ab. Die Ergebnisse aus der Volksrepublik retteten die Bilanzen und machten die Aktionäre reich. Nun, da die heimische Konkurrenz immer stärker wird, bricht der Absatz dramatisch ein. Aktuell könnte VW in den chinesischen Werken, die der Konzern mit seinen Partnern betreibt, jährlich ungefähr 6,5 Millionen Fahrzeuge bauen. Auf lange Sicht werden jedoch nur noch Kapazitäten für gut 2 Millionen Autos pro Jahr benötigt, sagt Jochen Siebert, Gründer des Analyseinstituts JSC Automotive in Shanghai. Eine düstere Prognose.

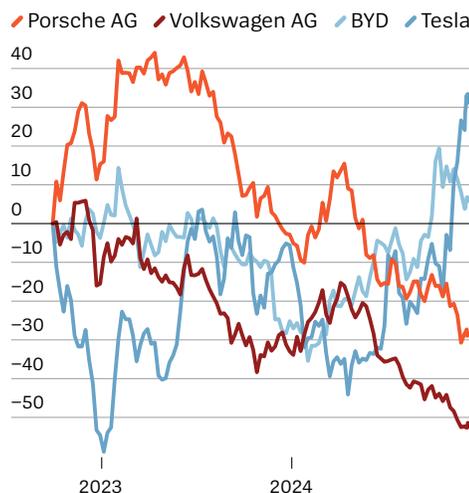
Angefangen hat alles mit dem VW Santana, einer soliden, aber spießigen Limousine. In Deutschland war das Modell ein Flop, gerade mal vier Jahre lang wurde es verkauft. In der Volksrepublik jedoch wurde der »Sangtana«, wie er auf Chinesisch heißt, zum roten Käfer. Millionenfach gebaut, ist er für viele Chinesen zum Inbegriff des Automobils geworden.

VW ging geschickt vor. Für wenig Geld sicherte sich der Konzern in den Achtzigerjahren die Nutzungsrechte an einer Staffel der ZDF-Serie »Traumschiff« mit Sascha Hehn, synchronisiert auf Chinesisch. Die bot man dem Staatsfernsehen an. Einzige Bedingung: begleitende VW-Werbung. Noch heute erinnern sich ältere Chinesen an die Schnulze und natürlich den Santana, das Auto von Volkswagen.

Für viele Jüngere ist VW heute kaum mehr als ein Name, ein Gefährt für die Alten. Yang Sihan, 22, studiert Jura. Auf der Messe in

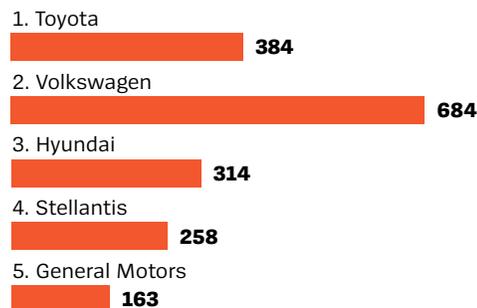
AUS DER SPUR

Aktienkurse von Pkw-Herstellern, Veränderung gegenüber 29. September 2022*, in Prozent

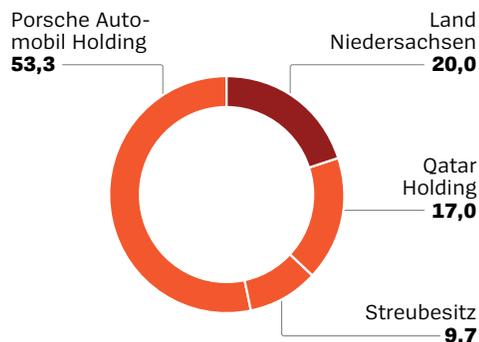


* Tag des Börsengangs der Porsche AG; Stand: 4. Dezember 2024

Mitarbeiter der absatzstärksten Autokonzerne weltweit, in Tausend



Stimmrechtsverteilung bei der Volkswagen AG, in Prozent der Stammaktien



5- Quellen: LSEG Datastream, Unternehmen

Guangzhou hat er den Stand des Elektronikkonzerns Xiaomi besucht. Einen Sportwagen, bonbonfarben, geschnitten wie ein Porsche und vollelektrisch, gibt es dort zu sehen. Der Andrang ist deutlich größer als am Stand von Volkswagen.

Würden Sie einen VW kaufen, Yang Sihan? »Nein«, sagt er und schüttelt den Kopf. »Ich? Einen Volkswagen?«, fragt er und schüttelt noch einmal den Kopf. Sein Vater ist stellvertretender Direktor eines Finanzamtes, der fahre einen VW. »Einen Tiguan, eine etwas

schönere Version eines Shanghaier Taxis.« Das Auto sei praktisch, mit einer geräumigen Rückbank und einem Kofferraum, in den sogar ein Fahrrad passe. Aber eben auch ein Wagen, der von deutschen Ingenieuren erdacht wurde, an den Bedürfnissen vieler chinesischer Kunden vorbei.

Die legen Wert auf Sitze, die sich in die Waagrechte stellen lassen. Einige chinesische Autobauer bieten das inzwischen an. Aus dem Wagen wird ein Schlafzimmer, in das sich Angestellte in den langen Mittagspausen zurückziehen. Bei VW hat es lange gedauert, bis man das kapiert hat. Der erste Elektro-VW ist in China so erfolgreich wie einst der Santana in Deutschland. Die Sitze lassen sich nicht sonderlich weit zurückstellen, zudem nannten die Wolfsburger das Modell ID.4. Einen miserablen Namen kann man sich für China kaum einfallen lassen. Die Zahl »vier« klingt auf Chinesisch ausgesprochen fast genauso wie »Tod«.

Dabei witterte der Autokonzern zunächst das große Geschäft mit den Stromern in China. Schon 2020, kündigte Ex-Boss Diess vor der Pandemie an, werde VW 400.000 Elektrofahrzeuge in der Volksrepublik verkaufen. Für das Jahr 2025 lautete die Vorgabe aus Wolfsburg: 1,5 Millionen. Die Realität ist ernüchternd. Gerade einmal 148.000 E-Autos setzte der Konzern in den ersten neun Monaten 2024 in China ab.

Der Student und Beamtensohn Yang glaubt, das hänge mit der Firmenkultur zusammen. Etablierte Hersteller wie Volkswagen seien selbstgefällig geworden, sagt er. »Das ist wie bei Beamten, die sich keine Sorgen um ihren Posten machen müssen.«

MARKENBOSS THOMAS SCHÄFER: DER SANFTE

Früher hatten VW-Bosse etwas Furchteinflößendes. Martin Winterkorn konnte aus dem Stand losbrüllen oder mit Bauteilen werfen, Ferdinand Piëch mit einem einzigen Halbsatz Karrieren vernichten, etwa indem er betonte, jemand genieße »zurzeit noch« sein Vertrauen, und dann nachlegte: »Streichen Sie das noch.« Thomas Schäfer hingegen, seit Juli 2022 Chef der Marke VW, würde auch als sympathischer Gebrauchtwagenverkäufer durchgehen. Er spricht mit warmer, brummeliger Stimme und nuschelt ein bisschen.

Im Sommer 2023, kurz vor den Ferien, als die Welt in Wolfsburg zumindest nach außen noch in Ordnung war, überraschte Schäfer seine Leute mit einem Video. Es zeigt ihn an einem Stehtisch mit hochgekrempten Hemdsärmeln beim Schreiben von Postkarten an Teamleiter und ihre Mitarbeiter. Ob Schäfer sie jemals abgeschickt hat, erfährt man nicht. Er wolle einfach nur »Danke sagen an unsere phänomenalen Teams für die großartigen Sachen«, die sie geleistet hätten, säuselt Schäfer in die Kamera.

Er selbst hat Erfolge vorzuweisen. Sogar Kritiker attestieren ihm, dass Volkswagens



VW-Markenchef Schäfer

Autos heute besser seien als unter seinem Vorgänger, dem Sparfuchs Herbert Diess. Auf Konferenzbühnen parliert der Manager, der in Irland lebt, in weit besserem Englisch als die meisten seiner Kollegen. Ein Weltbürger für einen Weltkonzern, sollte man meinen.

Doch Schäfer hat einen Makel, der ihn angreifbar macht: Er versteht viel von Autos und Fabriken, jedoch wenig vom Machtpoker in Wolfsburg.

Anders als Konzernchef Oliver Blume, ein gebürtiger Braunschweiger, der seine ganze Karriere im Konzern verbracht hat, fehlt Schäfer das nötige Netzwerk und die Fähigkeit, »die Klaviatur dieses Konzerns zu bedienen«, wie eine Führungskraft sich ausdrückt. Er gelte bis heute als »eingekaufter Manager vom Daimler«. Bei Volkswagen taugt das als Schimpfwort.

Zwar wechselte Schäfer bereits vor zwölf Jahren von Mercedes-Benz zu VW, verbrachte jedoch die meiste Zeit auf Auslandsmärkten. Entsprechend oft verzettelt er sich nun im tagtäglichen Wolfsburger Hickhack.

Gleich mehrfach wurde er von Finanzchef Arno Antlitz ausgebremst. Der hatte kein Geld für die Entwicklung des Modells ID.1 übrig, ein neu geplantes 20.000-Euro-Elektroauto. Schäfer suchte einen Kompromiss, schlug eine kostengünstige Partnerschaft mit Renault vor – und stieß damit erst recht auf Widerstand: Betriebsratschefin Cavallo befürchtete, der neue Billigstromer werde vor allem vom Wettbewerber aus Frankreich gebaut, auf Kosten der VW-Werke. Sie setzte stattdessen eine Eigenentwicklung durch.

Ein ähnliches Spiel wiederholt sich aktuell bei einem E-SUV, das die elektrische Zukunft im Wolfsburger Stammwerk einläuten soll. Das Gebäude für den Karosseriebau steht bereits. Doch Finanzchef Antlitz will weitere Investitionen nur freigeben, wenn Schäfer das dafür nötige Geld bei Personal, Fabriken oder anderswo einspart.

Der VW-Markenboss müsse härter durchgreifen, lautet das Credo an der Führungsspitze. Seit mehr als einem Jahr arbeitet Schäfer sich an einem Sparplan ab, von VW euphemistisch als »Ergebnisverbesserungsprogramm« betitelt. Zunächst wollte er die angepeilte Summe von zehn Milliarden Euro ohne einschneidende Kürzungen erreichen, mit höheren Verkaufspreisen oder Vorruhestandsregelungen. Die internen Diskussionen ließ er so lange laufen, bis der Aufsichtsrat eingriff.

Um sein Sparziel zu erreichen, muss Schäfer noch immer vier Milliarden Euro auftreiben. Dem VW-Chef fehle bisweilen »der Zug zum Tor«, heißt es aus dem Umfeld eines Vorstandskollegen.

Ende 2023 wackelte Schäfers Chefsessel. Da verbreiteten Insider, der Markenboss komme mit seinem Sparprogramm nicht voran. Stattdessen kusche er vor Betriebsratschefin Cavallo. Gefeuert wurde der VW-Markenchef aber nicht. Vom Wirbel um seine Person hat er sogar profitiert. Aus Salzburg, dem Sitz der Familien Porsche und Piëch, kam noch Ende 2023 das Signal: Schäfer bleibt. Die Großaktionäre lassen sich nicht gern zu einem Rauswurf drängen. Schäfer erhielt kürzlich einen neuen Vertrag bis 2030. Eine Jobgarantie ist das jedoch nicht.

Schäfer erfülle eine Funktion, sagt einer aus dem Umfeld des Aufsichtsrats. Er sei der Prellbock für Konzernboss Blume. Scheitere der Umbau, sei der Markenchef verantwortlich: »Bevor Blume fällt, fällt Schäfer.«

Die Wolfsburger Machtspiele haben für informierte Beobachter oft hohen Unterhaltungswert, ähnlich einer Netflix-Serie. »House of Cars« könnte sie heißen. Allerdings stehen hier Zigtausende reale Existenzen auf dem Spiel.

MEISTER KARSTEN TALASKA: DER VERUNSICHERTE

Mitte September herrschte in Emden ein letztes Mal Partystimmung. Die Mitarbeiter feierten das 60-jährige VW-Werksjubiläum mit einem Fest. Es gab Livemusik, ein Riesenrad und Kinderprogramm. Gut zwei Monate später verbreitet im Werk niemand mehr Heiterkeit. Es könnte geschlossen werden.

Karsten Talaska, 42, war mit seiner Frau und ihren beiden Kindern bei der Feier. Es sei wie ein Familientreffen gewesen, erzählt er. Was bei ihm wörtlich zu nehmen ist. Er kommt aus einer VW-Familie, schon sein Vater hat sein ganzes Arbeitsleben in der Emdener Fabrik geschuftet. Sein älterer Bruder arbeitet hier ebenfalls.

Talaska ist trotz seiner etwas mehr als 1,90 Meter Körpergröße ein unscheinbarer, zurückhaltender Mann. Seine weichen Gesichtszüge entgleiten nur selten, die kurzen dunkelblonden Haare sind aufgestellt. Er steht am ersten Montag im Dezember in der Halle 20. Talaska trägt ein hellblaues Polo-Hemd mit VW-Logo auf der linken und seinem

Namen auf der rechten Brust. Als Meister der Montage ist er für den Bandabschnitt 2.1 und 46 Mitarbeiter verantwortlich.

Wer mit Talaska spricht, spürt den Stolz, der ihn als VW-Meister erfüllt. Wenn er von einzelnen Modellen erzählt, glänzen seine Augen. Dann wieder wirkt Talaska verunsichert, ringt bei manchen Antworten mit sich. Was wäre denn Emden ohne VW? »Nichts«, schießt es aus dem sonst so bedächtigen Ostfriesen heraus. »Ich kann und will mir das nicht ausmalen, für mich wäre es eine persönliche Katastrophe.«

Er kennt keinen anderen Arbeitgeber als VW, wie schon sein Vater. Talaska senior begann 1965 kurz nach der Einweihung des Werks in Emden zu arbeiten. Damals fertigte er noch den Käfer, später jahrzehntelang den Passat.

Die Arbeitslosigkeit war hoch im strukturschwachen Ostfriesland, der Bau des Werks für die Region ein Segen. VW konnte vom Emdener Hafen, der nur wenige Fahrminuten entfernt liegt, seine Autos nach Übersee verschiffen. Das Land Niedersachsen, VW-Großaktionär, sorgte mit Steuermillionen dafür, dass die Hafenanlagen immer auf dem neuesten Stand waren.

Die Halle 20, in der Talaska arbeitet, soll dem Werk eigentlich eine neue Perspektive eröffnen. Hier werden seit 2022 nur noch E-Modelle wie der ID.4 oder der ID.7 produziert. Mehr als eine Milliarde Euro hat der Konzern investiert, um die Fabrik auf reine Elektroproduktion umzustellen. Ende des

Jahres verlässt der letzte Verbrenner das Werk. Doch von der ursprünglichen Aufbruchstimmung ist wenig übrig.

Am Montag stehen die Bänder der Halle 20 zum ersten Mal für rund zwei Stunden still. Der erste Warnstreik der IG Metall beginnt. Talaska hat sich eine dicke neongelbe Jacke angezogen und steht neben der Bühne. »Es geht hier ja auch um mein Geld und meine Sicherheit.«

In der Region rund um Emden gibt es den Spruch: »Wenn Volkswagen hustet, hat Ostfriesland eine Lungenentzündung.« Wer mit Angestellten in Emden spricht, bekommt den Eindruck: Eine Werkschließung würde die Region auf die Intensivstation versetzen. Vom Zulieferer in unmittelbarer Nähe über den örtlichen Mittelständler bis zum kleinen Bäcker: Alle sind sie von VW abhängig.

FAMILIEN PORSCHE UND PIËCH: DIE UNENTSCHLOSSENEN

Welch harte Zeiten auf Volkswagen zukommen würden, davor warnte Wolfgang Porsche, 81, bereits im Spätsommer 2023. Es seien Einsparungen nötig, sagte der Familiensprecher am Rand der Automesse IAA in München, »es muss über alles nachgedacht werden«.

Porsche, ein älterer Herr im eleganten Anzug, spricht wie ein Großonkel, der sich um die Schulnoten seines Patenkindes sorgt. Kritische Nachfragen zur VW-Krise bügelt er im sanften österreichischen Singsang ab: »Hörts

doch auf, irgendwelche Schwammerl wachsen zu hören.«

Seine Sorge um Volkswagens Zukunft kann er jedoch nur schwer kaschieren. Zwar muss er sich keine Gedanken machen, wie er seine Familie künftig ernähren soll, anders als viele Werksarbeiter. Für ihn steht eher sein Milliardenvermögen auf dem Spiel. Und seine Reputation als Oberhaupt einer Autodynamastie.

Der Großteil der Familienfinanzen steckt im VW-Konzern, und dessen Börsenkurs ist auf dem niedrigsten Stand seit 2010. Beim zweiten Großinvestment der Sippe, dem Sportwagenbauer Porsche, läuft es ähnlich schlecht. Die Aktie hat seit dem Börsengang im Herbst 2022 um knapp 30 Prozent nachgegeben. Schon macht in Kreisen der Familie ein Horrorszenario die Runde: Volkswagen könnte ein ähnliches Schicksal erleiden wie Thyssenkrupp, die ehemalige deutsche Industrie-Ikone, die sich in Strukturwandel und Führungskrisen selbst zerlegt.

Eine unternehmerische Vision, die den Niedergang aufhalten könnte, lassen die Porsches und Piëchs jedoch nicht erkennen. Sie wollen Wandel, aber bitte nicht zu radikal. Alle Beteiligten müssten »miteinander reden und Kompromisse finden«, sagt Porsche. Seit dem Tod des ehemaligen VW-Bosses Ferdinand Piëch 2019 gibt es niemanden mehr in der Familie, der den Konzern ähnlich gut von innen kennt.

Unklar ist, wer den Clan in Zukunft repräsentieren soll. Die beiden Oberhäupter, Wolfgang Porsche und sein Cousin Hans Michel Piëch, denken nicht ans Aufhören. Ihre Aufsichtsratsmandate wurden auf den vergangenen beiden VW-Aktionärsversammlungen um je fünf Jahre verlängert. Sie gelten nun bis 2028 und 2029. Porsche und Piëch sind dann 85 und 87 Jahre alt. Wolfgang Porsches Neffe Ferdinand Oliver Porsche, seit Jahren als Kronprinz vorgesehen, ist bereits 63.

Von ihren Aufsichtsratsposten aus mischen sich die Familienmitglieder gern ein, besonders in Personalfragen. Als Konzernchef Blume kürzlich einen neuen Nordamerika-Statthalter suchte, hatte er schon seinen Topkandidaten identifiziert: Stefan Mecha, bislang VW-Markenchef in China. Auch Markenvorstand Schäfer und Audi-Chef Gernot Döllner waren an Bord.

Doch die Porsches und Piëchs legten ihr Veto ein, offenbar war Mechas Vorsprechen am Familiensitz in Salzburg nicht gut gelaufen. Obwohl der Aufsichtsrat einer Personalebene auf dieser Ebene nicht zustimmen muss, war der Manager damit aus dem Rennen. Am Ende bekam ein Kandidat den Job, den Blume bereits ausgeschlossen hatte: Kjell Gruner, ein ehemaliger Porsche-US-Chef, der den Konzern Richtung Elektroauto-Start-up Rivian verlassen hatte.

Investoren und Aktionärsvertretern ist die Omnipräsenz der Porsches und Piëchs ein Dorn im Auge. »Die Aufsichtsratsposten im VW-Konzern sollten stärker nach Kompetenz,



Marcus Windus / DER SPIEGEL

VW-Montagemeister Talaska: »Es geht hier auch um mein Geld und meine Sicherheit«



Millionster Käfer in Wolfsburg 1955: Früher stand VW für etwas Besonderes

weniger nach Familienzugehörigkeit besetzt werden«, sagt Ingo Speich, Leiter für gute Unternehmensführung bei der Fondsgesellschaft Deka. VW müsse seine Kontrollgremien breiter aufstellen, mit Autoexperten, aber auch mit Kennern von Zukunftsbranchen wie KI. Stattdessen besetzt die Familie ihre Mandate überwiegend mit alten Vertrauten.

AUFSICHTSRATSCHEF HANS DIETER PÖTSCH: DER SCHLICHTER

Der vielleicht mächtigste Mann im VW-Konzern ist etwa 1,90 Meter groß, 73 Jahre alt und von sportlicher Statur. Vergangenes Jahr auf der Hauptversammlung duckte er sich flink zur Seite, als ein aktivistischer Aktionär einen Kuchen in Richtung Aufsichtsratsbank pfefferte.

Hans Dieter Pötsch hat früher Handball gespielt, ein Sport, in dem Reaktionsschnelligkeit gefragt ist. Man lernt, Angriffe frühzeitig zu antizipieren und den Gegner, wenn möglich, anschließend auszukontern. Seit 2015 ist Pötsch Chef des VW-Aufsichtsrats. Dort ist sehr viel Geschick im Umgang mit mächtigen Spielern gefragt.

Der gebürtige Österreicher zählt zu den engsten Vertrauten der Eigentümerfamilie. Neben seinem Amt als oberster Kontrolleur ist Pötsch Vorstandschef der Familienholding Porsche SE. Und damit ranghöchster Botschafter des Großaktionärs in Wolfsburg.

Pötsch will unbedingt den Eindruck vermeiden, nur den Interessen der Porsches und Piëchs zu dienen. Er begreift sich als Schlichter zwischen den Machtblöcken. Eine Respektsperson, die mancher bei VW in E-Mails in vorausweisendem Gehorsam als »Herr Dr. Pötsch« anredet – obwohl Pötsch gar keinen Dokortitel hat.

Herrscht irgendwo Frust bei Volkswagen, klingelt das Telefon bei ihm. Mal meldet sich ein Topmanager, mal eine Betriebsrätin. Der Aufsichtsratsvorsitzende möge bitte einschreiten, heißt es dann, übergriffige Chefs einbremsen oder unbewegliche Arbeitnehmerführer zur Raison rufen.

Dann liegt es an Pötsch, in wochenlanger Pendeldiplomatie einen Kompromiss auszuloten. In solchen Phasen ist der Firmenflieger zwischen Braunschweig, dem nächstgelegenen Flughafen, und Salzburg häufig im Einsatz.

Auch jetzt, im Streit um die Zukunft der Werke, ist Pötsch wieder gefordert. Zu den aktuellen Entwicklungen will er sich nicht äußern. Bloß kein Öl ins Feuer kippen. Keine Konfliktpartei soll das Gefühl bekommen, vom Aufsichtsratschef benachteiligt zu werden.

Wer sich bei Vertretern der Kapitaleite umhört, spürt jedoch einigen Unmut, auch über die Hartnäckigkeit von Cavallo, die qua Amt ebenfalls im Aufsichtsrat sitzt.

Der Konzern zähle zu den letzten in der Autoindustrie, die bislang kaum Produkte in

Niedriglohnländern entwickelten, kritisieren sie. Ärger gibt es zudem über einige Mittelmanager, die sich lieber wegduckten, statt den Ernst der Lage zu erkennen.

Volkswagen müsse dringend wieder wettbewerbsfähig werden, heißt es aus dem Aufsichtsrat: »Nun wäre es wichtig, dass sich auch die Arbeitnehmerseite rechtzeitig bewegt.«

Dabei waren Aufseher und Vorstände erleichtert, als Cavallo im Mai 2021 den Betriebsratsvorsitz übernahm. Sie lobten ihre Nüchternheit, ihren Pragmatismus. Das hob sie von ihrem hitzköpfigen Vorgänger Bernd Osterloh ab.

Mittlerweile sehnen sich die Ersten bereits wieder nach Osterloh zurück. Mit dem habe man wenigstens einen vernünftigen Deal im kleinen Kreis abschließen können.

BETRIEBSRÄTIN DANIELA CAVALLO: DIE AUFMÜPFIGE

Daniela Cavallo ist im sorgsam austarierten Konzernmikado die Figur, die am schwersten auszurechnen ist. Und leicht zu unterschätzen. Selbst ihre Gegner im VW-Vorstand, die einiges gewohnt sind, sind überrascht von dem harten Kurs, den sie seit Beginn des Konflikts fährt.

Anfang September gab sie 25.000 Mitarbeitern ein Versprechen, das wie ein Schwur klang: »Mit mir, Daniela Cavallo, Gesamt- und Konzernbetriebsratsvorsitzende der

Volkswagen AG, wird es hierzulande keine Werksschließungen geben.« Auch harmlose Maßnahmen wie ein »Runterschrubben« der Löhne und Gehälter oder Entlassungen lehne sie rundheraus ab. Es fehlte nur ein: »So wahr mir Gott helfe.«

Konzernboss Blume und Finanzer Antlitz, die Daniela Cavallos Rede in Halle 11 vom Podium aus verfolgten, wirkten anschließend ratlos, wie Teilnehmer berichten. Wie soll der Vorstand auf Basis dieser Kampfansage verhandeln? Cavallo hatte rote Linien gezogen. Die machen einen Kompromiss, der Volkswagens Probleme löst und zugleich das Gesicht aller Konfliktparteien wahrt, schier unmöglich.

Cavallo ist keine temperamentvolle Volkstribunin, sie trägt ihre Statements mit stoischer Miene vor. Wirkung hat eher, was sie sagt: rhetorische Schärfe gepaart mit wohliger Volkswagen-Nostalgie. Die Belegschaft könne stolz auf Produkte wie den Golf oder den Tiguan sein. Das streichelt die Seele der VW-Werker.

Zuletzt attackierte Cavallo einzelne Vorstände persönlich. Markenchef Schäfer etwa fliege jeden Freitag »weg hier aus der Gegend«, auf sein Pferdezuchtgestüt »im ruhigen Irland«. Weg von den Mitarbeitern, die mit ihren Löhnen die Bäckereien und Metzgereien in ihrer Heimat am Laufen halten.

Bei der Kundgebung vor Schäfers Büros im VW-Marken-Hochhaus, einem Klinkerkasten aus den Fünfzigerjahren, wiederholt Cavallo am Montag dieser Woche ihre Forderungen. Werksschließungen und Massenentlassungen seien tabu, genau wie Einschnitte in das bestehende Tarifniveau. Ihr Gegenvorschlag: VW solle Managerboni streichen und die Dividende senken, für Aktionäre wie Wolfgang Porsche.

Zudem fordert Cavallo einen »solidarischen Zukunftsfonds«. Der soll es VW erlauben, die Löhne zwar zu erhöhen, aber nicht sofort auszuzahlen. Stattdessen könnte der Konzern aus dem Fonds kürzere Arbeitszeiten für Mitarbeiter finanzieren, denen wegen schwacher Auftragslage die Arbeit fehlt.

Die VW-Führung hält wenig von der Idee. Der Zukunftsfonds gebe das eingesparte Geld gleich wieder aus, die Streichung der Boni sei rechtlich unmöglich, heißt es aus Vorstandskreisen. Cavallos Konzept, so stellen es ihre Verhandlungspartner dar, sei in Wahrheit ein Schönwetterplan. Sie schiebe harte Einschnitte nur wieder auf.

Was die VW-Spitze immer wieder betont: Der Konzern brauche die eingesparten Milliarden, um in seine Zukunft investieren zu können.

ENTWICKLER WASSYM BENSaid: DER HOFFNUNGSTRÄGER

Es ist Mittagszeit in Palo Alto im Herzen des Silicon Valley, am Mittwoch vor Thanksgiving. Die meisten von Wassym Bensaid's amerika-

nischen Kolleginnen und Kollegen sind schon zu ihren Familien geflogen. Nun hat der Softwarechef des kalifornischen E-Auto-Herstellers Rivian endlich Zeit für seinen Zweitjob. Er ist der derzeit wohl wichtigste Zukunftsmanager im VW-Konzern.

Als Co-Chef führt Bensaid Volkswagens Gemeinschaftsfirma mit dem US-Start-up. Im November wurde die »Rivian and Volkswagen Group Technologies« gegründet. Sie verfolgt ein großes Ziel: Hier soll eine Software entstehen, die Volkswagen technologisch endlich auf Augenhöhe mit Tesla und chinesischen Rivalen wie Xiaomi bringt.

Bensaid verkörpert vieles, was VW fehlt. Der gebürtige Tunesier ist international, technologieaffin. Ein Macher, kein Verwalter. Um dem Partner aus Deutschland zu beweisen, was er draufhat, baute sein Team im Sommer ein Rivian-Rechnersystem in einen Elektro-Audi ein, und das in nur zwölf Wochen. »So lange hätten wir hier im Konzern gebraucht, einen Meeting mit allen Beteiligten zu organisieren«, spottet ein Insider.

Nun sitzt Bensaid in einem kahlen Konferenzraum vor seinem Laptop, auf dessen Rückseite zwei Sticker kleben. Sie zeigen elektrische Pick-ups aus der Produktpalette der Kalifornier. Den Morgen verbringe er oft in Videokonferenzen mit »Wulfsbörg«, den Nachmittag mit Rivian, sagt Bensaid. Wie er das zeitlich hinbekommt? »Das fragt mich meine Tochter auch.«

Noch ist Rivian ein automobiler Winzling. Die weltweite Produktion 2023 lag bei weniger als 60.000 Autos – etwa einem Achtel dessen, was VW pro Jahr allein in Wolfsburg herstellt. Doch das Start-up hat einen großen Vorteil: Es wird nicht durch die Bürokratie eines Großkonzerns gelähmt.

Zuletzt haben Bensaid's Leute eine Elektronikarchitektur entwickelt, die in der Branche als revolutionär gilt. Nur sieben Steuergeräte kontrollieren alle Funktionen im Auto, vom Fensterheber bis zur Fahrerassistenz. In



Rivian-Manager Bensaid

einem modernen Volkswagen stecken eher 100 solcher Kleincomputer. Im Gegensatz zur Rivian-Elektronik ist das VW-System teuer, fehleranfällig und nicht mehr zeitgemäß. Wie so vieles im Konzern.

Rivian sparte in seinen Autos dank der verschlankten Rechnerarchitektur 20 Kilogramm Gewicht und 2,6 Kilometer Kabel. Das führt etwa dazu, dass die Fahrzeuge einen Musikwunsch der Insassen ohne große Verzögerung an Spotify senden können. Das Navigationssystem ruckelt seltener, der Notbremsassistent reagiert – vielleicht entscheidende – Millisekunden schneller.

Bis 2027 soll das Joint Venture ein ähnliches elektronisches Nervensystem für alle E-Modelle des VW-Konzerns entwickeln. Erst für ein neues Riesen-SUV von Porsche, später für Massenmodelle wie den ID.1, VWs geplantes 20.000-Euro-Elektroauto.

Letzteres motiviere ihn am meisten, sagt Bensaid: »Spitzentechnologie, die sich jeder leisten kann«, zu entwickeln. Bereits jetzt habe VW »großartige Autos«, allerdings »ohne großartige Software«.

Bensaid lobt seinen Co-Chef, den aus Wolfsburg abesandten Cheftechnologien Carsten Helbing ausschweifend (»Ohne ihn hätte ich es nicht gemacht«). Allerdings sind die Rollen klar verteilt: VW bringt in die Partnerschaft vor allem Geld ein, bis zu sechs Milliarden Dollar. Das Personal und Know-how kommen aus Kalifornien.

Eine große Stärke der Rivian-Leute sei ihre Entfernung von Wolfsburg, sagt der Topmanager einer VW-Konzernmarke. »Wir dürfen die nicht mit unseren Prozessen erdrücken.« Die Kreativität der Kalifornier drohe ausgebremst zu werden, warnt er, spätestens in den lähmenden Abstimmungsrunden, etwa um die richtigen Radstände.

Läuft jedoch alles so, wie die VW-Strategen hoffen, profitiert der Konzern von der Schnelligkeit und Tatkraft des Start-ups. Für den Konzern und seine Mitarbeiter ist das zumindest ein Hoffnungsschimmer.

Hoffnung ist überhaupt ein großes Wort dieser Tage. Für das Management verkörpern sie Leute wie Bensaid. Für die Arbeiterinnen und Arbeiter, die um ihre Jobs bangen, ist es Daniela Cavallo.

Als sie nach ihrer Rede von der Bühne tritt, schreitet sie durch die Menschenmenge. Alle paar Meter wird sie aufgehalten, Männer und Frauen mit IG-Metall-Schals um den Hals bitten sie um Selfies, als wäre sie keine Kollegin, sondern ein Popstar. Cavallo bleibt stehen, reckt einen Daumen in die Höhe, schaut mit entschlossenem Blick in Handykameras.

Cavallo bedankt sich klatschend bei den Leuten und wendet sich zum Eingang des Stadions. Aus den Boxen an der Bühne plärrt ein Song der Band Kraftklub. »Ich ziehe in den Krieg, aber keiner zieht mit«, schallt es über den Vorplatz. Cavallo verschwindet hinter der Glasfassade der Arena.

Alexander Demling, Christoph Giesen, Simon Hage, Thilo Neumann, Timo Schober ■



Produktion in VW-Werk in Emden

Marcus Windeus / DER SPIEGEL

DIE FETTEN JAHRE SIND VORBEI

KRISEN Die Autoindustrie hat jahrzehntlang andere Branchen mit nach oben gezogen. Jetzt geht es gemeinsam nach unten. Die Wirtschaft muss sich endlich aus der Abhängigkeit von den PS-Konzernen lösen.

Als japanische Autohersteller in den Siebziger- und Achtzigerjahren weltweit den Automarkt eroberten, zog Robert Lutz, damals Europachef von Ford, seine eigenen Schlüsse: »Die ganze Japan-Welle, die über uns rollt, ist gut.« Die westlichen Gesellschaften seien »in den letzten Jahren viel zu fett und bequem geworden«. Man müsse dafür sorgen, dass die japanische Konkurrenz »uns stärker macht, ohne uns zu töten«.

Womöglich geht VW-Chef Oliver Blume Ähnliches durch den Kopf, wenn er an die Konkurrenz aus China denkt, an die Krise

seines Weltkonzerns und den Widerstand seiner Belegschaft gegen Stellenabbau und Werksschließungen.

Damals wie heute kämpft die deutsche Autobranche gegen den Abstieg. Wieder wird sie von einer aufsteigenden Nation herausgefordert, weshalb dieser Tage oft an die japanische Herausforderung erinnert wird.

Allerdings sind die Probleme, vor denen die Hersteller stehen, heute vielschichtiger. Das Hauptproblem ist diesmal nicht der Angriff neuer Konkurrenten auf dem europäischen Markt. Zwar sind chinesische Herstel-

ler wie BYD, Geely, Nio oder Great Wall Motors aggressiv dabei, ihre Elektroautos hier zu verkaufen. Doch der europäische Markt ist nicht mehr so wichtig, wie er einmal war.

Entscheidend ist die Lage in China. VW und Co. verlieren Marktanteile auf dem größten Automarkt der Welt. Und geben womöglich die Technologieführerschaft an chinesische Hersteller ab.

Die aktuelle Malaise trifft nicht nur VW. Sie zieht sich durch die Volkswirtschaft. Auch die Premiumhersteller Mercedes-Benz und BMW kämpfen mit sinkenden Absatzzahlen, sie verheddern sich im Nebeneinander von Verbrennergeschäft und Elektromobilität. Mercedes mehr, BMW etwas weniger. Und von dort frisst sich die Krise tief in die Zulieferbranche – und damit ins Herz des Mittelstandes. Rund 40.000 Arbeitsplätze sind dort seit 2018 bereits verloren gegangen.

Im Wochentakt verkünden die großen Systemlieferanten, die etwa Getriebe, ganze Motoren oder Softwaremodule produzieren, derzeit Stellenstreichungen: Bei Bosch sollen in den nächsten Jahren 3900 Jobs weggelassen, bei ZF Friedrichshafen bis zu 14.000, bei Continental läuft bereits seit 2020 ein Programm, um mit 13.000 Leuten weniger auszukommen, Schaeffler will in Deutschland 2800 Stellen loswerden. Viele kleinere Zulieferer sind insolvent oder von der Pleite bedroht.

Die Zahlen machen einen Wandel sichtbar, der den Standort enorm verändern wird. Die Auto- und Zulieferbranche beschäftigt immer noch 780.000 Arbeitnehmer, sie war über Jahrzehnte Taktgeber der deutschen Industrie. Sie ist mit dem Maschinenbau gemessen an den angemeldeten Patenten einer der wichtigsten Innovationstreiber, die Marken der führenden Hersteller gehören weltweit zu den bekanntesten, sie stehen für Ingenieurskunst »made in Germany« wie nur wenige andere Unternehmen.

Es waren Autos und Autoteile, die Deutschland über Jahre zum Exportweltmeister gemacht haben. Geht es der Branche gut, dann strahlt ihre Stärke auf den Rest der hiesigen Wirtschaft ab, auf Stahl- und Chemiekonzerne, auf Elektronikspezialisten und Maschinenbauer. Auch Service-Jobs, etwa in Autohäusern, Werkstätten, Tankstellen oder bei den Autoversicherern, hängen daran.

Jetzt aber scheint sich die Wirkungskette umzukehren, die Autobranche leidet – und mit ihr die ganze Wirtschaft. »Wir werden in Deutschland künftig weniger Autos produzieren«, sagt Oliver Falck, Leiter des Ifo Zentrums für Industrieökonomik und neue Technologien in München.

Der europäische Automarkt schrumpft seit 2017, schon Jahre zuvor stagnierte er. Die Bevölkerung altert, der Markt ist gesättigt. Bis zur Coronapandemie hat das kaum jemand alarmiert, weil VW und Co. in China traumhafte Gewinne erzielten.

Eine trügerische Blüte, wie man heute weiß, denn in jenen Jahren wurden bereits die Grundlagen für einen Machtwechsel ge-

legt. »Peking hat die Chance gesehen, im Zuge des Umstiegs auf Elektromobilität technologisch an die Spitze zu kommen und Marktanteile zu gewinnen«, sagt Falck. China verfügte über Rohstoffe für die Batterie – das Herzstück des Elektroautos – und Staatsgeld, um umzusteuern. Deutschland setzte auf den vermeintlich sauberen Diesel und die eigene technische Überlegenheit. Ein Irrglaube.

Die Pandemie verlängerte diese Illusion zwar für kurze Zeit. Als die Lieferketten rissen und Autos plötzlich ein knappes Gut wurden, schraubten VW, BMW und Mercedes-Benz die Preise hoch und erzielten Rekordgewinne.

Aber das ist vorbei. Der chinesische Automarkt wächst weiter, die deutschen Hersteller jedoch profitieren davon nicht mehr. Im Juli dieses Jahres wurden in China erstmals mehr Elektroautos verkauft als Pkw mit Verbrennungsmotoren. Noch vor einigen Jahren hielten VW und Co. in dem Land einen Marktanteil von 25 Prozent, jetzt schmilzt er rasant auf zuletzt 17 Prozent.

Die Dominanz der Deutschen basierte darauf, dass niemand in der Welt die komplexe Antriebstechnologie rund um Benzin- und Dieselmotoren so beherrschte wie sie. Im Zeitalter der Elektromobilität aber kommt es auf die Batterietechnologie, die Software und Infotainment an, keine traditionellen deutschen Stärken. Chinesische Hersteller wie BYD, Xpeng oder Nio sind hier überlegen und treffen den Geschmack der spielverliebten Chinesen besser.

Der Scheck aus China bleibt aus, und in Europa steigt die Nachfrage nach E-Autos nicht so schnell wie erhofft. Eine fatale Kombination. »Hohen Investitionen in die Elektromobilität stehen aktuell nur geringe Erlöse aus dem Verkauf von E-Autos gegenüber«, sagt Felix Mogge, Automobilexperte bei der Unternehmensberatung Roland Berger.

Ein längeres Festhalten am Verbrennungsmotor in Europa würde daran nichts ändern, sondern die Probleme eher verschärfen, weil sich der Innovationsvorsprung der Chinesen vergrößern würde. »China hat sich dank der E-Mobilität eine Marktposition erarbeitet, die es niemals aufgeben würde«, sagt Mogge. »Der weltweit größte Automarkt wird elektrisch und zum neuen technologischen Leitmarkt für den Rest der Welt.« Die Deutschen haben keine Wahl, sie müssen in diesem Wettbewerb technologisch mithalten können.

Werden die chinesischen Hersteller gar den europäischen Markt erobern? Eher nicht. In China werden dank staatlicher Förderung viel zu viele Autos gebaut. BYD, MG und andere versuchen nun, überschüssige Fahrzeuge im Rest der Welt loszuwerden. Es fehlt ihnen jedoch an Vertriebs- und Servicenetzen, etliche Kunden fremdeln mit den hier wenig bekannten Marken. »Chinesische Hersteller werden hier Marktanteile gewinnen, aber sie werden den Markt nicht übernehmen wie einst in der Solarindustrie«, sagt Mogge.

Folgen hat der Angriff der Chinesen dennoch. Das Überangebot löst eine Rabatt-

schlacht aus. Das ist gut für die Käufer, aber schwierig für die Industrie.

VW und Co. können ihre in Deutschland produzierten E-Autos kaum noch mit Gewinn verkaufen. Sie bauen daher neue Werke bereits heute lieber dort, wo Personal- und Energiekosten niedriger sind.

VW will künftig 25.000-Euro-Autos wie den ID.2all bei der spanischen Tochter Seat produzieren. Der Konzern hat Milliarden investiert, in eine Batteriezellfabrik und ein Batteriemontagewerk, das direkt nebenan an die E-Autofertigung in der Stadt Martorell liefert.

Auf dem Dach des Batteriewerks sollen mehr als 11.000 Solarzellen 70 Prozent der für den Produktionsprozess nötigen Stromversorgung übernehmen. Die EU-Kommission möchte, dass künftig nicht nur bei der Nutzung des Autos, sondern auch bei seiner Herstellung weniger CO₂ ausgestoßen wird. Standorte wie Spanien, an denen sich erneuerbare Energie günstiger erzeugen lässt, bieten da Vorteile.

So weist das Beispiel VW auch auf eine Grundsatzfrage für die deutsche Industrie hin: Wie viel Produktion lässt sich im Land halten, wie sehr werden sich die Gewichte innerhalb Europas verschieben? Oder wandert die Arbeit gleich nach Asien oder Amerika ab?

Vieles hängt daran, wie sich der Welthandel entwickelt. Schotten die Regierungen ihre Märkte ab? Hält die EU-Kommission daran fest, chinesische Autoimporte mit Strafzöllen zu belegen, dürfte China die Hürden für ausländische Anbieter hochziehen.

Für die Zulieferer sind die Aussichten gemischt. Wer mit seinen Produkten am Verbrennungsmotor hängt, wird kaum eine Chance haben. Langfristig sieht es für jene Firmen besser aus, die sich auf Technologien rund um die Batterie oder Software spezialisieren. Doch wegen der lahmen E-Auto-Nachfrage leiden aktuell ausgerechnet jene

Zulieferer, die früh auf die neue Technik gesetzt haben. Die Streichung der Kaufprämie vor einem Jahr sei fatal gewesen, meint Jeroen van Tillburg, Chef des europäischen Lade-netzbetreibers Ioney. »Die mangelnde Verlässlichkeit der hiesigen Politik schadet der Branche.«

Zu den Gewinnern gehören mittelfristig vermutlich jene großen Zulieferer, die jetzt noch Tausende Stellen vor allem in den alten Technologien streichen. Bosch, ZF Friedrichshafen oder auch Schaeffler haben längst Komponenten für E-Autos und Software im Programm, ihnen ist es egal, ob sie damit deutsche oder chinesische Anbieter beliefern.

Anders als die deutschen Autobauer partizipieren sie weiter am China-Boom. Allerdings müssen sich auch Bosch und Co. neuer Konkurrenten wie Apple, Google oder Qualcomm erwehren. Die Software- und Chipkonzerne sind jetzt schon wichtige Zulieferer für die Autobranche.

Wie die Job-Bilanz der Transformation letztlich aussieht, kann niemand seriös prognostizieren. Experten wie Falck sind überzeugt, dass Softwarejobs im Hochlohnland Deutschland eine Zukunft haben. Die neue Konkurrenz wird die deutsche Autobranche nicht »töten«, wie Robert Lutz es einst ausgedrückt hatte. Aber die fetten Jahre sind für das Autoland erst einmal vorbei.

Das wäre für sich genommen kein Problem, zumal die schrumpfende Erwerbsbevölkerung in Deutschland die Folgen für den Arbeitsmarkt vorerst abmildern wird. Doch es geht um mehr als Arbeitsplätze, die deutsche Industrie verliert mit dem Bedeutungsverlust der Autoindustrie ihren Fixstern, sie muss sich neu orientieren.

In Ansätzen geschieht das bereits. Ifo-Ökonom Falck weist darauf hin, dass sich mit klassischen deutschen Stärken wie Mechanik, Robotik und Elektrotechnik, die lange Zeit vor allem die Autobranche befruchtet haben, auch neue Felder entwickeln lassen. Deutsche Firmen sind beispielsweise gut darin, künstliche Intelligenz für den Maschinenbau und industrielle Prozesse nutzbar zu machen.

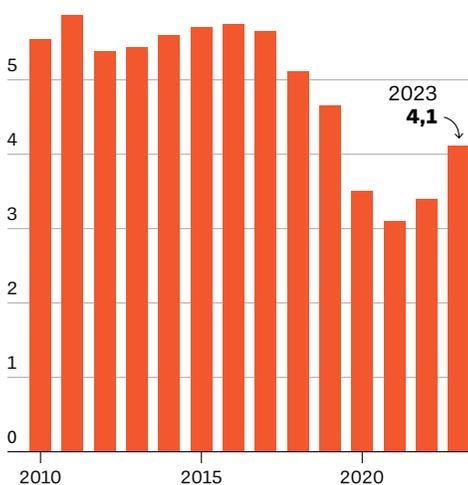
Auch im Quantencomputing könnte Deutschland eine Rolle spielen, ebenso bei klimafreundlichen Technologien oder in der Material- und Kreislaufwirtschaft. Andere Branchen haben die Deutschen über viele Jahre vernachlässigt, etwa die Raumfahrt oder die Rüstungsindustrie. Mit einer klugen Industriestrategie ließe sich mancher Rückstand aufholen, Universitäten und Forschungseinrichtungen bringen das notwendige Know-how hervor. Genug Kapital gibt es auch, man muss es nur mobilisieren.

Keine andere Branche wird auf absehbare Zeit die Rolle der Autoindustrie übernehmen können. Aber es hätte auch sein Gutes, wenn die deutsche Wirtschaft ihre Abhängigkeit von der PS-Branche reduziert. In der Krise liegt auch die Chance, neue, innovative Kräfte freizusetzen.

Martin Hesse

IM AUTOLAND

In Deutschland produzierte Pkw, in Millionen



Quelle: VDA

Nackt im Netz



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ Tausende Frauen werden Opfer von gefälschten Sexfotos und -filmen. Betroffen sind minderjährige Mädchen, Prominente, Politikerinnen. Die Täter benötigen nur ein harmloses Bild, den Rest erledigt eine App. Dahinter stecken skrupellose Geschäftsleute. Der SPIEGEL hat sie enttarnt.

Von einem Tag auf den anderen war die Tochter wie verwandelt. Das Grundschulkind war plötzlich verschlossen, zeigte Ekel vor seiner Mutter und wollte nicht mehr mit ihr kuscheln. »Wir haben uns Sorgen gemacht, dass ihr etwas zugestoßen sein könnte, über das sie nicht sprechen wollte«, erzählt die Mutter.

Monate später fanden sie und ihr Mann heraus, dass die Tochter einen Hardcore-Porno angeschaut hatte, in dem vermeintlich ihre Mutter mitspielt. »Sie ist auf das Video gestoßen, einfach nur, weil sie meinen Namen bei Google eingegeben hat«, sagt Anita Hübig. Sie heißt eigentlich anders, ist eine bekannte deutsche Schauspielerin. Seit vielen Jahren steht sie in der Öffentlichkeit, Pornos hat sie nie gedreht. »Das Video war nur wenige Minuten lang, aber es hat unsere Familie viele Monate in eine tiefe Krise gestürzt.«

Die Tochter sei überzeugt gewesen, dass der Film echt sei und ihre Mutter in jüngerem Alter zeige. Doch das Video ist eine Fälschung, erstellt von einer künstlichen Intelligenz. Ein sogenannter Deepfake, ein überzeugend echt anmutendes Video, in das per Software das Gesicht der Mutter montiert worden ist.

Mehrere Tausend Prominente sind in den vergangenen sieben Jahren Opfer solcher falschen Filme geworden – von US-Megastar Taylor Swift bis zu führenden deutschen Politikerinnen. Einzelne Videos haben Hunderttausende Aufrufe, die Plattformen, auf denen sie verbreitet werden, verzeichnen jedes Jahr Millionen Klicks.

Hübig will, dass nur unter Pseudonym berichtet wird. Sie möchte vermeiden, dass die offen im Netz verfügbaren Videos noch mehr Aufmerksamkeit bekommen, wenn sie unter ihrem echten Namen über das Problem sprechen würde.

»Es fühlt sich schrecklich an, dass jemand mich gegen meinen Willen in einen solchen Film hineinmontiert hat«, sagt sie. Die Tochter habe eine Therapie machen müssen, inzwischen gehe es ihr wieder gut. »Aber die verpasste unbeschwertere Zeit kriegen wir nicht mehr zurück. Und all das nur wegen eines kurzen Videos und einer Google-Suche.«

Künstliche Intelligenz hat in den vergangenen Jahren eine neue, digitale Form von sexualisierter Gewalt gegen Frauen hervorgebracht. Mit Photoshop manipulierte Bilder gibt es schon seit den frühen Nullerjahren, heute kann praktisch jeder über-

zeugende Fälschungen erstellen. Der Zugang zu diesen Programmen ist simpel.

Skrupellose Geschäftsleute haben etliche Anwendungen veröffentlicht, die mit wenigen Klicks aus einem harmlosen Foto eine Nacktaufnahme machen. Oder die Betroffenen gegen eine Bezahlung von einigen Euro in unterschiedliche Sexstellungen montieren.

Benötigt wird lediglich ein Schnappschuss des Opfers oder der Link zu seinem Instagram-Profil. Die anonymen Nutzer bekommen ein hochauflösendes, häufig täuschend echtes Bild. Ob die abgebildete Person zugestimmt hat, wird nicht kontrolliert.

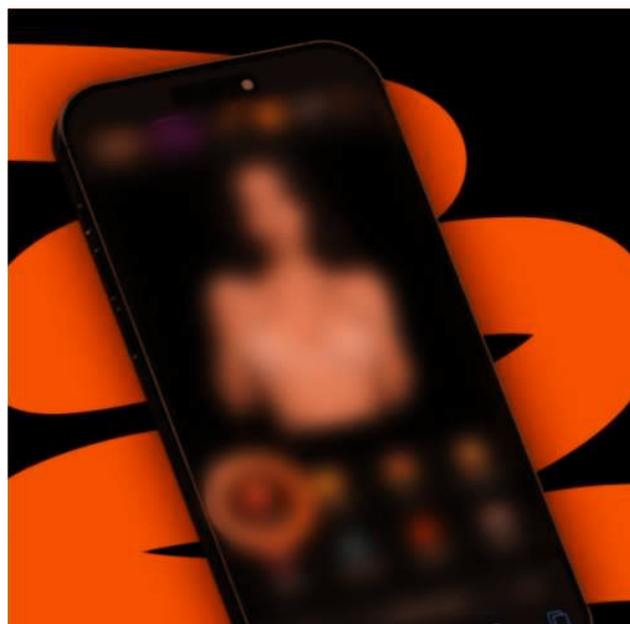
Deepfakes, mit KI generierte oder manipulierte Aufnahmen, gibt es auch in anderen Zusammenhängen. Donald Trump etwa postete im Wahlkampf KI-generierte Bilder, mit denen er zeigen wollte, dass die Fans von Taylor Swift ihn und nicht Kamala Harris unterstützen. Doch solche politischen Manipulationen machen nur einen Bruchteil aller Deepfakes aus. Laut Erhebungen sind mehr als 90 Prozent aller im Netz kursierenden Deepfake-Videos Sexaufnahmen.

Opfer davon sind in über 99 Prozent der Fälle Frauen. KI-Programme, die Nacktbilder erstellen, können oft nicht einmal Männerkörper verarbeiten. Der Werbespruch einer App lautete lange: »Stell dir vor, du verschwendest deine Zeit, sie auf Dates auszuführen, wenn du sie mit unserer Website nackt sehen kannst.«

Die Betreiber der Angebote verschleiern oft mit großem Aufwand ihre Identität. Sie nutzen vielfach

»Es fühlt sich schrecklich an, dass jemand mich gegen meinen Willen in einen solchen Film hineinmontiert hat.«

Werbepild einer Auszieh-App: Nutzer, die eigentlich Täter sind, können sich verhältnismäßig sicher fühlen



Briefkastenfirmen oder etwa die Chat-App Telegram. Der SPIEGEL hat in einer monatelangen Recherche mehrere Hinterleute aus dem Netzwerk enttarnt. Dazu wurden etwa Informationen aus geleakten Datenbanken ausgewertet und die Quellcodes Dutzender Websites analysiert.

So wurde ein umfassendes Netzwerk an Deepfake-Apps mit osteuropäischen Hinterleuten sichtbar. Die Analysen offenbaren erstmals, wie groß das Problem der Deepfake-Videos im Netz geworden ist und dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Die Betroffenen, mit denen der SPIEGEL gesprochen hat, bleiben mit dem digitalen Missbrauch oft allein. Die Zahl der Täter, die solche Apps nutzen, geht in die Zigtausende.

Die Täter

Es begann in einer Nische. 2017 montierte ein anonymes Nutzer unter dem User-Namen »deepfakes« Prominente wie die Schauspielerin Scarlett Johansson in explizite Sexszenen und postete die Ergebnisse im Onlineforum Reddit. »Du tust Gottes Werk«, schrieb ein Nutzer anerkennend über die Videos, deren Qualität angesichts der damals verfügbaren schwächeren Rechenleistung und Software erstaunlich gut war.

Als das Forum auf rund 90.000 Nutzer angewachsen war, verbannte Reddit es 2018. Die Szene war jedoch bereits so groß, dass sie kurzerhand eine eigene Plattform gründete: die bis heute größte Website für KI-generierte Sexvideos von Prominenten: »MrDeepFakes«. Das Logo der Seite zeigt ein grinsendes Comic-Gesicht von Donald Trump und eine Maske, die an das Symbol der Hacker-Bewegung Anonymous erinnert. Nur drei Tage nach dem Bann auf Reddit ging die Plattform online.

Heute wird sie jeden Monat mehr als sechs Millionen Mal aufgerufen, 55.000 falsche intime Videos sind nach einer SPIEGEL-Analyse online, Zehntausende weitere wurden zwischenzeitlich hochgeladen und dann wieder gelöscht. Insgesamt haben die Videos in den vergangenen sieben Jahren mehrere Milliarden Aufrufe gesammelt.

Abrufbar sind nicht bloß wenige Sekunden lange Fakes, im Schnitt dauern die Videos fünfeinhalb Minuten.

Wer alle Aufnahmen durchgehend hintereinander abspielt, könnte



Laura Leon / DER SPIEGEL

210 Tage am Stück Fake-Pornos anschauen.

Die Ersteller der Videos können Geld mit ihren Aufnahmen verdienen. Per Bitcoin lassen sie sich für Spezialwünsche von Nutzern der Seite bezahlen. Allein 300 der aktivsten Nutzer konnten in den vergangenen knapp sieben Jahren mehr als 2000 Geldgänge in ihren hinterlegten Kryptogeldbörsen verzeichnen. Das Gesamtvolumen der Bitcoin-Überweisungen liegt nach einer SPIEGEL-Analyse bei deutlich über 100.000 Euro.

Der Hass auf Frauen ist auf »MrDeepFakes« allgegenwärtig. Linke Aktivistinnen, von denen dort Videos veröffentlicht werden, werden als »kleine Hure« beschimpft. »So hat die alte Schlampe ihre eigene Talkshow bekommen«, heißt es unter einem Deepfake einer bekannten deutschen TV-Moderatorin. Auch Politikerinnen werden mit Videos herabgewürdigt, und von mehreren Frauen aus der Spitzenpolitik gibt es Deepfakes.

Im Fall einer Bundesministerin ging im Dezember 2022 nach SPIEGEL-Informationen eine Anzeige der Betroffenenorganisation HateAid gegen die Betreiber der Plattform ein. Der Vorwurf: Verleumdung von Personen des politischen Lebens und Verletzung von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen.

Polizisten machten sich daraufhin auf die Suche nach den Servern von »MrDeepFakes«. Sie stießen auf IP-Adressen in Kalifornien und Mexikostadt und Server auf den Seychellen, heißt es aus Ermittlerkreisen. Welche Person hinter den digitalen Spuren steckt, habe sich nicht feststellen lassen. Mutmaßlich nutzten die Betreiber Software, um ihre digitalen Spuren zu

verschleiern. Nach einem Dreivierteljahr wurden die Ermittlungen eingestellt. Zuletzt gab es von der Ministerin 13 falsche Videos auf der Seite.

Die Betreiber fühlen sich offenbar sicher. »MrDeepFakes ist gekommen, um zu bleiben«, schrieb einer der Administratoren einige Monate nach Gründung der Seite: »Ich verspreche, dass ich diese Community, solange ich kann, am Laufen halten werde.« Als Nutzernamen verwendet er »dpfks«. Der Nutzer zählt zu den aktivsten und wichtigsten Administratoren der Seite, bislang ist es ihm wie auch den anderen Hinterleuten der Seite gelungen, anonym zu bleiben.

SPIEGEL-Recherchen zufolge ist einer der Hinterleute der 36-jährige David D. Er lebt in der Nähe der kanadischen Metropole Toronto, arbeitete dort mehrere Jahre in einem Krankenhaus. Der SPIEGEL konnte ihn unter anderem anhand einer E-Mail-Adresse identifizieren, die zeitweise als Kontaktadresse auf der »MrDeepFakes«-Seite genutzt wurde. Die gleiche E-Mail-Adresse nutzte er wohl privat für eine Lauf-App. Tatsächlich hat D. in den vergangenen 15 Jahren erstaunlich viele, oft dubios anmutende Websites angemeldet, wie Recherchen zeigen: darunter ein Forum für Piraterie von Musik und Software. David D. ließ mehrere Anfragen zu seiner Rolle auf »MrDeepFakes« unbeantwortet.

Die Opfer

Im September 2023 zeigt sich im spanischen Almendralejo, dass Deepfakes jeden treffen können. Von mehr als 20 Mädchen aus der Kleinstadt

Gynäkologin Al Adib:

Ohne ihre öffentliche Empörung wäre der Fall wohl nie ans Licht gekommen

und an vier Schulen der Stadt kursierten damals auf WhatsApp entsprechende Bilder. Die Opfer waren zwischen 11 und 17 Jahre alt.

Eine von ihnen war die 14-jährige Tochter der Gynäkologin Miriam Al Adib. Ein Junge habe damals ein Bild aus dem WhatsApp-Profil ihrer Tochter genommen und daraus den Fake erstellt, berichtet sie. »Wenn ich nicht wüsste, wie meine Tochter nackt aussieht, hätte ich die Bilder für echt gehalten.«

Kurz nachdem ihre Tochter ihr das KI-generierte Bild gezeigt hatte, lud Al Adib ein eigenes Video auf ihrem Instagram-Kanal hoch. Normalerweise klärt sie ihre Follower dort über gynäkologische Themen auf, nun löste ihr Video eine Welle der Empörung über Deepfakes in Spanien aus. »Es ist schrecklich, ich fühle mich hilflos«, sagt Al Adib darin und richtet sich an diejenigen, die die Bilder generiert hatten. »Jungs, hört auf damit. Hört auf, die Bilder zu erstellen, und wenn ihr eins bekommt, verbreitet es nicht weiter. Das ist keine Kleinigkeit, das ist eine Straftat.«

Ihre Tochter habe zufällig einen Ersteller der Fakes und seine Freunde auf der Straße getroffen. Sie hätten ihre Tochter ausgelacht und gefragt: »Na, sollen wir noch mehr Fotos von dir machen?«

Sie sei geschockt und sehr wütend gewesen, sagt Al Adib. »Als Ärztin weiß ich, dass Opfer unter Cybermobbing und sexualisierter Gewalt teils ein ganzes Leben lang leiden.« Manche der Mädchen, von denen die KI-Fakes kursierten, trauten sich nicht mehr, ihr Zuhause zu verlassen. Andere wurden über Instagram mit den Bildern erpresst und sollten Geld bezahlen.

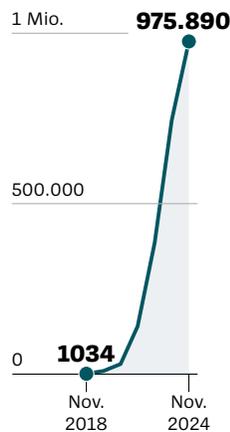
Al Adib beendete die zehnminütige Aufnahme mit einem Aufruf an andere betroffene Mütter, sich zu melden. Gemeinsam schlossen sie sich in einer WhatsApp-Gruppe zusammen und erstatteten Anzeige bei der Polizei.

Einige Beamte hätten die Eltern beschwichtigt, dass die Jungs nur Spaß machen wollten, sagt Al Adib. »Die Polizei hat den Fall erst ernsthaft verfolgt, als es einen öffentlichen Aufschrei in den Medien gab.« Inzwischen hat ein Jugendgericht die Täter zu Bewährungsstrafen verurteilt.

Al Adib ist mittlerweile Teil einer Arbeitsgruppe des spanischen Jugendministeriums, die über die Gefahren aus dem Netz für Minderjährige aufklären soll. »Wir sind uns als Gesellschaft überhaupt nicht über die schlimmen Möglichkeiten be-

Echte Nutzer, Fake-Inhalte

Konten auf »MrDeepFakes«, einer Onlineplattform für gefälschte Sex-Videos



Auswertung zum 24. November des jeweiligen Jahres

Quelle: Eigene Recherche

wusst, mit denen Mädchen und Frauen mithilfe von KI fertiggemacht werden können«, sagt al Adib. »Wir leben in einer Zeit, in der nicht Kinder irgendwann im Netz nach Pornografie suchen, sondern in der die Pornografie bereits davor zu ihnen kommt – ob sie wollen oder nicht.«

Die Hinterleute

Die Nacktbilder von Miriam Al Adibs Tochter und den anderen Mädchen wurden mit dem Dienst Clothoff erstellt. Dessen Website ist bis heute offen im Netz aufrufbar. Rund 27 Millionen Mal wurde sie in der ersten Jahreshälfte angeklickt. Wie ein Sprecher der App mitteilte, würden jeden Tag 200.000 Aufnahmen mit der App generiert.

Wer die App nutzen will, muss lediglich mit einem Klick bestätigen, über 18 Jahre alt zu sein und nur Nacktbilder von sich selbst zu generieren. Geprüft wird das nicht.

Der Markt für solche sogenannten Nudify-Apps, auf Deutsch: Auszieh-Apps, wächst. Nutzer werden mit Gratisbildern geködert, für besonders explizite Darstellungen wird ein Abo-Preis zwischen 10 und 50 Euro fällig.

Doch die Apps sind auch für die Nutzer gefährlich. Russische Hacker sollen mindestens sieben solcher Angebote erstellt haben, um die Daten der Nutzer zu stehlen. Mutmaßlich werden die Informationen dann für andere kriminelle Zwecke wie etwa Kreditkartenbetrug genutzt.

Im kalifornischen San Francisco läuft mittlerweile ein Verfahren gegen die Betreiber mehrerer Auszieh-Apps. Teils nennt die Klageschrift Namen, im Fall von Clothoff wird bisher gegen unbekannt ermittelt. Angeblich wird Clothoff aus der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires betrieben, so zumindest legt es das Impressum nahe. Tatsächlich nutzt das Unternehmen Briefkastenfirmen und Verschleierungstaktiken. Zeitweise versuchten die Betreiber sogar, die Öffentlichkeit mit einem vermutlich KI-generierten Fakebild eines vermeintlichen Clothoff-Chefs in die Irre zu führen.

Im Sommer 2024 jedoch machten die Betreiber einen Fehler: SPIEGEL-Recherchen zeigen, dass sie eine Datenbank offen im Netz ließen, die Aufschluss darüber gibt, wer hinter der Seite steckt. Über den angeblichen Firmenchef finden sich darin keinerlei Hinweise. Dafür lassen sich verbunden mit weiteren digitalen Spuren zahlreiche Helfer und vier zentrale Figuren identifizieren: der Russe Alexander G., die Belarussen Dascha und Alexander B., die nicht nur denselben Nachnamen, sondern auch ein Tattoo mit demselben Motiv haben, und der Ukrainer Jewgenij B. Besonders Letzterer sticht heraus: Seine Firma stand im Impressum von Clothoff, über sich selbst schrieb der 30-Jährige im Netz, er möge Ehrlichkeit und Familie. Als Job gab er Webdesigner und Künstler an, zu seinen Hobbys zählte er Musik und E-Sport.

Wie die drei anderen gehört Jewgenij B. zu einem Firmengeflecht aus der russischen Gamingwelt, das etwa die Seite CSCase.com betreibt. Dort können Gamer Zusatzinhalte wie besondere Waffen für das Shooterspiel »Counter-Strike« kaufen. Die Firma von B. stand auch im Impressum der Seite GGsel, eines Marktplatzes, auf dem russischen Gamern etwa eine Möglichkeit geboten wird, die Sanktionen zu umgehen, die sie von der populären amerikanischen Gamingplattform Steam aussperren. Die vier Hinterleute ließen SPIEGEL-Anfragen unbeantwortet. Ein gewisser Elias teilt per E-Mail als Sprecher der App mit, dass man die vier nicht kenne. Fragen zum Team und dazu, wer welche Aufgabe bei Clothoff habe, könne man wegen einer Geheimhaltungsklausel nicht beantworten. Clothoff verbiete es, Bilder von anderen ohne ihre Zustimmung zu nutzen, schreibt der Sprecher weiter. Zu der »schrecklichen Geschichte« in Almendralejo habe man keine Verbindung, die eigene Technik verhindere es, dass Bilder von Minderjährigen verarbeitet würden. Seinen Nachnamen und seine Telefonnummer wollte der Sprecher nicht nennen, ein Videotelefonat lehnte er ab.

»Hier geht es nicht ums Geschäft«, teilte der Sprecher mit. Sondern darum, »Fantasien von Millionen Menschen zum Leben zu erwecken, ohne anderen zu schaden.«

Die Rechtslücke

Die Italienerin Silvia Semenzin hat in ihrem Heimatland einst erfolgreich für ein Gesetz gekämpft, das das Veröffentlichen intimer Nacktaufnahmen unter Strafe stellt. »Kaum jemand beschäftigt sich einfach so mit diesen Themen, fast alle von uns mussten schon schlechte Erfahrungen im Netz machen«, sagt die Autorin und Aktivistin. Bei ihr war es der Ex-Partner, der Nacktbilder von ihr in einer WhatsApp-Gruppe veröffentlicht hatte. Der



Aktivistin Semenzin

Name der Gruppe: »Alle Frauen sind Huren«. Semenzin nahm ihn als Titel für ihr Buch über digitale Gewalt gegen Frauen.

Mittlerweile kämpft sie dafür, dass auch das Erstellen von Deepfake-Nacktbildern ohne Zustimmung verboten wird. »In fast keinem Land in Europa schützen die Gesetze Frauen ausreichend vor digitaler Gewalt.«

Für sie stehen Deepfakes für ein größeres gesellschaftliches Problem: Noch immer würden die meisten Männer Frauen als Sexualobjekte wahrnehmen – und weibliche Nacktheit und Sexualität als inhärent pornografisch ansehen. »Sie denken, sie können mit unseren Körpern und mit unseren Bildern machen, was sie wollen.«

Semenzin ist enttäuscht, wie wenig die Politik unternimmt, um Frauen offline und online vor Übergriffen zu schützen. »Das zeigt sich eindrücklich beim AI Act der EU.« Die Europäische Union hatte das im Mai verabschiedete Gesetz als das erste große KI-Gesetz der Welt gefeiert. Tatsächlich regelt es auf 144 Seiten viele in der Zukunft mögliche Risiken, etwa KI-gestützte Cyberangriffe, Biowaffen oder einen militärischen Einsatz der Technik. Ausgerechnet von digitalem Missbrauch von Frauen oder einem schärferen Vorgehen gegen Deepfake-Ersteller ist nirgendwo die Rede, obwohl genau hier schon heute negative Folgen von KI sichtbar sind.

In Deutschland ist der Schutz durch den Staat dünn. Eine spezielle rechtliche Regelung gibt es nicht. Wer mithilfe von künstlicher Intelligenz intime Aufnahmen eines erwachsenen Opfers erstellt, verstößt laut Rechtsexperten womöglich nicht einmal gegen Regelungen im Strafgesetzbuch. Lediglich eine Verfolgung nach Datenschutzrecht wäre möglich, eine Konstruktion, die offenbar bisher noch in keinem Fall erprobt wurde.

Immerhin gegen die Verbreiter missbräuchlicher Sexaufnahmen können Ermittler etwas einfacher vorgehen. Etwa wegen Verleumdung oder wegen Verstößen gegen das im Jahr 1907 erlassene Kunsturhebergesetz, das zumindest das Recht am eigenen Bild schützt. Offenkundig halten die Gesetze nicht mit der technischen Entwicklung Schritt. Denn tätig werden kann die Polizei in diesen Fällen oft erst, wenn die Betroffenen bereit sind, Strafantrag zu stellen – und gegen die Ersteller der Aufnahmen können sie auf diesem Wege auch nichts tun.

Die Nutzer, die eigentlich Täter sind, können sich verhältnismäßig sicher fühlen. Die Bezahlung läuft oft anonym, etwa mit Bitcoin. Die Betreiber von Clothoff versprechen ihren Nutzern im ersten Satz des Impressums: »Wir speichern keinerlei Daten.«

Das allerdings scheint nicht zu stimmen. Dem SPIEGEL wurde eine Liste zugespielt, die Tausende Nutzer der App entlarvt, darunter auch mehrere deutsche Männer. Der SPIEGEL hat mehrere Nutzer kontaktiert. Reagiert hat keiner.

Markus Böhm, Christo Buschek, Roman Höfner, Max Hoppenstedt, Marvin Milatz



Mafiöse Methoden?

SKANDALE In Wien, München und Vaduz wird gegen den Signa-Gründer ermittelt. Nun setzen Fahnder in Italien René Benko zu.

Unternehmer Benko: Wichtiges persönlich besprochen

Als das Reich des österreichischen Immobilienjongleure René Benko im Frühjahr zerbrach, feierten sie in Italien noch. Tausende Besucher kamen im März zum Frühlingsfest in den WaltherPark in Bozen, ein Filetstück von Benkos Firmengruppe Signa. Einkaufstempel, Viersternehotel, Wohnungen. In einem Jahr sei die Eröffnung, jubelte Heinz Peter Hager, Signa-Statthalter in Italien, die Vorzeichen seien gut, »wir sind sehr fleißig«.

Die Freude dürfte verfliegen sein. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft Trient in Südtirol sollen Hager und sein Trupp allzu fleißig gewesen sein. Der WaltherPark ist Teil ihrer Beweiskette, anhand derer jetzt Haftbefehle erlassen wurden – gegen Hager und Signa-Gründer Benko. Gegen 77 Unternehmer, Führungskräfte, Beamte werde ermittelt.

Nun hat Benko die italienische Anti-Mafia-Behörde am Hals. Eine »kriminelle Vereinigung« habe man da ausgehoben, so die Strafverfolger. Ihre Vorwürfe: Bestechung, Manipulation, Korruption, Betrug in Südtirol und im Trentino. Der 47-Jährige sei mutmaßlicher Kopf der Bande, auch »dank seiner wirtschaftlichen Macht« Anführer einer Gruppe, die sich »mafioser Methoden« bediene. Die Ermittler hätten die Spuren in Südtirol seit 2019 verfolgt.

In Wien, München und Vaduz ermitteln Staatsanwälte gegen den einstigen Immobilien-Tausendsassa oder Signa-Verantwortliche. Etwa wegen schweren Betrugs. Benkos Anwälte weisen sämtliche erhobenen Vorwürfe zurück. Was die italienischen Anti-Mafia-Kämpfer nun in ihrem Haftbefehl darlegen, bringt neue Brisanz in die Ermittlungswelle.

Aus ihrer Sicht offenbare sich das Bild einer umfangreichen kriminellen Organisation. Mit Signas Italien-Mann Hager als wichtigstem Ausführenden, der dem Patron Benko »fortlaufend Bericht erstattet« habe. »Das Vorgehen erscheint von Benko angeordnet oder teils genehmigt«, so die Ermittler. Die Truppe

habe sich mutmaßlicher Mafiamethoden bedient, Behördenmitarbeiter begünstigt, mit Schmiergeldern und Druck agiert. Manche Personen seien bestochen worden, andere bedrängt oder bedroht.

In den Akten offenbart sich indes ein Kernproblem der Ermittler: das mutmaßliche System Benko. Er und Hager sollen sich abgestimmt haben, so die Staatsanwaltschaft, telefonisch oder in persönlichen Treffen. Schriftlich? Offenbar wenig greifbar. So soll es oft gelaufen sein. Investoren galt Benko als jemand, der Wichtiges persönlich besprach.

Das macht die Beweislage für die italienischen Behörden schwierig. Wovon wusste Benko? Was ordnete er an? Benko, so die Ermittler, habe »sich stets im Hintergrund« gehalten. Zugleich seien den von Hager getroffenen Entscheidungen immer Kontakte und Vereinbarungen mit Benko vorausgegangen. Vernommene Zeugen hätten vom »Duo Hager/Benko« gesprochen, als wären sie »eine Einheit«, »untrennbar voneinander«. In Bozen seien die Signa-Projekte als »Benkos Sachen« bezeichnet worden. Und doch, so gestehen die Ermittler ein, könnten sie wenige direkte Handlungen von Benko nachweisen. Signa sei wie eine Marke verwendet worden, die es ermöglicht habe, »leicht Gefälligkeiten und großzügig erteilte Genehmigungen von unterwürfigen Beamten zu erhalten«.

So soll es nach vorläufigen Erkenntnissen der Südtiroler Ermittler auch beim WaltherPark gelaufen sein. Nötige Anträge für Abriss und Wiederaufbau von Gebäuden sowie eine Kantine seien dort genehmigt worden, ohne dass alle nötigen Unterschriften oder Unter-

»Das Vorgehen erscheint von Benko angeordnet oder teils genehmigt.«

Anti-Mafia-Fahnder

lagen vorgelegen hätten. Es seien zwar Unregelmäßigkeiten festgestellt und beanstandet worden innerhalb der Behörde, doch diese seien abgegebelt worden.

Unter anderem habe eine Amtsträgerin Dokumente geändert, Genehmigungen für den Fortgang des Baus seien trotz Mängeln erteilt worden. Die Behördenmitarbeiterin, so die Ermittler, habe sich »stets gewissenhaft an Anweisungen« der Gruppe um Hager gehalten.

Anderorts soll sich Signa einen Amtsträger mit einem Job gefügig gemacht haben. Der Mann aus dem Personal des Vizebürgermeisters von Bozen habe offenbar für schnellere Genehmigungen beim Bau des Wohnkomplexes Gries Village in der Stadt gesorgt. Er soll auch Probleme mit der Verwaltung abgewendet haben, obwohl dort Pergolen von Penthouses mit Glasstrukturen ohne Baugenehmigung überdacht worden seien. Dafür habe Signa ihm nach seiner Pensionierung eine Stelle angeboten, der Vertrag sei während seines öffentlichen Arbeitsverhältnisses unterzeichnet worden. Laut den Akten soll Hager darauf gedrungen haben, den Start des Jobs auf dem Papier etwas verzögert beginnen zu lassen, mit den Worten: »So sind wir ein bisschen sauberer.«

Einem Politiker, der für den Bau nachteilige Akten zurückgehalten habe, soll Hager vergünstigt Garagen in dem Gries-Komplex für »nächste Angehörige« angeboten haben.

Viele Fälle im Haftbefehl betreffen allerdings offenbar Hagers Unternehmungen und nicht die Signa. Verwaltungsbeamte sollen da bedroht oder Politiker mit Wahlkampfhilfen gegen Hilfe bei Bauprojekten bezirzt worden sein. Mehrere Politiker wiesen die Anschuldigungen zurück.

René Benko werde die ihm erst jetzt bekannt gewordenen Vorwürfe sorgfältig prüfen, teilte ein Anwalt mit. Er sei »zuversichtlich, dass sie sich ihm gegenüber als inhaltlich unrichtig aufklären« ließen. Rund 90 Prozent der Sachverhalte, zu denen die italienische Justiz ermittele, hätten »keinen wie auch immer gearteten Bezug zu Signa, geschweige denn zu René Benko«. Hager, der unter Hausarrest gestellt worden sein soll, hatte zuletzt dargelegt, den Ermittlern volle Zusammenarbeit angeboten zu haben. Er habe »großes Vertrauen in die Justiz«.

Benko war beim Landeskriminalamt in Tirol befragt worden und ist weiter auf freiem Fuß. Eine Auslieferung nach Italien sei unwahrscheinlich, hieß es in den Behörden. Die Justiz prüfe eher, ob die Vorwürfe in Österreich strafbar wären, was zu einem eigenen Verfahren führen könne.

Der WaltherPark jedenfalls ist schon weitgereicht worden an die deutsche Schoeller-Gruppe, einen Signa-Gläubiger. Genauso wie andere Großprojekte der Signa in der Gegend, etwa der Plan, die Gletschermumie Ötzi auf den Bozener Hausberg Virgl zu schaffen als neues Touristenhighlight.

Francesco Collini, Kristina Gnirke, Timo Schober

GO SAFE

Sie schützen Ihr Team, wir deren Geräte.

Jetzt mit Vodafone Services und **Lookout** die
mobilen Geräte Ihrer Mitarbeiter:innen schützen.



Zusammen für Ihr Business.
vodafone.de/services



Together we can
vodafone
business



Ryoichi Kida / AP / picture alliance

Im Noboribetsu-Bärenpark auf Hokkaido werden Lachse per Gondelfahrt luftgetrocknet, bevor sie verfüttert werden. Die nördlichste der japanischen Hauptinseln ist eine Schlüsselregion des Fischfangs, beklagt jedoch eine stark sinkende Lachspopulation. Ein Grund dafür ist die Meereseerwärmung durch den Klimawandel. Darunter leiden auch wilde Bären, die in ihrer Ernährung auf Lachse angewiesen sind. 2023 sind deshalb in Teilen Hokkaidos zahlreiche Jungtiere verhungert.

Joe Biden beschädigt sein Erbe

ANALYSE Der scheidende US-Präsident begnadigt seinen Sohn – und bricht damit sein Wort.

Dass Joe Biden das ihm von der Verfassung zugebilligte Gnadenrecht darauf verwendet, seinen Sohn zu schützen, ist ein Problem. Die Begnadigung Hunter Bidens kurz vor Ende seiner Amtszeit hat ihm entsprechend scharfe Kritik sowohl vonseiten der Republikaner als auch aus den eigenen Reihen eingebracht. Die Entscheidung hat das Zeug dazu, sein politisches Erbe weiter zu beschädigen.

»Keine Familie darf über dem Gesetz stehen«, befand die demokratische Abgeordnete Marie Gluesenkamp Perez aus dem Bundesstaat Washington. Der republikanische Senator Charles E. Grassley aus Iowa sagte, Biden habe so oft beteuert, seinen Sohn nicht begnadigen und dem Urteil der Jury vertrauen zu wollen, dass er, so Grassley, ihm geglaubt habe: »Shame on me« – er schäme sich für seine Leichtgläubigkeit.

Hunter Biden, 54, ist der einzige noch lebende Sohn des Präsidenten. Er war jahrelang schwer drogensüchtig und verstieß

gegen Waffen- und Steuergesetze. Das Strafmaß für seine Vergehen sollte in Kürze festgelegt werden. Hunter Biden hätten bis zu 25 Jahre Gefängnis gedroht. Davor schützt ihn nun der Präsident und Vater.

Biden ist der erste US-Präsident, der eine Person aus dem engsten Familienkreis umfassend begnadigt. Er bewahrt ihn damit vor jeglicher Strafverfolgung, und zwar über einen Zeitraum von zehn Jahren.

Zwar haben auch Donald Trump und Bill Clinton zum Ende ihrer Amtszeit Angehörige rehabilitiert. Aber sowohl Charles Kushner, Vater von Trumps Schwiegersohn Jared, als auch Roger Clinton, ein Halbbruder Bill Clintons, hatten große Teile ihrer Strafen bereits verbüßt.

Noch größeres Stirnrunzeln als der Akt an sich verursachte Joe Bidens Begründung: Sein Sohn sei »ungerechterweise« strafrechtlich verfolgt worden. »Krude Politik« habe sich in die Rechtsprechung gemengt. Damit wirft der Präsident auch seinem eigenen Justizministerium Voreingenommenheit vor. Angetreten war er vor vier Jahren mit dem Leitsatz, die Unabhängigkeit der Justiz zu schützen. Bidens Sätze irritieren auch deshalb so sehr, weil sie nach seinem Vorgänger und Nachfolger Donald Trump klingen. Julia Amalia Heyer

Kyjiws Armee in Personalnot

UKRAINE Im dritten Jahr des russischen Angriffskriegs mangelt es der Ukraine an Soldaten. Ein hoher US-Regierungsbeamter sprach von einer »existenziellen Rekrutierungskrise«. Das Land bilde nicht genügend Soldaten aus, um seine Verluste auf dem Schlachtfeld auszugleichen. Die Regierung des scheidenden US-Präsidenten Joe Biden fordert deshalb, das Rekrutierungsalter der Ukraine auf 18 Jahre herabzusetzen. Im Frühjahr war es bereits von 27 auf 25 Jahre gesenkt worden. Wehrpflichtige wurden unter Androhung hoher Geldstrafen aufgefordert, ihre Militärdokumente zu erneuern. Doch die Maßnahmen scheinen nicht auszureichen.

Nach Schätzungen der »Financial Times« sind noch 3,7 Millionen Männer mobilisierbar. 160.000 Soldaten will die Ukraine nun rekrutieren. Allerdings ist der Wille, freiwillig zu

kämpfen, bei vielen erloschen. In einer Umfrage des ukrainischen Rasumkow-Zentrums erklärte fast die Hälfte der Befragten, es sei »keine Schande, sich dem Wehrdienst zu entziehen«.

Im aktiven Dienst der ukrainischen Streitkräfte sollen laut »FT« aktuell rund 350.000 Soldaten stehen. In Russland sind es mehr als eine Million. Schätzungen zufolge wurden bis zu 100.000 ukrainische Soldaten im Krieg getötet, bis zu 400.000 verletzt. Mehr als 100.000 sind desertiert – wohl auch wegen einer bisher fehlenden Regelung, dass sie nach drei Jahren standardmäßig aus dem Militärdienst entlassen werden. Trainer einer ukrainischen Ausbildungsstätte sagten dem SPIEGEL, mehr als die Hälfte der Rekruten seien inzwischen gegen ihren Willen in der Armee. Ihr Durchschnittsalter sei gestiegen, einige hätten gesundheitliche Probleme. Das größte Problem sei die fehlende Motivation. AKA

Erste Präsidentin in Windhoek

NAMIBIA Zum ersten Mal wurde in dem südafrikanischen Land eine Frau ins Präsidentenamt gewählt. Netumbo Nandi-Ndaitwah von der Partei Swapo wurde am Dienstag in der Hauptstadt Windhoek zur Wahlsiegerin erklärt. Laut der Wahlkommission erhielt die 72-Jährige mehr als 57 Prozent der Stimmen. Der zweitplatzierte Panduleni Itula kam auf 26 Prozent. Wegen großer logistischer Probleme und einer Verlängerung der Wahl in einigen Landesteilen um drei Tage kündigte er an, das Ergebnis vor Gericht anzufechten.

Nandi-Ndaitwah, die bisher Vizepräsidentin ist, versprach nach ihrem Wahlsieg, die Wirtschaft anzukurbeln und die Infrastruktur zu verbessern: »Die namibische Nation hat für Frieden und Stabilität gestimmt.«

Die Swapo ist seit der Unabhängigkeit 1990 an der Macht. Nandi-Ndaitwah schloss sich der Befreiungsbewegung bereits 1966 an. Namibia wurde damals vom südafrikanischen Apartheidregime verwaltet. Nachdem sie wegen der Teilnahme an

Studentenprotesten inhaftiert worden war, floh sie ins Exil und arbeitete für die Bewegung in Sambia und Tansania. Wie viele Aktivisten in Afrika studierte sie in der Sowjetunion, später in Großbritannien. Nach der Unabhängigkeit war sie Abgeordnete in jedem gewählten Parlament und leitete verschiedene Ministerien.

Nun stehen ihr große Aufgaben bevor: Die Erwerbslosigkeit in der jungen Bevölkerung ist hoch, es gibt zu wenig Wohnraum, und der Zorn über hohe Landpreise ist groß. Obwohl Namibia von der Weltbank als Staat mit gehobenem mittleren Einkommen geführt wird, sind viele Menschen arm. Namibia gehört weltweit zu den Ländern, in denen der Wohlstand um ungleichsten verteilt ist. FSC



Nandi-Ndaitwah

Simon Maina / AFP



Lebensmittelausgabe in Gaza

Eyad Baba / AFP

»Vor den Bäckereien kommt es zu regelrechten Kämpfen«



UNOCHA

Georgios Petropoulos, 45, leitet das Büro der Uno-Nothilfekoordination in Gaza. Hier spricht er über Hungersnöte und Israels Verantwortung bei Plünderungen von Hilfslieferungen.

SPIEGEL: Herr Petropoulos, die Hamas ist zuletzt gegen Clanangehörige vorgegangen, die für Plünderungen verantwortlich sein sollen. An einem einzigen Tag soll eine Gruppe knapp 100 Uno-Lastwagen geplündert haben. Wie schlimm ist die Lage?

Petropoulos: Es gibt sehr viele verschiedene Player. Clans, Teile von Clans, Gangs und so weiter. Der Hilfssektor in Gaza ist wie ein Dschungel.

SPIEGEL: Medienberichten zufolge finden viele Plünderungen in Sichtweite der israelischen Armee statt. Warum interveniert sie nicht?

Petropoulos: Wir hatten Zusicherungen. Doch dann wurden 98 von 109 Lastwagen geplündert. Da frage ich mich auch, wo all diese Güter landen. Die Israelis überwachen doch jeden Winkel.

SPIEGEL: Die Israelis sagen, vor allem die Hamas bereichere sich.

Petropoulos: Natürlich, weil es ihrer Argumentation dient. Nach unseren Informationen geht das Allermeiste aber auf das Konto der Clans. Das ist Organisierte Kriminalität.

SPIEGEL: Die Uno hat Hilfslieferungen über den südlichen Grenzübergang Kerem Schalom eingestellt und ist auf einen Übergang weiter nördlich ausgewichen. Allerdings sind die Kapazitäten dort sehr gering. Reicht das, um eine Hungersnot zu verhindern?

Petropoulos: Die Menschen sind verzweifelt. Vor den sehr wenigen noch geöffneten Bäckereien kommt es zu riesigen Ansammlungen, regelrechten Kämpfen. Vor ein paar Tagen wurden drei Frauen zu Tode gequetscht.

SPIEGEL: Was ist Israels Ziel?

Petropoulos: Es ist das Prinzip »teile und herrsche«: Es geht um die Schwächung oder Zerstörung des sozialen Gefüges. Bewaffnete Gruppen treiben ihr Unwesen, gleichzeitig machen die Israelis Druck, dass private Unternehmen die Hilfslieferungen übernehmen. Derweil werden die Versorgungswege der Uno in jeder erdenklichen Weise gestört. Eine so kaputte Gesellschaft wieder zusammenzubringen, ist sehr schwierig.

SPIEGEL: Das erinnert an Mogadischu in den Neunzigerjahren – an die Anarchie, die damals in Somalia herrschte.

Petropoulos: Gaza ist in gewisser Weise noch schlimmer. Hier gibt es keine Blauhelme, die zumindest Hilfslieferungen schützen könnten. Wir leben in Sorge, dass hungrige Menschenmassen bald unsere Lagerhäuser stürmen. Dabei sind die schon länger fast leer. THS

Assad, allein zu Haus

SYRIEN Der Bürgerkrieg ist zurück: Innerhalb von zwei Tagen haben die verbliebenen syrischen Rebellen die Millionenstadt Aleppo eingenommen. Sie rücken weiter vor – es könnte der rasante Anfang vom vermutlich langsamen Ende der Schreckensherrschaft in Damaskus sein. *Von Christoph Reuter*



Dejil Sculeiman / AFP



Mohammed Al Rifai / EPA



Mahmoud Hasano / REUTERS



Omar Haj Kadour / Getty Images

1 | Kurdische Flüchtlinge aus Aleppo bei ihrer Ankunft in Raqqa **2** | Männer auf einem Panzer auf der Autobahn Richtung Damaskus
3 | Rauchschwaden über Wohngebäuden in Aleppo **4** | Zerschlossene Plakatwand mit syrischer Flagge und Assad-Porträt

Das jährliche Wiederaufflammen der Kämpfe in Syrien lässt viele Bilder aufscheinen aus der Erinnerung, wenn man diesen Krieg jahrelang erlebt hat. Aber es ist ein kleiner, ruhiger Moment, der stehen bleibt vor dem inneren Auge: ein Dezembertag vor fast genau 13 Jahren. Im Dorf Dar Kabira westlich der Großstadt Homs hatten die Menschen gerade einen der Ihren zu Grabe getragen, dem »Sicherheitskräfte« der Staatsmacht am Tag zuvor den halben Kopf weggeschossen hatten. Einfach so, als er auf dem Heimweg von der Arbeit war. Ein Verwandter stand auf dem Friedhofshügel. »Baschar wird so viele töten lassen, wie die Welt ihn töten lässt«, sagte er.

Als der alte Mann das sagte, hatte der Massenmord im Reich von Baschar al-Assad, Präsident und Erbe der Familiendiktatur, gerade erst begonnen. Auf meiner Reise brodelte das Land, an Hunderten Orten demonstrierten die Menschen, und das Regime begann seinen Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Zunächst in Homs, dann weiter im Süden, rund um Damaskus, in Idlib und Aleppo im Norden. Panzer schossen in Wohngebiete, auf Krankenhäuser, Hubschrauber warfen »Fassbomben« voller Sprengstoff und Metallsplinter ab. Ab 2013 setzten Assads Truppen den chemischen Kampfstoff Sarin ein, ebenso Chlorgas.

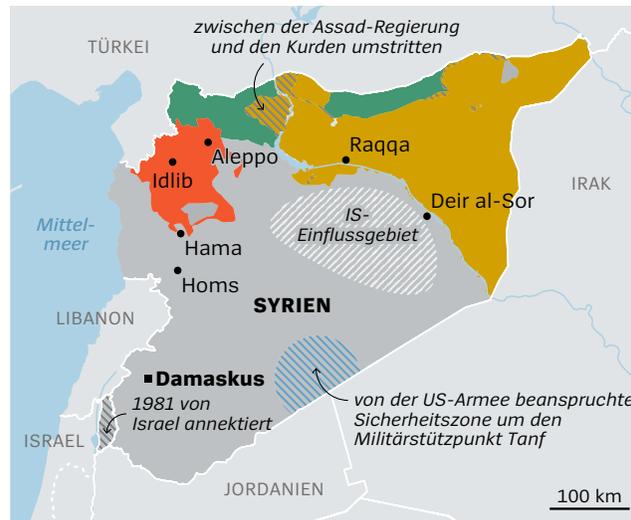
Iran schickte die ihm ergebene libanesische Hisbollah und andere Milizen aus dem Irak, später Söldner aus Afghanistan und Pakistan. Russlands Luftwaffe legte ab 2015 Stadt um Stadt der Rebellen in Schutt und Asche, bis Syrien 2020 zersplittert war in mehrere Teile. Die halbe Bevölkerung: geflohen, vielfach in die Nachbarländer, nach Europa. 500.000 Menschen: tot, wobei niemand mehr verlässlich gezählt hat in den späten Jahren. Der alte Mann auf dem Friedhofshügel hat recht behalten. Die Welt hat Assad nie aufgehoben beim Töten. Stattdessen gewöhnte sie sich über all die Jahre an diesen Krieg. Als wäre er schon immer da gewesen, ein gewohnter Unterton des Grauens.

Und nun das: Innerhalb von zwei Tagen haben die verbliebenen syrischen Rebellen aus ihren Enklaven in Nordwestsyrien vor einer Woche die Millionenstadt und Wirtschaftsmetropole Aleppo eingenommen, weitere Städte und Dutzende von Dörfern. Man kann nicht einmal sagen, sie hätten Aleppo erobert, denn da war niemand mehr, die Stadt zu verteidigen. Offiziere, ihre Truppen und die verschiedenen Geheimdienste hatten Aleppo zuvor verlassen. Nach-

Neue Offensive

Gebiete unter Kontrolle von

- Assad-Regierung und Verbündeten (u. a. Russland und Iran)
- Islamisten (vor allem HTS) und nationalistischen Rebellen
- Kurden
- Türkei und verbündeten Rebellen



5 • Quellen: Institute for the Study of War, AEI's Critical Threats Project; eigene Recherche; Stand: 4. Dezember 2024

barn der Zentralen des Militärgeheimdienstes und der Militärpolizei berichten am Telefon, dass deren Männer zu Hunderten mit Akten und Waffen abgezogen seien, die Geheimdienstler hätten sogar ihre Gefangenen mitgenommen. Die Verwandte eines Armeemoffiziers erzählt, dieser habe sich und seine Familie nach Jordanien in Sicherheit gebracht. Einfache Soldaten flohen nach Süden oder ergaben sich.

Dabei wusste man in Damaskus seit Monaten von der kommenden Offensive, Urlaubssperren für die Truppen waren verhängt, Eliteeinheiten der Republikanischen Garde nach Norden verlegt worden. Kämpfen mochten sie trotzdem nicht.

»Wofür noch? Wofür hier sterben?«, rekapituliert ein Mann aus Aleppo die Kommentare junger Wehrpflichtiger, deren Tagesration seit Jahren aus einer Kartoffel, einem Ei, zwei Fladenbrot und einem Stück Tomate bestand, »eine Dose Sardinen gab es nur, wenn ein Sieg zu verkünden war«. Seit Jahren sei die allgemeine Lage nur schlechter geworden, sprunghaft noch einmal mit dem Krieg zwischen Israel und der Hisbollah im Libanon seit Oktober: »Seit Israel die Grenzübergänge bombardiert, muss der geschmuggelte Diesel über die Grenze getragen werden«, kostet der 20-Liter-Kanister 50 statt zuvor 30 Dollar. Die vorher schon korrupten Geheimdienstler und Milizionäre an den allgegenwärtigen Checkpoints

seien noch gieriger und rabiater geworden, »jeder beraubt jeden«.

Eine Diktatur im Zustand des Ermüdungsbruchs.

Nicht die Welt hat Assad aufgehoben, da lag der Mann aus Dar Kabira richtig. Jene, die in den vergangenen Tagen den rasanten Anfang vom vermutlich langsamen Ende der Schreckensherrschaft eingeleitet haben, sind Syrer. An der Spitze ausgerechnet jene Truppe, die sich vor mehr als einem Jahrzehnt noch mit al-Qaida verbündet hatte, dem Inbegriff des Terrors. Dies geschah zwar im Kampf gegen den »Islamischen Staat«, aber war trotzdem ein Horror für die meisten in Syrischer Opposition und den Rest der Welt.

Doch über die Jahre hat die Organisation, die sich seit 2017 Komitee zur Befreiung der Levante (HTS) nennt, eine ungewöhnliche Metamorphose durchgemacht. In Idlib, der HTS-Bastion im Nordwesten, ist von den Dschihadistenbannern und dem afghanischen Dresscode syrischer Radikaler kaum etwas geblieben. Stattdessen empfangen die HTS-Funktionäre ihre Gäste in Anzügen, haben neue Malls eröffnet, funktionieren Stromversorgung und das Telefonnetz rund um die Uhr. Es gibt Straßenbeleuchtung, eine neue Freihandelszone, um reiche Exilsyrier für Investitionen zu gewinnen. Nicht al-Qaida-Gründer Osama Bin Laden ist das Vorbild, sondern Dubai: eine Autokratie mit öffentlicher Grundversorgung und wenig Ideologie.

»Freies Syrien«, wie die HTS ihr Herrschaftsgebiet nennt, ist Idlib mitnichten. Die Gefängnisse sind voll, es wird gefoltert. Aber der Versuch, einfach eine neue Diktatur zu errichten, funktioniert schlecht mit dieser Bevölkerung: Zwei Drittel der mehr als drei Millionen Bewohner sind wegen ihres Widerstands gegen Assad aus anderen Landesteilen hierhergeflohen. Tausende sind dieses Jahr monatelang auf die Straßen gegangen, mit dem Slogan »Stürzt Julani« – Mohammed al-Julani, den HTS-Anführer –, »nieder mit der Unterdrückung«. Dieselben Parolen wie einst, nun gegen Julani statt Assad.

»Aber das Faszinierende war: Kaum jemand wurde verhaftet, niemand ermordet«, sagt der britische Analyst Malik al-Abdeh, der die Entwicklungen in Idlib seit Jahren verfolgt. In den Gefängnissen saßen eher Dschihadisten, die sich dem neuen Kurs nicht fügen wollten. Der Bruch Julanis und der HTS insgesamt mit der Ideologie vom weltweiten Dschihad vor mehr als acht Jahren sei »sehr

Syrien ist gerade eine Diktatur im Zustand des Ermüdungsbruchs.

echt«, urteilt Aaron Zelin vom Washingtoner Institute for Near East Policy, der kürzlich ein Buch über die HTS veröffentlicht hat.

Was die militärischen Kräfteverhältnisse nun so dramatisch verschoben hat, ist, gewissermaßen, die Rückkehr zur Ausgangslage des Bürgerkriegs von 2012: Syrer stehen gegen Syrer. Als wäre dieser Krieg nach einer endlosen Umlaufbahn der Siege, Niederlagen und des Zerfalls wieder dort angekommen, wo er begann. Bevor Irans Bodentruppen und Russlands Luftwaffe die syrische Diktatur retteten.

2015 stand Assads Regime trotz Zehntausender ausländischer Milizionäre vor der Niederlage. Erst Russlands Luftwaffe rettete ihn. Russlands Präsident Wladimir Putin ließ Dutzende Kampfjets nach Syrien verlegen, die ab Herbst 2015 massiv in die Kämpfe eingriffen.

Doch Assads Schutzmächte von damals sind heute verhindert: Russland führt seinen Angriffskrieg in der Ukraine, hat einen Großteil der Truppen und Kampfjets aus Syrien abgezogen. Die Hisbollah im Libanon ist von Israels Luftangriffen und Bodentruppen dramatisch geschwächt worden. Israel bombardiert seit Jahren Ziele in Syrien, wobei es gar nicht gegen Assad geht, sondern gegen iranische Offiziere und Waffendepots in Syrien – mithin gegen Irans Unterstützung für die Hisbollah. Auch die irakischen Milizen scheinen bislang wenig gewillt, abermals Tausende für Assad sterben zu lassen, wenn sonst niemand kommt.

Eine vollkommen andere Welt begegnete uns vor zehn Jahren im umkämpften Aleppo. Ein Funkaufklärer der Rebellen im Ostteil der Stadt zählte auf, welche Sprachen er bei Assads Truppen verfolgte: Im »afghanischen Sektor« im Süden werde die afghanische Mundart des Persischen gesprochen. Im »Hisbollah-Sektor« nebenan sei libanesisches Arabisch zu hören, während die iranischen Offiziere Persisch sprächen. Die Pakistaner auf Urdu verstehe niemand, die irakischen Milizen sprächen mit dem schweren Akzent des Südirak. Später kam noch Russisch hinzu. Im Mai 2015 redete ich mit zwei von Rebellen gefangen genommenen Afghanen in Aleppo. Sie waren als Gasterbeiter in Teheran festgenommen, an die Front verfrachtet worden und wussten nicht, wo sie überhaupt waren.

Ende 2016, nach viereinhalb Jahren der Kämpfe, eroberte Assads multinationales Milizkonglomerat die verwüstete Osthälfte der Stadt zurück. Jetzt wiederum ergab sich einfach die ganze Stadt ohne Gegenwehr.

Unmittelbar nach dem Abzug nun machten die verbliebenen Jets der russischen und syrischen Luftwaffe damit weiter, womit sie nie ganz aufgehört hatten: bombardierten Wohnviertel, ein Kolleg des Franziskanerklosters in Aleppo, Krankenhäuser und Vertriebenenlager in Idlib. Alles Terroristen dort, hieß es aus Damaskus. Eine empörte Bewohnerin Aleppos, bis eben noch Bürgerin des Assad-Rumpfstaaes, brachte es auf den Punkt: »Sind die Bewohner von Aleppo nun als Terroristen einzustufen, nur weil die Regierung sich zurückgezogen hat?«

Stets Maxime aller Entscheidungen der Assads: die Macht nie wieder herzugeben

Der jähe Zusammenbruch von Assads Macht im Norden konterkariert die internationale Tendenz der vergangenen Jahre, Syriens Diktatur zu rehabilitieren: 2023 nahm die Arabische Liga, der wichtigste Zusammenschluss arabischer Staaten, Syrien wieder auf nach dem Ausschluss 2011. Im Juli dieses Jahres forderten acht EU-Staaten unter Federführung Italiens eine Wiederannäherung an Assads Regime – dann ließen sich Geflüchtete dorthin abschieben.

Dasselbe Motiv bewegte kurioserweise auch jenen Mann, der die HTS und andere Rebellengruppen monatelang zurückgehalten hat, aber nun offenbar grünes Licht zur Offensive gab: den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Der autokratische Jongleur zwischen allen politischen Lagern kontrolliert in unterschiedlichem Maße die syrischen Rebellengruppen an der türkischen Grenze. Er versucht, den Einfluss der Kurden in Nordostsyrien zu bekämpfen, die dort ihre Autonomiezone als syrischen Ableger der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, etabliert haben. Erdoğan betrachtet die PKK als Terrorvereinigung. Innenpolitisch wiederum werden die 3,2 Millionen syrischen Flüchtlinge in der Türkei zu einem wachsenden Problem für ihn.

Monatelang liefen hinter den Kulissen, unterstützt sogar von Putin, Verhandlungen zwischen Ankara und Damaskus um ein kompliziertes Paket. Es ging um eine türkische Sicherheitszone auf syrischem Terrain entlang der Grenze – und um Konzessionen Assads zur Aussöhnung mit der Opposition, bis hin zu praktischen Details wie der staatlichen Anerkennung von Schulzeugnissen aus Oppositionsgebieten. Ohne eine gesicherte Perspektive für sich und ihre Kinder würden die Geflohenen nicht zurückkehren nach Syrien. Umgekehrt wären im Falle einer politischen Aussöhnung immense internationale Hilfen zu erwarten. Auf diese »Friedensdividende« hat auch Moskau stets spekuliert.

Doch Baschar al-Assad sagte, wie stets, Nein. Die Gespräche hätten »keine erwähnenswerten Resultate« erbracht. Als er auf dem Arabisch-Islamischen Gipfel in Saudi-Arabien am 11. November auch noch die Bitterkeit von Kronprinz Mohammed bin Salman um ein Treffen mit Erdoğan ausschlug, war das Tauwetter offenbar zu Ende. Wochen später rollten die Rebellen gen Süden.

Im Lichte der Resultate wirkt Assads Haltung wie eine krasse Fehlkalkulation. Aber das greift zu kurz. Seine Verweigerung selbst kleinster Reformschritte ebenso wie die Abhängigkeit von ausländischen Kampftruppen wurzeln in der Entstehung dieser paranoiden

Diktatur. Die Assads entstammen der kleinen und einst ärmsten Minderheit Syriens, der Alawiten, die vor dem Krieg ein Zehntel der Bevölkerung ausmachten. Die 1970 per Putsch gewonnene Macht nie wieder herzugeben, ist stets Maxime aller Entscheidungen gewesen.

Das Zeitfenster 2011, als Baschar al-Assad sich an die Spitze der Veränderung hätte stellen können, um den Preis der Macht, schloss sich bald im Exzess seiner Gewalt. Die alawitische Generalität und seine Familie drängten darauf, so zu verfahren wie immer. Zu vernichten, wer ihnen die Herrschaft streitig machen wollte über »Assads Syrien«, wie früher ein Banner Ankommende am Flughafen von Damaskus begrüßte. »Schon oberflächliche Zugeständnisse könnten das Regime an den Rand seines Untergangs bringen«, sagte der Syrienexperte Sinan Hatahet vom Thinktank Atlantic Council gegenüber der Tageszeitung »Le Monde«.

Im Drama des rasanten Vordringens der Rebellen nun geht leicht unter, was nicht dem Klischee von anrollenden Dschihadisten entspricht: Unmittelbar nach ihrer Ankunft in Aleppo kappte die HTS vorläufig die Stromversorgung für Fabriken, womit die Wohnviertel auf einmal 16 Stunden Strom am Tag haben. Das gab es seit 2012 nicht mehr. 100.000 Brote wurden aus Idlib nach Aleppo gebracht, die Meherversorgung der örtlichen Bäckereien wurde sichergestellt. Banken werden bewacht. Emissäre haben den christlichen Gemeinden versichert, dass ihnen keine Übergriffe drohten. Eine Telefonhotline für Beschwerden wurde eingerichtet, schon zuvor waren von Drohnen kleine Flugblätter abgeworfen worden für Assad-Loyalisten mit Kontaktnummern, falls sie überlaufen wollten.

Was klingt wie eine PR-Maßnahme, ist die Fortsetzung dessen, was die HTS seit 2020 in Idlib umgesetzt hat. Erst als lokale Reaktion auf die Coronapandemie, dann im Februar 2023 auf das verheerende Erdbeben: eine funktionierende öffentliche Versorgung. Normalität. Etwas, was nach zwölf Jahren Krieg über alle Fronten hinweg immens populär ist.

Selbst wenn der militärische Vormarsch der Rebellen in den kommenden Tagen stoppen sollte: Falls es der HTS gelingt, mit türkischer Hilfe den Nordwesten zu einer funktionierenden Enklave zu machen, »könnte das eine enorme Wirkung entfalten auf die anderen Teile Syriens«, prognostiziert Analyst Malik al-Abdeh.

Im Vakuum dieser Tage liegt nach 13 Jahren des Horrors und der Stagnation auch eine Chance. Solange Assad bleibt, wird dieser Krieg nie enden. Wenn der Vormarsch der HTS nun eine Kettenreaktion in Gang setzt, an deren Ende der Sturz der Diktatur steht, wird zumindest der Prozess der Veränderungen beginnen.

Die große Frage bleibt, was die HTS dann mit ihrer gewachsenen Macht anfangen wird. Von Demokratie ist in ihrem Programm bislang keine Rede. ■

Schenken Sie Lesefreude

Jetzt Ihren Wunschtitel verschenken und Gutscheine sichern.



DER SPIEGEL für ½ Jahr

Deutschlands bedeutendstes Nachrichten-Magazin steht für einen unabhängigen und investigativen Journalismus.

26 Ausgaben für nur €6,30 pro Ausgabe.

Belieferung
endet
automatisch

»Dein SPIEGEL« für 1 Jahr

Das Nachrichten-Magazin für Kinder und Jugendliche ab 8 Jahren, die unsere Welt verstehen wollen. So macht Wissen Spaß!

12 Ausgaben für nur €5,40 pro Ausgabe.



SPIEGEL GESCHICHTE für 1 Jahr

Hier wird die Vergangenheit emotional und packend erzählt. Jede Ausgabe widmet sich einem historischen Thema.

6 Ausgaben für nur €9,- pro Ausgabe.

Ihr Geschenk:
ein Amazon-Gutschein
in Höhe von €20,-.



Einfach jetzt anfordern:
abo.spiegel.de/geschenk

oder telefonisch unter 040 3007-2700

Helden einer Nacht

SÜDKOREA Soldaten schlugen Scheiben ein, Abgeordnete verbarrikadierten sich: Mutige Menschen haben einen Putsch in Asiens Vorzeigedemokratie verhindert. Augenzeugen schildern die entscheidenden Stunden.

Es gibt Momente in der Geschichte, die sich einbrennen, Ereignisse, bei denen jeder sich noch Jahre später erinnern kann, wo er war und wie er sich gefühlt hat. In Südkorea wird das für viele Menschen die Nacht vom 3. auf den 4. Dezember sein. Am Morgen danach strömen sie zu Tausenden zur Nationalversammlung in Seoul, immer noch ungläubig über das, was wenige Stunden zuvor hier passiert ist.

29 Stufen führen hinauf zu dem Monumentalbau unweit des Han-Flusses, hier schlägt das Herz der koreanischen Demokratie. Diese war in der Nacht gefährdet wie lange nicht mehr, als Präsident Yoon Suk-yeol das Kriegsrecht ausrief. Die Menschen am Fuß der Treppe eint das Entsetzen und die Erleichterung, aber auch die Sorge darüber, wie es weitergeht.

Da steht der Verleger Jung Won-hee. Mit Freunden war er am Abend zuvor ausgegangen, südkoreanischen Soju-Schnaps trinken. Als die Meldung von der Ausrufung des Kriegsrechts die Runde machte, schaute er auf sein Smartphone: »Verdammt, bin ich so betrunken?«, habe er sich gefragt. Er habe nicht glauben wollen, was er las.

Da ist die Studentin Jay Son. Sie sah zu Hause die Eilmeldung im Fernsehen, Angst kroch in ihr hoch. Sie habe gedacht: »Was wird nur aus meinem Land?«

Da ist der ehemalige Wehrdienstleistende Kim Song-min. 18 Monate war er bei der Luftwaffe, dreimal wurde er befördert, bis sein Dienst vor einem Monat endete. Er fragt sich: »Hätte es mich treffen können? Hätte ich mit der Waffe mein eigenes Volk bedrohen müssen?«

Und da ist Sung Seun, Büroleiter eines progressiven Abgeordneten in der Nationalversammlung. Er hat die entscheidenden Momente dieser Nacht aus nächster Nähe erlebt. Kurz nach 22.30 Uhr ging auf seinem Handy die Meldung ein, dass ab 23 Uhr das Kriegsrecht gelte. Wer sich danach politisch betätige oder falsche Nachrichten verbreite, könne festgenommen werden, und zwar ohne Haftbefehl. Sung hielt das zunächst für einen schlechten Scherz. Dann rannte er los.

Wie er eilten Abgeordnete und ihre Mitarbeiter zur Nationalversammlung. Viele liberale Politiker hatten während der Militärdiktatur erlebt, wie General Chun Doo-hwan

1980 das Kriegsrecht verhängte und Studenten niederschießen ließ.

Sie kannten sich also aus. Sie wussten, dass nach Artikel 77 der Verfassung das Parlament mit einer Mehrheit den Ausnahmezustand beenden kann. Ihnen war klar, dass sie die Abstimmung abhalten müssen, bevor sie festgenommen werden.

Doch ab 23 Uhr blockierten Polizisten die Tore zum Gelände der Nationalversammlung. Einige Politiker kletterten über die Mauer, so wie Oppositionsführer Lee Jae-myung, der zuvor in einem Livestream die Bürger aufgerufen hatte, zur Nationalversammlung zu kommen. Die aber waren längst da, und es wurden immer mehr. Hunderte standen irgendwann vor dem Parlament. »Das Kriegsrecht ist ungültig«, skandierten sie und schrien die Sicherheitskräfte an: »Zieht euch zurück! Zieht euch zurück!«

Dann kamen die Hubschrauber.

Parlamentsmitarbeiter Sung war schon im Gebäude, als er die Rotoren hörte. Er hatte es noch hineingeschafft, bevor die Eingänge abgeriegelt wurden. Die Helikopter landeten auf einem nahen Sportplatz, Soldaten mit Sturmgewehren sprangen heraus. Eine Spezialeinheit, deren Auftrag es offensichtlich war, die Nationalversammlung zu besetzen.

Südkorea gilt als verlässliche Vorzeigedemokratie in Asien, gerade im Kontrast zu der Diktatur im Norden. Mit westlichen Staaten sieht man sich im Bund der Demokratien gegen autoritär geführte Länder wie China, Russland und eben Nordkorea. Nur zu gern hat sich Präsident Yoon immer wieder von US-Präsident Joe Biden als starken Partner



Abgeordnetenmitarbeiter Sung, Ehefrau

preisen lassen. Seoul ist einer der wichtigsten Verbündeten Washingtons.

Ausgerechnet in diesem Land hatte der Präsident nun das Kriegsrecht verhängt – aus Ärger über innenpolitischen Streit. Yoon sprach in seiner Rede von »staatsfeindlichen Kräften«, die gegen ihn arbeiteten und die er »auslöschen« wolle. Angeblich paktierten seine Gegner mit Nordkorea. Die Wahrheit ist viel simpler: Die Opposition hat die Mehrheit im Parlament, überzieht seine Minister seit Monaten mit Amtsenthebungsverfahren und blockiert den Haushalt. Robuste Oppositionsarbeit.

Die Idee, das Kriegsrecht auszurufen, hatte südkoreanischen Medien zufolge Verteidigungsminister Kim Yong-hyun, ein konservativer Hardliner und enger Vertrauter des Präsidenten. Yoon und Kim gingen auf dieselbe Schule in Seoul, ebenso wie andere wichtige Berater und Minister. Nur dieser kleine Kreis war offenbar in den Plan eingeweiht. Auch Parteifreunde waren schockiert nach Yoons Ansprache: Der Chef von Yoons People Power Party rief kurz nach der Verkündung des Erlasses die Sicherheitskräfte auf, »den unrechtmäßigen Befehlen nicht zu folgen«.

Das Kriegsrecht wollten Yoon und seine Männer offenbar gezielt gegen politische Rivalen anwenden. Denn weder wurde die Innenstadt von Seoul besetzt noch der öffentliche Nahverkehr blockiert oder der Rundfunk übernommen. Die Soldaten waren vor allem zum Parlament beordert worden.

»Wir haben sofort Tische und Stühle vor die Eingänge geschoben und uns verbarrikadiert«, sagt Büroleiter Sung. Die Soldaten fanden dennoch den Weg ins Gebäude. Sie zerbrachen Fensterscheiben und stiegen ein. Auf Videos von Überwachungskameras ist zu sehen, wie sie mit Beamten und Parlamentariern in den Gängen rangeln. Mitarbeiter der Abgeordneten schafften Möbel herbei, um weitere Türen zu blockieren, und spritzten Schaum aus Feuerlöschern auf die Soldaten. Oppositionsführer Lee versteckte sich in einem Büro, um nicht festgenommen zu werden. »Wir hatten große Angst«, sagt Sung. Manche, sagt er, stimmten die Nationalhymne an, um sich Mut zu machen.

Vor dem Eingang der Nationalversammlung stellte sich die Sprecherin der Demokratischen Partei, Ahn Gwi-ryong, den Sicherheitskräften entgegen. »Schämt ihr euch nicht?«, schrie sie und versuchte, einem Soldaten das Gewehr zu entreißen. »Ich hatte das Gefühl, dass die Geschichte uns einholt«, erzählt sie später im Fernsehen. Sie habe Angst gehabt. »Aber ich wusste einfach, dass wir das aufhalten mussten.«

Weit nach Mitternacht waren endlich genug Abgeordnete im Gebäude, um die Abstimmung abzuhalten. Um 1.02 Uhr votierten die anwesenden 190 der insgesamt 300 Abgeordneten dafür, das Kriegsrecht auszusetzen. Unter ihnen 18 Politiker der regierenden People Power Partei. Ein seltener Moment der Einigkeit im Plenum. Doch würde Präsident Yoon sich dem Votum beugen?



Präsident Yoon: »Staatsfeindliche Kräfte auslöschen«



Spezialeinheiten am Parlament: Mit Feuerlöschern gegen das Militär verteidigt

»Wir mussten noch mehr als drei Stunden ausharren. Wir waren nervös, die Soldaten waren nervös«, sagt Sung. Vor dem Parlamentsgebäude hatten sich nun Tausende Menschen versammelt, in Winterjacken und Mützen, bei Minusgraden. Sie ermahnten einander zu bleiben. Falls doch noch Panzer kämen.

Um 4.27 Uhr gab der Präsident schließlich auf. Der Putsch, organisiert vom ersten Mann im Staat, war nach nicht einmal sechs Stunden beendet. Die Soldaten zogen ab, manche von ihnen verbeugten sich in Scham vor denen, die in dieser Nacht die Demokratie gerettet hatten.

Und Südkorea? Ist seitdem irgendwie ein anderes Land. »Wir haben uns umarmt und uns kurz gefreut«, sagt Sung. »Aber die Unsicherheit ist nicht weg. Dieser Präsident ist unberechenbar.«

Deshalb sind Büroleiter Sung genauso wie Tausende andere auch am Tag danach zum Parlament gekommen, sie wollen die Demokratie schützen. »Wäre ich nicht so betrunken gewesen, wäre ich auch schon in der Nacht gekommen. Jetzt bin ich da und bleibe«, sagt der Verleger Jung Won-hee.

»Ich musste irgendetwas tun. Die Menschen in der Nacht waren so mutig«, sagt die Studentin Jay Son. Sie habe die Sorge, »dass viele gar nicht verstehen, was für ein heikler Moment das gewesen ist. Wie knapp wir an einer Katastrophe vorbeigeschrammt sind«.

Sie befürchte diese Verständnisschwierigkeiten vor allem bei jungen Männern. Bei jenen, die Yoon vor zwei Jahren mit großer Mehrheit ins Amt gewählt haben, erzählt sie. Viele männliche Studenten an ihrer Universität hätten im Hochschulchat Witze über die Ereignisse der Nacht gemacht. »Warum nennt man sie eine Heldin?«, schrieb einer ihrer Kommilitonen und meint die Abgeordnete Ahn Gwi-ryong, die einem Soldaten das Gewehr entreißen wollte. »Sie hat versucht, eine Waffe zu stehlen. Macht dieses Land Witze?«, monierte der Student.

Die südkoreanische Politik ist stark polarisiert, vor allem zwischen den Geschlechtern. »Viele glauben, dass Feministinnen genauso gefährlich wie Spione aus Nordkorea sind und von einer riesigen Organisation gesteuert werden«, sagt Jay Son.

Präsident Yoon, der früher Generalstaatsanwalt war, befeuert die Wut vieler Männer seit Jahren. Schuld an etlichen Problemen im Land sind für ihn Feministinnen. Systematische Diskriminierung von Frauen in Südkorea gebe es nicht, darauf beharrt er. Diese Behauptung lässt sich jedoch kaum halten. Das Land ist nach wie vor äußerst patriarchal.

Yoon hat die Risse innerhalb einer Gesellschaft vertieft, in der sich die einzelnen Gruppen vorwiegend über soziale Medien informieren und kaum noch zusammenfinden. Wer eine andere politische Haltung vertritt, wird zum Feind erklärt. »Gladiatorenpolitik« nennen sie das in Südkorea.

Oppositionsführer Lee, der am Dienstag über eine Mauer ins Parlament klettern musste, wurde im Januar bei einem Wahlkampfauftritt niedergestochen. Viele fragten sich damals, ob das aufgeheizte politische Klima den Täter radikalisiert habe. Danach wurde der Ton nicht versöhnlicher – im Gegenteil.

Doch selbst Unterstützer wandten sich zuletzt von Yoon ab, enttäuscht von einer schier endlosen Reihe von Skandalen. Seiner Ehefrau wird unter anderem vorgeworfen, sie habe sich mit Dior-Handtaschen bestechen lassen. Yoons Popularitätswerte sanken auf 20 Prozent. Indem er das Kriegsrecht ausrief, hoffte er womöglich, seine Präsidentschaft zu retten. Das Gegenteil ist geschehen: Er hat wohl ihr Ende eingeleitet.

Dass ein Präsident in einer gefestigten Demokratie versucht, aus Ärger über eine innenpolitische Blockade, für die er mitverantwortlich ist, eine verfassungsmäßige Ordnung außer Kraft zu setzen – das ist ein weiteres besorgniserregendes Ereignis für Demokraten weltweit. Es zeigt, wie Polarisierung Gesellschaft und Politik destabilisieren kann.

Die Opposition hat nun ein Amtsenthebungsverfahren wegen des »schwerwiegenden und weitreichenden« Verfassungsbruchs beantragt. »Der Mann gehört ins Gefängnis«, meint Verleger Jung an der großen Treppe vor dem Parlament.

Die Soldaten, die nachts in die Nationalversammlung eingedrungen sind, wurden abgezogen, im Park vor dem Parlament sind dafür die Gärtner angerückt. Mit Heckenschneidern trimmen sie die Buchsbäume penibel, fast zärtlich, als betrieben sie Pflanzenmaniküre. Vom Platz vor dem Parlament hört man einen Mann Querflöte spielen. »Den Marsch für unsere Geliebten«. Komponiert 1981 nach dem vorangegangenen Ausnahmezustand, ein Requiem für all jene, die damals vom Militär zusammengeschossen wurden. »Wir marschieren weiter, folgt uns, ihr Lebenden«, lautet der Refrain.

Auch in Taiwan oder Hongkong spielen die Demokratiebewegungen diesen Marsch. Südkorea war ihr Vorbild in Asien, ein Land, das sich von einer Diktatur in eine blühende Demokratie verwandelt hat. Und das für eine Nacht kurz davorstand, all das wieder zu verlieren.

Christoph Giesen, Katharina Graça Peters

Ihr nächstes Ziel: Macron

ANALYSE Die Ultrarechte Marine Le Pen stürzt die Regierung um Premier Michel Barnier, die Schulden steigen ungebremst: Frankreich versinkt in einer schweren politischen Krise.

Zumindest in diesem einen Punkt sind sich Marine Le Pen und Michel Barnier einig. »Der Moment der Wahrheit ist gekommen«, sagen beide Mittwochabend in ihren Reden vor der Pariser Nationalversammlung.

Die Fraktionschefin des rechtsradikalen Rassemblement National (RN) genießt diesen Moment sichtlich, wenige Stunden bevor sie ihre ganze Macht ausspielen wird. Der Premierminister nutzt ihn, um die Abgeordneten noch einmal zu beschwören. Er spricht von ihrer Verantwortung und davon, dass Frankreichs Haushaltsprobleme nicht verschwinden, nur wenn er verschwinde. Manchmal stockt Barniers Stimme.

Es hilft nichts. Gegen 20.30 Uhr betätigt Le Pen im Verbund mit den ihr sonst so verhassten Linken das politische Fallbeil. Der RN macht seine Drohung wahr und verhilft einem angekündigten Misstrauensvotum der versammelten linken Parteien zu einer klaren Mehrheit. Damit haben Rechte und Linke nicht nur den französischen Sozialhaushalt für 2025 abgelehnt, dem Barnier kurz vor Weihnachten den restlichen Etat folgen lassen wollte. Sie haben zugleich die Regierung gestürzt.

Deutschlands wichtigster EU-Partner versinkt in einer politisch-finanziellen Doppelkrise: Frankreich hat keine Regierung mehr und steuert ohne Haushalt, dafür mit ungebremst steigender Neuverschuldung, auf 2025 zu. Die Unregierbarkeit scheint die gesamte französische Politik wie ein lähmendes Gift zu erfassen.

Und dieses Gift droht auch den Staatschef zu kontaminieren.

Emmanuel Macron hatte den erfahrenen Barnier erst Anfang September berufen, um die Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen und politisches Chaos abzuwenden. Doch der 73-jährige Konservative, der als Brüsseler Kommissar einst geschickt die Brexit-Verhandlungen für die EU geführt hatte, scheitert im eigenen Land.



Telmo Pinto / IMAGO

Der Präsident hatte das sich ankündigende Unheil in den vergangenen Wochen so gut wie möglich ignoriert, sich aus der Tagespolitik herausgehalten. An diesem Wochenende möchte er mit viel Pomp die Wiedereröffnung des restaurierten Pariser Wahrzeichens Notre-Dame feiern (siehe Seite 102). Doch nach Barniers Sturz rückt er in den Mittelpunkt der Kritik.

Während die radikale Linke um Jean-Luc Mélenchon schon länger den Rücktritt des Präsidenten verlangt, bringt jetzt auch Le Pen Macrons Abgang vor dem Ende der regulären Amtszeit 2027 ins Spiel. Sie habe zu viel Respekt vor dem Amt, um aktiv die Enthebung des Staatschefs zu betreiben, sagt sie. Und fügt lächelnd hinzu: »Es ist an ihm zu sagen, ob er die Ablehnung im Volk übergehen will.«

Macron weist Fragen nach seinem Rücktritt empört zurück. »Das ist Politik-Fiktion«, sagt er trotzig. Er hält es weiter für richtig, dass er im vergangenen Sommer die Nationalversammlung aufgelöst hat. Die anschließenden Neuwahlen haben zur Teilung des Parlaments in drei etwa gleich starke Blöcke und zur aktuellen Krise geführt. Der RN ist seitdem stärkste Partei im Land. Das Anti-Barnier-Bündnis aus Linken und Rechten wurde so erst möglich.

Unter Pariser Politikanalysten kursiert eine gewagte These: Le Pens Ziel

Rechtsaußen-Politikerin Le Pen

Französischer Präsident Macron



Ludovic Marin / picture alliance

könnte es sein, Macron schon im Winter faktisch zum Rücktritt zu zwingen und in einem vorgezogenen Votum noch vor dem 31. März zur Präsidentin gewählt zu werden. Dann endet der Prozess um die mutmaßliche Veruntreuung von EU-Geldern durch RN-Funktionäre; falls sie verurteilt wird, droht Le Pen Amtsverbot. Das Szenario, dass sie sich binnen wenigen Monaten in die Immunität der Staatschefin retten will, wirkt ebenso verwegen wie unwahrscheinlich. Doch daran, dass Links- wie Rechtsaußen Macron vor 2027 aus dem Élysée-Palast vertreiben wollen, herrscht seit Mittwoch kein Zweifel mehr.

Macron war seit seinem Amtsantritt 2017 nie so unbeliebt wie heute, nur 21 Prozent der Bürger vertrauen ihm, so eine Umfrage des Instituts Elabe. Die Wähler machen Macron für die Krise verantwortlich, auch für die finanzpolitische, zumal sich das Defizit erst unter seiner Führung so hoch aufgetürmt hat.

Jetzt muss der Präsident sich in Zeiten maximaler Instabilität als Stabilitätsanker beweisen – und so schnell wie möglich einen neuen Premier ernennen. Der oder die muss besser mit der Dreiteilung des Parlaments zurechtkommen als Barnier.

»Eine neue Epoche eröffnet sich«, sagte Macron in einer TV-Ansprache am Donnerstagabend und kündigte eine »Regierung des Gemeinwohls« an. Spekuliert wird, dass Macron seinen treuen Verteidigungsminister Sébastien Lecornu beruft. Oder François Bayrou, einen alten konservativ-liberalen Vertrauensmann. Beide haben den Vorteil, dass sie »RN-kompatibel« sind, wie es in Paris heißt. Im Klartext: Frankreichs mächtigste Frau Marine Le Pen ist zumindest zum Gespräch mit ihnen bereit. Auf der Linken bieten unterdessen die Sozialisten, die anders als Mélenchon keinen Rücktritt Macrons fordern, dem Mitte-Lager eine Art Nichtangriffspakt an. Diese Minimallösung, die keine Koalition wäre, soll die nächste Regierung zumindest ein paar Monate im Amt halten.

Auflösen lässt sich die chaotische Lage wohl nur durch Neuwahlen, wenn überhaupt. Macron könnte aber die Nationalversammlung auflösen, wieder einmal. Das allerdings erlaubt ihm die Verfassung frühestens im Juli.

So viel Zeit hat Le Pen nicht. Sie hat es eilig. »Der Tag der Befreiung kommt bald«, schließt sie vieldeutig ihre Rede in der Nationalversammlung. »Vielleicht sehr schnell.«

Leo Klimm

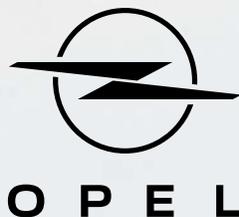
DER NEUE

OPEL GRANDLAND

#GOGRAND

AB **389€**/MONAT¹

OHNE ANZAHLUNG



Gewinner Goldenes Lenkrad: AUTO BILD 46/2024 & BILD am SONNTAG 45/2024 „Kategorie Bestes Auto bis 50.000 Euro“
Kombinierte Werte gem. WLTP: Kraftstoffverbrauch 5,6 l/100 km; CO₂-Emission 128 g/km; CO₂-Klasse: D
Leasingsonderzahlung 0,00 €; Laufzeit (Monate) / Anzahl der Raten: 48; Fahrzeugpreis 36.400 €; Laufleistung 10.000 km/Jahr

¹ Kilometerleasing-Angebot für den **neuen Opel Grandland Edition 1.2 Direct Injection Turbo 100 kW (136 PS), Hybrid 48 V**. Ein unverbindliches Privatkunden-Angebot (Bonität vorausgesetzt) der Stellantis Bank SA Niederlassung Deutschland, Siemensstraße 10, 63263 Neu-Isenburg. Alle Preisangaben verstehen sich inklusive Umsatzsteuer. Abrechnung nach Vertragsende: Abgerechnet werden Mehr- und Minderkilometer (Freigrenze jeweils 2.500 km) sowie ein Ausgleich für ggf. vorhandene Schäden. Angebot freibleibend und nur gültig bei Vertragsabschluss beim Leasinggeber im Aktionszeitraum vom 14.10.2024-31.12.2024. Nicht kombinierbar mit anderen Rabatten und Aktionen. Nur bei teilnehmenden Opel Partnern. Überführungs- und Zulassungskosten sind nicht Bestandteile dieses Angebots und separat an den Händler zu zahlen. Beispielfoto der Baureihe. Ausstattungsmerkmale des abgebildeten Fahrzeugs sind nicht Bestandteil des Angebots.

**ONLINE
BESTELLEN**

Verprügelt fürs vereinte Europa

GEORGIEN Die prorussische Regierung lässt die Proteste brutal niederschlagen. Doch Tausende demonstrieren weiter gegen die Abkehr ihres Landes von der Europäischen Union.

Um kurz nach Mittag kommt sie die Straße heruntergelaufen, eine halbe Hundertschaft von höchstens 18-Jährigen. Sie sind zornig, laut, furchtlos, skandieren: »Georgien, Revolte!« Der Wortführer hat ein Megafon in der Hand – und eine EU-Flagge um seinen Körper gegürtet. Es sind Schüler; sie demonstrieren gegen die Abkehr ihres Landes von Europa.

Nicht weniger als sieben Polizeifahrzeuge, dazu im Konvoi vier weitere mit verdunkelten Scheiben, nur scheinbar zivil, verfolgen das Grüppchen am vergangenen Dienstag. In der Kleinstadt Chaschuri verlangt ein Aufmarsch wie dieser Zivilcourage. Schon seit Tagen werden die Bilder aus der Hauptstadt Tiflis im Fernsehen und in den sozialen Medien übertragen: andauernde Proteste gegen die prorussische Regierung und nackte Polizeigewalt gegen die Demonstrierenden.

In der Provinz kennt so gut wie jeder jeden. Wer in Chaschuri etwa Tochter oder Sohn von jemandem mit einem gut dotierten Posten in der öffentlichen Verwaltung ist, riskiert mit sichtbarem Protest das wirtschaftliche Fortkommen der gesamten Familie. Viel hängt in Georgien, besonders in kleineren Städten wie dieser, vom Verhältnis zur prorussischen Regierungspartei Georgischer Traum ab.

Am 28. November hat Ministerpräsident Irakli Kobachidse verkündet, sein Land lege für mindestens vier Jahre den Prozess der Annäherung an die Europäische Union auf Eis. Zuvor hatte Brüssel den erst Ende 2023, im Sog des Ukrainekriegs, eröffneten Beitrittsprozess Georgiens aufgrund erheblicher »demokratischer Rückschritte« des Landes wieder eingefroren. Eine seit Jahrzehnten betriebene schrittweise Westannäherung der ehemals sowjetischen Republik scheint nun abrupt zu ihrem Ende zu kommen.

Folgerichtig rebelliert der EU-freundliche Teil der Bevölkerung in Tiflis wie auch in anderen größeren Städten der kleinen Kaukasusrepublik. Am fünften Tag der Proteste sieht es so aus, als wäre das Land bereits in einen Flächenbrand geraten, der zunehmend die Ränder erreicht. Zumindest in Chaschuri ist der Funke übergesprungen.

Unter die marschierenden Schüler dort hat sich unauffällig die Mitorganisatorin der Proteste, Lika Chavchavadze, gemischt. Die 26-Jährige ist verheiratet, trägt diverse Piercings in der Nase und eine Trillerpfeife um den Hals. »Ich bin wütend, weil niemand einfach entscheiden kann, dass wir kein Recht haben, der Europäischen Union beizutreten«, sagt sie.

Proeuropäischer Demonstrant, Sicherheitskräfte in Tiflis: »Ihr seid Sklaven Russlands!«

»Für mich ist die georgische Verfassung unantastbar, und darin ist das EU-Ziel verankert.« Die angehende Softwaredesignerin hat zwischenzeitlich in London gelebt. In ihr Heimatland Georgien zurückgekehrt, engagiert sie sich nun politisch: »Die Leute, die unser Land regieren, schaufeln sich ihr eigenes Grab.«

Das vom Niedergang der Wirtschaft gebeutelte Chaschuri, mit seinem alten Kulturpalast der Eisenbahner im Zentrum und den vernachlässigten Wohnblocks aus der Sowjetzeit an der Peripherie, ist fest in der Hand der seit 2012 regierenden, inzwischen offen prorussischen Partei Georgischer Traum. Hinter ihr steht der in Russland reich gewordene Oligarch Bidsina Iwanischwili. Auf sein Lager entfiel bei der vorigen, von Vorwürfen der Manipulation überschatteten Parlamentswahl jede zweite Stimme in der Stadt.

Die Schüler der Stadt, vereinzelt begleitet von Lehrern, sind an diesem Tag aber nicht einzuschüchtern. Sie ziehen zur benachbarten Bildungsanstalt und rufen: »Gamodi, gamodi« – kommt heraus! Soll heißen: Schließt euch unserem Protest an. Dort allerdings hat die zuständige Direktorin zeitig die Türen verriegeln und sogar Vorhänge zuziehen lassen.

Es kommt zu verstörenden Szenen: Einzelne der eingesperrten Kinder und Jugendlichen versuchen verzweifelt, den im Schulhof fürs vereinte



Alexander Patrin / TASS / Sipa / ddp images

Europa angetretenen Altersgenossen zuzuwinken oder zumindest etwas zuzurufen. Die Direktorin interveniert, die Polizei observiert, es folgt, erzwungenermaßen, der Abmarsch.

Worum geht es bei dieser schweren Krise in Georgien? Um nichts weniger als eine Grundsatzentscheidung. Die Republik, geografisch eingezwängt zwischen dem Nato-Staat Türkei und der Hegemonialmacht Russland, ringt um ihre zukünftige Ausrichtung.

Die Parlamentswahl vom 26. Oktober endete mit einem angeblichen 54-Prozent-Triumph der Regierungspartei. Die europafreundliche Präsidentin Salome Surabischwili sprach daraufhin von »Fälschung« des Ergebnisses und von einer »russischen Spezialoperation«.

Zwar war sie einst selbst mit ausdrücklicher Unterstützung des russophilen Oligarchen Iwanischwili ins Amt gekommen, mittlerweile sieht sich die in Frankreich aufgewachsene Diplomatin Surabischwili aber in der Rolle einer Zentralfigur des Widerstands gegen die zunehmende Kremlausrichtung Georgiens. Allerdings läuft ihr Mandat in wenigen Tagen aus. Die Staatschefin will es nicht freiwillig niederlegen – solange die Vorwürfe des Wahlbetrugs nicht geklärt seien. Das Verfassungsgericht aber hat in diesem Punkt bereits erklärt, es gebe keine Bedenken.

Surabischwili spricht mit Blick auf den Georgischen Traum von einer »Partei, die das Land in den Abgrund treibt«. Ob die gebürtige Pariserin in den kommenden Tagen doch noch nachgibt und weicht? Oder am Ende mit sanfter Gewalt aus ihrem Amtssitz über dem Mtkwari-Fluss entfernt wird?

Das Regime schlägt zu, auf den Straßen wie verbal. Als »fünfte Kolonne« der EU bezeichnet der Regierungschef Kobachidse die Oppositionsparteien – die weigern sich nach wie vor geschlossen, am parlamentarischen Betrieb teilzunehmen. Mehrere Oppositionspolitiker wurden am Mittwoch verhaftet, Parteibüros durchsucht. Aus Moskau ließ Vladimir Putins Stellvertreter im Vorsitz des Nationalen Sicherheitsrats, Ex-Präsident Dmitrij Medwedew, an die Adresse der Protestierenden in Georgien mit drohendem Unterton verlauten: »Die Nachbarn bewegen sich rasch auf den ukrainischen Weg in einen dunklen Abgrund.«

Es ist eine dramatische Zuspitzung. Führende Vertreter der georgischen Intelligenz, Dozenten, Ministerialbeamte, Manager aus der Wirtschaft, haben sich öffentlich gegen den Kurs der Regierung gestellt. Mehrere georgische Botschafter erklärten aus Protest ihren Rücktritt, darunter der Repräsentant in Washington. Die Vereinigten Staaten wiederum haben ihre »strategische Partnerschaft« mit Georgien ausgesetzt.

Auch für junge Menschen wie jene aus Chaschuri steht viel auf dem Spiel. Der EU-Botschafter in Georgien erklärte bereits im Oktober, es drohe die Aufkündigung des Abkommens zur visafreien Einreise in die Länder der Europäischen Union. Käme es so, wäre eine



Protestierende Schüler, Schuldirektorin

weitere Auswanderungswelle gerade junger, gut ausgebildeter Menschen wahrscheinlich. Bei vielen, vorwiegend älteren, regierungstreuen Bürgern hingegen greift die kunstvoll geschürte Angst, eine Bindung an den Westen bedeute drohenden Krieg mit Russland.

Lika Chavchavadze, die Organisatorin der Schülerproteste, und ihr Ehemann Jimmy haben Plastikhelme auf dem Sofa in ihrem Zuhause griffbereit – für den Fall, dass sie sich entschließen, abends zur Demonstration nach Tiflis zu fahren. Am Mittwochabend ist es dann so weit: Sie stehen tatsächlich am Rustaweli-Boulevard unter den Tausenden, die rund um das Parlament gegen die Regierung protestieren. Chavchavadze sagt, sie sei überwältigt vom Ausmaß des Widerstands – und trotzdem nicht sicher, wie lange sie selbst das noch durchhalten wolle. London bleibe eine Option für ein anderes Leben mit Jimmy.

Es ist wie immer dieser Tage in Tiflis: Zwischen 19 und 21 Uhr formieren sich die Reihen. Auf der einen Seite: die Polizei. Reguläre Truppen, dazu eine Phalanx paramilitärische Spezialeinheiten, flankiert – nach Aussagen eines ehemaligen Premierministers – von einer Truppe nicht identifizierbarer, verummter Schläger.

Auf der anderen Seite: Zivilisten mit tränengasresistenter Ausrüstung. Sie tragen



5 Karte: OpenStreetMap

Mull-, Sturm-, vereinzelt auch Gasmasken. Jugendliche in Guerillauniform, oft ist nicht einmal mehr die Augenpartie zu erkennen, marschieren in Formation. Manche schützen sich gegen drohende Prügel mit Plastikhelmen. Mitten durchs Trillerpfeifenkonzert und die explodierenden Feuerwerkskörper schreitet der Bruder der Präsidentin, auch er unter den Protestierenden. Jemand projiziert mit grünen Laserstrahlen den Spruch »Georgien gehört uns« auf die Fassade des Parlaments.

Die Menge skandiert in Richtung der Polizeikräfte: »Ihr seid Sklaven Russlands!« Es folgt die Ansage: »Bürger, ihr müsst euch jetzt zerstreuen, andernfalls haben die Ordnungskräfte das Recht einzuschreiten.« Die ironische Antwort, postwendend mit Laser auf die Fassade zurückgeschickt: »Wir sind noch längst nicht alle da, es ist zu früh, die Versammlung aufzulösen.«

Der Strahl der Wasserwerfer von den im Parlament verschanzten Truppen schießt auf die Demonstrierenden, kurz danach folgt Tränengas. Die Menge wird über den Rustaweli-Boulevard in Richtung Universität getrieben. Helfer verteilen steriles Wasser, sie träufeln es direkt in die brennenden Augen der Getroffenen. Andere schleppen Kartons mit trockener Kleidung für jene, die in erster Reihe Opfer der Wasserwerfer wurden. Noch herrscht kein Frost in Tiflis, aber die Nächte sind kalt.

Wer den in voller Kampfmontur vorrückenden Spezialeinheiten zu nahe kommt, wird gepackt und fallweise massiv zugerichtet. Die georgische Vereinigung junger Anwälte beklagt in einer Stellungnahme, viele Demonstranten seien wahllos und »gnadenlos verprügelt« worden, mit gezielten Schlägen auf Leber und Kopf. Die Opfer hätten danach »Schwierigkeiten zu gehen und zu sprechen«.

Es ist nicht das erste Mal, dass in Tiflis mit vergleichbarer Brutalität gegen Andersdenkende vorgegangen wird. Bereits 2007, unter dem US-geschulten und transatlantisch gesinnten Präsidenten Michail Saakaschwili, kam es zu ähnlichen Szenen. Und auch vor fünf Jahren, unter prorussischer Führung, als in der »Nacht der verlorenen Augen« bis heute nicht entschädigte Widerständler gezielt beschossen und verletzt wurden.

Wie kann die aktuelle Regierung die laufende Eskalation, diesen Volkszorn überstehen? »Nur dann, wenn eine Macht wie Russland dahintersteht«, sagt sarkastisch eine Dame im Pulk der Demonstrierenden. Sie hat 19 Jahre lang in Deutschland gelebt und ist nach Georgien zurückgekehrt. Allerdings habe sie beschlossen, nun endgültig auszuwandern.

Er hingegen gebe die Hoffnung noch nicht auf, sagt der neben ihr stehende Mittfünfziger. Der Mann hält hier jede Nacht die Stellung, stundenlang. Die Zähigkeit der Protestierenden, sagt er, sei groß: »Ich bin mir nicht sicher, ob in Deutschland ähnlich viele Menschen für das vereinte Europa auf die Straße gehen und sich verprügeln lassen würden.«

Walter Mayr



Natalia Pisarenko / AP / Picture alliance

Anarchokapitalist Milei: Surfen auf einer Welle des Optimismus

Mit Kettensäge und Suppenkelle

ARGENTINIEN Präsident Javier Milei inszeniert sich als Retter der Nation. Die Teuerung hat er vorerst gebremst. Doch es ist ein Erfolg auf Pump.

Die Szenerie gleicht einer Zeitreise in das Argentinien der Neunzigerjahre: Von der Decke hängen Kristalllüster, die Wände sind mit Textiltapeten bedeckt. Männer mit Goldkettchen und gegeltem Haar lehnen an der Wand.

Der Mann, dem sie an diesem Abend Ende Oktober in einem überfüllten Festsaal des Hotel Presidente im Zentrum von Buenos Aires huldigen, regierte Argentinien von 1989 bis 1999. Carlos Menem wiegte seine Landsleute in der Illusion, dass der Pampastaat in die Riege der reichen Industrienationen aufgestiegen sei: Die Währung war stark und stabil, Importwaren günstig, die Mittelschicht reiste im Urlaub nach Miami und Paris.

Auf den Aufschwung folgte ein traumatischer Absturz. Finanzexperten machen den Konsumrausch für das Chaos von 2001 mitverantwortlich, als Argentinien in die

schlimmste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten rutschte. Der Ex-Präsident starb vor fast vier Jahren als politisch isolierter, von vielen geächteter Mann. In der Ehrengalerie des Regierungspalasts bekam er keine Büste.

Bis Javier Milei die Amtsräume in der Casa Rosada bezog. »Menem war der beste Präsident der vergangenen 40 Jahre«, verkündete er und enthüllte im Mai eine Plastik des Ex-Staatsoberhauptes. Martín Menem, ein Neffe des Verstorbenen, berief er zum Chef des Abgeordnetenhauses. Ein weiterer Menem führt die Jugendorganisation der Milei-Partei an.

So wie Menem vor mehr als 30 Jahren verspricht heute Milei den Argentinern eine kapitalistische Revolution. Ein Jahr nach Amtsantritt hat er das Haushaltsdefizit bezwungen und die monatliche Teuerungsrate auf unter drei Prozent gedrückt. Das hatte seinen Preis: Er entließ Zehntausende Staatsangestellte,

sein Sparkurs hat eine Rezession verursacht. Mehr als 50 Prozent der Argentinier leben inzwischen in Armut. Dennoch surft Milei auf einer Welle des Optimismus. Rund die Hälfte der Menschen ist weiterhin mit ihm zufrieden, darunter viele junge.

Milei inszeniert sich gemeinsam mit Donald Trump, Benjamin Netanyahu und Italiens Giorgia Meloni als »Retter des Westens«. Auch darin ähnelt er seinem Vorbild: Menems Außenminister sprach von »fleischlichen Beziehungen« zu den USA. Das Hotel Presidente war de facto sein politisches Hauptquartier, hier hatte er während seiner Amtszeit eine Suite gemietet. Seinem Hofstaat kredenzte er Pizza und Champagner, die zu Symbolen seiner Präsidentschaft wurden.

Nun versammeln sich an diesem Ort junge Milei-Anhänger. »La Carlos Menem« nennen sie ihre Gruppe. Bei den Parlamentswahlen im kommenden Jahr wollen sie für Mileis libertäre Partei La Libertad Avanza Wahlkampf machen – obwohl ihr Idol Menem Peronist war.

Es ist nur ein scheinbarer Widerspruch: Was alle Peronisten mit Milei gemeinsam haben, ist ihr Faible für dramatische Inszenierung. General Juan Perón, nach dem die Bewegung benannt ist, gilt in Lateinamerika als Urvater aller Populisten. Jetzt kopiert Milei dessen Strategie, um der Opposition ihre Basis zu entziehen. Wie Perón lässt er sich von seinen Anhängern als Erlöser feiern, in seinen Reden beruft er sich gern auf die »Kräfte des Himmels«. Vor einigen Wochen winkte er, in Begleitung eines blonden Fernsehstars, vom Balkon der Casa Rosada, wie einst Perón mit seiner berühmten Frau Evita.

Doch Mileis gefühlter Erfolg ist eine Wette auf die Zukunft. Ob der Präsident als Retter der Nation in die Geschichte Argentinien eingeht, wird sich wohl an der wirtschaftlichen Entwicklung entscheiden. Und die hängt wie bei seinem Vorbild Menem vom Wechselkurs des Dollars ab.

Im Wahlkampf hatte Milei noch versprochen, die Zentralbank abzuschaffen und den Dollar als offizielle Währung einzuführen; davon ist keine Rede mehr. Die von seinen peronistischen Vorgängern verhängten Wechselkursrestriktionen hat er nicht aufgehoben; er benötigt sie, um die Inflation einzudämmen. Allerdings verhindern sie die Rückkehr an den Kapitalmarkt und schrecken ausländische Investoren ab.

Direkt nach seinem Amtsantritt wertete Milei den Peso zwar um 50 Prozent ab und löste einen Inflationsschub aus. Doch anschließend stabilisierten sich die Teuerungsrate.

Seither wird der Wert der Landeswährung im Verhältnis zum Dollar jeden Monat nur leicht heruntergestuft. Das führt zu einer gewissen Überbewertung des Peso: Argentinien ist wie zu Menems Zeiten wieder ein teures Land. Touristen, die noch vor wenigen Monaten die Steakhäuser in Buenos Aires füllten, sind rar geworden. Einheimische Unterneh-

men stöhnen unter der Konkurrenz billiger Importwaren aus China.

Jetzt sind es die Argentinier, die ins Ausland reisen. Die Flüge nach Europa und in die USA sind voll. An der Grenze zu Chile bilden sich Schlangen von Einkaufstouristen. Brasilien erwartet im bevorstehenden Sommer der Südhalbkugel einen Ansturm von argentinischen Urlaubern.

Doch der Wechselkurs lässt sich nur so lange aufrechterhalten, wie genügend Dollar fließen, um die Sause zu finanzieren.

Menem stützte seine Währungspolitik mit Devisen, die aus den Privatisierungen von Staatsunternehmen ins Land strömten. Als das Tafelsilber verscherbelt war, brach das System zusammen. Milei hat ebenfalls Privatisierungen angekündigt, bislang wurde aber noch kein Unternehmen verkauft. Ausländische Direktinvestitionen fließen eher spärlich.

Die Regierung bezieht die Dollar zur Stützung des Wechselkurses derzeit vorwiegend aus der Legalisierung von Schwarzgeldern. Viele Argentinier verbargen ihr Dollarmögen bisher in Safes und Verstecken. Milei hat eine Amnestie erlassen: Wer seine Dollar deklariert, muss keine Abgaben zahlen. Durch diese Aktion sind seit Mileis Amtsantritt gut 18 Milliarden Dollar in Umlauf gelangt. Allerdings trägt die Maßnahme kaum zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Das Geld stecken viele Argentinier lieber in den Kauf von Wohnungen, oder sie spekulieren mit den Währungskursen.

»Milei ist kein Liberaler«, sagt der Finanzexperte Carlos Maslatón. »Sonst hätte er den Kurs des Peso längst freigegeben.« Maslatón sitzt vor drei riesigen Computerbildschirmen in seiner Wohnung im Edificio Kavanagh, einem prachtvollen Hochhaus aus der Blütezeit von Buenos Aires. Er kennt Milei seit vielen Jahren, zu Beginn von dessen politischer Karriere machte er Wahlkampf für ihn. Heute ist er ein scharfer Kritiker. »Ein paar Monate« gibt er dem vermeintlichen Wirtschaftswunder der Regierung noch, dann werde die Blase platzen. »Wenn der Druck auf den Peso zu groß wird, dann muss Milei abwerten.« Als Folge sind Preissteigerungen zu erwarten – und die Probleme Argentinien beginnen von vorn.

Milei möchte die Devisenkontrollen vorerst aufrechterhalten, wohl mindestens bis zu den Parlamentswahlen Mitte nächsten Jahres. Dafür benötigt er jedoch frisches Geld. Das könnte ihm der Internationale Währungsfonds (IWF) verschaffen. Dieser steht Mileis Reformen zwar grundsätzlich positiv gegenüber, erfüllt sein Sparkurs doch in vielen Punkten musterhaft dessen Kriterien für Kredite. Doch neues Geld wollen die Finanzexperten im IWF nur nachschießen, wenn die Regierung die Devisenkontrollen aufhebt. Deshalb war der Sieg Donald Trumps für Milei so wichtig: Er hofft, dass sein Freund im Weißen Haus den Einfluss der USA nutzt, um den Weg für ein neues Abkommen freizumachen. Wenige Tage nach Trumps Sieg flog

»Wenn ich Miete zahlen müsste, käme ich nicht über die Runden.«

Sofía Chávez, Lehrerin

Milei nach Florida, wo er für Fotos mit Trump posierte.

In der Sozialpolitik weicht Milei ebenfalls von der reinen Lehre seiner libertären Kürzungspolitik ab, ist nicht in allen Fällen so radikal, wie seine Sprüche vermuten lassen. Auf einem Platz im Viertel Constitución im Zentrum von Buenos Aires stehen etwa 70 Menschen an, um sich einen Teller Suppe abzuholen. Es gibt Reis mit Hühnchen; in weniger als 20 Minuten ist der Topf leer.

Die Suppenküche wird von einer Gruppe organisiert, die sich »Frente de Organizaciones en Lucha« nennt, »Front der kämpfenden Organisationen«. Ihr Sprecher ist Agustín del Font, ein bärtiger Altlinker, der mit einer roten Fahne in der Hand gegen die Sparpolitik der Regierung protestiert. Fragen nach der Herkunft der Lebensmittel weicht er aus. Erst nach hartnäckigem Nachfragen räumt er ein: »Die Regierung gibt uns Geld, um das Essen zu kaufen.«

Milei als »Engel der Armen«, der wie einst Evita Perón Essen an Bedürftige verteilen lässt? Das passt nicht ins Bild des Anarchokapitalisten, der mit der Kettensäge alle staat-



Ex-Präsident Menem 2019



Gäste einer Armenküche in Buenos Aires

lichen Subventionen eliminiert. Doch die Zuwendungen sind Teil seiner Strategie, um den sogenannten »Conurbano« zu erobern, die Vororte der Hauptstadt. Bislang ist die Region in der Hand der Peronisten.

Florencio Varela ist eine dieser Siedlungen. In einer Spielhalle, die in einem ehemaligen Kino untergebracht ist, versuchen Hunderte ihr Glück an einarmigen Banditen. Wenige Schritte weiter schlagen zwei junge Frauen in einem Kleidungsdiscounter die Zeit tot. Sofía Chávez, 20, sagt, sie sei Lehrerin, aber ihr Gehalt reiche nicht bis zum Ende des Monats, also jobbe sie nach der Schule als Verkäuferin. Abril Álvarez, 22, ist eigentlich medizintechnische Assistentin, »aber damit komme ich nicht über die Runden«. Jetzt sortiert sie zusätzlich Büstenhalter made in China auf Kleiderständer.

»Die Löhne steigen nicht«, sagt Chávez. »Das hat sich unter Milei nicht geändert.« Vom Rückgang der Inflation spüre sie nichts. Sie lebe bei ihrer Mutter: »Wenn ich Miete zahlen müsste, käme ich auch mit meinem Doppelpfeil nicht über die Runden.«

Doch man muss nicht lange suchen, um auch hier Milei-Wähler zu finden. Santiago Bernardini steht hinter dem Tresen seines Cafés. Dreimal seit Mileis Amtsantritt habe er die Preise erhöht, nachdem die Regierung die Subventionen für die Strom- und Wasserpreise gestrichen hatte. »Trotzdem würde ich ihn jederzeit wieder wählen.« Im kommenden Jahr werde sich die wirtschaftliche Lage bessern: »So lange halten wir durch.«

Wie viel Zeit bleibt Milei? Unter Menem vergingen zehn Jahre, bis sein Wirtschaftsmodell zusammenbrach. Anzeichen für ein Ende des Booms gab es schon früher, aber Menem war ein begnadeter Politiker. Er lullte Kritiker ein.

Milei dagegen lebt von der Konfrontation. Seine Gegner überschüttet er mit Beleidigungen; er diffamiert kritische Stimmen. Seine Außenministerin entließ er kurzerhand während einer Dienstreise, in ihrem Ministerium entfesselte er eine Hexenjagd auf unliebsame Diplomaten.

Und er treibt die ideologische Radikalisierung seiner Bewegung voran. In der Lobby des Hotel Presidente preisen Verkäufer Käppis mit der Aufschrift »Kulturkampf« an. Junge Frauen sitzen hinter Stapeln mit Büchern des ultrarechten Abtreibungsgegners und Antifeministen Agustín Laje, eines Vordenkers von Mileis »libertärer Revolution«.

Dass Milei sich in der Gesellschaftspolitik mäßigt, ist unwahrscheinlich. Eher schlägt die Polarisierung in politische Gewalt um. Vor wenigen Tagen gründeten militante Milei-Anhänger unter dem Namen »Kräfte des Himmels« eine Truppe, die der »bewaffnete Arm« des Präsidenten sein soll. So sagt es einer ihrer Gründer, ein bekannter Influencer: »Wir werden die Prätorianergarde des Präsidenten sein.« Milei teilte die Videos der Gruppe in den sozialen Medien.

Jens Glüsing

»Das ist ein Terrorregime, kein Staat«

SPIEGEL-GESPRÄCH Der deutsch-iranische Regimekritiker Jamshid Sharmahd wurde in Teheran zum Tode verurteilt, er starb Ende Oktober. Seine Tochter Gazelle erhebt schwere Vorwürfe, auch gegen Deutschland.



Regimegegnerin Sharmahd im Berliner Abgeordnetenhaus 2023

In Los Angeles ist es halb zehn am Morgen, als Gazelle Sharmahd, 41, die SPIEGEL-Redakteurinnen per Video-call in ihr Haus zuschaltet. Sharmahd, dunkle Haare, hell strahlende Augen, lächelt in die Kamera. Dabei war sie zuletzt nicht gut auf den SPIEGEL zu sprechen, wegen eines Interviews mit dem iranischen Außenminister Abbas Araghchi, in dem es auch um die Todesumstände ihres Vaters ging.

Jamshid Sharmahd war nach der Iranischen Revolution 1978/79 aus seiner Heimat geflohen. Die Familie lebte bis 2003 in Hannover, zog dann in die USA. Der deutsche Staatsbürger Sharmahd wurde 2020 auf einer Geschäftsreise während eines Zwischenstopps in Dubai entführt und vom »Revolutionsgericht« in Teheran zum Tode verurteilt. Er starb am 28. Oktober.

SPIEGEL: Frau Sharmahd, die vergangenen vier Jahre haben Sie damit verbracht, um das Leben Ihres Vaters zu kämpfen. Sie haben diesen Kampf verloren. Wie geht es Ihnen?

Sharmahd: Der Kampf ist nicht verloren. Mein Vater und ich haben nicht für das Leben eines einzelnen Menschen gekämpft. Wir haben uns gemeinsam gegen Tyrannei, Diktatur und Dschihadismus gestellt. Die Menschen in Iran haben eine der wichtigsten Stimmen in ihrem Kampf für die Freiheit verloren, aber nie haben meinem Vater mehr Menschen zugehört als heute. Sie verstehen jetzt, dass wir es in Iran nicht mit einem Staat zu tun haben.

SPIEGEL: Sondern?

Sharmahd: Iran ist ein von Terroristen besetztes Land, die sich weder an internationales Recht noch an ihre islamistischen Gesetze halten. Dort gibt es keinen Außenminister, keine Diplomaten. Das ist ein Terrorregime mit Todesrichtern und Schauprozessen. Sie haben es geschafft, meinem unschuldigen Vater nach 15 Jahren Jagd das Leben zu nehmen, ohne jegliche Konsequenzen.

Gerald Matzke / picture alliance

Das Gespräch führten die Redakteurinnen Susanne Koelbl und Özlem Topçu.

SPIEGEL: Am Morgen des 28. Oktober, ein Montag, verlautbarte das offizielle Justizportal Irans, Ihr Vater, Jamshid Sharmahd, sei »hingerichtet« worden, etwas später hieß es vage, er sei »seiner Strafe zugeführt« worden. Anschließend verkündeten offizielle Stellen, er sei vor der geplanten Hinrichtung gestorben. Wie haben Sie vom Tod Ihres Vaters erfahren?

Sharmahd: Daran sieht man doch, dass man sich auf kein Wort des Regimes verlassen kann. Meine Freundin Mariam Claren, deren Mutter noch in Geiselhaft in Iran ist, rief mich morgens an. Da wusste ich, dass es schlechte Nachrichten gibt. Bevor ich ranging, sah ich, wie sich das Display meines Telefons mit Beileidsbekundungen von Aktivisten und Journalisten füllte.

SPIEGEL: Während seiner Gefangenschaft konnten Sie mit Ihrem Vater immer mal wieder sprechen. Wann zuletzt?

Sharmahd: Im Juni dieses Jahres. Mein Vater war Parkinson-Patient. Sein Zustand war sehr schlecht, er bekam seine Medikamente nicht. Ich bin Intensivkrankenschwester. Ich weiß, was das bedeutet: Der Körper streikt irgendwann, man kann Arme und Beine nicht bewegen und nur schwer atmen, man hat Schmerzen überall, das Herz schlägt langsamer. Das ist körperliche Folter. Hinzu kommt die psychische Folter durch Isolationshaft, in der man ohne Kontakt zu anderen Menschen leben muss. Man weiß nicht, ob Tag oder Nacht ist, ob ein Jahr vergangen ist oder 50. Das war eine Hinrichtung auf Raten.

SPIEGEL: Sie hatten schon länger befürchtet, dass Ihr Vater die Haft nicht überleben würde?

Sharmahd: Als das Regime ihn entführen ließ und ihn in einem kurzen Video mit verbundenen Augen vorführte, habe ich mich innerlich von meinem Vater verabschiedet.

SPIEGEL: Bereits 2009 gab es einen Anschlagplan gegen Ihren Vater, das FBI warnte ihn zuletzt, nicht zu reisen. Warum begab er sich dennoch in Gefahr?

Sharmahd: Wir sind doch nirgendwo sicher. Soll ich jetzt auch nicht mehr nach Deutschland reisen? Ich stelle die Frage anders: Welche Konsequenzen ziehen unsere Regierungen eigentlich, wenn ihre Staatsbürger entführt werden? Wurde das Regime zur Verantwortung gezogen? Warum wagen sie es, weitere Anschläge zu planen, etwa auf den ehemaligen kanadischen Justizminister oder sogar auf Donald Trump?

SPIEGEL: Ihr Vater hat für ein anderes Iran gekämpft. Wie sollte es aussehen?

Sharmahd: Von einem freien Iran gibt es fast so viele Vorstellungen, wie es Iraner gibt. Einig waren wir uns darin, dass das islamistische Regime keine Regierung ist. Dass es illegitim ist. Dass die Ereignisse von 1979 keine Revolution waren, sondern eine Inbesitznahme unseres Landes. Ajatollah Ruhollah Khomeini sagte damals ja nicht: Endlich bin ich nach Hause zurückgekehrt, als Mensch, als Iraner. Er sagte, ich werde Iran brennen lassen, um die Flamme des Islam überall auf der Welt zu entzünden. Das Regime ist ein Feind der Ira-



Aktivist Sharmahd im Revolutionsgericht

ner, ein Feind des Westens, ein Feind der Freiheit und Menschlichkeit.

SPIEGEL: Geht es Ihnen und ging es Ihrem Vater um ein säkulares Iran, in dem der Islam keine Rolle spielt?

Sharmahd: Es geht nicht um den Islam, sondern um den Kampf gegen Dschihadisten. Das hat mit Religion nichts zu tun. Dschihadismus ist eine Kriegsdoktrin und bedeutet: Ich besetze dein Land, beute die Bevölkerung und seine Ressourcen aus und errichte ein Kalifat. Wie die Hisbollah den Libanon besetzt oder die Taliban Afghanistan okkupieren. Das steht im starken Kontrast zur Kultur und Geschichte Irans. Perserkönige wie Kyros der Große haben schon vor Jahrtausenden Menschenrechte eingeführt, standen für Toleranz, Religionsfreiheit und Feminismus. Iraner sind multiethnisch mit vielen Religionen. Es geht nicht darum, ob du gläubig bist, in die Moschee gehst oder ein Kopftuch trägst. Ich habe Muslime in meiner Familie. Wir haben ein Problem mit diesen Eroberern, die den Glauben zum Gesetz erklären.

SPIEGEL: Die Machthaber in Teheran beschuldigen Ihren Vater eines Anschlags 2008 in der südiranischen Stadt Schiras, bei dem 14 Menschen getötet und viele verletzt wurden. Es gibt Videoaufnahmen, in denen Ihr Vater erzählt, er habe dem Kommandeur der Revolutionswächter, die dem Obersten Führer Ali Khamenei direkt unterstehen, in einem Brief den Krieg erklärt und versprochen, keiner von ihnen werde überleben. Er befürwortet den Anschlag und sagt, es seien »unsere Jugendlichen« gewesen. Wie sind diese Aussagen zu verstehen?

Sharmahd: Eine Arbeitsgruppe der Uno hat diese haltlosen Anschuldigungen bereits in einem Bericht 2022 widerlegt. Darin heißt es: »Herr Sharmahd übte friedlich seine Rechte gemäß Artikel 19 aus. Die Uno ist der Ansicht, dass die Inhaftierung von Herrn Sharmahd auf seine legitime Ausübung seiner Meinungs- und Redefreiheit zurückzuführen ist, die durch Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geschützt ist.« Sie aber wiederholen die Propaganda des Regimes, das selbst nach Ermittlungen zwischenzeitlich feststellte, dass Munition in einer nahe gelegenen Kriegsausstellung explodiert war. Spä-

ter revidierte es auch diese Angabe, schob es zehn unschuldigen Menschen in die Schuhe und ließ mehrere hinrichten. Durch die ständige Wiederholung verhelfen Sie deren Behauptungen erst zu Glaubwürdigkeit.

SPIEGEL: Die Frage ist, warum sich Ihr Vater so explizit verantwortlich äußerte.

Sharmahd: Mein Vater äußerte sich nach 1000 Tagen Folter und Qual klar zu den absurden Anschuldigungen: »Ich lehne alle Anschuldigungen ab!« Welches Gericht auf der Welt fällt ein Todesurteil auf Grundlage von irgendwelchen unüberprüfbaren Videoclips? Wieso geben die Medien, auch Sie als deutsche Journalistinnen, den Worten dieses Lügenregimes überhaupt Raum? Warum spricht der SPIEGEL nach dem Tod meines Vaters mit dem Regime und nicht mit uns und den Experten?

SPIEGEL: Im vergangenen Jahr veröffentlichte der SPIEGEL einen mehrseitigen Bericht über Ihren Kampf um das Leben Ihres Vaters. Jetzt sprechen wir erneut mit Ihnen.

Sharmahd: Mein Vater hat dem Regime die Maske vom Gesicht gerissen. Einem Regime, das in seinen Botschaften Terroristen beschäftigt wie Assadollah Assadi, ehemals Botschaftsrat in Wien, der 2018 eine Bombe nach Bayern schmuggelte ...

SPIEGEL: ... offenbar mit dem Ziel, ein großes Oppositionstreffen in Paris in die Luft zu sprengen. Der Anschlag wurde vereitelt, drei Iraner wurden festgenommen.

Sharmahd: Verstehen Sie doch endlich, das sind Terroristen, keine Diplomaten! Mein Vater hat Menschen unterstützt, die sich gegen das Regime gestellt haben. Seine Worte, sein Telefon, sein Radio, das waren seine Waffen.

SPIEGEL: Würden Sie sagen, dass auch andere Mittel als Worte legitim im Kampf gegen das Regime sind?

Sharmahd: Während ich hier sicher in Los Angeles lebe, werde ich nicht darüber urteilen, wie sich die Menschen in Iran gegen ein Terrorregime zur Wehr zu setzen haben.

SPIEGEL: In einem ersten Beitrag auf X nach der Todesnachricht teilen Sie Ihre Trauer mit der Öffentlichkeit, aber auch Ihre Wut über die Außenministerien der USA und Deutschlands, die das Leben Ihres Vaters nicht retten konnten. Sie nennen sie »inkompetent und korrupt«. Was werfen Sie ihnen konkret vor?

Sharmahd: Ich kenne bestimmt 20 Familien von Geiseln in Iran, überall auf der Welt; wir alle sind eng befreundet, wir sind eine Familie. Jedem dieser Angehörigen wird gesagt: Geh nicht an die Presse. Sie wollen uns stummschalten, während das Regime laut ist.

SPIEGEL: Wurde das von Ihnen verlangt: still zu sein?

Sharmahd: Das wird jeder Geiselfamilie geraten, obwohl jeder ehemalige politische Gefangene bestätigt, dass Aufmerksamkeit und Druck zur Freilassung oder zumindest zu besseren Geiselfangbedingungen führen. Die USA haben meine Familie drei Jahre lang ignoriert. Das Außenministerium antwortete nicht einmal auf unsere Hilfesuche, bis ich

mit anderen betroffenen Angehörigen einen Sitzstreik vor dem Außenministerium gemacht habe. Das Auswärtige Amt in Berlin hat zwar mit uns gesprochen, doch es hat auf die Entführung und Geiselnahme seines Staatsbürgers lediglich mit konsularischer Betreuung reagiert. Als ob das Terroristen beeindruckten würde.

SPIEGEL: Spielte es eine Rolle, dass Ihr Vater zwar eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis für die USA hatte, aber kein amerikanischer Staatsbürger war?

Sharmahd: Nein, nach dem sogenannten Levinson Act haben Einwanderer mit einer Greencard, wie mein Vater, dieselben Rechte wie US-Staatsbürger. Das islamistische Regime hat meinen Vater sowohl als Amerikaner als auch als Deutschen gesehen und klare Forderungen an die USA und an Deutschland gestellt. Doch beide haben nicht reagiert. In einem Gefangenaustausch vergangenes Jahr kamen für den verurteilten Terroristen Assadollah Assadi vier Europäer frei, darunter zwei iranischstämmige Österreicher. In den USA wurden im September vergangenen Jahres Geiseln für sechs Milliarden Dollar freigelassen. Wir waren jedes Mal hoffnungsvoll, dass auch mein Vater freikommen würde.

SPIEGEL: Warum kam Ihr Vater nicht frei?

Sharmahd: Das fragen wir uns auch. Mein Vater war der dritte Europäer, der je in Iran zum Tode verurteilt wurde – warum werden solche Menschen nicht priorisiert? Nach welchen Kriterien wird entschieden? Wer bestimmt, welche Geisel für etliche Milliarden gerettet, welche zurückgelassen wird? Das Regime versteht: Wer zurückgelassen wird, ist nichts wert. Das Regime hat darauf einen zweiten Schauprozess gegen meinen Vater und die USA eingeleitet.

SPIEGEL: War das ein Versuch, weiteres Geld von den Amerikanern zu erpressen?

Sharmahd: Genau. Die anderen Geiseln kosteten pro Person 1,2 Milliarden Dollar freigegebenes Sanktionsvermögen. Für meinen Vater wollten sie noch einmal 2,5 Milliarden Dollar.

SPIEGEL: Wie haben Sie von dieser Forderung erfahren?

Sharmahd: Von meinem Vater. Immer wenn das Regime uns als Angehörigen etwas mitteilen wollte, durften wir uns sprechen. Sie machten meinen Vater zum Vermittler ihrer Forderungen. Es standen Leute neben ihm, die ihn anwiesen, was er zu sagen hatte. Anfangs nannten sie noch riesigere Summen; ich glaube, es wa-

ren 9 Milliarden Dollar. Im Schauprozess forderte das Gericht dann 2,478 Milliarden Dollar »Bußgeld« von den USA, als Entschädigung für die angeblichen Terroropfer. Als wir das hörten, wussten wir sofort, dass das der Preis für seine Freilassung war. Sie stellten ein Ultimatum von zwei Monaten.

SPIEGEL: Was haben Sie dann gemacht?

Sharmahd: Wir haben wie immer alle zuständigen Behörden informiert: den Kongress, das US-Außenministerium, das Auswärtige Amt in Berlin. Wir sagten: Da läuft ein Countdown, wenn ihr nicht reagiert, dann wird er umgebracht. Was haben Deutschland und die USA gemacht? Nichts. Wurde in der Presse berichtet? Nein. Hat es geholfen, in der Öffentlichkeit darüber zu schweigen? Nein.

SPIEGEL: Im Interview mit dem SPIEGEL sagte Außenminister Araghchi, dass Sie als Familie den Leichnam Ihres Vaters anfordern könnten. Er bot auch eine Autopsie an, um die Todesursache zu ermitteln. Werden Sie das Angebot annehmen?

Sharmahd: Araghchi ist kein Außenminister, sondern Mitglied einer Terrororganisation, die Menschen entführt, foltert und ermordet. Seit

Iranische Kleriker, Revolutionswächter in Teheran: »Dschiadismus bedeutet: Ich besetze dein Land, errichte ein Kalifat«



Iranian Presidency / ddp-images



Pacific Press / ddp-images

einem Monat versuchen wir, den Leichnam meines Vaters zu bekommen. Das Regime findet aber immer neue Gründe, ihn uns nicht zu geben. Es fehlt dann immer noch ein Papier hier, ein Dokument da. Die Bundesregierung spielt Vermittler zwischen den Mördern meines Vaters und unserer Familie. Das Auswärtige Amt drängt uns mitzuspielen, statt endlich Druck zu machen, um wenigstens den toten Körper meines Vaters zu befreien.

SPIEGEL: Die grüne Außenministerin Baerbock geht schon seit einiger Zeit relativ hart mit Iran ins Gericht. Sie hat eine Uno-Untersuchung über die Niederschlagung der landesweiten Proteste nach dem Tod von Jina Mahsa Amini initiiert und will die Revolutionswächter in der EU als Terrororganisation listen lassen. Ist das der richtige Weg?

Sharmahd: Es ist egal, ob CDU, SPD, FDP oder Grüne regieren. Mein Vater wurde entführt, als Heiko Maas noch Außenminister war. Wir haben den Handel über Menschenrechte gestellt. Uno-Untersuchungen und die Schließung von Konsulaten sind ein gutes Zeichen, doch hält es das Regime davon ab, uns weiter zu terrorisieren? Es sind die Milliardenengeschäfte, die das Regime am Leben erhalten.

SPIEGEL: Teheran will seine Macht mit aller Gewalt verteidigen. Ist ein Regimewechsel überhaupt denkbar, ohne dass Teile des inneren Apparats sich diesem anschließen?

Sharmahd: Natürlich! Ich setze auf die Menschen in Iran, die gezeigt haben, dass sie bereit sind, ihr Leben zu opfern. Wir sind nicht einmal dazu bereit, unsere Geschäftsbeziehungen zu opfern. Jedes Mal, wenn die Iraner aufstehen oder das Regime kurz vor der Pleite ist, macht wieder jemand einen Deal mit ihm, gibt eingefrorene Sanktionsgelder frei oder verhandelt über das Atomabkommen.

SPIEGEL: Sie sind inzwischen selbst zur Symbolfigur der iranischen Exilopposition geworden. Wollen Sie das sein?

Sharmahd: Niemand sucht sich aus, tapfer zu sein. Auch mein Vater ist nicht eines Morgens aufgewacht und dachte, ich möchte Staatsfeind Nummer eins sein. Niemand sucht sich diesen Schmerz aus. Es bricht mir das Herz, aber ich kann nicht weggucken, wenn ich sehe, was den Menschen in Iran angetan wird (*weint*). Am Tag, als mein Vater starb, habe ich mich entschlossen, seinen Weg weiterzugehen.

SPIEGEL: Frau Sharmahd, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

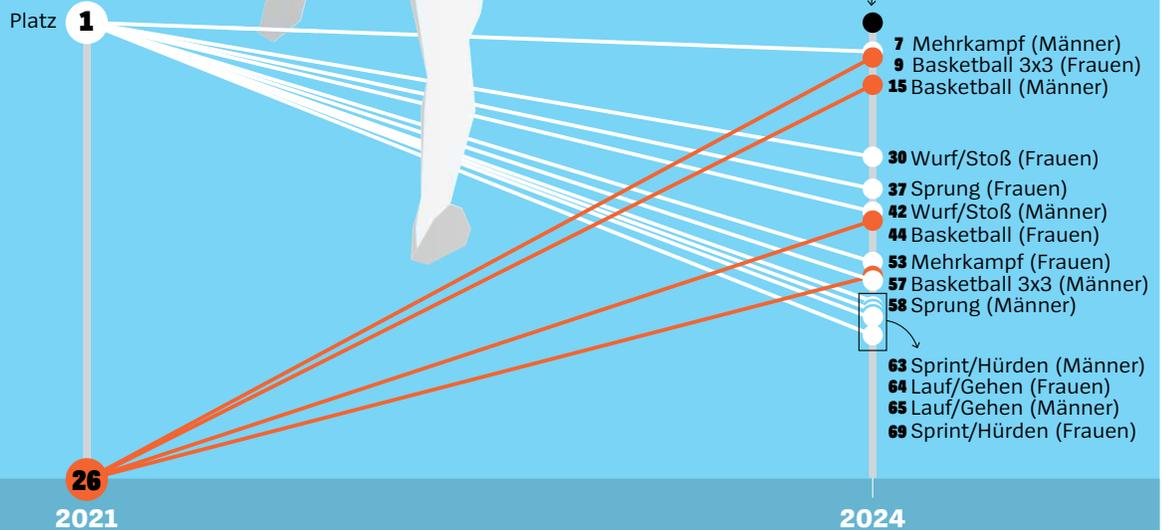
99 Disziplinen wurden insgesamt untersucht. Das größte Potenzial wird dem **Dressreiten** zugeschrieben: Die Reitsportdisziplin liegt auf **Platz 1**.

Voll daneben

Spitzenreiter und Schlusslicht des deutschen Potenzialanalyseystems (PotAS), 2021 im Vergleich zu 2024

2021 wurden insgesamt **26 Sportverbände** bewertet, 2024 einzelne **Disziplinen**.

- Leichtathletik
- Basketball



Quelle: PotAS 2021, 2024

Damit Deutschland wieder mehr Medaillen bei internationalen Wettkämpfen holt, schuf das Bundesinnenministerium vor acht Jahren das Potenzialanalyseystem (PotAS). Experten erstellen eine Rangliste der chancenreichsten Sportarten, die dann mehr staatliche Förderung bekommen. Das erste Ranking 2021 erwies sich als Flop: Die bestplatzierten Leichtathleten holten bei der WM 2023 keine einzige Medaille, die letztplatzierten Basketballer dagegen WM- und Olympiagold. Die in dieser Woche veröffentlichte Rangliste unterteilt nun in Disziplingruppen. Basketballpräsident Ingo Weiß will PotAS dennoch »bitte einfach abschaffen«.

HALL OF FAME

Lori Locust, Footballtrainerin

Bevor Lori Locust, aufgewachsen in Harrisburg im US-Bundesstaat Pennsylvania, mit Mitte fünfzig Assistententrainerin in der amerikanischen Footballliga NFL wurde, übernachtete sie auf dem Parkplatz eines Restaurants in ihrem Auto. 2018 hatte sie nach einem Praktikum beim NFL-Klub Baltimore Ravens ihren Hausrat verkauft und ihren Job bei einer Versicherung gegen den einer Lagerarbeiterin eingetauscht: alles für eine Anstellung in der besten Footballiga der Welt.

Locust, Mutter zweier erwachsener Söhne, hatte erst mit 40 begonnen, Frauenfootball zu spielen. Später trainierte sie Highschoolteams, sie träumte davon, irgendwann als Traine-

rin in der NFL an der Seitenlinie zu stehen. Dafür riskierte sie alles. Aber die Ravens stellten sie nicht ein.

Erst über Kontakte zum damaligen Chefcoach der Tampa Bay Buccaneers, der eine Trainerin suchte, bekam Locust eine Chance. Sie wurde Assistententrainerin der Verteidigung, die erste Frau in der NFL in dieser Position. 2021 gewannen die Buccaneers die Meisterschaft mit Locust und einer weiteren Frau als Konditionstrainerin. Nie zuvor war das Frauen in einem NFL-Trainerstab gelungen. Den Meisterschaftsring lagert Locust in einem Bankschließfach in Tampa, Florida.

Als man sie 2023 entließ, riefen Kollegen an, um sie zu

trösten. »Man ist erst ein echter Coach, wenn man gefeuert und dann wieder eingestellt wird«, sagt Locust.

Heute ist die 60-Jährige eine von nur 15 Trainerinnen in der NFL. Bei den Tennessee Titans ist sie für die Qualitätskontrolle der Defensive zuständig, analysiert die Taktiken und Spielzüge gegnerischer Teams. Sie gilt als detailversessen und wissbegierig. Freundinnen sagen, es mache mit



Locust keinen Spaß, Football zu schauen, weil sie immer schon wisse, was ein Team als Nächstes tun werde.

Die Entbehrungen auf ihrem Weg zum Erfolg haben Locust bekannt gemacht. Die »New York Times« bezeichnete sie als »Wegbereiterin«, die Türen für Trainerinnen in der NFL aufstoße. Sie möge Begriffe wie Pionierin nicht, sagte Locust einmal, sie wolle sich nicht auf ihr Geschlecht reduzieren lassen.

Obwohl die Zahl der Trainerinnen in traditionellen Männersportarten wächst, gelten Frauen, die dort coachen, immer noch als etwas Besonderes. »Frauen müssen sich durch jahrelange Arbeit zunächst einmal in Position bringen, damit man sie für eine Trainerstelle in einem Männerteam überhaupt in Betracht zieht«, sagt Locust. MAF



Der alte König Don

BOXEN Er hat zwei Menschen getötet, Muhammad Ali und Mike Tyson promotet und für Donald Trumps Wiederwahl gekämpft. Ein Besuch bei Don King, der einfach immer weitermacht.

An den Haaren erkennt man es zuerst: Don King ist alt geworden. 93 ist er jetzt. Früher war die Frisur ein Markenzeichen des Boxpromoters. Seine Haare standen aggressiv und weit ab. Sie waren Kings Krone, die man auch im Logo seiner Firma findet. Heute sind die Haare kürzer, dünner und weniger. Sie strahlen nicht mehr dieselbe Energie aus. Als zeigten sie an, dass es langsam mal gut sei.

In der an schillernden Charakteren nicht armen Boxwelt war Donald King über Jahrzehnte eine der prägnantesten Figuren. Seine Haare halfen dabei. In keinem Sport sind Kampfnamen so wichtig wie im Profiboxen. Mike Tyson war der »böseste Mann des Planeten«, Evander Holyfield der »Real Deal«, Muhammad Ali schlicht »der Größte«. Alle drei – und viele weitere – verdanken ihren Ruhm und Reichtum zumindest zum Teil dem »Mann mit der Starkstromfrisur«. Das war Kings Kampfname in Deutschland.

Wegen der Frisur war es leicht, ihn zu karikieren. Das ist wichtig für jemanden, der auffallen und wiedererkannt werden will. US-Talkmaster Johnny Carson machte sich über die Haare lustig, die Comedy-Truppe von »Saturday Night Live« ebenso. Als Comicfigur tauchte der Promoter bei den »Simpsons« und bei »South Park« auf. Don King und seine Frisur wurden Teil der Popkultur. Früher erzählte King, Gott persönlich sei es gewesen, der ihm die Haare aufgestellt habe, »damit er mich daran zu sich nach oben ziehen kann, wenn meine Zeit gekommen ist«. Macht es ihm keine Sorgen, dass die Frisur ausgerechnet jetzt schlappmacht, da der Moment näher zu rücken scheint? King lacht sein Don-King-Lachen, hoch, schrill, laut. »He-he-he.« Jedes einzelne »He« ein bisschen zu stark betont. »Er wird schon einen Weg finden. Aber die Geschichte ist gut. Ja, das war immer mein Job. Geschichten erzählen.«

Als ich ihn vor mehr als sechs Jahren zuletzt interviewte, sagte King über seinen Job als Boxpromoter: »Lügen war unser Kerngeschäft.« Er sprach über Johannes den Täufer, Joseph Goebbels, Muhammad Ali und Donald Trump. Genau wie heute. Manche Sätze von damals fallen wortgleich.

Ich kenne Don King seit 18 Jahren und habe ihn oft getroffen. Bei Veranstaltungen, Kongressen, gemeinsamen Abendessen, zu Interviews, in seinem Büro. Von 2006 bis 2013 habe ich in der Boxbranche für den Promoter Ahmet Öner gearbeitet, der sich an King orientierte und mit ihm kooperierte.

Im Dezember 2010 kämpfte Öners kubanischer Schwergewichtler Odlanier Solís gegen Kings US-Boxer Ray Austin. Es war ein WM-Ausscheidungskampf, der Sieger sollte den damaligen Weltmeister Vitali Klitschko herausfordern – und damit eine Millionenbörse verdienen. King bot an, die Veranstaltung in Miami auszurichten. Wir saßen gemeinsam in der American Airlines Arena und sahen, wie Solís den überforderten Austin durch den Ring prügelte.

In der fünften Runde ging Austin zu Boden, in der zehnten schien Kings Boxer orientierungslos, kassierte einen Punktabzug für unsportliches Verhalten und wurde schließlich disqualifiziert. Solís gewann und bekam den Klitschko-Kampf.

Später kam heraus, dass Austin nach neun Runden auf einem Punktzettel in Führung lag, auf einem anderen stand es unentschieden. Wäre der Kampf über die Runden gegangen, hätte Austin womöglich gewonnen. Die Punktrichter kamen aus Florida. King kannte sie und hatte sich beim lokalen Verband dafür eingesetzt, dass sie am Ring saßen. Er sagte, er habe nichts damit zu tun.

Don King war und ist ein professioneller Lügner. Vielleicht der beste seines Fachs. Ein Meister der Inszenierung, der stets die Rolle des gierigen, hartherzigen Bösewichts spielte. Und er spielte sie mit Leidenschaft. Zum einen, weil er tatsächlich in erster Linie an den eigenen Vorteil denkt. Zum anderen aber auch, weil seine Boxer neben ihm, dem Schurken, noch heller strahlten.

Viele warfen ihm später vor, er habe sie ausgenommen und bestohlen. Was kaum jemand sagte: Ohne King hätten sie alle wohl nur einen Bruchteil ihres Geldes verdient.

Denn so hart, wie er mit seinen Boxern verhandelte, verhandelte er auch mit Fernsehsendern, Geschäftspartnern und Sponsoren. Und brachte sie dazu, immer neue Rekordsummen zu zahlen.

Seine Lügen machten King reich, seine Haare machten ihn berühmt.

SPIEGEL: Haben Sie das alles so geplant?

King: Ein Leben wie meins kann man nicht planen. Ein Leben wie meins kann man nicht mal leben. He-he-he.

Man muss sich Don King als fröhlichen Menschen vorstellen. Manchmal wirkt es, als würde er die Welt dafür auslachen, dass sie ihm seine Geschichte abgekauft hat. Ein Kleinkrimineller aus Cleveland, Ohio, der zwei Menschen tötet und später auf der ganzen Welt wie ein Staats-

gast empfangen wird. Eine der bekanntesten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts.

Für das Treffen hat King in sein Büro geladen. Das Hauptquartier der Don King Productions liegt in einem Gewerbegebiet unweit der Interstate 95 in Deerfield Beach, etwa 70 Kilometer nördlich von Miami. King hat das Gebäude Ende der Achtzigerjahre bezogen. Es ist mit ihm gealtert.

Teile des Parkplatzes sind unambitioniert abgesperrt. »Private property, no trespassing« steht auf Schildern, an denen Besucher problemlos vorbeifahren können. Auf einigen Stellplätzen liegen braune Palmwedel, Erinnerungen an die Hurrikansaison. Eine Schranke gibt es ebenso wenig wie ein Türschild. Dafür gezackte Laternen im Stil des King-Logos, ein paar Überwachungskameras und zwei steinerne Löwen neben der Tür.

Es ist kurz vor zwölf an einem Freitag im November, als King vorgefahren wird. Er sitzt auf dem Rücksitz eines hellen SUV. Mit dem Aussteigen muss er warten, bis ein Mitarbeiter seinen Rollator bringt. King bewegt sich langsam und trägt eine FFP2-Maske. Jede Infektion könnte die letzte sein, raunt eine Mitarbeiterin. In diesem Moment sieht er so alt aus, wie er ist.

Als ich King zum ersten Mal traf, war ich beeindruckt von seiner körperlichen Erscheinung. Ein großer, breiter Mann, der alle Aufmerksamkeit auf sich zog. Meist trug er eine mit Strasssteinen besetzte Jeansjacke, auf deren Rücken ein Bild von ihm gezeichnet war, und schwenkte Fähnchen. Mindestens eine US-amerikanische und eine des Landes, in dem er gerade war.

In den tiefen Taschen der Jacke hatte er dicke Bündel Dollarscheine, zusammengehalten nur von einem Gummiband. Als ich ihn einmal fragte, wie viel Geld er dabei habe, sagte er: »Wer weiß, wie viel Geld er hat, hat nicht genug davon.« Mit demselben Satz beantwortet er heute die Frage, wie reich ihn der Boxsport gemacht habe.

Don King ist immer noch Don King. Nur in gebückter Körperhaltung und weniger breit. Er trägt auch nicht mehr die alte Jeansjacke, die ihm heute vermutlich zu groß wäre, sondern einen blauen Jogginganzug.

Man muss viel Glück haben, um von King Antworten zu bekommen. Fragen nimmt er bestenfalls als Inspiration für Monologe über Politik, Philosophie und Geschichte. Wenn er fertig ist, hat man längst vergessen, was man eigentlich wissen wollte.

Über manche Fragen geht er auch einfach hinweg und tut so, als hätte er sie nicht ver-

standen. Gut möglich, dass wirklich viel verloren geht. Kings Hörgerät ist so laut eingestellt, dass man sich selbst hört, wenn man neben ihm steht und mit ihm spricht. Ein bisschen, als würde man mit sich selbst reden.

SPIEGEL: Im September waren Sie im Krankenhaus. Es hieß, dass es Ihnen nicht gut gehe. Von Bluttransfusionen war die Rede. Was haben Sie genau, und wie ernst ist die Lage wirklich?

King: Sie haben mich schon so oft für tot erklärt. Aber schau mich an. Hier bin ich. Ich hätte nie gedacht, dass ich es bis 93 schaffe.

Trotz des Alters ist King immer noch aktiver Boxpromoter. Er hat einen amtierenden Weltmeister unter Vertrag, den Deutscharmenier Noel Mikaelian, der gerade angekündigt hat, King wegen Vertragsbruchs verklagen zu wollen. Bei dem Thema hört er auf zu lachen. Von einem Moment auf den anderen kann er umschalten und ist mitten im Geschäft. »Der Typ ist verrückt, einfach dumm«, sagt King über Mikaelian. »Er hat die falschen Berater.« Um den WM-Titel würden jetzt eben andere boxen, sagt King.

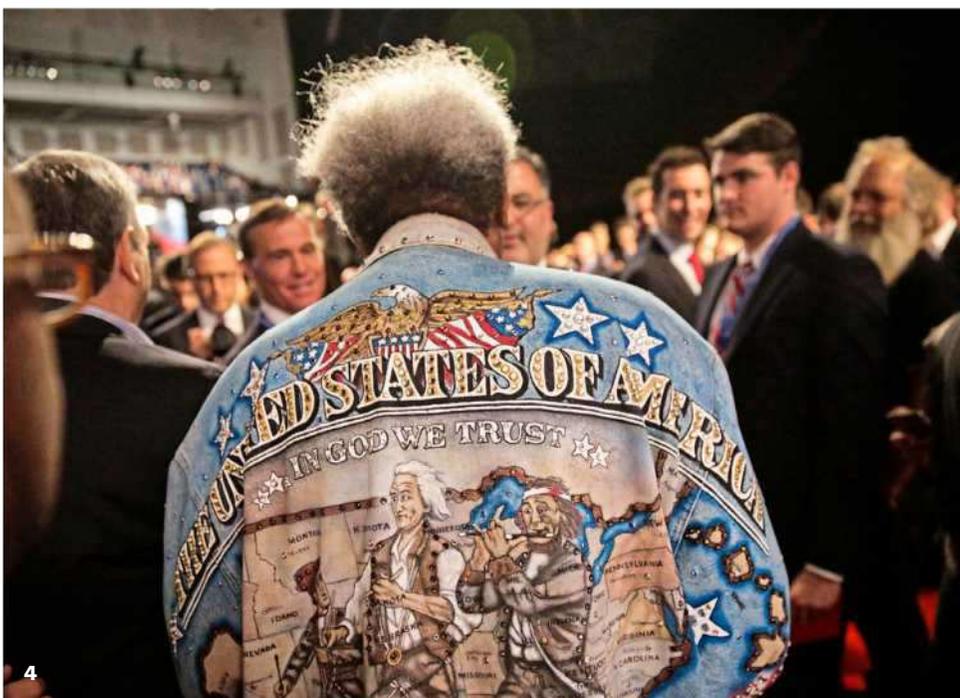
Auch wenn seine größte Zeit lange vorbei ist, beherrscht kaum jemand das Boxbusiness so wie Don King. Dabei, behauptet er, sei er doch eigentlich nur Promoter geworden, weil Muhammad Ali ihn darum gebeten habe.

Die Geschichte geht so: King betrieb in seiner Heimatstadt Cleveland illegale Wettbüros. Im Dezember 1954 erschoss er Hillary Brown, der mit zwei Komplizen versucht hatte, eine seiner Spielhöhlen auszurauben. Der Richter entschied auf Notwehr. Zwölf Jahre später, am 20. April 1966, tötete King einen weiteren Menschen, seinen ehemaligen Mitarbeiter Sam Garrett. Der Grund sollen Schulden in Höhe von 600 US-Dollar gewesen sein.

King wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und saß vier Jahre in der Marion Correctional Institution. Er habe in der Zeit viel gelesen und entschieden, sein Leben zu ändern. Nach seiner Entlassung veranstaltete er 1972 ein Wohltätigkeitsfest für ein Krankenhaus in seiner Heimatstadt.

Muhammad Ali folgte Kings Einladung und kam für einen Showkampf nach Cleveland. »Da haben wir uns kennengelernt«, erzählt King. »Er sagte, dass ich der beste Promoter sei, den er je gesehen habe, und dass ich unbedingt im Boxen bleiben müsse. Ich sagte: Ich mache das nur, wenn ich dich promoten darf. Ali war der erste Boxer, den ich unter Vertrag genommen habe.« Zwei Jahre später richtete King eines der größten Sportereignisse der Geschichte aus, den »Rumble in the Jungle«, die erste Boxweltmeisterschaft im Schwergewicht auf dem afrikanischen Kontinent. Finanziert von Diktator Mobutu Sese Seko lockte King den amtierenden Weltmeister George Foreman mit einer Millionbörse nach Kinshasa, um gegen Ali zu boxen.

Wenn man so will, erfand der exzentrische Promoter das Sportwashing, lange bevor es einen Begriff dafür gab.



1 | Box-Souvenirs in Kings Büro in Florida 2 | Manager King mit Schwergewichts-Champion Tyson in Las Vegas 1986 3 | Mit Boxern Larry Holmes und Ali 1980 4 | Als Wahlkämpfer für Trump 2016

SPIEGEL: Erinnern Sie sich, was Sie heute vor 50 Jahren gemacht haben?

King: Heute vor 50 Jahren? Da habe ich mich vermutlich auf Thanksgiving und Weihnachten vorbereitet. Das ist immer eine sehr schöne Zeit.

SPIEGEL: War es wirklich ein ganz normales Thanksgiving? Sie müssen doch gerade erst aus Kinshasa zurückgekehrt sein, oder?

King: Oh, Zaire. Ja, das war was. Das war ein toller Kampf, oder? Ali gegen Frazier ... oder nein, Ali gegen Foreman war das, oder?

Kann es sein, dass ausgerechnet Don King die eine Boxveranstaltung vergessen hat, an die sich die ganze Welt erinnert? Oder stellt er sich dumm, weil ihn die Fragen nerven?

Durch den »Rumble in the Jungle« 1974 in Kinshasa und den »Thrilla in Manila« ein Jahr später auf den Philippinen verdiente King nicht nur einen Haufen Geld, sondern wurde aus dem Nichts zum einflussreichsten Promoter der Welt. Auf diesen beiden Events baute er sein Boximperium auf.

In den Achtziger- und Neunzigerjahren gab es kaum einen großen Kampf, bei dem King am Ende nicht grinsend neben dem Sieger stand. Im September 1994 präsentierte er sechs Weltmeisterschaften an einem Abend. Das hatte vor ihm niemand gemacht. 2003 toppte er die Bestmarke mit acht WM-Kämpfen im Rahmen einer Veranstaltung.

Zudem hält er bis heute den Rekord für die meisten zahlenden Zuschauer bei einer Boxveranstaltung: 132.247 Menschen kamen am 20. Februar 1993 ins Aztekenstadion in Mexiko-Stadt zum WM-Kampf zwischen Julio César Chávez und Greg Haugen.

Im Erdgeschoss des Bürogebäudes in Deerfield Beach hängen noch Werbeplakate für die großen Events dieser Zeit. Generell scheint sich nicht viel verändert zu haben seit damals. Mit einer Ausnahme: Die Menschen fehlen. Es gibt viele Arbeitsplätze, aber keine mehr, der daran arbeitet.

Am Empfangstresen hat offensichtlich lange niemand mehr gegessen, auf den Lederbänken im Wartebereich für Besucher vermutlich auch nicht. Ein mit Don-King-Logo und »Only in America« bedruckter Popcornwagen erinnert an bessere Zeiten.

Der Schreibtisch des Chefs steht im ersten Stock. Weil er die Treppe nicht mehr hochkommt, hat er einen Fahrstuhl einbauen lassen. Über der breiten, geschwungenen Treppe hängt ein Ölgemälde, natürlich ein Don-King-Porträt. Es liefert einen Vorgeschmack auf das, was Gäste im Obergeschoss erwartet: Aus der Geisterstadt kommt man in ein bewohntes Museum, überladen mit Memorabilien aus 50 Jahren Boxgeschichte.

Von allen Seiten wird man angegrinst von Don King. King auf einer E-Gitarre, King auf gerahmten Briefmarken, King auf Fotos mit Ex-Präsidenten, auf Büchern, Kissen, Souvenirs. Dazwischen verschiedene Statuen, eine Säbelsammlung sowie allerlei USA-Merchandise. Eine Miniversion der Freiheitsstatue steht neben einem silbernen Adler mit flug-

bereiten Schwingen. »Only in America«. Eine Mitarbeiterin sagt: »Wenn die Leute nicht wissen, was sie jemandem schenken sollen, schenken sie halt so was.«

Was wohl aus all dem wird, wenn King nicht mehr da ist? Eine gute Antwort darauf gibt es nicht. Das Unternehmen trägt seinen Namen, überall ist sein Gesicht. In den Nullerjahren versuchte King, seinen Adoptivsohn Carl als Nachfolger aufzubauen. Es war aussichtslos. Carl zog sich aus der Boxwelt zurück. Don King Productions ist kein Familienunternehmen. Es ist eine One-Man-Show.

SPIEGEL: Wie fühlt es sich an, alt zu sein?

King: Es ist alles okay. Ich arbeite jetzt wieder, habe eine Menge Sachen zu erledigen. Du kannst dich nicht einfach hinlegen und weinen. Wenn du zu Boden gehst, musst du wieder aufstehen und weiterkämpfen. Ich habe sehr viel Kraft darauf verwendet, Donald Trump zurück ins Weiße Haus zu bringen. Jetzt, nachdem wir das geschafft haben, habe ich wieder Zeit, mich um mich selbst und das Geschäft zu kümmern.

SPIEGEL: Sie haben immer für die Rechte der Schwarzen gekämpft. Warum haben Sie im US-Wahlkampf Trump unterstützt und nicht Kamala Harris und die Demokraten?

King: Die hassen Trump, weil er sie enttarnt. Sie beschimpfen ihn auf jede erdenkliche Art. Sie nennen ihn Hitler, sie nennen ihn einen Faschisten. Aber er schlägt zurück. Sie können ihn nicht kontrollieren, sie können ihn nicht bestechen, sie können ihn nicht kaufen, sie können ihn nicht einschüchtern. Deswegen haben sie versucht, ihn aus dem Weg zu räumen. Aber das haben sie nicht geschafft, weil Gott dazwischengegangen ist und sein Leben gerettet hat. Das ist wie bei mir. Sie haben zehnmal versucht, mich umzubringen.

SPIEGEL: Wer sind diese »sie«?

King: Ich kenne Trump schon sehr lange. Wir haben zusammengearbeitet. Ich habe Kämpfe in seine Hotels gebracht. Tyson und andere. Die haben da irgendwo auch eine Straße nach mir benannt.

Zwischen 1985 und 1994 fanden 42 Veranstaltungen im Trump Plaza in Atlantic City statt. Viele Promoter richteten Kampfabende dort aus. Auch Kings ewiger Erzrivale Bob Arum, der in diesen Tagen ebenfalls 93 Jahre alt wird und nach wie vor aktiv ist.

SPIEGEL: Versteht Trump etwas vom Boxen?

King: Er hat keine Ahnung vom Boxbusiness. Aber er weiß, wie man Geschäfte macht.

Kings Erfolgsmodell hatte sich irgendwann überholt. Ende der Neunziger, als Mike Tyson wiederholt gegen Evander Holyfield verlor und ihm ein Stück vom Ohr abbiss, begann die Boxwelt, sich zu verändern. King änderte sich nicht.

Er war ein Meister der Handschlag- und Hinterzimmerdeals. Kleine Gefälligkeiten, die zu Abhängigkeiten wurden. »Working together works« ist eines der King-Credos. »Zusammen-

arbeiten funktioniert.« Seine Art des Geschäftemachens starb aus, als Fernsehsender, Hotelketten, Sponsoren vermehrt Compliance- und Controlling-Abteilungen einsetzten. Lügner gibt es immer noch. Aber die Art, wie sie ihre Geschichten erzählen, ist inzwischen eine andere.

SPIEGEL: Wie blicken Sie heute aufs Boxen?

King: Es gibt keine guten Promoter mehr. Aber da sind ein paar spannende Entwicklungen. In Saudi-Arabien zum Beispiel. Wenn du diesen Turki siehst, sag ihm, dass ich mit ihm sprechen möchte. Wir können etwas Großes zusammen machen.

Turki Al-Sheikh ist so etwas wie der Mobutu von heute. Der Chef der saudi-arabischen Unterhaltungsbehörde kann Milliarden Staatsgelder einsetzen, um das Image des Königreichs aufzupolieren, indem er große Boxkämpfe ins Land holt.

Am 21. Dezember kommt es in Riad zum Rückkampf zwischen Schwergewichtsweltmeister Oleksandr Ussyk und Ex-Champion Tyson Fury. Sie sind das, was Foreman und Ali 1974 waren. Die Besten der Welt, die sich für astronomische Kampfbörsen an einem entlegenen Ort zum Duell treffen.

Früher war es King, der solche Deals einfädelt. Heute wird er nicht mal mehr angerufen. Das Geld verdienen jetzt andere, etwa der Influencer Jake Paul, der mit Videos in den sozialen Medien berühmt geworden und inzwischen als Boxer und Promoter aktiv ist. Am 16. Dezember kämpfte er gegen Mike Tyson. Die Veranstaltung wurde live bei Netflix übertragen. Mehr als 60 Millionen Menschen sollen den Kampf gesehen haben.

SPIEGEL: Haben Sie sich Tyson gegen Paul angeschaut?

King: Zur Hölle, nein. Das hat nichts mit Boxen zu tun, sondern ist reine Show. Das sind zwei unterschiedliche Welten. Die hatten mich angefragt, ob ich zu der Veranstaltung komme und etwas beitrage, aber ich habe gesagt: Vergesst es! Damit will ich nichts zu tun haben.

SPIEGEL: Wie ist Ihr Verhältnis zu Tyson?

King: Sehr gut. Das war es immer. Wir hatten nie Probleme.

SPIEGEL: Wie bitte? Tyson hat Sie auf 100 Millionen Dollar verklagt und erzählt, dass er Sie mal verprügelt hat.

King: Mike hat immer zu mir gesagt: »Sie bezahlen mir nichts, wenn ich die Wahrheit sage. Sie zahlen nur für Lügen.« Also habe ich gesagt: »Erzähl ihnen Lügen, Mike!«

Am Ende des Meetings steht King auf und bewegt sich mit seinem Rollator langsam in Richtung des Konferenzraums neben seinem Büro. Dort warte ein wichtiger Termin mit Anwälten. Es gehe um viel Geld.

Er bestellt schöne Grüße an die Menschen in Deutschland und sagt zum Abschied: »Wir sehen uns bald in Hamburg.« Das ist natürlich gelogen. Aber Don King lacht.

Malte Müller-Michaelis ■

Reich mit dem Scheich

FUSSBALL Fifa-Chef Infantino will, dass die WM 2034 an Saudi-Arabien vergeben wird. Sein Plan dürfte aufgehen, dank eines Tricks.

Gianni Infantino ist ein Mann großer Visionen. Vor vier Jahren, als die Welt noch mit Empörung auf Saudi-Arabien und dessen Verwicklung in den Mord an dem Journalisten Jamal Khashoggi 2018 schaute, reiste der Präsident des Weltfußballverbands Fifa unermüdlich in Europa umher, um Werbung für das Königreich zu machen. Er suchte nach Verbündeten für einen damals schwer vermittelbaren Plan: Infantino wollte Saudi-Arabien das größte Sportereignis der Welt besorgen, die Fußballweltmeisterschaft.

Von der Skepsis der Europäer ließ sich Infantino nicht irritieren. Vielmehr schienen ihm die Ambitionen von Saudi-Arabiens Kronprinz zu gefallen, in neue, lukrative Wettbewerbe zu investieren. Das Königreich pumpet Milliarden Dollar in Großsportevents wie die LIV-Golf-Tour, Formel-1-Rennen und Boxkämpfe, um neue Einkommensquellen zu erschließen.

Wenn am nächsten Mittwoch die 211 nationalen Fifa-Mitgliedsverbände bei einem digitalen Kongress über die Vergabe künftiger Fußballweltmeisterschaften abstimmen, gilt als sicher, dass die WM 2030 in Spanien, Por-

tugal und Marokko sowie in Uruguay, Paraguay und Argentinien gastieren wird, und 2034 in Saudi-Arabien.

Den Weg dahin haben Infantino und der Führungszirkel der Fifa geebnet: mit Verhandlungen in Hinterzimmern und einem beschleunigten Verfahren, an dessen Ende das Königreich als einziger Bewerber dastand. Ein Ergebnis, das selbst Fifa-Mitglieder überraschte. Kritik wurde laut über die Art und Weise, wie die Fifa den Weltfußball regiert. Und wie eine so gewichtige Entscheidung wie die WM-Vergabe von einer kleinen Gruppe um Infantino getroffen und dann vom mächtigen Fifa-Rat einstimmig abgenickt wurde. Auch von dem Präsidenten des Deutschen Fußball-Bunds (DFB) Bernd Neuendorf, der dem einflussreichen Gremium mit 37 Mitgliedern angehört.

Die Präsidentin des norwegischen Fußballverbands, Lise Klaveness, fragte, ob bei der Entscheidung »persönliche Beziehungen im Vordergrund standen«. Klaveness sprach aus, was als offenes Geheimnis gilt. Dass nämlich Infantino seine Position nutzt, um eigene Interessen und die seiner Partner durchzusetzen. So verblüffte Infantino 2018 den Fifa-Vorstand, als er die Erlaubnis einholte, mit Investoren, hinter denen auch Saudi-Arabien als einer der größten Geldgeber stand, einen Deal für neue Fußballligen abzuschließen. Er sollte den Einfluss Saudi-Arabiens im internationalen Fußball stärken und der Fifa frisches Geld in die Kassen spülen; am Ende kam er nicht zustande.

Die Fifa beteuerte, die Auswahl der Austragungsorte für die Weltmeisterschaft sei durch ein »offenes, transparentes Ausschreibungsverfahren erfolgt«. Präsident Infantino habe keine Gespräche über die Bewerbung Saudi-Arabiens mit potenziellen Partnern »ausgelöst oder initiiert«.

»Unter Infantino hat sich in der Fifa trotz aller Skandale und Reformbemühungen nichts geändert«, sagt James M. Dorsey, Experte für Fußball im Nahen Osten. »Es ist

keine transparente Organisation.« Das müsse sie auch nicht sein, weil sie durch ihre guten Beziehungen zu Staatsoberhäuptern Narrenfreiheit besitze. »Wenn die Fifa keine Verstöße gegen Menschenrechte sieht, dann gibt es sie nicht.«

Dazu passt der jüngst veröffentlichte Prüfbericht der Fifa, der dem Königreich als WM-Gastgeber »eine einmalige und anspruchsvolle Vision« bescheinigt. Das Thema Menschenrechte bewertet der Report großzügig mit einem »mittleren Risiko«. Für Infantino sind das gute Nachrichten, denn die Partnerschaft mit Saudi-Arabien trägt Früchte. Seit April dieses Jahres sponsert Saudi Aramco, der größte Erdölkonzern der Welt, den Weltfußballverband jährlich mit kolportierten 100 Millionen Dollar. Und die Fifa könnte auf dieses Geld angewiesen sein.

Wie aus dem Finanzbericht des Verbands hervorgeht, hat die Fifa im Vorjahr fast eine halbe Milliarde Dollar Verlust gemacht, was für ein Nicht-WM-Jahr zwar nicht überraschend ist, aber womöglich auf strukturelle Probleme hinweist. Für die Jahre 2023 bis 2026 hatte Infantino Rekorderlöse von elf Milliarden Dollar angekündigt. Aber offenbar sprudeln die Einnahmen nicht wie erhofft.

So stockte die weltweite Fernsehvermarktung der neuen Klub-WM der Männer, die ab 2025 mit 32 Teams aus Ligen der ganzen Welt erstmals in den USA ausgetragen werden soll. Ein geplanter Deal mit Apple TV war geplatzt, erst diese Woche sicherte sich der Streamingdienst DAZN die Übertragungsrechte. Zugleich setzen die Preisgeldforderungen europäischer Topklubs den Verband unter Druck.

Damit beim virtuellen Fifa-Kongress nächste Woche kein Mitgliedsverband aus der Reihe tanzt, hat sich die Fifa etwas Besonderes ausgedacht: Jeder Nationalverband hat nur ein Votum, um für oder gegen die Turniere im Paket zu stimmen. Eine Stimme gegen Saudi-Arabien wäre also auch eine gegen Europa, was vor allem die europäischen Vertreter in eine Zwickmühle bringt. Viele Verbände hätten Saudi-Arabien bereits ihre Unterstützung signalisiert, sagte jüngst Gijs de Jong, der Generalsekretär des niederländischen Verbands KNVB.

Beim DFB sei noch keine »finale Entscheidung« darüber gefallen, wie man sich zu den WM-Kandidaten positionieren wolle, teilte der Verband auf Anfrage des SPIEGEL mit.

DFB-Präsident Neuendorf bringt die Abstimmung moralisch und sportpolitisch in die Bredouille. Noch im vergangenen Jahr hatte er »Veränderungen in der Fifa« und »mehr Transparenz« gefordert; die Wiederwahl Infantinos wollte der 63-Jährige damals nicht unterstützen. Vielmehr kündigte der DFB an, die Bewerbung Saudi-Arabiens hinsichtlich der Menschenrechtssituation kritisch zu prüfen. Ob das passiert ist, darüber schweigt sich der Verband bislang aus.

Matthias Fiedler



Fifa-Boss Infantino, saudi-arabischer Funktionär in Jeddah 2023: »Mittleres Risiko« Menschenrechte



Jetzt
kostenlos
abonnieren

Der Überblick

News, Meinung, Stories – erfahren Sie morgens, was heute wichtig wird, und lassen Sie sich abends von unserer Redaktion die Geschehnisse des Tages einordnen.

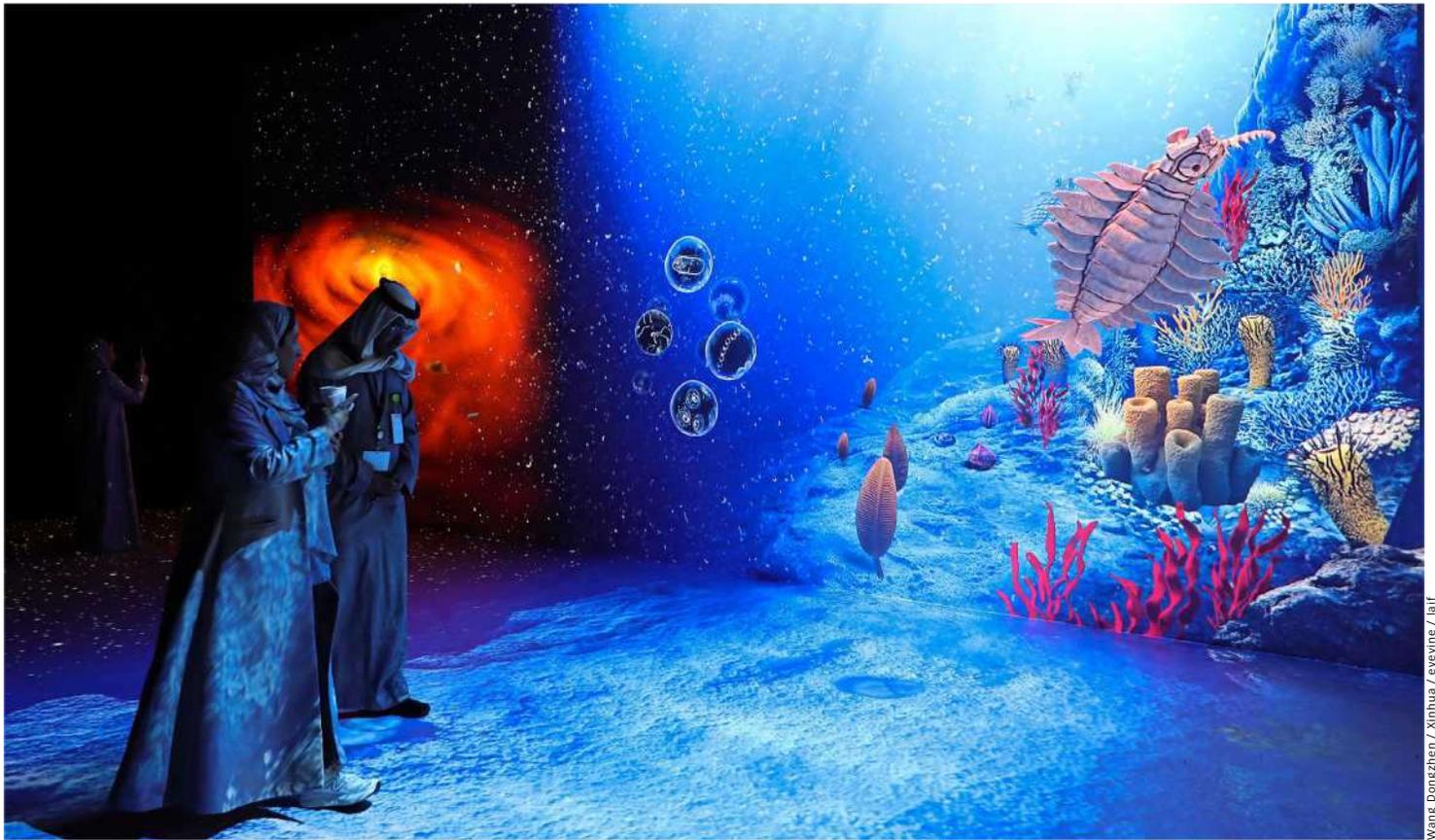
Abonnieren Sie jetzt »Die Lage« als Newsletter oder Podcast, kostenlos und kompakt.



spiegel.de/newsletter



spiegel.de/audio



Wang Dongzhen / Xinhua / eyesvine / laif

Das Riff aus der Urzeit mit dem krebstartigen Tier ist nicht echt, sondern Teil einer interaktiven Schau in Riad, Saudi-Arabien. Dort tagt die UN-Biodiversitätskonferenz COP16. Die Teilnehmerländer wollen bis zum 13. Dezember über Maßnahmen beraten, wie ausgetrocknete Landstriche wieder urbar werden können und die Auswirkungen der Dürren besser überstehen.

Kontrollverlust auf dem Rad

ANALYSE Die Zahl der registrierten Alleinunfälle von Radfahrern ist drastisch gestiegen. Vor allem E-Bikes sind eine unterschätzte Gefahr.

Anfang November stürzte in Heimertingen in Bayern ein Senior vom Rad, als er auf einen Supermarktparkplatz fuhr. Nach einem Oberschenkelhalsbruch starb er im Krankenhaus. Derlei Unfälle sind in Deutschland alltäglich, Schlagzeilen gibt es eher, wenn Radfahrer mit Autos kollidieren oder von Lkw überrollt werden. Dabei beunruhigt Unfallforscher das stille Sterben von Menschen ohne Unfallgegner: 2023 erfasste die amtliche Statistik etwa 27.400 sogenannte Alleinunfälle von Radfahrern, die sich verletzten oder sogar starben – fast dreimal so viele wie noch im Jahr 2000.

Was steckt hinter dem Trend der Alleinunfälle, deren Anteil am Unfallgeschehen größer wird? Die Unfallforschung der Versicherer (UDV) hat das Phänomen nun untersucht und nicht nur auf amtliche Daten zurückgegriffen, sondern auch mehr

als 2000 Radfahrer befragt. Dadurch erfuhr sie, dass Alleinunfälle »vor allem Folge von Fehlverhalten der Radfahrenden« sind. Manche führen zu schnell und verlieren die Kontrolle über ihr Gefährt – wohl vor allem dann, wenn es sich um ein Pedelec handle, umgangssprachlich E-Bike genannt. »Viele scheinen zu denken: Wer Fahrrad fahren kann, kann auch Pedelec fahren«, sagt UDV-Leiterin Kirstin Zeidler. Es werde unterschätzt, dass man Pedelecs eben doch anders handhaben müsse, vor allem wegen der hohen Beschleunigung. Zeidler rät insbesondere älteren E-Bike-Käufern, ein Fahrsicherheitstraining zu machen, etwa beim Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC).

»Die Radfahrenden hier allein in die Verantwortung zu nehmen, greift aber zu kurz«, sagt ADFC-Bundesgeschäftsführerin Caroline Lodemann. Die eigentliche Gefahrenursache sei die schlechte und schlecht gepflegte Infrastruktur. So hätten Radwege Schlaglöcher und Baumwurzelaufrüche – oder Bordsteine seien nicht fahrradgerecht abgesenkt. Laut der UDV-Befragung geschieht etwa die Hälfte der Alleinunfälle auf einer Oberfläche, die nass, winterglatt oder mit Laub bedeckt ist. Gerade in der jetzigen Jahreszeit dürften Radler das aus dem Alltag kennen: Während die Fahrspuren für Autos geräumt sind, liegen auf den Radwegen daneben Laub oder Schneematsch. Lukas Kissel

Zurück zu den Bauernregeln

WETTERPROGNOSEN Die Google-Tochterfirma DeepMind will mittels KI die Wettervorhersage revolutionieren. Wie ein Team um den Forscher Ilan Price in der Zeitschrift »Nature« berichtet, sei die neue Entwicklung GenCast besser als das derzeit genaueste Wettermodell.

Die künstliche Intelligenz könnte nun ein Feld revolutionieren, das bisher eher allmählich Fortschritte machte. Über viele Jahrzehnte hin hat sich die Wettervorhersage stetig verbessert, doch so langsam, dass der Fernsehzuschauer der Abendnachrichten davon kaum etwas bemerkte. Messstationen und Satelliten lieferten immer mehr Daten, die Wettermodelle wurden fortwährend verfeinert, die Rechner immer leistungsstärker. Immer detailgenauer simulierten die Meteorologen auf ihren Computern die Vorgänge in der Atmosphä-

re, immer besser bildeten sie so das reale Wettergeschehen ab. Pro Jahrzehnt, so lautete die Faustregel, gelang es den Wetterkundlern, einen Tag weiter einigermaßen präzise in die Zukunft zu blicken. Nun soll alles viel schneller gehen, auch weil die KI ihre Prognosen aus bloßer Statistik ableitet. Sie kehrt damit zur Philosophie der Bauernregeln zurück.

Nur dass die Datenmenge, die dabei zugrunde liegt, ungleich größer ist. Die Bauern mussten auf überlieferte Erfahrungen zurückgreifen. Oft waren diese sporadisch und ungenau. Die KI dagegen hat Zugriff auf den unermesslichen Datenschatz der Wetterdienste. GenCast etwa wurde an den Werten für Temperatur, Windstärke oder Luftfeuchtigkeit trainiert, die weltweit im Verlauf der vergangenen 40 Jahre gemessen wurden. Tausende Tiefdruckgebiete hat das Modell so vom Atlantik her ostwärts wandern sehen und auf diese Weise gelernt,

welchen Regeln das Wettersystem Europas gehorcht. Das Ergebnis beeindruckt: In einem Vergleich mit dem weltbesten konventionellen Wettermodell ging das auf KI-basierte in 97,2 Prozent der Fälle als Sieger hervor. Dabei zeigte sich, dass die KI auch Extremwetterlagen beherrscht und damit das, was bisher als ihre große Schwäche galt. 



»Brücke in die Depression«



Psychiater Andreas Menke, 47, ist Chefarzt der Klinik »Medical Park Chiemseeblick« und erklärt, wie

ADHS-Stress zu einer Art »Verschleißdepression« führt – und Angehörige helfen können.

SPIEGEL: Herr Menke, Sie haben ein Buch über Depressionen geschrieben und widmen der ADHS darin ein ganzes Kapitel. Warum?

Menke: Weil ADHS häufig nicht erkannt wird – und die Störung ein Hauptrisiko für Depressionen ist. Ich schätze, etwa 20 bis 30 Prozent der Menschen mit Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung sind akut depressionsgefährdet.

SPIEGEL: Es gibt Millionen Menschen mit ADHS.

Menke: Bei Kindern sind 5,3 Prozent betroffen – das ist mehr als ein Kind pro Schulklasse. Bei Erwachsenen liegt die Zahl zwar nur bei 2,8 Prozent, allerdings ist die Dunkelziffer der unentdeckten und unbehandelten Fälle bei ihnen riesig. Wir wissen längst, dass ADHS keine Kinderkrankheit ist – die Störung endet nicht, wenn jemand 18 Jahre alt wird.

SPIEGEL: Hyperaktiv und depressiv, das klingt im ersten Moment nach einem Gegensatz. Wie passt beides zusammen?

Menke: Viele Symptome überlappen sich, etwa kognitiv:

Wer depressiv ist, ist auch unaufmerksam. Bei ADHS wie bei Depressionen können sich Betroffene häufig nicht fokussieren, können kaum Zeitung lesen oder ein Buch. Ein Mensch, der depressiv erkrankt, sitzt nicht einfach stumm in der Ecke. Er kann innerlich sehr getrieben, unruhig und angespannt sein. Sogar Menschen, die – despektierlich formuliert – eher eine Jammerdepression haben, sind oft motorisch unruhig.

SPIEGEL: Wie sieht der typische Weg von der ADHS in die Depression aus?

Menke: Eine ADHS bedeutet etwa, ständig unaufmerksam zu sein, trotzdem muss man sich permanent auf die Schule oder die Arbeit konzentrieren. Das kostet viel mehr Kraft

für dasselbe Ergebnis, verglichen mit einem Leben ohne ADHS. Betroffene sind meist schlechter organisiert, fangen vieles an und bringen wenig zu Ende, ihnen widerfahren häufiger kleine Missgeschicke und größere Unfälle – all das führt zu mehr Stress, und der ist die Brücke von der ADHS in die Depression. Dabei ist ADHS sogar ein doppeltes Dilemma: Betroffene haben nicht nur chronischen Stress, sie können ihn auch schlechter bewältigen – denn häufig funktioniert ihr Stresshormonsystem schlechter.

SPIEGEL: Wo setzt man denn therapeutisch an – bei der ADHS, der Depression oder bei beiden zugleich?

Menke: ADHS führt durch die Art, Stress zu erleben und mangelhaft zu bewältigen, in

die Depression. Behandelt man zuerst die ADHS, behandelt man indirekt die Depression und kann ihr das Wasser abgraben. Bei einer schweren, akuten Depression warte ich allerdings nicht, bis sich durch die Behandlung die ADHS bessert, da sind umgehend Antidepressiva sinnvoll. Widme ich mich dann aber nicht auch dem ADHS-Stresskomplex, riskiere ich einen depressiven Rückfall. Mit Psychotherapie und Medikamenten wie Lisdexamfetamin oder Methylphenidat – etwa das bekannte Ritalin – können wir die ADHS gut behandeln. In der Folge nehmen meist auch die depressiven Symptome schnell ab.

SPIEGEL: Wie sollten sich Familie und Freunde verhalten, wenn sie denken, dass jemand eine ADHS mit Depression haben könnte?

Menke: Ich finde es gerade bei Depressionen wichtig, den Menschen nicht in Watte zu packen oder alles von ihm fernzuhalten. So fühlt sich ein Betroffener am Ende als Mensch nicht ernst genommen. Andererseits sind Sprüche furchtbar wie: Reiß dich zusammen! Schlaf mal aus! Weder ADHS noch Depressionen sind ein Charakterzug oder gar Makel. Es hilft viel mehr, einen Menschen unterzuhaken: Komm, wir gehen jetzt zusammen eine Runde um den Block; komm, wir machen mal wieder was zusammen. CBN



EyeEm / Getty Images

Kartoffel in Not

SCHÄDLINGE Die Schilf-Glasflügelzikade droht in Rekordzeit einen Großteil der heimischen Nutzpflanzen zu ruinieren. Können Forscher das Insekt noch stoppen?



Anna Ziegler / DER SPIEGEL

Gegen elf Uhr kommen die »Belanas«, Typ Allzweckkartoffel. Sie taugen für Salat, Puffer und Gratin, sind schön gelbfleischig, festkochend und leicht zu pellen. Etwa 250.000 von ihnen poltern an diesem Spätherbsttag aus einem Lkw aus der Lüneburger Heide und gehen dann auf eine harte Reise durch die Fließbandwelt von Helma Südwest, einem Kartoffelaufbereiter in Beindersheim/Rheinland-Pfalz. Das Jahr über wird das Unternehmen mit Knollen aus ganz Deutschland versorgt: zur Erntezeit mit Frischware, in diesen vorweihnachtlichen Tagen vor allem mit Lagerbeständen.

Kurz nach der Ankunft werden als Erstes die kleinsten »Belanas« aussortiert, indem sie durch viereckige Löcher von der Größe eines Passfotos fallen, dann wird so lange gerüttelt und gebürstet, bis fast alle Anhaftungen vom Acker verschwunden sind. Gründlich »enterdet«, werden die Knollen dann von einer Hightechkamera auf Wulste und andere Anomalien gescannt. Was der Software missfällt, biegt nach rechts auf ein anderes Band ab und geht an die Stärkeindustrie, alles andere fährt eine Etage tiefer, wo Helma-Leute mit schnellen Händen und wachen Augen noch rausfischen, was das Bilderken-

Schilf-Glasflügelzikade auf Kartoffel:
Unaufhaltsame
Wanderung Richtung
Norden

nungsprogramm übersehen hat. Das Team hat auch schon Schlachtfeldschrott aussortiert, das ein Kartoffelroder auf einem französischen Acker hochgewühlt hatte.

Es dröhnt, brummt und rattert in der Helma-Halle; es ist der Sound deutscher Maschinenbautechnik, die hier aus täglich elf bis zwölf Lkw-Ladungen Kartoffeln – insgesamt etwa 300 Tonnen – diejenigen herausfiltert, die für den Verkauf taugen. Nach dem Sortieren werden die Knollen vollautomatisch in Portionen zu jeweils gut zwei Kilogramm aufgeteilt und in Netze gefüllt. Dann sind sie bereit für die Auslieferung und so

sauber, dass sie an den Supermarktkassen dieser Republik keinen Schmutz mehr hinterlassen.

Beim Unternehmen Helma Südwest, das pro Jahr etwa 100.000 Tonnen Kartoffeln ausliefert und zu den Big Playern der Branche zählt, scheint Deutschlands Kartoffelwelt noch in Ordnung. Doch der Eindruck täuscht: In Wahrheit ist die Lage so bedrohlich wie selten zuvor.

Das hat nichts damit zu tun, dass Kartoffeln in einigen Bevölkerungsgruppen zugunsten von Pasta, Reis, Couscous und Quinoa an Bedeutung verloren haben. Auch nicht damit, dass der Pro-Kopf-Verbrauch an Speisefrischkartoffeln deswegen im vergangenen Jahr auf 16 Kilogramm gesunken ist, sechs Kilo weniger als vor zehn Jahren. Die Leute greifen stattdessen lieber zu Convenience-Produkten wie Pommes, Kroketten oder Fertigsalat. Was Landwirten und Kartoffellobbyisten schlaflose Nächte bereitet, ist winzig wie ein Kleinkindfingernagel und infiziert die Erdäpfel mit zwei bakteriellen Krankheitserregern.

Das Tierchen mit der tödlichen Fracht heißt Schilf-Glasflügelzikade und hat während der vergangenen Saison erhebliche Schäden angerichtet, vor allem in Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, wo mancherorts ein Ernteverlust von etwa 50 Prozent zu beklagen war. Die wirtschaftlichen Einbußen wurden 2023 auf bis zu 42 Millionen Euro geschätzt; eine Summe, die noch recht niedrig erscheint, doch das ist nur der Anfang. Die infizierte Zikade, die derzeit noch auf Deutschland und einige Regionen der Schweiz begrenzt ist, wandert nämlich unaufhaltsam Richtung Norden. Erste Fundmeldungen kamen vor wenigen Tagen aus Braunschweig, also aus Niedersachsen, wo in diesem Jahr mit 6,3 Millionen Tonnen genau die Hälfte aller deutschen Knollen geerntet wurde.

Auch Helma Südwest kauft den überwiegenden Teil der Frisch- und Lagerware im Norden ein. »Wir wissen aber nicht, ob und wie lange uns die dortigen Bauern noch so viel und gute Ware liefern können wie bisher«, sagt Geschäftsführer Martin Roffhack. Den geplanten Bau einer Lagerhalle für acht Millionen Euro hat er vorsorglich verschoben. »Das wirtschaftliche Risiko ist uns wegen der Zikade derzeit zu hoch«, sagt er.

Die Bakterien, die das Insekt im Gepäck hat, sind für Menschen zwar ungefährlich. Infizierte Knollen werden durch den Erregerbefall aber ungenießbar und/oder so klein, dass sie kaum noch für die Weiterverarbeitung und schon gar nicht mehr für die Herstellung von Pommes frites taugen. Wenn nicht bald eine schlagkräftige Waffe gegen das Insekt und die Bakterien entwickelt wird, drohen komplette Ernteauffälle und der Ruin zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe und Verarbeiter.

Millionen Tonnen Kartoffeln müssten zu einem hohen ökologischen Preis importiert

werden – wobei davon auszugehen ist, dass die infizierten Zikaden alsbald auch bei allen deutschen Nachbarn und dann überall in Europa ankommen. Im Notfall müsste Nachschub aus Ländern wie China herbeschafft werden, die dem Einsatz von Insektiziden nicht so ablehnend gegenüberstehen wie die EU.

Auf dem Spiel steht die Versorgung mit jener Kulturpflanze, die mit Deutschland ähnlich stark verbunden wird wie Spaghetti mit den Italienern und Reis mit den Chinesen. Kartoffeln sind nicht nur eine Beilage, sie sind ein Stück Identität. Es kommt nicht von ungefähr, dass Deutsche ohne Migrationsgeschichte in sozialen Medien oft als »Kartoffeln« verspottet werden.

Das Erstaunliche ist, dass die Schilf-Glasflügelzikade bis vor drei Jahren kaum jemandem in der Kartoffelbranche bekannt war. Der Name lässt es vermuten, dass sich die Insekten ursprünglich nur an Schilf gütlich taten, doch sie haben den Kreis ihrer Wirtspflanzen unerwartet erweitert. Das erste Mal taten sie es wohl irgendwann in der französischen Region Burgund, zumindest wurden sie dort im Jahr 1991 an Zuckerrüben nachgewiesen.

Die Effekte dieser Neubesiedlung waren zunächst eher marginal, weil das eigentliche Zikadengesauge den Pflanzen so gut wie nichts anhaben kann. Aus Gründen, die die Forschung noch nicht kennt, infizierten sich die Tierchen aber etwas später mit den tückischen Bakterien. Daraufhin hatte ihr Kontakt mit den Rüben so gravierende Konsequenzen, dass die betroffenen burgundischen Bauern fast vollständig aus dem Anbau ausstiegen:



Insekt mit Bakterien im Gepäck

Ihre Rüben hatten infolge der Infektion einen deutlich niedrigeren Zuckergehalt, ihre Verarbeitung war nicht mehr rentabel.

Während die Zikaden im Burgund nicht mehr die gewohnten Wirtspflanzen anfliegen konnten, wurden sie in der Nachbarschaft fündig. 2008 wurden infizierte Zikaden das erste Mal auf deutschen Zuckerrüben nachgewiesen. Manche süddeutschen Anbauer, etwa in Franken, hatten erhebliche Umsatzeinbußen zu beklagen; in einigen Hotspots waren irgendwann 98 Prozent der Pflanzen infiziert, dieses Jahr wuchs die befallene Fläche auf etwa 70.000 Hektar an. Doch das Elend der betroffenen Rübenbauern vollzog sich anfangs unter dem Radar der Öffentlichkeit. Und weil keine wirksamen Bekämpfungsmethoden entdeckt wurden, geschah im Sommer 2022 etwas Überraschendes: Die infizierten Zikaden stürzten sich auf die Kartoffeln und saugten auch an ihnen herum.

Christiane Fuchs, die damals noch Landwirtschaft an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf in Freising studierte, war »total ratlos«, als sie im Sommer jenes Jahres über einen Kartoffelacker des väterlichen Betriebs in Worms marschierte. »Die Blätter vieler Pflanzen waren auf einmal so komisch eingerollt und gelblich«, erinnert sie sich. Die 24-Jährige, die das Familienunternehmen in einigen Jahren übernehmen wird, unterstellte Nährstoff- und Wassermangel.

Worms zählt zu den trockensten Flecken des Landes. Fuchs und ihre Leute waren deshalb daran gewöhnt, dass viele ihrer Pflanzen besonderer Zuneigung bedürfen. Die junge Landwirtin beschloss, die leidenden Kartoffeln noch stärker künstlich beregnen zu lassen und ihnen zusätzlichen Dünger zu gönnen. Doch der Erfolg blieb aus, und auch ein Anbauberater hatte keinerlei Erklärung für den kümmerlichen Anblick, der sich ihm auf dem Acker bot.

Die betroffenen Kartoffeln waren nicht für Helma Südwest und den Kochtopf bestimmt, sondern sollten eigentlich in die Chipsindustrie gehen. Dort werden vor allem Sorten gebraucht, die sich gut fritrieren lassen. Doch was Fuchs und ihre Leute im September aus dem Boden holten, taugte nur noch für Biogasanlagen und Schweineställe: Die Knollen waren überwiegend gummiartig und hätten sich wegen ihrer Konsistenz nicht mehr in dünne Scheiben schneiden lassen.

Die Ernte von fünf Hektar war verloren, und dass es die Chipskartoffeln erwischte, ist kein Zufall: Sie gehören nämlich zu den späten Sorten, und die leiden besonders unter den Zikaden und deren Bakterien. Das liegt daran, dass die Tierchen ab Ende Mai/Anfang Juni über die Felder kommen, also wenige Wochen nach Anpflanzung der Spätkartoffeln. Die jungen Pflanzen sind dann besonders anfällig und werden in genau dieser heiklen Entwicklungsphase nicht nur überirdisch, sondern auch unterirdisch mit

Bakterien traktiert, die sie nicht vertragen können.

Die erwachsenen Zikaden legen Eier im Boden ab, aus denen dann Larven schlüpfen, auch Nymphen genannt. Diese saugen munter an den Wurzeln herum, geben Krankheitserreger weiter und entwickeln sich im Laufe des Herbstes und Winters über mehrere Stadien und Häutungen hinweg zu adulten Zikaden. Die Metamorphose im Dunkeln endet damit, dass eine neue Generation ans Tageslicht kommt und weiteres Unheil auch über andere Felder mit bisher gesunden Wirtspflanzen bringt.

Erst im Januar 2023 erfuhren Landwirtin Fuchs und etliche Leidensgenossen aus der Region auf einem Verbandstreffen, was ihre Kartoffeln wirklich krank gemacht hatte. Viele Bauern zogen sich daraufhin weitgehend aus dem Geschäft mit Chips- und anderen Spätkartoffeln zurück; sie wollen nun unter anderem verstärkt auf Frühkartoffeln setzen, die bereits im März oder April gesetzt und dann zur Spargelzeit im Mai und Juni geerntet werden. »Eine dauerhafte Lösung kann das aber nicht sein«, sagt Fuchs. Die Menschen wollten das ganze Jahr über möglichst erntefrische Ware kaufen, vor allem aus der Region. Eine lange Lagerung sei schlecht für die Kartoffel, dadurch verliere sie an Volumen und auch an Geschmack.

Was also tun gegen die Knollenschädlinge, die ganze Existenzen und Ernten ruinieren können? Man kann die Zikaden nicht wie die Kartoffelkäfer händisch oder maschinell einfach vom Feld klaben und dann töten, dafür sind sie zu flink. Es lassen sich auch nicht die unterirdisch lebenden Nymphen im Wurzelwerk der Kartoffeln aufspüren, um ihnen gezielt den Garaus zu machen. Zudem wäre es auch schwerlich möglich und viel zu teuer, komplette Kartoffeläcker mit feinmaschigen Netzen oder mit Folien zu schützen. Was bliebe, wäre der Versuch, den Insekten durch einen massiven Einsatz von Insektiziden zu Leibe zu rücken, doch der Einsatz vieler potenziell wirksamer Mittel ist mittlerweile untersagt, vor allem mit Blick auf den Schutz nützlicher Insekten wie der Bienen.

»Wir fühlen uns derzeit nahezu machtlos gegen manche Schädlinge, vor allem aber gegen die Zikaden«, sagt Landwirtin Fuchs, die sich auch in ihrer Bachelorarbeit mit dem Insekt und dessen bakterielle Mitbringsel beschäftigt hat. Genau wie viele Kollegen und Kolleginnen aus der Region hofft sie auf eine Forschungsgemeinschaft, die vor allem auf Initiative der Stiftung Südwestdeutscher Zuckerrübenanbau gegründet wurde. Vorsitzender Christian Lang und sein zehnköpfiges Team haben ihr Hauptquartier in Worms und schwärmen von dort aus auf Äcker und in Labore aus, um Strategien für den Abwehrkampf zu entwickeln.

Lang und seine Leute unternahmen etwa Versuche mit Fadenwürmern, auch Nematoden genannt. Die winzigen Tiere müssen über dem Acker ausgestreut werden, bohren



Landwirtin Fuchs



Infizierte Kartoffel



Geschäftsführer Lang

sich in die Larven – zum Beispiel in die der Schilf-Glasflügelzikaden – und setzen in diesen Bakterien frei. Dadurch töteten die Fadenwürmer etwa 30 Prozent der Nymphen – keine schlechte, aber auch keine überragende Erfolgsquote. Die Nematoden-Strategie hat zudem einen großen Nachteil: Der Boden muss während der Zeit, in der die Würmer ihre nützliche Arbeit verrichten, immerzu feucht sein. »Man muss eigentlich die ganze Zeit beregnen«, sagt Lang, »vor allem in den trockenen Regionen der Republik.«

Effektiver und ökologisch klüger wäre es laut des Forschungsteams, die Schädlinge auszuhungern. In der Regel wird nach den Kartoffeln etwa Winterweizen angebaut. Das dient auch der Bodenfruchtbarkeit, hat aber den Effekt, dass der Zikadennachwuchs immerzu genügend zu saugen hat. Würden die Kartoffel- und auch die Zuckerrübenlandwirte auf den Weizen verzichten und etwa den bei den Nymphen ungeliebten Mais anbauen, würden das etliche vermutlich nicht überleben. Was dem Zikadennachwuchs nichts ausmacht, sind niedrige Temperaturen: Wie Versuche zeigten, fühlen sie sich sogar bei einer Bodentemperatur von minus zwölf Grad noch wohl.

Wäre es womöglich am besten, den Ruf etlicher Bauern zu erhören und angesichts der erheblichen Bedrohungslage zum Mittel einer Notfallzulassung von Insektiziden zu greifen? Rechtlich wäre das nicht völlig ausgeschlossen, doch unabhängig von den ökologischen Folgen wäre langfristig eine andere Strategie die beste: die Entwicklung resistenter Kartoffelsorten, die die bakteriellen Angriffe schadlos überstehen. Dazu braucht es aber Zeit, die die deutschen Kartoffelbauern vielleicht nicht mehr haben – und moderne Züchtungsmethoden, die für die Krankheit bisher nicht angewendet werden. Lang und seine Leute hoffen auf finanzielle Hilfe vom Staat, um ihre Forschungen zu intensivieren. Denn die Zikaden werden mit großer Wahrscheinlichkeit weiter an Schlagkraft gewinnen – auch als Folge des Klimawandels.

Unter Experten ist es unstrittig, dass die schädlichen Insekten in den künftig zu erwartenden heißen Sommern nicht mehr nur eine, sondern gleich zwei neue Generationen hervorbringen werden. Und das ist nicht das einzig Bedrohliche, das die Pflanzenforscher derzeit beunruhigt.

Die Schilf-Glasflügelzikade, die bis vor wenigen Jahren noch weitgehend unbekannt war, hat in den vergangenen Monaten weitere Entwicklungssprünge gemacht. Mittlerweile fliegt sie Rote Bete, Mangold, Karotten, Sellerie, Rhabarber, Paprika und Chinakohl an. Wird das kleine Tier zu einem Monster für die Landwirtschaft? Ist es zu glauben, dass das Insekt noch immer auf der Roten Liste der bedrohten Arten steht und als gefährdet gilt? Eigentlich nicht. Aber es ist die Wahrheit.

Guido Kleinhubbart



Forscher Kreiter: Wie entsteht Wahrnehmung im Konzert elektrischer Impulse?

Caspal Sessler / DER SPIEGEL

Kreiter betreibt Grundlagenforschung; er wird kein Medikament entwickeln. Aber seine Arbeit könnte neue Entwicklungen einst möglich machen. »Damit bin ich auch vollkommen glücklich«, sagt er.

Das Problem: Viele andere sind es nicht.

Gäbe es ein Ranking der umstrittensten Forscher in Deutschland, Andreas Kreiter rangierte wohl in der Spitzengruppe. Auf jeden Fall dürfte er der am meisten öffentlich angefeindete und bedrohte Wissenschaftler sein, und wohl auch der, der am erbittertsten um seine Forschung kämpfen muss. Seit Jahren prangern ihn Tierschutzaktivisten für Experimente wie das mit Makake Kobi an, schon lange versucht auch das Land Bremen, ihm seine Versuche zu verbieten.

Die jüngste Attacke kam Anfang Oktober. »Kreiter. Bremens Fachmann für Tierquälerei« heißt es auf Seite 21 eines Anzeigenblättchens, das im Bremer Norden an knapp 60.000 Haushalte verteilt wird.

Im Artikel: ein Foto des Forschers, daneben das Bild eines Äffchens, dessen Kopf aus einem sogenannten Primatenstuhl ragt. Die Vorrichtung schränkt die Bewegungsfreiheit der Tiere beim Versuch ein. Das Bild stammt nicht aus Kreiters Labor, auch wenn es wohl so aussehen soll. »Wenn Sie wissen wollen, wie man Affen gefügig macht und dazu bringt, die mittelalterlichen Foltermethoden widerstandslos über sich ergehen zu lassen«, heißt es im Text, »dann fragen Sie A. Kreiter.«

Ein Bekannter, sagt Kreiter, habe ihn auf die als Artikel getarnte Anzeige des Vereins »Tierversuchsgegner Bundesrepublik Deutschland« aufmerksam gemacht. Kreiter hat längst aufgehört, die Attacken zu zählen, es geht ja seit fast 30 Jahren so. »Ich muss mich entscheiden«, sagt er, »ob ich solchen Sachen juristisch nachgehe oder ob ich wenigstens noch ein kleines bisschen Wissenschaft mache.« Kreiter ist 61 Jahre alt, sehr viel Zeit bleibt ihm nicht mehr.

Tierexperimente stehen immer in der Kritik der Öffentlichkeit – und das zu Recht. Der Tierschutz ist im Grundgesetz als Staatsziel verankert, und das Tierschutzgesetz schreibt vor, dass »niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schaden« zufügen dürfe. Wahr ist aber auch: Ohne Tierversuche gäbe es keine Medikamente gegen Diabetes oder gegen Bluthochdruck, keine Dialyse bei Nierenversagen und keine Organtransplantationen.

Die Blutdruckmessung etwa begründete 1712 der – sehr neugierige – Pfarrer Stephen Hales. Der Gottesmann ließ dafür eine Stute auf dem Rücken liegend festbinden und schob dem Tier ein Glasrohr in die Halsschlagader. Das Blut schoss 2,40 Meter in die Höhe. Mit der martialischen Methode legte er den Grundstein für die, anfangs ebenfalls blutige, Blutdruckmessung beim Menschen – und letztlich auch für die Entwicklung von Blutdrucksenkern, die bis heute andauert.

Das Stoffwechselformon Insulin wiederum wurde 1921 erstmals aus den Bauchspei-

Die Hassfigur

TIERVERSUCHE Neurowissenschaftler Andreas Kreiter erforscht Affengehirne, damit Leiden wie Parkinson und Epilepsie besser behandelt werden können. Seit Jahrzehnten wird er von Aktivisten bedroht.

In einem Labor an der Universität Bremen sitzt Rhesusaffe Kobi in einer Versuchsanlage und schaut auf einen Bildschirm. In dessen Mitte leuchtet ein Punkt; in den vier Ecken des Monitors wechseln geometrische Figuren immer wieder ihre Form.

Kobi drückt dabei auf einen Schalter. Erscheint eine bestimmte Form, lässt er ihn los. Dann fließt zur Belohnung ein Schluck Wasser aus einem kleinen Schlauch in seinen Mund.

Kobi muss den Punkt in der Mitte fixieren, die Figuren erscheinen am Rand seines Blickfelds. Auf dieses Verhalten wurde er über viele Monate trainiert. Dann bekam er ein Implantat aus medizinischem Zement auf die Schädeldecke gesetzt. Während des Versuchs werden durch das Implantat Elektroden von einem Zehntel Millimeter Durchmesser in sein Gehirn geschoben, sie zeichnen die Aktivität einzelner Nervenzellen in der Sehrinde auf. So will Hirnforscher Andreas Kreiter ergründen, was genau während des Tests in Kobis Gehirn passiert.

Kreiter leitet an der Uni Bremen die Arbeitsgruppe für Kognitive Neuropsychologie. Er interessiert sich für die sogenannte selektive Aufmerksamkeit. Wie schafft es das Gehirn, aus der Vielzahl von Sinneseindrücken, die gleichzeitig einlaufen, die relevanten zu verarbeiten und die unwichtigen zu ignorieren?

Oder größer gedacht: Wie entsteht die Wahrnehmung im Konzert elektrischer Impulse und Botenstoffe, wie steuern diese Prozesse wiederum das Tun und Lassen, was geschieht, wenn das Zusammenspiel der Milliarden Nervenzellen aus dem Takt gerät?

Erst wenn die Hirnforschung das alles wisse, sagt Kreiter, könnten auch die Ursachen von Leiden wie Epilepsie, Parkinson und Schizophrenie systematisch und umfassend verstanden und gezielt wirksame Therapien entwickelt werden. Er sagt aber auch: »Ich selbst werde das wohl nicht mehr erleben. Im Vergleich zu anderen, weniger komplizierten Organen verstehen wir das Gehirn noch viel zu wenig.«

cheldrüsen von Hunden isoliert. Die Mediziner Frederick Banting und Charles Best schufen damit die Basis für Therapien gegen die Zuckerkrankheit. Biotechnologisch wird Insulin erst seit 1982 aus Bakterien hergestellt, deren Erbgut dafür verändert wurde. Zuvor konnte es nur aus den Bauchspeicheldrüsen von Schlachttieren gewonnen werden.

Die Kritik an Tierversuchen ist nicht immer rational: Niemand organisiert Protestmärsche gegen Experimente mit Zebrafischen, dabei sind Fische – nach Mäusen – die zahlenmäßig zweitgrößte Gruppe unter den Versuchstieren. Wenn Forschungsobjekte aber Kuschelfell und Knopfaugen haben, ist die Empörung schon größer, und sie schwillt weiter an, wenn wir uns selbst in ihnen wiedererkennen: Makaken zählen zu den Primaten, also zur selben biologischen Ordnung wie der Mensch. Wohl auch deshalb ist der Anblick eines solchen Geschöpfes, fixiert im Primatenstuhl und mit Zementimplantat im Gehirn, schwer zu ertragen.

Wegen ihrer biologischen Ähnlichkeit zum Menschen werden Affen meist eingesetzt, wenn ein neues Medikament eine der letzten Stufen vor der klinischen Anwendung erreicht hat. Die Impfstoffe gegen Covid-19 wurden im Jahr 2020 an Makaken getestet.

Mit Primaten darf nur dann geforscht werden, wenn sich kein anderes Tier für eine jeweilige Frage in der Grundlagen- oder Medikamentenforschung eignet. Sie machten im Jahr 2020 in Deutschland 0,1 Prozent der Versuchstiere aus. Von diesen wiederum werden nur knapp 2 Prozent in den Neurowissenschaften eingesetzt. Bundesweit sind das weniger als 50 Tiere.

An 16 von ihnen wird gegenwärtig in Kreiters Abteilung experimentiert, oder sie durchlaufen ein Training für Einsätze in der Forschung. Neben Kobi gibt es da zum Beispiel Spock, Ronni und Wum. Sie leben im Tierhaus des Instituts, dort gibt es Außenbe-



Tierversuchsgegner in Bremen 2022: Keine Demo für Zebrafische

reiche, Kletter- und Versteckmöglichkeiten. Mit 15 bis 20 Jahren werden sie meist eingeschläfert, für Makaken ist das ein hohes Alter.

Der Weg zu Kreiters Arbeitsplatz am Bremer Hochschulring führt durch ein Metalltor. Es ist stets verschlossen und wird via Videokamera überwacht. Bald nach seinem Ruf nach Bremen sollte der Forscher eigentlich in damals neu entstehende Labore umziehen. Doch da hatten Aktivisten bereits Plakate mit seiner Privatadresse am Dobben aufgehängt, einer zentralen Kreuzung in der Hansestadt. Kreiter erhielt Morddrohungen, Unbekannte riefen nachts an und beschimpften seine Frau. Seine Familie und er bekamen Polizeischutz, einmal stürmten Studierende nach einer Demo ein Uni-Gebäude, ihr Motto: »Schnappt euch den Kreiter!«.

Die Hochschule sah sich nicht imstande, Kreiters Sicherheit in den neuen Räumen zu garantieren. Im torbewehrten Flachbau

schien das leichter. Rechts vom Gebäude mit der Hausnummer 16a steht seit 2008 das »Cognium«, ein modernes Zentrum für Kognitionswissenschaften mit gläsernem Atrium. Ein Gang war geplant, so erzählt es Kreiter, der seine Labore mit dem Neubau verbinden sollte. Im Cognium steht der Kernspintomograf, den der Wissenschaftler für seine Arbeit nutzt. Den Gang gibt es bis heute nicht.

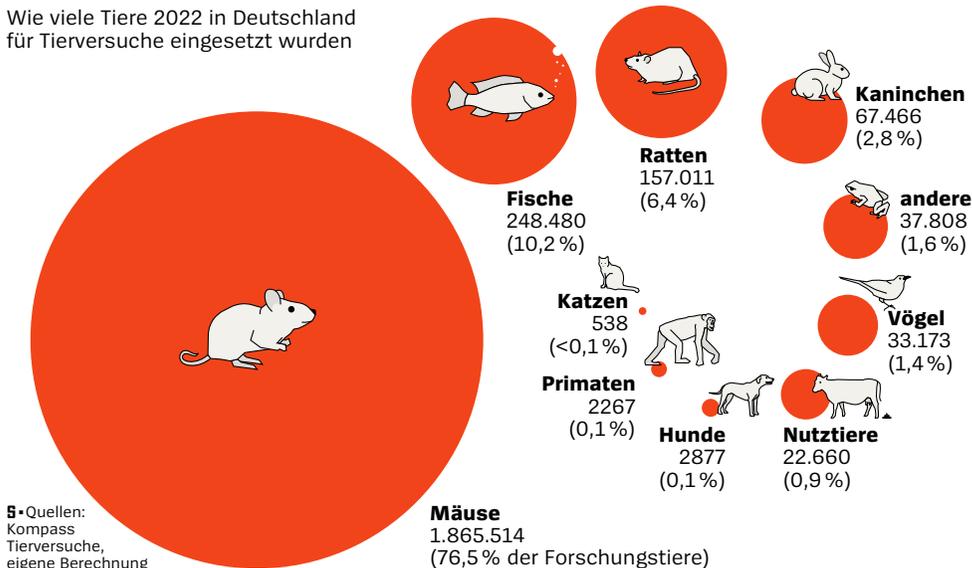
Und so sitzt der Forscher auch im Jahr 2024 in seinem schmucklosen Büro, am Boden grauer Teppich, die Regale voller Aktenordner und medizinischer Fachbücher der blau-blau-weißen Thieme-Reihe, auf dem Schreibtisch noch mehr Ordner und ein Wust von Papieren.

Im Gespräch berichtet Kreiter vom aktuellen Stand der Dauerfehde mit der Gesundheitsbehörde. 2023 hat er einen neuen Tierversuchsantrag gestellt, er will seine Forschungen zum Thema »Raumzeitliche Dynamik kognitiver Prozesse des Säugetiergehirns« fortsetzen. Der Antrag wurde abgelehnt, wie schon 2008, 2011 und 2021. Kreiter und sein Kollege Detlef Wegener, auch Neurowissenschaftler an der Universität Bremen, legten Widerspruch ein. Die beiden dürfen weiterforschen, entschied das Gericht – wegen der verschiedenen mit dem Fall befassten Instanzen ist es der inzwischen achte Gerichtsbeschluss zu ihren Gunsten.

Sechs Gutachten hatte die Gesundheitsministerin Claudia Bernhard (Linke), die für die Stadt Bremen gegen Kreiter streitet, eingeholt. Doch die überzeugten das Gericht nicht. Eine Gutachterin, so heißt es etwa im Gerichtsbeschluss vom April dieses Jahres, könne befangen sein. Sie arbeitet für einen Verein, der gegen Tierversuche kämpft. Ihre Schlussfolgerungen könnten »in erheblichem Maße durch die tierversuchsablehnende Haltung« beeinflusst sein, so das Gericht: »Zur Erforschung des Sachverhaltes durch das Gericht ist das Gutachten in Gänze ungeeignet.«

Tiere für die Forschung

Wie viele Tiere 2022 in Deutschland für Tierversuche eingesetzt wurden



5 • Quellen: Kompass Tierversuche, eigene Berechnung



Thomas Steuer / Deutsches Primatenzentrum

Neurowissenschaftler beim Greiftraining mit Makake: Zur Belohnung Apfelsaft

Die Behörde muss den Widerspruch nun prüfen und die Versuche entweder ablehnen oder genehmigen; für eine erneute Ablehnung muss sie neue Gutachten vorlegen. Das ist in den vergangenen fast acht Monaten nicht geschehen.

»Derzeit prüfen wir den Erlass des Widerspruchbescheids und werden uns bis zum Abschluss des Widerspruchsverfahrens auch nicht zum weiteren Vorgehen äußern«, erklärt eine Sprecherin. Wie teuer der Kampf gegen die Affenversuche bis heute für das Land Bremen war – da Forscher Kreiter stets Recht bekam, musste es sämtliche Verfahrenskosten tragen –, könne man nicht beziffern, »da Rechnungsbelege lediglich zehn Jahre aufbewahrt werden müssen«.

2008 hatte die Bremer Bürgerschaft den »geordneten Ausstieg« aus den Experimenten beschlossen. Bis heute laufen sie weiter. Es gibt offenbar keine Rechtsgrundlage, um Kreiter an seiner Arbeit zu hindern.

Heißt das umgekehrt, dass die Versuche gerechtfertigt sind? Tierversuchsgegner werfen dem Wissenschaftler vor, er führe die Tests aus reiner Wissbegierde durch: »Neugierforschung am Affenhirn« hieß es etwa 2022 in einer Veröffentlichung des Vereins »Ärzte gegen Tierversuche«. Schließlich sei nach damals 25 Jahren noch immer keine klinische Anwendung in Sicht.

Um Krankheiten zu heilen, deren Ursprung im Gehirn liege, müsse man dessen Funktion umfassend verstehen, so Neuroforscher Kreiter. »Erst wenn die kritische Schwelle erreicht ist, werden die Durchbrüche kommen.«

Tierschutzaktivisten kritisieren auch, dass Kreiters Affen nichts zu trinken bekämen – mit Ausnahme dessen, was sie bei den Versuchen verdienen können.

Kreiter hält dagegen. Wären die Tiere von Durst gestresst, könnte er mit den Versuchsergebnissen nichts anfangen, die Tests erforderten hohe Konzentration. Die einzelnen

Experimente liefen nur so lange, wie der Affe von sich aus mitmachen wolle, meist seien das ein paar Stunden.

»Die Flüssigkeit brauchen wir, um den Tieren im Training ein Feedback-Signal zu geben, dass ihre Antwort richtig war«, ergänzt sein Kollege Wegener, »jedes Tier bekommt die Flüssigkeit, die es am liebsten mag.« Bei manchen Makaken sei das verdünnter Apfelsaft, bei anderen Wasser, so wie bei Kobi.

Kreiters Forschung habe viel zum Verständnis dazu beigetragen, wie bestimmte Bereiche des Gehirns kommunizieren, sagt Stefan Treue, Professor für kognitive Neurowissenschaften am Deutschen Primatenzentrum in Göttingen.

So habe Kreiter Hinweise dazu geliefert, wie sich einzelne Nervenzellen untereinander austauschen. »Wir wissen, dass dieses Zusammenwirken etwa bei Autismus und Schizophrenie gestört ist«, sagt Treue. Je besser die Mechanismen verstanden seien, desto wahrscheinlicher sei es, dass Therapien für Fälle gefunden würden, in denen sie aus dem Takt geraten seien. »Sonst stochn wir da weiter im Dunkeln«, sagt der Hirnforscher.

Auch an Treues Institut laufen Experimente an Rhesusaffen. Mitte Oktober stellte sein Kollege Andres Agudelo-Toro im Fachblatt »Neuron« Erkenntnisse vor, die schon in näherer Zukunft Menschen helfen könnten: Agudelo-Toro arbeitet an der Entwicklung von Neuroprothesen. Solche künstlichen Gliedmaßen könnten über Gehirn-Computer-

»Im Vergleich zu weniger komplizierten Organen verstehen wir das Gehirn noch viel zu wenig.«

Andreas Kreiter

Schnittstellen von Patienten gesteuert werden, die von Querschnittslähmung oder Nervenleiden wie ALS betroffen sind.

»Wie gut eine Prothese funktioniert, hängt vor allem davon ab, welche neuronalen Daten die Computer-Schnittstelle ausliest, die sie steuert«, erklärt Agudelo-Toro. Wollten sie etwa die Feinmotorik künstlicher Hände steuern, müssten die Entwickler solcher Hilfsmittel genau wissen, welche Signale dafür entscheidend sind. Maßgeblich sind nach seinen Erkenntnissen wohl vorwiegend jene Nervenzellen, die die Stellung der Hand im Raum koordinieren, und nicht, wie man bisher glaubte, jene Neuronen, die die Geschwindigkeit einer Bewegung kontrollieren.

In Bremen erforscht Kreiters Kollege Wegener an einer Gruppe Makaken die Signale von sogenannten Multielektrodenmatten, die unterhalb des Schädelknochens implantiert werden und dem Gehirn aufliegen. Neben einem Einsatz als sogenannte Neuroprothesen könnten sie, dauerhaft implantiert, einst auch Menschen mit Epilepsie helfen.

»Es gibt Formen der Epilepsie, die sich nicht ausreichend mit Medikamenten behandeln lassen«, sagt Wegener. Bislang unterziehen sich Betroffene dann einer Operation, bei der die für die Anfälle verantwortlichen Hirnbereiche zerstört werden. »Je nach Ort des Eingriffs kann das andere Leistungen des Gehirns beeinflussen, bis hin zur Veränderung der Persönlichkeit«, sagt Wegener.

Mithilfe der Matten werde es vielleicht möglich sein, jene Aktivitätsmuster im Gehirn zu enträtseln, die regelmäßig vor schweren Anfällen auftreten. Dieser Prozess wiederum könnte durch ein Störsignal gestoppt werden, sodass es gar nicht erst zum Anfall kommt.

Das Leben mancher Betroffener wäre dann wohl ein besseres. Es wäre ein wissenschaftlicher Durchbruch, zu dem Andreas Kreiter viel beigetragen hätte: An der Entwicklung der Matten aus Wegeners Versuchen war er maßgeblich beteiligt.

Wäre das nicht auch eine Genugtuung, ein wenig Ruhm, nachdem er so lange angefeindet wurde? In solchen Kategorien scheint der Forscher nicht zu denken. Das Gespräch mit ihm dauert viele Stunden: Nie wirkt er aufgebracht, wenn es um die Attacken der Tierversuchsgegner geht, und wenn er über seine Forschung redet, geht es ihm vor allem um Genauigkeit, nie um Sensationen.

Auf fast allen Fotos, die über die Jahre von ihm veröffentlicht wurden, zeigt er denselben Hauch eines Lächelns, meist trägt er ein Hemd unter dunklem Pullover, auch seine Haltung ist oft dieselbe. Es ist, als gäbe es einen Kreiter-Pappaufsteller, der für die Fotografen von Raum zu Raum getragen wird.

Und so ist die Frage nach jenem gewaltigen Durchbruch, den seine Forschung ermöglichen könnte, für ihn die falsche. Sein Vater sei Arzt gewesen, er selbst habe aber immer davon geträumt, Forscher zu sein. Kreiter sagt, er wolle einfach das Gehirn verstehen.

Julia Koch



1



2



3

Naturhistorisches Museum Mainz / dpa / picture alliance

Fischer / SDKE
Thomas Frey / dpa / picture alliance

1 | Schädelfragmente des angeblichen Neandertalers von Ochtendung 2 | Angeblicher Zahn eines Menschenaffen 3 | Forscher Berg im Landesamt für Denkmalpflege in Koblenz 2007

Falscher Neandertaler

ALTERNUM Der Landesarchäologe von Rheinland-Pfalz soll jahrelang Funde manipuliert haben. Einen Schädel datierte er demnach rund 170.000 Jahre zurück.

Die Knochen, die er offenbar zu denen eines Neandertalers machen würde, fand Axel von Berg an Ostern. So jedenfalls erzählte es der Archäologe später einem Reporter der Zeitschrift »Geo«. Berg war an einem Frühlingstag im Jahr 1997 bei Ochtendung in Rheinland-Pfalz unterwegs gewesen. Eine vulkanische Gegend, in

der andere Forscher zuvor schon Knochen und Werkzeuge aus der Steinzeit gefunden hatten.

Aus dem Auto heraus will Berg an einem Vulkankrater eine frische Baggergrube entdeckt haben, erst einige Tage alt. Er musste schnell handeln. Nach den Osterfeiertagen würde der Bagger weiterbuddeln. Archäo-

logische Artefakte könnten für immer auf einer Geröllhalde verschwinden. Also rückte Berg allein mit einer Archäologenkelle an und begann zu graben.

Was Berg einige Monate später der Öffentlichkeit präsentierte, begeisterte Archäologen auf der ganzen Welt. Drei Fragmente aus der Schädeldecke eines Neandertalers habe er bei Ochtendung entdeckt, sagte er. Von einem der bedeutendsten Funde der Nachkriegszeit war die Rede. Berg selbst trat bescheiden auf. »Ich wusste zwar, wo ich suchen musste«, sagte er, »aber ich hatte auch Glück.«

Niemand ahnte, dass Bergs Fund offenbar keineswegs aus der Steinzeit kam. Bei den Schädelteilen handelte es sich, davon muss man heute wohl ausgehen, nicht um die Knochenreste eines Neandertalers. Stattdessen stammen sie mit hoher Wahrscheinlichkeit aus dem frühen Mittelalter. Statt 100.000 oder gar 170.000 Jahre, wie Berg behauptete, sind sie wenig mehr als 1200 Jahre alt. Für Archäologen der Urzeit sind sie wertlos.

Seit vergangener Woche steht Berg, 63, im Zentrum eines archäologischen Skandals, der in der bundesdeutschen Geschichte seinesgleichen sucht. Das Innenministerium von Rheinland-Pfalz teilte mit, man habe Anhaltspunkte, dass ein leitender Mitarbeiter der Denkmalbehörde des Landes, der Generaldirektion Kulturelles Erbe (GDKE), am Standort Koblenz über Jahre zahlreiche Funde manipuliert habe. In einer ersten Überprüfung sei man auf 21 falsch datierte Schädel und Schädelfragmente gestoßen. Zu den 18 weiteren Verdachtsfällen gehöre auch der angebliche Neandertaler-Schädel.

Nach Recherchen des SPIEGEL handelt es sich bei dem Mitarbeitenden, gegen den seit Längerem ein Disziplinarverfahren läuft, um den Entdecker der Knochen von Ochtendung, den rheinland-pfälzischen Landesarchäologen Axel von Berg. Noch ist nicht alles untersucht, es gilt weiter die Unschuldsvermutung. Der SPIEGEL konfrontierte Berg mit den Vorwürfen. Dieser ließ sie über seinen Anwalt als falsch zurückweisen.

Bei der Generaldirektion Kulturelles Erbe herrscht helle Aufregung. Unter Verdacht stehen einige der bedeutendsten Funde der jüngeren Zeit: Schädelfragmente, Knochen, Zähne, Lanzenspitzen und Panzerschnallen. Was wahr ist, was möglicherweise herbeigepfuscht, umdatiert, erlogen – alles ungewiss. Exponate hochgelobter Ausstellungen in Trier oder Mainz der vergangenen Jahre – vielleicht nur Plunder.

Wie es Berg offenbar gelingen konnte, einen Schädel unbemerkt um ungefähr 170.000 Jahre altern zu lassen, diese Frage führt zu der Zeitschrift »Berichte zur Archäologie an Mittelrhein und Mosel«. Sie wird bis heute in Zusammenarbeit mit Bergs Behörde selbst publiziert. Der damalige Herausgeber legt Wert darauf, dass sie schon im Jahr 1997 einem Peer-Review-Prozess unterlag; unabhängige Fachleute begutachteten Artikel also, bevor diese veröffentlicht wurden.

In Ausgabe 5 berichtete Berg von seiner Entdeckung: Neben den Schädeltrümmern habe er Steinwerkzeuge geborgen. Berg schließt daraus, es handle sich um einen »typisch mittelpaläolithischen Fundzusammenhang«, also einen Fund aus der mittleren Altsteinzeit. So echt wirkten die Knochen, dass anscheinend gar eine Neandertaler-Expertin aus Frankreich überzeugt war. Die gab ihnen ihr Gütesiegel: Sie stimmten, schrieb sie, mit der »letzten Phase der Evolution der Neandertaler-Linie überein«.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Archäologen einen Fund datieren, ohne ihn zuvor radiometrisch zu untersuchen. Auffällig ist, was sonst in dem Artikel fehlte: Fotos davon, wie der Fundort aussah. Bei einer solchen Entdeckung würde man »auch an einem Sonntag alles an Dokumentation auffahren, was geht«, sagt jemand, der sich mit solchen Grabungen auskennt. »Man würde die Fundstelle einmessen, Zeichnungen und Fotografien anfertigen.«

Könnte Berg überrascht gewesen sein, wie leicht er mit einer mutmaßlichen Fälschung durchkam? Während der Archäologie in den Reihen der Generaldirektion Kulturelles Erbe weiter aufstieg, machte er jedenfalls weiterhin mit spektakulären Funden von sich hören. In wenigen Jahren grub er mehr aus als andere Archäologen in ihrer gesamten Laufbahn. Es scheint, dass Berg sich immer kühner bemühte, die Geschichte umzuschreiben.

Einen angeblichen Schädel eines römischen Legionärs, in dem noch ein rostiger Nagel steckte, deutete er als eine Trophäe der Kelten. Eine Schlacht zwischen Römern und einem germanisch-keltischen Volksstamm, beschrieben vom Historiker Tacitus, verlegte Berg kurzerhand in die Nähe des Dörfchens Riol im Moseltal. Und im Jahr 2017 zeigte er schließlich zwei angebliche Zähne eines bis dahin unbekanntes Vormenschen, mit denen er nahelegte, man solle den Ursprung der Menschheit im Rheinischen suchen.

Um die Jahrtausendwende muss Berg beschlossen haben, dass ihm ein Dokortitel nicht genug war. Er begann eine zweite Promotion zu Schädeln aus der Eisenzeit, an der Frankfurter Goethe-Universität. Als Doktorvater wählte er Reiner Protsch. Der damalige Professor für Anthropologie gehörte zu den Größen seines Fachs. Seine Spezialität: die sogenannte Radiokarbonmethode, mit der das Alter von Knochen anhand einer speziellen Kohlenstoffart namens C-14 präzise bestimmt werden kann.

Im Jahr 2004 ging die Karriere des Staranthropologen Protsch, Bergs Doktorvater, abrupt zu Ende. Die Universität bemerkte, dass Protsch die einzigartige Schimpansen-Schädelnsammlung der Universität verhökern wollte. Sie stellte Strafanzeige. Durch einen Bericht im SPIEGEL wurde bald darauf bekannt, dass Protsch Knochen jahrelang falsch datiert hatte. Die vermeintlichen Altersanalysen waren Fälschungen, ein Gerät zur C-14-Bestimmung verstaubte unbenutzt im Keller seines Instituts.

»Mit Schlampigkeit lässt sich das fast nicht mehr erklären.«

Heike Otto, Leiterin der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz

Stefan Flohr, Professor für Humanbiologie an der Universität Hildesheim, arbeitete damals als Doktorand unter Protsch. Der habe ihm, erzählt Flohr, eines Tages einen Haufen Knochen hingestellt: das Thema seiner Doktorarbeit. Protsch behauptete, es handle sich um Skelettreste steinzeitlicher Jäger und Sammler aus einem Vulkanschlot unweit von Ochtendung. Flohr ist sich sicher, die Knochen waren über den Tisch von Berg gegangen: »Er kannte das Fundmaterial der Region und war zuständig für diesen Vulkanbereich.«

Flohr wurde zur angeblichen Fundstelle geschickt, sollte dort graben und hoffte auf weitere Knochen. »Aber ich habe nichts gefunden«, sagt Flohr. Stattdessen stieß er im Labor zunehmend auf Ungereimtheiten. Einige seiner angeblichen Steinzeitskelette hatten Karies. Nicht völlig ausgeschlossen, sagt Flohr, für die Zeit aber eher ungewöhnlich. Heute ist er überzeugt: Berg habe wissen müssen, »dass ich unter falschen Voraussetzungen an falschem Material mit falscher Datierung gearbeitet habe.«

Er habe damals keinen Grund gehabt, Berg zu misstrauen, sagt Flohr. Er selbst hatte gerade sein Studium abgeschlossen, Berg war bereits ein angesehener Beamter einer Landesbehörde. Er habe Berg als »Kumpeltyp« erlebt, sagt Flohr. Die Untersuchung der Mainzer Behörde gegen Berg habe ihm die Augen geöffnet. Die Fälle Protsch und Berg würden zusammengehören. Für Flohr ist klar: »Die haben gemeinsame Sache gemacht.«

Axel von Berg lässt mitteilen, dass die Datierung der Knochenfunde »ausschließlich von Herrn Prof. Protsch« stamme. Er habe »in Bezug auf die Zuordnung von Anfang an Bedenken« gehabt und »unter anderem aufgrund seiner Bedenken« die Promotion nicht bei Protsch, sondern bei einem anderen Professor abgeschlossen. Protsch selbst war für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Ein vertraulicher Hinweis brachte, fast 20 Jahre nach dem Auffliegen von Protsch, auch die Welt von Dr. Dr. Axel von Berg ins Wanken. Er ging bei der Universität Frankfurt ein und betraf Bergs Doktorarbeit. Als die Universität bei ihrer Untersuchung nicht weiterkam, wandte sie sich im vergangenen Jahr mit Fragen an die Generaldirektion Kulturelles Erbe. Dort begaben sich Mitarbeiter ins Archiv. Und wurden stutzig.

In seiner Doktorarbeit über Schädel aus eisenzeitlichen Siedlungen verwies Berg auf angebliche Funde der Landesbehörde, die gar nicht existierten. Inventarnummern führten ins Leere. »Da stimmte so gut wie nichts«, sagt der stellvertretende Landesarchäologe

Ulrich Himmelmann. »Manchmal befand sich dort, wo es angegeben war, nicht einmal eine Siedlung.« Berg bestreitet diese Vorwürfe. Die Generaldirektorin der GDKE, Heike Otto, sagt dagegen, das Verhalten sehe nach bewusster Manipulation aus. »Mit Schlampigkeit lässt sich das fast nicht mehr erklären.«

Fund für Fund überprüfen die Experten der Behörde nun das fragwürdige Lebenswerk von Berg, unterstützt werden sie dabei von zwei externen Ombudsleuten. Eine langwierige Arbeit. Berg droht nicht nur die Aberkennung des Dokortitels, auch die Position als Beamter könnte ihm aberkannt werden. Himmelmann sagt, es sei wichtig, bei jedem einzelnen Fund gründlich vorzugehen. Man müsse sauber trennen zwischen dem, was stimmt und was nicht. »Wir möchten nicht über das Ziel hinausschießen.«

Den Schädel von Ochtendung ließ die Behörde bereits von weltweit anerkannten Fachleuten für die C-14-Methode in Mannheim datieren: zweifellos Frühmittelalter. Woher Berg die Knochen wirklich hatte, weiß wohl niemand außer ihm selbst, er beharrt auf Fundort und Fundzusammenhang. Himmelmann: »Gilt es noch zu klären.«

Für das angebliche Kampfgebiet von Riol sei ein Experte für Schlachtfeldarchäologie hinzugezogen worden, sagt Himmelmann. Ergebnis: Die Beleglage sei zu dürftig. »Wenn da Tausende von Menschen aufeinandergetroffen sind, müssten ganz andere Mengen von Artefakten zu finden sein.« Berg erklärt diesen Umstand auf Anfrage damit, Schlachten in der antiken Zeit hätte sich »oftmals räumlich über größere Distanzen hingezogen.«

Nicht nur die Verdachtsfälle sollen geprüft werden. Zu erhellen gilt auch, warum bei der GDKE niemand früher skeptisch wurde. Gleichzeitig, heißt es bei der Behörde, könne man nicht eine ganze Generation von Archäologen unter Generalverdacht stellen, weil sie mit dem Schädel-Fälscher Protsch gemeinsame Fachartikel veröffentlicht hätten. Himmelmann: »Viele haben irgendwann mal zusammen mit Protsch publiziert.«

Fragt man die GDKE-Spitze, welche Lehren sie aus dem Knochenkandal ziehe, verweist sie auf neue Leitlinien für Grabungen. Schon in den vergangenen Jahren seien diese verschärft worden, sagt Himmelmann. Das Vieraugenprinzip sei dafür nun verbindlich. Sämtliche Funde müssten auf einer neuen digitalen Plattform dokumentiert werden. »Niemand kann heute mehr bei einem Sonntagsspaziergang einfach so einen Fund machen.«

Vor einigen Jahren, zum Beginn einer Ausstellung, bei der auch der Neandertaler von Ochtendung gezeigt wurde, besuchte ein Journalist der »Zeit« den Archäologen Berg. Er sprach mit ihm darüber, welche Entdeckung er in seiner Karriere gern noch machen würde. »Ein zweiter Neandertaler, das wär's«, sagte Berg daraufhin. »Die Typen haben es mir echt angetan.«

Martin Schlak

Jenaer Plattenladen
Fatplastics

Christian Roche

Die letzten Tropfen aus der Gießkanne

FÖRDERUNGEN Kulturstaatsministerin Claudia Roth verleiht einen »Preis für Schallplattenfachgeschäfte«. Darüber kann man spotten. Dabei war die Flut an Auszeichnungen das, was deutsche Kulturpolitik ausmachte.

Jeder, der sich in Thüringen für House und Techno interessiert, kennt das Fatplastics im Schillergässchen in Jena. Ein großartiger Plattenladen, ohne den die Stadt wahrscheinlich nie jener Knotenpunkt auf der europäischen Landkarte der elektronischen Musik geworden wäre, der sie heute ist. Das Fatplastics ist eine Institution, die flüchtiger Musik einen festen Ort gibt, eine Informationsbörse und Underground-universität. Und wie den meisten Plattenläden setzt auch dem Fatplastics zu, dass die allermeisten Musikfans heute digital hören.

Am vergangenen Sonntag wurde der Laden von Kulturstaatsministerin Claudia Roth als »Herausragendes Schallplattenfachgeschäft – Strukturschwache Region« ausgezeichnet, mit dem »Emil«, dem »deutschen

Preis für Schallplattenfachgeschäfte«. Er ist nach dem Schallplatten- und Grammofon-erfinder Emil Berliner benannt. 14 Läden bekamen den Preis, er ist mit 15.000 Euro dotiert, drei Gewinner der Sonderpreise erhielten sogar je 25.000 Euro. Nun lässt sich über die Flut von Preisen, die die deutsche Kulturpolitik vergibt, trefflich spotten. Da gibt es den Deutschen Kurzfilmpreis; den »Applaus«, der Livemusik-Klubs prämiert; den »Polyton« für »besondere künstlerische Leistungen in der Popmusik«; die »Kino- und Verleihprogrammpreise«, mit denen immerhin 1,8 Millionen Euro an 239 Programmkinos ausgeschüttet wurden, irgendwie, so scheint es, an alle. Und das sind nur die Auszeichnungen der vergangenen sechs Wochen. Man könnte aber auch sagen: Das ist die Bundes-

republik mit ihrem Kulturbegriff. Ein bisschen gönnerhaft, bestimmt, aber eben auch sehr inklusiv. Alle sind gemeint. Kultur soll kein Elitenprojekt sein, sondern populär. Nicht nur die Großen in den Metropolen zählen, sondern auch die Kleinen in der Fläche. In der großen Gießkanne ist genug für alle da. So zumindest war es bisher.

Und wenn schon bald mächtig gespart wird, wenn die Steuereinnahmen sinken und die Verteilungskämpfe beginnen, aufgrund fehlender Gelder für Infrastruktur und Rüstung, sollte nicht vergessen werden: Die Bundesrepublik ist damit gut gefahren. Vielleicht gehen diese Zeiten nun zu Ende. Claudia Roth hat den »Emil« zum ersten Mal verliehen. Womöglich auch zum letzten Mal. Tobias Rapp

Gefangen im Wohnzimmer

FILME Mehr als 100 Minuten dauert »Here«, der neue Film von Robert Zemeckis. Die ganze Zeit über stellt sich immer wieder dieselbe Frage: Erzählt dieser Film wirklich von Menschen und ihren Schicksalen? Oder zwingt er seine Figuren in eine Versuchsordnung und studiert sie darin? Der Regisseur betrachtet sie mit starrem Blick, in der immer gleichen Einstellung filmt er das Wohnzimmer eines Hauses, das im Lauf der Jahre von verschiedenen Menschen bewohnt wird. Er bleibt am selben Ort und springt durch die Zeit. Mal zeigt er, wie das Haus entsteht, landet in der Covidpandemie, plötzlich stapfen Dinosaurier durchs Bild. Irgendwann zeichnen sich im nervösen Hin und Her zwischen den Zeitebenen Hauptfiguren ab: Richard (Tom Hanks), der nach dem Zweiten Weltkrieg in dem Haus aufwächst, und seine Jugendliebe Margaret (Robin Wright), die er heiratet. Eigentlich wollen die beiden nur überrgangweise mit Richards Eltern unter einem Dach wohnen. Doch den Wunsch, in ein eigenes Heim zu ziehen, müssen sie immer wieder aufschieben. Was auch daran liegt, dass Richard nicht gerade ein Erfolgstyp ist und es an Geld mangelt. Oder ist er grundsätzlich unwillig, sein Leben zu verändern? Margaret bekommt das Gefühl, in einer Zelle zu stecken. Was muss ein Ort haben, damit man sich an ihm heimisch und geborgen fühlt? Wann wird er so eng, dass man zu ersticken droht? Wann muss man seinen Lebensraum verändern, um sein Glück zu finden? Fragen wie diese streift Zemeckis nur. Er nimmt sich nicht die Zeit, sich auf seine Figuren und ihre Probleme einzulassen. Vielmehr scheint er unter Beweis stellen zu wollen, wie viele Geschichten und Epochen sich auf ein paar Quadrat-



»Here«. Regie: Robert Zemeckis. Mit: Tom Hanks, Robin Wright. Länge: 104 Minuten. Ab 12. Dezember im Kino.

meter pressen lassen. Er prahlt mit den digitalen Mitteln des Kinos, mit denen er seine Stars Tom Hanks und Robin Wright jünger aussehen lassen kann als vor 30 Jahren in »Forrest Gump«, seinem größten Erfolg. Das De-Aging hat den Effekt, dass man als Zuschauer oft an den Gesichtern kleben bleibt, statt sich in die Figuren hineinzusetzen. Zemeckis' Kunstwille drängt sich in den Vordergrund, die Technik schiebt sich vor die Emotionen. Zwar gelingen ihm und seinen Schauspielern immer wieder berührende Momente, doch letztlich wirkt er wie ein Gefangener seines eigenen Konzepts. Lars-Olav Beier

»Keine Pflegestufe, idealerweise«

FERNSEHEN Die Ü60-Variante der selbst schon die Jahre gekommenen RTL-Datingshow nennt sich »Golden Bachelor«, und im Bewerberinnenfeld haben auch die Frauen andere Namen: Es gibt zwei Utes und eine Bärbel, und viele von ihnen sehen aus, als wären sie spontan aus der Sylter Sommerfrische mal eben zum Dating nach Kreta gejettet. Viel blankenesiges Blond drängt sich in den Vorstellungsszenen der Kandidatinnen, nur die dunkelhaarige Mercedes sticht heraus – oder, wie es eine Konkurrentin formuliert: »Bis auf Mercedes sind hier nur Porsches am Tisch.« Schon klar, dass für eine solche Sendung keine verhuschten Mütterchen gecastet werden, aber der Flott- und Hotnessgrad des Teilnehmerinnenfelds überrascht dann doch. Und es macht Spaß, einmal Menschen in einem solchen Format zu sehen, denen die obligatorischen Verhaltensschemata des gehobenen Trash-Actings augenscheinlich noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen sind. Stattdessen erzählen sie andere Lebensschnipsel. Viel Tragisches, aber auch Amüsantes bis Erratisches. Natürlich muss in der ersten Folge dieser »Bachelor«-Variante (die zunächst nur auf RTL+ und erst im kommenden Jahr im regulären TV-Programm zu sehen sein wird) der Satz fallen, dass Sexualität auch im Alter



»Golden Bachelor«. Neun Folgen, wöchentlich bei RTL+.

existiere. »Keine Pflegestufe, idealerweise«, wünscht sich eine vor dem ersten Treffen mit dem Bachelor, eine andere erzählt, leicht verstörend, wie »geil« ihr Sohn doch aussehe, der sei unbedingt selbst »Bachelor«-Material: »Wie Paul Janke in jung!« Die Zusammenführung von Golden Bachelor Franz und seiner Balzgesellschaft erfolgt dann klassisch per Limousinenlieferung. Er bekommt die formattypischen wunderlichen Präsenten und wird von einigen Frauen pflichtschuldig aufgehupt (»Er erinnert mich ein bisschen an George Clooney«) und bewundert, als er zur Gitarre greift und »Wonderful Tonight« von Eric Clapton singt. Dass bei aller Best-Ager-Wohligkeit freilich immer noch dieselben Format- und Inszenierungsgesetze gelten wie bei den jüngeren Besetzungen, zeigt sich schließlich bei der Rosenvergabe: »Ich hatte in meinem Leben noch nie viel Konkurrenz, was Männer angeht«, hat Sonja, 61 und Mutter von Jung-Janke, vorher noch verkündet – und natürlich ist sie am Ende eine von zwei Frauen, die Franz direkt wieder nach Hause schickt. Anja Rützel

Wiederentdeckung einer Heldin

AUSSTELLUNGEN Sie war Anfang des 18. Jahrhunderts ein Superstar, ihre Bilder waren doppelt so teuer wie die von Rembrandt. Heute sagt ihr Name nur noch Experten etwas. In der Alten Pinakothek in München will die Ausstellung »Rachel Ruysch – Nature into Art« das ändern. Die erste monografische Schau über die 1664 in Den Haag geborene Malerin ist eine überfällige Verneigung. Ihre Blumenstillleben sind mehr als handwerklich perfekte Dekoration. Die meisterliche Feinmalerei, die Ruysch praktizierte, die ungewöhnliche Detailfülle sind nur

eine Seite, die die Qualität ihrer Bilder ausmacht. Was ihr Werk über das anderer hochrangiger Stilllebenmaler stellt, sind ihre wissenschaftlichen Kenntnisse – und ihre Lust an der Inszenierung. Ruysch malte nicht nur Blumen, Käfer, Schmetterlinge, die sie vor ihrer Haustür in Amsterdam fand. Sie bildete auch Insekten, Schlangen, Reptilien und Flora aus der ganzen Welt mit ab. Ihre Stillleben enthalten zum Teil mehr als 30 Arten von verschiedenen Kontinenten. Bei aller Detailtreue ging es ihr nicht um eine realistische Darstellung, sie erzählte mit ihren fast fotorealistischen Bildern auch absurde Geschichten. Unmögliche Kombinationen liebte sie: Vogelnester und Schlangenarten, die in der echten Welt niemals zusammentreffen würden, oder Arrangements mit früh blühenden Tulpen und spätsommerlichen Sonnenblumen. In der Schau, deren Vorbereitung gut drei Jahre dauerte, werden biografische Details, (kunst-)geschichtliche Einordnung und Bezüge zur Gegenwart vermittelt. 80 Gemälde, darunter 57 von Ruysch, wurden aus aller Welt zusammengetragen, ebenso 600 zoologische und botanische Präparate, optische Instrumente, Briefe und Bücher. Ihr Vater, Professor für Botanik und Anatomie, investierte in ihre Ausbildung. Auch nach ihrer Heirat und als zehnfache Mutter blieb sie künstlerisch produktiv. Mit 86 Jahren starb sie, bis zuletzt hatte sie hochklassige Werke gemalt. Die Lebenschronologie der »Kunstheldin«, als die Ruysch bereits im 18. Jahrhundert gepriesen wurde, bestimmt die Reihenfolge der angenehm luftigen Hängung. So bleibt Muße, darüber nachzudenken, was diese eine kleine Ameise wohl auf dieser wunderbaren Blüte zu suchen hat. Katharina Stegelmann



»Rachel Ruysch – Nature into Art«. Alte Pinakothek München, bis 16. März 2025.



Sarah Meyssonnier / AP / picture alliance

Präsident Macron, Eröffnungsgäste bei Vorbesichtigung am 29. November: Auf Tuchfühlung mit dem Volk

Das Wunder von Paris

WAHRZEICHEN Fünf Jahre nach dem desaströsen Brand wird Notre-Dame wieder eröffnet. Waren die Flammen das Beste, was dem französischen Nationaldenkmal passieren konnte?

Möglicherweise war die Katastrophe vom 15. April 2019 ein Glücksfall. Für Paris, für Frankreich, für Europa. Für alle, die Notre-Dame haben brennen sehen, und alle, die an ihrem Wiederaufbau beteiligt waren. Für Emmanuel Macron, den französischen Präsidenten, sowieso. Aber auch für die Kathedrale selbst, die seitdem wieder angefangen hat, in lebhaftem Wechselwirkungen mit der Welt zu treten.

Der Gedanke ist natürlich paradox: Wie kann die Zerstörung eines kulturellen, religiösen Denkmals etwas anderes sein als ein Desaster? Wie kann ein noch so ausgezeichnete Wiederaufbau einer Institution je den Schmerz heilen, den ein Brand verursacht hat? Es könnte sich jetzt, da Notre-Dame nach fünf Jahren der Arbeit wieder eröffnet wird, aber lohnen, ihm eine Weile zu folgen.

Angenommen, der entscheidende Funke hätte an diesem Abend keine Nahrung gefunden im Gebäck. Angenommen, ein souveräner Wächter hätte auf das erste Warnsignal um 18.20 Uhr angemessen reagiert. Angenommen also, die fatale Kette an Ereignissen wäre durch glückliche Fügung früh genug unterbrochen worden. Was dann?

Dann hätte Notre-Dame weiterhin Jahr für Jahr rund 13 Millionen Besucherinnen und Besucher aus aller Welt angelockt, wäre eine fest verschraubte Truhe im Mobiliar der Stadt geblieben, ein abzuhakender Punkt auf der touristischen To-do-Liste. Dann wüssten weiterhin nur Fachleute, dass die mittelalterliche Dachkonstruktion aus rund 1300 Eichen ehrfürchtig »der Wald« genannt wird.

Und eine andere, abenteuerliche und erstaunliche Kette an Ereignissen wäre nie in Gang gekommen.

Der Kunsthistoriker Thomas W. Gaetgens schreibt: »Das Feuer im April 2019 hat unseren Blick auf Notre-Dame verändert.« Am Abend des 15. April war die Kathedrale Notre-Dame in Flammen aufgegangen, die größtenteils 800 Jahre alten Eichenbalken des Dachstuhls brannten, der schlanke Vierungsturm aus Holz und Blei wurde zur weithin sichtbaren Fackel. »Wir hatten uns daran gewöhnt, das gotische Bauwerk als eine selbstverständliche Sehenswürdigkeit zu betrachten. Plötzlich stand uns durch die Katastrophe die Mög-

lichkeit ihres Verlusts vor Augen«, schreibt Gaetgens.

Die Kathedrale brannte. Das ist es, was Kathedralen tun, historisch gesehen. Auch Notre-Dame stand schon einmal in Flammen, verlor schon einmal den Vierungsturm. Allerdings sind solche Ereignisse unerhörte Ausnahmen. Für die meisten Generationen ist die Kathedrale ein Inbegriff der Dauer.

Die Reaktion der Augenzeugen vor Ort oder an den Bildschirmen war daher auch eine bestürzte, betroffene Trauer. Als läge etwas Lebendiges im Sterben. In Paris sangen



Brennende Kathedrale 2019: »Wir spürten den Schmerz«

die Menschen spontan das »Ave Maria« oder die »Marseillaise«. Wie blicken sie heute auf diesen Abend?

Philippe Jost, 64, ist Ingenieur, seit 2023 Bauleiter für den Wiederaufbau und kein sentimentaler Mann: »Jeder hat es gespürt in der Nacht des Feuers«, erzählt er. »Ich konnte es, wie alle anderen auch, nicht glauben und war am Boden zerstört – gleichzeitig aber fassungslos über die Stimmung der Leute. Sie waren traurig, aber gefasst. Wir spürten die Bestürzung, den Schmerz. Aber keinerlei Sensationsgier.«

Philippe Villeneuve, 61, seit 2013 Chefarchitekt von Notre-Dame, verliebte sich schon mit zehn Jahren in die Kathedrale. Als erwachsener Mann hat er sich Motive der Kirche tätowieren lassen. Er meint es ernst,

wenn er über den Brand sagt: »Ich bin dort gestorben. Der Junge, der Notre-Dame gebastelt und davon geträumt hat, Architekt zu werden, ist tot.«

Der schwärmerische Ton, in dem Menschen wie Villeneuve über das Bauwerk reden, geht von der Kathedrale selbst aus. Als Speicher religiöser, weltlicher, kultureller, ikonografischer, handwerklicher und technischer Geschichte duldet sie im Grunde keine andere Sprache. Als Schatzkiste für den Glauben mag sie in die Jahre gekommen sein. Als Schrein für transzendente Vorstellungen aber taugt sie noch immer. Nation, Europa, Abendland.

Für Notre-Dame de Paris und ihre größere Schwester, Notre-Dame de Reims, gilt das noch mehr als für die über den ganzen Kontinent verstreuten Schwesterbauten. Paris ist das politische Zentrum des zentralistischen Staats, die Insel in der Seine das historische Zentrum von Paris – und die Kathedrale eines der ältesten Gebäude der Stadt, Zeugin ihrer Geschichte. Auch geografisch ist die Kirche der Mittelpunkt der französischen Welt. Auf ihrem Vorplatz befindet sich der symbolische »point zéro«, der geografische Ausgangspunkt der Republik. Nullpunkt der Geschichte.

Notre-Dame, im Jahr 1163 begonnen und um 1250 vollendet, gilt als ästhetische und auch technische Meisterleistung. Allein ihre Höhe muss die Menschen im Mittelalter überwältigt haben, ebenso wie ihr Fassungsvermögen von 9000 Personen.

Errichtet worden war die Kirche in einem noch jungen Stil, der sich in einer himmelwärts strebenden Schwerelosigkeit ausdrückte – und der sehr viel später den Namen Gotik erhielt. Wer wollte, konnte in den Pfeilern die Bäume des Garten Eden entdecken und im bunten Licht der Fenster einen Vorschein des Himmlischen Jerusalem. Obwohl die Stadt mit ihrem eigenen Baubestand immer wieder brutal umging, so überdauerte in Notre-Dame doch ein Sinn für eine architektonische Schönheit, von dem die Metropole heute noch zehrt.

Nach 1789 wurde Notre-Dame – wie die meisten Sakralbauten in Frankreich – von Revolutionären verwüstet und geplündert. Die Kathedrale überlebte ihre Umwidmung zum »Tempel der Vernunft«, wurde vorüber-

Jean-Marc Barrère / hemis / laif

gehend als Weinlager genutzt. 1804 krönte sich Napoleon Bonaparte in Notre-Dame noch eigenhändig zum Kaiser der Franzosen. Danach blieb das künstliche Gebirge wieder weitgehend sich selbst überlassen. Aus manchen Winkeln wuchsen bald sogar Bäume.

Ihr Retter war kein Geistlicher, kein Politiker, kein Architekt. Der Schriftsteller Victor Hugo widmete der Kirche 1831 seinen Mittelalterroman »Der Glöckner von Notre-Dame«. Gaehtgens schreibt, darin vergleiche der Dichter die Kathedrale »mit einem gedruckten Buch, in das die Vergangenheit für alle Zeiten eingeschrieben ist. Der Untergang von Denkmälern sei der Verlust von Erinnerung und bedeute die Auslöschung nationaler Geschichte«.

Kaum brannte 2019 die Kirche, wurde der Roman von 1831 in Frankreich wieder zum Bestseller. Die Verfilmung von 1956 mit Anthony Quinn als Quasimodo nährte den Mythos weiter, wie auch die spätere Adaption des Stoffs durch Disney – auch der Unterhaltungskonzern hat für den Wiederaufbau gespendet.

Als Victor Hugo schrieb, war Denkmalpflege noch Neuland. Vor allem der umtriebige Architekt Eugène Viollet-le-Duc ergänzte den Bau durch freie Nachdichtungen eines idealisierten Mittelalters. Ein Beispiel für diese Überschreibung ist Viollet-le-Ducs Vierungsturm von 1859, dessen oberer Teil 2019 um 19.45 Uhr umknickte und mit einem Joch des Langhauses sozusagen die Wirbelsäule des Baukörpers durchschlug. Um 19.56 Uhr brach der untere Teil des Turms durch den brennenden »Wald« und brachte das Gewölbe dort zum Einsturz, wo Hauptschiff und Querschiff sich kreuzen.

Und am Tiefpunkt ihrer Geschichte, am Rande völliger Zerstörung, entfaltete die verkehrte Kathedrale plötzlich eine ungeahnte Wirkung. Es war, als würde ein stillgelegter Sendemast wieder funken. Im Élysée wurde das Signal sofort empfangen. Für Emmanuel Macron war die Katastrophe ein Geschenk des Himmels. Etwas Besseres hätte ihm in dieser prekären Phase seiner Präsidentschaft nicht hätte passieren können.

Erst seit zwei Jahren im Amt, hatten ihm die Gelbwesten eine Krise beschert. Eine geplante Ansprache widmete er kurzerhand um, trat vor die verunsicherte Nation und erklärte: »Wir werden Notre-Dame noch schöner wieder aufbauen. Und ich möchte, dass das innerhalb von fünf Jahren geschieht. Wir können das erreichen.«

Seine Botschaft war ein Dreiklang aus Versprechen, Befehl und Ermunterung. Darüber hinaus regte der Präsident ein Nachdenken darüber an, »wer wir sind und wer wir sein sollten«. Nicht mehr ausschließlich das Start-up, auch die Kathedrale wurde auf einmal eine macronsche Metapher für den Staat – als Werk vieler Hände und Generationen, das aus der Vergangenheit und von der Gegenwart in die Zukunft geführt werden will.



Figurenschmuck an der Kirchenfassade: Sinn für Schönheit

Die Trümmer rauchten noch, da war das Monument bereits auferstanden als Chiffre für eine universalistische Identitätspolitik.

Auch Philippe Jost und Philippe Villeneuve, der Bauleiter und der Chefarchitekt, erinnern sich mit Erleichterung daran, dass der Präsident die Angelegenheit zur Chefsache machte. Der politische Wille war enorm. Schnell gab es eine zentrale Stabsstelle zur Koordinierung des Wiederaufbaus. An seine Spitze setzte Macron einen ehemaligen General und glühenden Katholiken: Jean-Louis Georgelin, ein charismatischer Chef. Der kam, eine weitere Tragödie, 2023 bei einem Wanderunfall in den Pyrenäen ums Leben, Philippe Jost sollte seine Arbeit fortführen: »Nichts durfte auf morgen verschoben werden.«

Diesem sportlichen Imperativ wurde geopfert, was anderswo selbstverständlich gewesen wäre. Die Ermittlung der Brandursache beispielsweise. Oder, da sich nun die Gelegenheit bot, gründliche statt nur punktuelle Ausgrabungen. Zwar betont Jost immer wieder das Gemeinschaftsgefühl auf der Baustelle, »Momente der Einheit, der Wärme«. Berichte einzelner Arbeiter über enormen Druck stehen dieser Schilderung jedoch entgegen.

Chefarchitekt Philippe Villeneuve äußert sich zurückhaltend, aber die Hierarchien sind klar: »Es war von Anfang an ein Projekt des Präsidenten, ganz klar«, und ein Präsident der Republik lasse sich normalerweise nicht auf einer Baustelle sehen.

Wobei natürlich niemand ein größeres Interesse an einer Heldengeschichte hat als Emmanuel Macron. Dazu gehört die Erzählung, der Wiederaufbau sei eigentlich »unmöglich«.

»Diese Kathedrale hat gelitten«, betont Jost, »aber sie ist nicht eingestürzt. Sie ist ein widerstandsfähiges Denkmal, wissen Sie? Robust und widerstandsfähig, so eine Kathedrale aus dem Mittelalter.« Mit Blick auf die

wechselhafte Baugeschichte kann Jost nur mit den Schultern zucken: »Wir restaurieren seit 860 Jahren.«

So weit ging der Respekt vor dem Denkmal, dass mit detektivischer Akribie die Steinbrüche in Nordfrankreich ermittelt wurden, aus denen sich die ursprünglichen Baumeister bedient hatten. Was ersetzt werden musste, sollte von dort kommen. Besondere Sorgfalt wurde auf die Rekonstruktion des »Waldes« verwendet. In ganz Frankreich wurden 1300 Eichen geschlagen, mit der Axt bearbeitet und nach dem Vorbild des abgebrannten Dachstuhls wieder zusammengesetzt.

Mit mehr Bäumen und einem Wasserlauf will der Landschaftsarchitekt Bas Smets das Umfeld von Notre-Dame gestalten und für eine Abkühlung der Luft von bis zu fünf Grad sorgen. Gerade dieser Ort habe »einen hohen Symbolwert«. Die Kathedrale als Katalysator für die Zukunftsfähigkeit der Stadt.

In das prestigeträchtige Projekt waren 250 Unternehmen involviert, es gab 140 Werkverträge und 2000 Arbeiter in unterschiedlichen Gewerken. Gewünscht waren nur die Koryphäen ihres jeweiligen Fachs, keine Subunternehmer. Oder Subunternehmer von Subunternehmern, wie sie sich »aus Kostengründen« gern auf Baustellen einschleichen. Geld spielte keine Rolle.

Mit François Pinault (Christie's, Gucci), Bernard Arnault (LVMH, Christian Dior) und Françoise Bettencourt Meyers (L'Oréal) überboten sich die reichsten Franzosen um die höchste Spende. Schon drei Tage nach dem Brand war eine höhere Summe beisammen, als die Franzosen sie jährlich den zehn größten karitativen Organisationen des Landes zukommen lassen. Am Ende standen für den »nationalen Kraftakt« 846 Millionen Euro durch 340.000 Spender aus 150 Ländern zur Verfügung – mit einer Reserve von 140 Millionen für weiterführende Arbeiten.

SPIEGEL Bestseller

Da ist er wieder, der paradoxe Gedanke: Wären all diese Anstrengungen ohne einen Brand von Notre-Dame vorstellbar? Würden Museen gebaut und Straßen begrünt? Und, auch diese Frage muss man stellen: Wie stünde es ohne die Flammen um Emmanuel Macron? Politisch gilt er inzwischen als gescheitert. Umso mehr geht es ihm jetzt um sein Vermächtnis. Darum, sich in eine Reihe mit den Großen zu stellen.

Charles de Gaulle hatte die Republik gebaut, Georges Pompidou das Centre Pompidou hinterlassen, Giscard d'Estaing das Musée d'Orsay, der besonders bauwütige François Mitterrand einen renovierten Louvre mit gläserner Pyramide im Innenhof. Macron, dessen reguläre Amtszeit 2027 endet, möchte sich nun in Notre-Dame verewigen. Ursprünglich wünschte er moderne Elemente, diskutiert wurde etwa ein gläserner Vierungsturm. Inzwischen stimmte der Präsident zu, es bei einer originalgetreuen Rekonstruktion des »Pfeils« zu belassen.

Macron ist als Modernisierer angetreten. Die Kathedrale bietet ihm die Chance, als Bewahrer in die Geschichte einzugehen. »Wir können das, weil wir ein Volk von Erbauern sind«, erklärte Macron noch am Tag nach dem Brand im April 2019.

Nun wird Notre-Dame ausgerechnet in der Woche wieder eröffnet, in der Frankreich zeigt, was es alles nicht kann. Seit Mittwochabend hat das Land keine Regierung mehr. Eine Niederlage auch für Macron – und ein weiterer Beleg dafür, dass seine Entscheidung im vergangenen Sommer, das Parlament aufzulösen, auf ganzer Linie gescheitert ist. Macron wollte mit seinem Kurzschluss-Coup eine Regierungskrise im Herbst vermeiden. Das ging schief.

Das, was die Franzosen »Macronismus« nennen, scheint am Ende. Nie war der Präsident unbeliebter als heute, über die Hälfte der Franzosen und Französinen befürwortet laut Umfragen, dass er zurücktritt.

Noch ist er da, noch will er strahlen, wenigstens mit dem unpolitischen Projekt Notre-Dame. Macrons ehemaliger Berater Clément Léonarduzzi, ein erfahrener Mann aus der Werbung, betreut die Eröffnungszeremonie am Wochenende. Er wolle, so sagt er, »ein unvergessliches Moment mit weltweiter Resonanz« schaffen.

Dem Élysée war bereits der Rundgang des Präsidenten wichtig, bevor die Kathedrale am 7. Dezember wieder ihre Pforten öffnet. Am Morgen des 29. November übertrugen mehrere Sender die Visite. Geladen waren 1300 Menschen. Unter ihnen Handwerker, Feuerwehrleute, Gesellen, Architekten, Geistliche, Geldgeber, Personenschützer mit Knopf im Ohr. Ein Querschnitt der tätigen Bevölkerung.

Macron ging auf Tuchfühlung, mischte sich unter das Volk und sprach zu ihm: »Ihr seid die Alchemisten dieses Bauwerks, ihr habt Kohle zu Kunst werden lassen.«

Und meinte damit: mission accomplished. Arno Frank, Ulrike Knöfel, Britta Sandberg

BELLETRISTIK



Arbeiten muss Jonas Heidbrink nicht mehr, er hat sein Start-up versilbert. Gut geht es ihm trotzdem nicht. Also begibt er sich in einem Sanatorium im Mecklenburgischen in ein Korsett aus Visiten und Anwendungen. | **Platz 9**

- 1** (2) **Sebastian Fitzek**
Das Kalendermädchen Droemer; 25 Euro
- 2** (–) **Kerstin Gier** Vergissmeinnicht –
Was die Welt zusammenhält S. Fischer; 24 Euro
- 3** (1) **Joachim Meyerhoff** Man kann auch
in die Höhe fallen Kiepenheuer & Witsch; 26 Euro
- 4** (4) **Carsten Henn**
Der Buchspazierer Piper; 15 Euro
- 5** (5) **Lucinda Riley**
Das Mädchen aus Yorkshire Goldmann; 25 Euro
- 6** (9) **Charlotte Link**
Dunkles Wasser Blanvalet; 25 Euro
- 7** (6) **Martina Hefter** Hey guten Morgen,
wie geht es dir? Klett-Cotta; 22 Euro
- 8** (8) **Volker Kutscher**
Rath Piper; 26 Euro
- 9** (–) **Heinz Strunk**
Zauberberg 2 Rowohlt; 25 Euro
- 10** (7) **Aina Bronsky**
Pi mal Daumen Kiepenheuer & Witsch; 24 Euro
- 11** (11) **Volker Klüpfel/Michael Kobr** Lücken-
büßer – Klüftinger ermittelt Ullstein; 24,99 Euro
- 12** (13) **Frank Schätzing**
Helden Kiepenheuer & Witsch; 36 Euro
- 13** (16) **Caroline Peters**
Ein anderes Leben Rowohlt Berlin; 23 Euro
- 14** (–) **Martin Suter/Benjamin**
von Stuckrad-Barre Kein Grund,
gleich so rumzuschreiben Diogenes; 26 Euro
- 15** (–) **Elvira Zeißler** Die Wortweberin –
Frost und Flammen Nova MD; 22 Euro
- 16** (12) **Giulia Becker** Wenn ich nicht Urlaub mache,
macht es jemand anderes Rowohlt; 22 Euro
- 17** (14) **Ewald Arenz**
Zwei Leben DuMont; 25 Euro
- 18** (18) **Thomas Schlessner** Monas Augen –
Eine Reise zu den schönsten Kunstwerken
unserer Zeit Piper; 26 Euro
- 19** (15) **Caroline Wahl**
Windstärke 17 DuMont; 24 Euro
- 20** (–) **Jonas Jonasson**
Der verliebte Schwarzbrenner und wie er
die Welt sah Bertelsmann; 25 Euro

SACHBUCH



Der Autor ist Pfarrer in München und hat an Weihnachten schöne und tragische Geschichten erlebt. Er will für das Fest neu sensibilisieren und neben Shoppingfrust auch wieder Raum für positive Gefühle schaffen. | **Platz 12**

- 1** (–) **Angela Merkel/Beate Baumann**
Freiheit Kiepenheuer & Witsch; 42 Euro
- 2** (1) **Elke Heidenreich**
Altern Hanser Berlin; 20 Euro
- 3** (2) **Hape Kerkeling**
Gebt mir etwas Zeit Piper; 24 Euro
- 4** (5) **Alexej Nawalny**
Patriot S. Fischer; 28 Euro
- 5** (6) **Yuval Noah Harari**
Nexus Penguin; 28 Euro
- 6** (9) **Malte Zierden** Der traurigste Himmel
auf Erden WeCreate Germany; 22 Euro
- 7** (3) **Anne Applebaum**
Die Achse der Autokraten Siedler; 26 Euro
- 8** (19) **Campino**
Kästner, Kraftwerk, Cock Sparrer Piper; 16 Euro
- 9** (7) **Axel Hacke**
Aua! DuMont; 20 Euro
- 10** (4) **Marianne Koch**
Mit Verstand altern dtv; 20 Euro
- 11** (8) **Loredana**
Als mein Herz brach Edition A; 20 Euro
- 12** (17) **Rainer M. Schießler**
»Ja, es ist Weihnachten!« Kösel; 18 Euro
- 13** (10) **Leonie Schöler**
Beklaute Frauen Penguin; 22 Euro
- 14** (15) **Oliver Kalkofe**
Sieg der Blödigkeit Knaur; 22 Euro
- 15** (14) **Robert Greene** Power –
Die 48 Gesetze der Macht Hanser; 22 Euro
- 16** (16) **David Goggins**
Can't Hurt Me Riva; 22 Euro
- 17** (11) **Rolf Dobelli**
Die Not-To-Do-Liste Piper; 22 Euro
- 18** (18) **Brianna Wiest** 101 Essays, die dein Leben
verändern werden Piper; 22 Euro
- 19** (–) **Klaus-Rüdiger Mai**
Angela Merkel Europa; 26 Euro
- 20** (12) **Aurelia Hölzer**
Polarschimmer Maili; 22 Euro

SPIEGEL-Bestseller werden im Auftrag des SPIEGEL ermittelt von »BuchMarkt« und media control. Informationen unter [spiegel.de/bestseller](https://www.spiegel.de/bestseller)

Im Klub der alten Säcke

MARKETING Die Werbebranche ist traditionell jugendvernarnt. Bei einem Hamburger Kongress stellten sich Ältere nun der Frage: Haben Kreative ein Verfallsdatum?

Alt sein, das will niemand, auch nicht in einer alternden Gesellschaft. Eine Art Altersstolz, mit dem sich die Altersdiskriminierung irgendwie kontern ließe? Sucht man in der Regel vergebens – es gibt kein Wirgefühel unter Senioren, jeder altert für sich allein.

Das gilt erst recht für Branchen, in denen Jugend ein zentrales Qualitätsmerkmal ist: Pop. Oder Mode. Wie schlimm muss es da erst in einer Berufsgruppe sein, die von jeher nur in möglichst jungen, »werberelevanten« Zielgruppen denkt?

Zehn Jahre seien vergangen, sagt der Hamburger Werber Sascha Hanke, seit ein Headhunter ihn zur Seite genommen habe. Kreative über 40, habe er gesagt, seien in seiner Branche so gut wie nicht vermittelbar. Es war ein Schock, Hanke hatte die Altersschwelle gerade überschritten.

Heute ist er 50 und damit »offizielles Mitglied im Klub der alten Säcke«, wie er das nennt. Der Jugendwahn habe seine Branche schon immer beherrscht, aber in den vergangenen Jahren sei der »Hype um die Digitalisierung« dazugekommen, der »Tool-Terror«,

der ältere Kreative besonders fordert, manche auch überfordert.

Hanke selbst ist zwar gut im Geschäft. Er sitzt im Präsidium des Art Directors Club für Deutschland (ADC), hat vor fünf Jahren eine Agentur in Hamburg übernommen und sie mit neuem Konzept und neuem Namen neu aufgestellt. Häppy heißt die Firma, glücklich. Sie hat 40 Mitarbeiter. Und dennoch schrieb er im Juli eine Mail an die rund 850 ADC-Mitglieder, die Leitfrage: »Haben Kreative ein Verfallsdatum?«

Das Feedback war gigantisch: Es seien »herzerreißende Geschichten« von Textern und Designern gekommen. Viele trauerten um ihren früheren Ruf, manche auch um ihren Job. Als gäbe es irgendwo einen Elefantenfriedhof für gealterte Werber.

Man muss sich das vorstellen: Menschen, die ihr Leben lang Images kreiert, die alte Ideen mit jungen Gedanken aufgepeppt haben, müssen sich plötzlich Sorgen machen um ihr eigenes Image. Lässt sich Alter vielleicht neu definieren? Und falls ja, welche Slogans braucht es, um diese Geschichte zu erzählen?

Ein edler Hörsaal im obersten Stock der Hamburger Designagentur und Markenberatung Mutabor, die Glasfront öffnet den Blick



Werbefigur Friedrich Liechtenstein in Edeka-Spot 2014: So attraktiv wie ein dreimal auseinandergebautes Ikea-Regal

auf Elbe und Hafenkranen. Hier hat der ADC auf Initiative Hankes zu einem zweitägigen Kongress zu Altersdiskriminierung in der Werbebranche eingeladen, Pardon: zu »Ageism« natürlich, so viel fresches Englisch muss sein.

Das Ziel: mehr »Age Diversity« in den Agenturen, aber auch in den Inhalten, die diese Agenturen erstellen.

Einer der Teilnehmer, geboren 1967, hat sich einen grünen Kapuzenpulli angezogen, auf dem Rücken ein Anzeigentext: »26-jähriges ADC-Mitglied sucht Job. Vor Ort. Hybrid. Remote. Voll- oder Teilzeit«. Dazu eine Handynummer. Eine der Teilnehmerinnen sagt, als Frau jenseits der 50 fühle sie sich in der Kreativbranche ungefähr so attraktiv wie ein dreimal auseinandergebautes Ikea-Regal. »Das kannst du an die Straße stellen, keiner nimmt es mit.«

Egal ob Frau oder Mann, die unsichtbare Schranke für die Besetzung von Jobs falle tatsächlich nicht selten schon mit Anfang 40, sagt Inka Wittmann, die früher in herausgehobener Position für die Agenturen Jung von Matt und Serviceplan gearbeitet hatte und sich 2020 als Personalberaterin selbstständig gemacht hat. Das Paradox in der jugendvernarnten Branche: Einerseits folgen viele privat dem Longevity-Trend und futtern Supplements, also Nahrungsergänzungsmittel, um sich mit 60 noch wie 40 zu fühlen. Andererseits müssen sie die Erfahrung machen, auf dem Arbeitsmarkt schon mit 40 wie 60 behandelt zu werden – Auslaufmodelle.

Folgt man Wittmann, dann ändern der demografische Wandel und der Fach- sowie Arbeitskräftemangel daran bislang nichts. Agenturen, so ihr Eindruck, verzichten vielleicht sogar mehr denn je auf »Talente mit Erfahrung«. Jeder neue Technologieschub schubse mehr Ältere aus dem Bewerberfeld, da sie pauschal als Technikern einsortiert würden. Der New-Work-Trend habe diese Diskriminierung noch einmal verstärkt. Und moderne Arbeit, so das Klischee, sei jung.

Das lässt sich laut Wittmann schon auf den Karriereseiten vieler Unternehmens-Homepages ablesen, auf denen nur Fotos superjunger Leute zu sehen seien. Oder in Stellenausschreibungen, in denen ein »dynamisches, hippestes Team« besungen werde. Wenn sie ältere Kandidatinnen oder Kandidaten für eine Stelle vorschläge, berichtet Wittmann, könne es vorkommen, dass sie den Satz höre, die Position solle eigentlich »längerfristig besetzt« werden.

Seniorität als Qualitätskriterium: Das zieht auch in der Werbebranche, aber nur solange der Alte auch der Chef ist. In der Hierarchieebene darunter, so ist zu hören, sollte der Art Director tunlichst jung sein. In jedem Fall aber jünger als der Auftraggeber.

Im Hamburger Auditorium dominieren die Molltöne: der Kongress als Gruppentherapie, bei der zwischendurch mal ein Stuhlkreis gebildet wird, in dem sich alle gegenseitig leid-

tun. Altersbilder mögen sich gerade rasant ändern. Aber die Branche, die ansonsten Hochglanzbilder streut und Erfolgsgeschichten erzählt, blickt verzagt aufs Alter, fast verschämt.

Zu Mittag gibt es Bowls des Caterers Beets & Roots mit Planted Chicken aus Erbsenprotein oder Avocado und Quinoa. Zumindest gegessen wird hier wie bei den Jungen – nur reicht das dummerweise nicht, um sich jung zu fühlen. Der Kreativberater Robert Eysoldt, der sich »Age-Diversity-Aktivist« nennt, stellt zwei bange Fragen in den Raum, die so oder so ähnlich wohl durch etliche der Köpfe hier spuken: Bin ich noch »hip«? Und gibt es das Wort hip unter jungen Leuten überhaupt noch?

Nicht alle finden solche Therapiesitzungen sinnvoll. Die Veranstaltung gleiche einem »Weltkongress der Jammerlappen«, lästert Ingmar Janson, einst Geschäftsführer bei Scholz & Friends, heute Chef der Beratungsfirma Certain-Age, die Unternehmen helfen will, Menschen über 50 zu begeistern. Und tatsächlich liegt eine gewisse Komik darin, dass Werber, die sonst dafür bezahlt werden, Produkte, Firmen, die Welt positiver zu zeichnen, als sie sind, beim Blick auf sich selbst primär die Altersmisere sehen.

Einige von ihnen träumen mittlerweile davon, in ihren Agenturen nicht mehr nur Kickertische zu haben, sondern auch einen Raum fürs Mittagsschlafchen. Sie denken nach über ein Lunch-Roulette zwischen Jungen und Älteren, diskutieren eine Altenquote, formulieren schließlich das Ziel, all den Branchenrankings, die die besten 30 Talente unter 30 küren, ein neues Ranking zur Seite zu stellen: die besten 50 Kreativen über 50.

Meist sind die Probleme, die man sich selbst gebastelt hat, eben am schwersten zu lösen. Viele der hier Versammelten dürften ihre eigene Abschaffung mit vorbereitet haben, als sie noch jung waren und hauptberuflich die »14- bis 49-Jährigen« umgarnten. Eine Altlast, wenn man so möchte: erst Jugendwahn, dann alterslahm.

Lässt sich dieser Erzählung etwas entgegensetzen? Zum Glück sind Werber ja auch Menschen, die berufsbedingt zur forschen These neigen, mindestens aber zum forschen Claim.

»Kreativität lässt einen gut alt werden«, verkündet die Produktdesignerin Elke Jensen, 74, die vor wenigen Jahren das Start-up City Caddy gegründet hat, das eine elegante Gehhilfe vertreibt, einen Lifestylerollator. »Mut tut gut«, predigt Werber-Ikone Michael Conrad, 80, einst Kreativchef von Leo Burnett

»Alter hat bislang keine Lobby. Ihr habt die Power, das zu ändern.«

Frank Leyhausen, Boomer-Berater

Worldwide. Manchmal reden Werber nicht anders als Mental-Health-Coaches.

»Alter hat bislang keine Lobby«, ruft Frank Leyhausen den Hamburger Werbern entgegen. »Ihr habt die Power, das zu ändern.« Leyhausen ist Geschäftsführer einer Firma mit dem fantastischen Namen AgeForce 1 GmbH, die Coachings für Boomer anbietet, die demnächst in den Ruhestand gehen. »Graues Gold statt altes Eisen« heißt sein Buch, das gerade erschienen ist.

Das Alter als Neuland, das es zu entdecken gilt, die alternde Gesellschaft als Markt, der erobert werden will: Mit diesen Gedanken kriegt er viele der Menschen im Raum. Auch Werber sind empfänglich für gute Botschaften.

»Das Wirtschaftswunder beginnt mit den Fünfzigern«, glaubt Detlef Arnold, zurzeit noch Geschäftsführer der Agentur Saint Elmo's Hamburg. Im vergangenen Jahr, an seinem 59. Geburtstag, habe ihn eine Lebenskrise gepackt, sagt er, die ihn schließlich zu einer Geschäftsidee geführt habe. Arnold gründet gerade die Beratungsgesellschaft G50Unleashed für alle Unternehmen, die die Zielgruppe 50 plus in den Blick nehmen wollen.

In gefühlt 100 Prozent aller Briefings an Werbeagenturen stehe, dass das Auftragsunternehmen seine Marke »verjüngen« wolle, sagt Arnold. Doch wie sinnvoll ist das in einer alternden Gesellschaft?

Um die Generation Z, also die Jahrgänge zwischen 1995 bis 2010, bemühe sich das Marketing je nach Teilzielgruppe mit superdiversen Methoden und Narrativen, findet Arnold, ab 50 aufwärts aber würden alle Kunden in einen Topf gestopft. Da existierten fast keine Teilzielgruppen mehr, nicht mal mehr Geschlechter, da sei pauschal von »Best Ager« oder »Best Silver« die Rede. Als gehöre er in dieselbe Zielgruppe wie seine Mutter. »Es liegt ein Nebel über der Generation 50 plus.«

Am Ende des Kongresses, nach zwei Tagen intensiver Diskussion, sind alle ein wenig klüger. Aber eben auch zwei Tage älter.

Initiator Hanke zieht dennoch eine ermutigende Bilanz. Die Altlast, sagt er, sei zwar einerseits so groß, dass sie die jugendvernarrte Branche noch lange beschäftigen werde. Andererseits stelle die alternde Gesellschaft aber auch einen riesigen Markt dar mit einem Potenzial, das alternde Werber ausschöpfen könnten.

Alt sein ist ja, trotz aller möglichen und realen Diskriminierungen, eben keine Minderheitenposition, im Gegenteil: Wer alt ist, ist in der Mehrheit. Das Jahr 1964 war das geburtenstärkste der Bundesrepublik, und so sind dieses Jahr mehr als eine Million Deutsche 60 geworden. Im Jahr 2030 wird ein Viertel der Deutschen im Rentenalter sein.

Und wer, bitte schön, sollte erfolgreicher für all die alten Säcke kommunizieren als die alten Säcke selbst?

Tobias Becker

Jetzt Prämie wählen

Eine neue Leserin oder einen neuen Leser werben und Ihr Dankeschön sichern!



TechniSat DIGITRADIO 370 CD BT
DAB+/UKW-Stereoradio mit CD-Player, Audiostreaming per Bluetooth und USB-Anschluss. Ohne Zuzahlung.



Wagenfeld-Tischleuchte WG 24
Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglas. Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung: € 219,-.



€-150-Amazon-Gutschein
Über eine Million Bücher sowie DVDs, Technikartikel und mehr für Sie zur Auswahl.



€150,- Prämie
Erfüllen Sie sich selbst oder Ihren Lieben einen besonderen Wunsch!



Impact-Trolley in 2 Größen und 4 Farben

Umweltschonend aus zum Teil bis zu 100 Prozent Recyclingmaterial, mit TSA-Schloss. Höhe: ca. 76 bzw. 55 cm. Ohne Zuzahlung.

Einfach jetzt bestellen: abo.spiegel.de/p24

oder telefonisch unter: 040 3007-2700

DER SPIEGEL zum Vorzugspreis von nur €6,30 statt €6,70 im Einzelkauf.





Astra Marina / BFA / Shutterstock



Berggruen Institute



Ruelleuette / Alamy / mauritius images

Richard-Orlinski-Skulptur »Wild Kong Red«, Investor Berggruen, Konferenzteilnehmer im Palazzo Diedo: Nichtmenschliche Perspektiven integrieren

Raumschiff Erde

DENKANSÄTZE In einem Palast in Venedig treffen sich Kosmologen, Philosophen und Milliardäre, um gemeinsam das Zeitalter der »Planetarität« auszurufen. Ist das Weltrettung oder Schwafelei?

Wie fühlt es sich an, eine Zeitenwende zu erleben? Mittendrin zu sein, wenn die Grundpfeiler unserer Weltsicht verschoben werden? Vielleicht ein bisschen so wie an diesem Novemberwochenende im Palazzo Diedo in Venedig: verwirrend und lehrreich, großwahnig und inspirierend – und oft auch so, als hätte ein Haufen sehr schlauer Leute zu viel Kaffee getrunken.

»Vor 13,8 Milliarden Jahren«, erklärt die Kosmologin Risa Wechsler gleich in der ersten Gesprächsrunde dem Publikum, »begann unser Universum, sich extrem schnell auszu dehnen. Im Bruchteil einer Sekunde wurde

aller Stoff erschaffen.« Die Forscherin Christine J. Winter, die mit ihr auf der Bühne sitzt, hakt begeistert ein. »Wir alle sind ja aus zehn Prozent Wasserstoff gemacht – das heißt zehn Prozent von jedem von uns ist 13,8 Milliarden Jahre alt!«, ruft sie. »Ich weiß gar nicht, was ich darüber denken soll!«

Das Publikum weiß es zu diesem Zeitpunkt wohl auch nicht. Aber das Wochenende hat ja gerade erst begonnen.

All die schlauen Leute zusammengetrommelt und die Zeitenwende ausgerufen hat das Berggruen Institute, gegründet und finanziert vom deutschamerikanischen Milliardär, In-

vestor und Kunstsammler Nicolas Berggruen. Berggruens private Denkfabrik sitzt in Los Angeles, Peking und, seit Kurzem, Venedig.

Das Institut sieht sich als unabhängiges, globales Netzwerk von Denkern und Machern, vergibt einmal im Jahr den mit einer Million Dollar dotierten Berggruen-Preis für Philosophie und Kultur und veranstaltet regelmäßig Events und Diskussionen auf der ganzen Welt. Wie dieses, in einem riesigen, freskendekorierten Palast aus dem 18. Jahrhundert: den »Planetary Summit«, auf Deutsch »Planetengipfel«.

Was nach einer Nischenbeschäftigung für Astronomen klingt, soll laut Institut tatsächlich den Grundstein für eine neue Weltanschauung legen. Nicht weniger als ein »wissenschaftlicher Durchbruch« wurde angekündigt, ein »historischer Meilenstein« und ein »philosophisches Ereignis«, das damit einhergehe. Die Versammlung in Venedig solle das Konzept der Planetarität aus den Denkerstuben herausholen in die Realität.

Nur: Was soll Planetarität überhaupt bedeuten?

Einfach gesagt: dass wir auf einem Planeten leben und dass wir wahrscheinlich so bald keinen zweiten finden werden. Dass wir mitt-

lerweile in der Lage sind, das ökologische Gleichgewicht des Planeten zu beeinflussen und damit die Lebensgrundlage für uns und für alle anderen Spezies zu gefährden. Und dass das Ganze in einer Katastrophe münden kann, wenn wir uns nicht bald damit befassen.

Neu ist dieser Gedanke nicht: Dafür, dass die Menschheit mittlerweile massiv in die biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozesse auf der Erde eingreift, gebrauchte der Chemienobelpreisträger Paul Crutzen schon 2000 den Begriff »Anthropozän«, das vom Menschen geologisch geprägte Zeitalter. In Venedig will man an diesem Begriff auch nicht rütteln, sondern ihn weiterdenken: Was bedeutet es, wenn wir nach planetaren Maßstäben handeln müssen? Müssen wir dieses »Terraforming«, das wir unbewusst längst betreiben, aktiv in heilsamere Bahnen lenken? Und wenn ja, wie soll das gehen?

Der zweite und vielleicht originellere Baustein der Planetarität ist die Idee von der demokratischen Teilhabe anderer Spezies, Tieren und Pflanzen etwa, die seltener auf Podien sprechen als der durchschnittliche Philosoph. Die Wortschöpfung, hofft man hier, soll den Begriff der »Globalisierung« ersetzen – der sei nämlich viel zu fixiert auf Märkte, Güter und Politik, also rein von und für Menschen gedacht.

Für den Künstler »Experimental-Philosophen« und Berggruen-Fellow Jonathon Keats bedeutet das, dass wir auch Demokratie völlig neu denken müssen: »Unsere politischen Entscheidungen betreffen jetzt schon alles Leben auf diesem Planeten«, erklärt er. »Die Frage ist: Wie können wir unsere demokratischen Prozesse ausweiten, um nicht-menschliche Perspektiven zu integrieren?«

Der Kalifornier Keats ist das unkonventionelle Denken gewohnt: Er gelangte vor 20 Jahren zu einer gewissen Berühmtheit, als er versuchte, Gott in einem Labor zu »züchten«, indem er Generationen von Fruchtfliegen mit jüdischen Gebeten und gregorianischen Gesängen beschallte. Seine aktuellen Experimente sind kaum weniger verrückt. Gerade, so erzählt er, arbeite er mit der University of South Australia an einem Meinungsforschungsinstitut für Pflanzen. Die Idee: Stressindikatoren von Bäumen zu messen, um zu beobachten, wie sie auf bestimmte menschliche Entscheidungen reagieren – und dieses Wissen dann in zukünftige Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. Welche Partei würden Eichen wählen? Welche Gesetze würden sie beschließen?

Wo Keats sich um die Meinung der Pflanzen sorgt, ergründet der Anthropologe und Gorillaforscher Juichi Yamagiwa aus Kyoto die Frage, wie sich durch Musik Emotionen an Tiere kommunizieren lassen. »King Kong«, lernen wir aus seinem Vortrag, sei nicht nur aus biologischer Sicht ein unrealistischer Film: Gorillas seien nämlich von ihrem Wesen her nicht gewalttätig, genauso wenig wie der Mensch. Die ersten Spuren kollektiver Gewaltanwendung finden sich laut Yamagiwa erst ab der Erfindung der Landwirtschaft vor

circa 13.000 Jahren, ein Wimpernschlag in den zwei Millionen Jahren Geschichte des Menschenaffen. Sein Befund: Thomas Hobbes lag völlig daneben.

Nach einer Mittagspause, in der die versammelten Denker von Kellnern in weißen Dinnerjackets mit Essen versorgt werden, betritt der Historiker Thomas Moynihan aus Cambridge die Bühne. Sein Thema sind weder Pflanzen noch Gorillas – sondern einfache Krebse. Schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts habe ein amerikanischer Forscher entdeckt, erklärt Moynihan, dass verschiedene Arten von Krustentieren unabhängig voneinander einen vergrößerten Kopf entwickelt hatten. Daraus entwickelte er die Theorie der »Kephalisation«, wonach, so Moynihan, »alles in der Natur danach strebt, sich in ein Gehirn zu verwandeln«. Als man Ende des 19. Jahrhunderts schließlich die Ähnlichkeit zwischen den ersten Telegrafennetzen und synaptischen Verbindungen entdeckte, lag der Gedanke nahe, dass der ganze Planet dabei ist, sich mit unserer Hilfe zu einem riesigen Gehirn zu entwickeln.

Was ist dran am denkenden Planeten? Berggruen-Denker Benjamin Bratton greift die Idee in seiner Theorie von der »planetary sapience« (ungefähr: planetarischen Intelligenz) auf. Er behauptet, wir hätten die Erde mittlerweile mit einem derart dichten »Exoskelett« von Satelliten, Sensoren und Messstationen überzogen, dass der Planet sich selbst wahrnehmen könne. Die »anthropogene Technosphäre«, wie man hier sagt, ist also als evolutionäre Entwicklung des Planeten zu denken. Das geflügelte Wort von Alan Watts, nachdem der Mensch nichts anderes als das Universum sei, das sich selbst erlebt, bekommt so eine viel konkretere Bedeutung.

Es sind kluge Gedanken, die aber nicht verhindern können, dass die Veranstaltung in Venedig gelegentlich die Bodenhaftung verliert. Eine der Gesprächsrunden wirkt, als befände man sich in einem besonders verkopften Witz: Treffen sich eine Kosmologin, eine Ökonomin und eine Māori-Forscherin, um zu diskutieren, was sie über unseren Planeten fühlen. Kein Wunder, dass die drei Frauen während der folgenden anderthalb Stunden nicht so richtig zueinanderfinden. Während die Kosmologin darüber nachdenkt, ob man bei einem Vulkanausbruch von »Gewalt« sprechen könne, fantasiert die Māori-Forscherin über »kosmische Ströme« und darüber, wie wir uns gegenseitig »das Mana stärken« können. Die Ökonomin wiederum erklärt, sie habe wenig Vertrauen, dass die Menschheit gerade viel Interesse an einer planetaren Regierung habe. Eine größere Untertreibung hat man selten gehört.

Planetarisch denken, schön und gut, aber wie soll man irgendetwas davon praktisch umsetzen? Diesem Vorhaben widmen sich die Berggruen-Denker am letzten Tag. »Was jetzt gebraucht wird, ist keine nationalstaatliche Realpolitik, sondern eine planetare Gaiapolitik«, fordert Institutsmitgründer Nathan Gardels – und erhält prompt eine

konsternierte Antwort des britisch-indischen Schriftstellers Rana Dasgupta: »Keine Agentur wird in der Lage sein, 193 Nationalstaaten die Souveränität zu entziehen.«

Dasgupta weist auch darauf hin, dass die einzige echte Herausforderung für die Souveränität der Nationalstaaten aus einer anderen, eher anarchischen Ecke kommt: Kryptowährungen forderten die Zentralbanken heraus – und internationale Konzerne, aber auch supermächtige, superreiche Individuen wie Elon Musk setzten sich immer öfter über nationales Recht hinweg. Dazu hätte man gern die Meinung von Musks Milliardärkollegen Nicolas Berggruen gehört, der hielt sich allerdings während des Kongresses so im Hintergrund, dass kaum jemand mitbekam, dass er tatsächlich vor Ort war. Fest steht, dass bisher weder Musk noch die Kryptojünger besonders viel planetares Verantwortungsbewusstsein an den Tag legen. Man wird wohl doch echte Institutionen brauchen.

»Es hat etwas Ironisches, über die planetare Zukunft nachzudenken, kurz nachdem die USA einen Hypersouveränisten, Nationalisten und Isolationisten gewählt haben«, sagt der Experte Stewart Patrick von der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden in einer Pause. Tatsächlich, schon die Existenz dieses Gipfels – ein Haufen von »Anywheres«, also elitärer Kosmopoliten, steckt von einem Milliardär gesponsert die Köpfe zusammen, um sich Strategien zur Überwindung des Nationalstaats auszudenken – dürfte ein feuchter Hasstraum für Nationalisten wie Trump oder die AfD sein. Kann er trotzdem etwas reißen? »Im Idealfall bringt der Planet als Konzept die Menschen zusammen«, hofft Patrick. »Wir sind alle Bewohner des Raumschiffs Erde.«

Menschliche Systeme brauchen Fiktionen (die heute eben »Nationalstaat«, »Währung« oder »Regierung« heißen), um stabil zu bleiben, so sehen es viele der Teilnehmer – die müsse man jetzt updaten. Das könnte noch mal komplizierter werden, weil die planetaren Berggruen-Denker schon das Wort vom »Weltbürger« zu menschlich finden, sie sprechen lieber vom »planetary constituent«. Das kann »Wähler« heißen, aber auch »Bestandteil«. Das immerhin würde Gorillas einschließen. Und Bäume.

Solche semantischen Feinheiten ziehen sich durch das ganze Wochenende, und sie lassen einen Verdacht aufkommen: dass es sich beim Planetaritätskonzept vielleicht doch nicht um die nächste kopernikanische Wende handelt. Sondern dass es hier eher um ein umfassendes Rebranding geht.

Getragen wird das Wochenende deshalb auch nicht von neuen Gedanken – sondern der Hoffnung, dass der Begriff Planetarität schafft, woran Begriffe vor ihm scheiterten: dass wir uns nicht nur vage als Teil des Planeten begreifen, sondern auch endlich Verantwortung dafür übernehmen. Den Affen zuliebe. Und den Menschen.

Matern von Boeselager

»Ich hatte das Gefühl, dass ich gar nicht weiß, wer ich bin«

SPIEGEL-GESPRÄCH Mit »BibisBeautyPalace« war Bianca Heinicke eine der erfolgreichsten deutschen Influencerinnen. Jahrelang begeisterte sie ihre jungen Fans mit Kosmetik und Konsum, dann verschwand sie über Nacht aus der Öffentlichkeit. Heute sieht sie ihr früheres Leben kritisch.

Schon die Titel ihrer Videos versprachen Banalität. »Ich bin schwanger :O PRANK«, stand da, »50 Euro für JEDEN, der ein Foto mit mir machen will« oder »Wir bestellen BLIND auf Amazon – Challenge«. Es waren solche Inhalte, millionenfach geklickt, die Bianca »Bibi« Heinicke ab 2012 zu einer der bekanntesten Influencerinnen Deutschlands machten. Mit Sprüchen wie »Hallihallo, meine Lieben« gab sie sich nahbar, junge Mädchen nannten sich »Bibinators«, bekreischten die Beautyratgeberin in Einkaufszentren und kauften Duschschaum ihrer eigenen Marke. Die Telekom vermarktete ein »Bibi-Phone«.

Mit ihrem langjährigen Freund, Geschäftspartner und späteren Ehemann Julian Claßen teilte »Bibi« immer auch viel Privates, filmte etwa ihre zwei gemeinsamen Kinder – vermarktet wurde die perfekte Familienidylle. Das alles polarisierte, Kritiker warfen »BibisBeautyPalace« vor, eine junge Zielgruppe mit Produktplatzierungen und fragwürdigen Videos zu beeinflussen. Vor allem für Firmenkooperationen, etwa mit dem chinesischen Fast-Fashion-Händler Shein oder dem Handygame »Coin Master«, das Glücksspiel simuliert, wurde Heinicke massiv angegriffen.

Im Mai 2022 verschwand »Bibi« dann plötzlich aus dem Netz, ohne Erklärung, ihre einst so aktiven Accounts standen still. Kurz darauf wurde bekannt, dass ihre Beziehung zu Julian Claßen in die Brüche gegangen war. Doch »Bibi« blieb offline. Ihr Schweigen befeuerte die Gerüchteküche, manche Fans hofften verzweifelt auf eine Inszenierung, auf einen großen, besonders dramatischen Prank. Seit einigen Monaten ist Heinicke, 31, nun als Bloggerin und Podcasterin zurück, mit neuem Look, neuer konsumkritischer Haltung und mit Podcast-Titeln wie »Freiheit durch Verzicht«. Auf Instagram folgen ihr trotz ihres Wandels noch immer 8,3 Millionen Accounts.

SPIEGEL: Frau Heinicke, in den Videos vieler Influencer geht es derzeit um teure »Dubai-Schokolade«, bekannt für eine klebrige Pistazienfüllung. Dazu hätten Sie früher doch bestimmt auch ein Video hochgeladen, oder?

Das Gespräch führten der Redakteur Markus Böhm und die Redakteurin Kim Staudt.

Heinicke: Auf jeden Fall. Wahrscheinlich hätte ich die größte Dubai-Schokolade der Welt gemacht.

SPIEGEL: Und jetzt erwartet uns stattdessen ein veganes Rezept?

Heinicke: Eher nicht. Ich verspüre nicht mehr den Drang, Trends nachzulaufen. Und ich versuche gerade ohnehin, keinen Zucker zu essen.

SPIEGEL: Mit Ihrem YouTube-Account »BibisBeautyPalace« entwickelten Sie sich ab Ende 2012 zu einer der bekanntesten deutschen Influencerinnen, in Ihren Videos ging es um Kosmetik, Shopping, Lifestyle. Jetzt, nach einer fast zweijährigen Pause, sieht man auf Ihren Kanälen Veganismus, Yoga, eigene Gedichte. Statt »Bibi« nennen Sie sich Bianca. Was ist passiert?

Heinicke: Ich verbinde den Namen »Bibi« mit einer Zeit, von der ich mich gedanklich distanziert habe. Damals habe ich ein anderes Leben geführt, mein Content drehte sich um Unterhaltung und darum, Menschen an meinem Alltag teilhaben zu lassen.

SPIEGEL: Die »Bibi« aus dem Netz war vor der Kamera immer gut gelaunt, sie liebte und propagierte Konsum. Eine Kunstfigur?

Heinicke: Das war schon ich, die gute Laune war nicht gestellt, mein damaliger Partner Julian und ich hatten ja immer Spaß vor der Kamera. Aber unsere Themen waren viel oberflächlicher.

SPIEGEL: Sie geben sich jetzt ernster.

Heinicke: Ich bin immer noch witzig, wenn ich witzig sein kann. Aber wenn ich über ernste Themen wie Veganismus spreche, ergibt es keinen Sinn, dass ich die ganze Zeit lachend vor der Kamera sitze.

SPIEGEL: 2022 verschwanden Sie von der Bildfläche, ohne Abschied oder Erklärung. Wie kam es dazu?

Heinicke: In meinem Leben hatte sich zum damaligen Zeitpunkt viel verändert, vor allem

privat, durch die Trennung von Julian. Ich hatte das Gefühl, dass ich gar nicht weiß, wer ich bin. Ich war Ende zwanzig und habe mich gefragt: »Was will ich eigentlich?« Ich musste die Pause-Taste drücken.

SPIEGEL: Ihre Fans erfuhren davon nichts.

Heinicke: Ich habe jahrelang alles aus meinem Privatleben geteilt, aber zu diesem Zeitpunkt war ich emotional und körperlich am Ende. In diesem Moment war ich das erste Mal im Leben egoistisch und habe nur an das gedacht, was für mich gut ist, alles andere war mir egal. Dazu kam, dass ich selbst nicht wusste, wann ich wiederkommen würde: vielleicht schon in zwei Tagen? In einem Monat, in einem Jahr? Oder doch nie?

SPIEGEL: Sie sind mittlerweile mit Timothy Hill zusammen, einem Lifecoach, der früher Teil Ihres Managements war. Sie gehen zusammen auf Tour, machen einen gemeinsamen Podcast – Sie sind Geschäftspartner, wie in Ihrer früheren Partnerschaft. Sollte man Beruf und Beziehung nicht besser trennen?

Heinicke: Man muss aufpassen, wie man es macht. Timothy und ich haben viel darüber geredet, bevor wir uns dafür entschieden haben. Für uns war zum Beispiel klar, dass jeder ein eigenes Standbein hat und beruflich seine eigenen Projekte und Interessen vertritt. Wir können was zusammen machen, sind aber nicht abhängig voneinander. Wenn einer von uns nicht mehr kann oder will, wird für den anderen keine Welt zusammenbrechen.

SPIEGEL: Was Sie anbieten, ist ein Stück weit Lebenshilfe. Manche sagen: Was soll mir eine Millionärin über das Leben erklären?

Heinicke: Das, was ich mache, kommt aus mir heraus, am Ende mache ich es vor allem für mich selbst. Davon, wie es bei Leuten ankommt, möchte ich mich nicht beeinflussen lassen.

SPIEGEL: Fürs Geld müssten Sie es nicht mehr machen.

Heinicke: Das müsste ich nicht, nee.

SPIEGEL: Für Ihren neuen Podcast aber muss man bezahlen.

Heinicke: »SinnSafari« kostet 3,99 Euro im Monat, dafür ist er werbefrei, unabhängig und von uns selbst produziert und finanziert. Ansonsten aber verdiene ich mit Social Media eigentlich nichts, ich habe momentan nicht

»Manchmal hadere ich noch mit dem, was ich früher gemacht habe.«



Podcasterin Heinicke

Sofia Brandes / DER SPIEGEL

einmal Kooperationspartner. Nur über meine alten YouTube-Videos kommt noch etwas Geld rein.

SPIEGEL: Das sind Beiträge aus Ihrer »Bibi«-Zeit.

Heinicke: Ja, ich bin gerade dabei, alle noch einmal durchzugehen. Ich lösche einerseits konsumverherrlichende Inhalte und Videos mit Kooperationen, hinter denen ich nicht mehr stehe. Andererseits sortiere ich allzu private Eindrücke aus, etwa Aufnahmen von meinen Kindern.

SPIEGEL: Würden Sie Ihre frühere Onlinepräsenz als »Dauerwerbesendung« bezeichnen?

Heinicke: Auf Instagram habe ich sehr viel Werbung gemacht, ja. Auf YouTube habe ich eher mein privates Leben und Alltagsaufnahmen geteilt, und einfach sehr viele extreme, crazy Sachen gemacht, wie 10.000 Gummienten in unseren Pool zu setzen.

SPIEGEL: In Ihrem Blog sprechen Sie rückblickend von einer »Gier«, die »die riesigen Summen« in Ihrem Business in Ihnen auslösten. War diese Gier eine Triebfeder für Sie?

Heinicke: Definitiv ja. Heute ist sie kein Teil meines Lebens mehr, weder beruflich noch privat.

SPIEGEL: Für einige Entscheidungen haben Sie um Entschuldigung gebeten, etwa dafür, dass Sie »unkritisch« mit dem chinesischen Billig-Modehändler Shein kooperiert haben.

Heinicke: Dieser Post war ursprünglich nicht geplant. Aber dann las ich die kritischen Antworten und Kommentare unter meinen neuen Videos und machte mir Gedanken darüber, dazu öffentlich Stellung zu nehmen. Dabei stieß ich auf einen unveröffentlichten Text von mir aus dem Frühjahr 2023, in dem ich meine eigene Vergangenheit hinterfragte. Den habe ich ausgebaut und online gestellt.

SPIEGEL: Sie entschuldigen sich unter anderem dafür, für Marken geworben zu haben, »denen vorgeworfen wurde, Kinderarbeit zu unterstützen und Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen zu beschäftigen«.

Heinicke: Manchmal hadere ich noch mit dem, was ich früher gemacht habe. Ich verstehe meine Beweggründe aus der Zeit, aber ich bin jetzt gedanklich und in dem, wie ich lebe, so weit davon entfernt, dass ich mich nicht mehr damit identifizieren kann.

SPIEGEL: Haben Sie jemals schlecht geschlafen angesichts des Gedankens, dass Sie Millionen jungen Menschen Werte vorgelebt haben, die Sie heute für falsch halten?

Heinicke: Ich reflektiere solche Dinge, aber das Einzige, was ich gerade machen kann, ist, meine Entwicklung und meine jetzigen Werte zu präsentieren und zu zeigen: »Hey, das bin ich nicht mehr, und ich sehe das jetzt anders.«

SPIEGEL: Ihr Ex-Partner Julian Claßen, ebenfalls Influencer, hat nach wie vor viele Werbepartner. Wie blicken Sie darauf?

Heinicke: Tolerant. Ich finde das nicht verwerflich, weil ich früher selbst einmal genau an diesem Punkt war.

SPIEGEL: Ist Ihr Reden über Veganismus und bewussten Konsum ein Versuch der Wiedergutmachung?

Heinicke: Ich würde es nicht als Wiedergutmachung sehen. Das bin einfach ich, ich habe mich weiterentwickelt. Und am Ende ist auch jeder selbst dafür verantwortlich, was er konsumiert und wie er damit umgeht.

SPIEGEL: Sie selbst wirken inzwischen sehr ruhig und in sich gekehrt.

Heinicke: Das liegt hauptsächlich an den Themen, über die ich spreche. Ich habe daran gearbeitet, meine Emotionen besser zu verstehen und nachzuvollziehen, wozu sie gut sind. Trotzdem habe auch ich Momente, in denen ich einfach mal ausraste. Ich bin aber keine Person, die rumschreit, durch die Gegend rennt oder irgendwas kaputt schlägt.

SPIEGEL: Sondern?

Heinicke: Ich weine schnell und viel, ich lasse alle Emotionen in Tränen raus. Das tut mir gut. Eines meiner großen Lebensziele ist es, so eine Ruhe zu finden, dass ich immer bei mir bleiben kann. Dass nichts, und vor allem



YouTuberin Heinicke 2017: »Unsere Themen waren viel oberflächlicher«

nichts, das von außen kommt, mich negativ beeinflussen kann.

SPIEGEL: Klingt ambitioniert.

Heinicke: Es geht nicht darum, etwas nicht an sich ranzulassen, sondern wie ich damit umgehe. Wenn eine Wespe auf meiner Hand landet, kann ich sagen »Oh Gott, die sticht mich!« oder »Boah, wie schön, dass die Wespe sich ausgesucht hat, auf meiner Hand zu sitzen, jetzt kann ich sie beobachten.«

SPIEGEL: Bis die Wespe dann doch zusticht?

Heinicke: Das funktioniert nicht immer, klar, aber es geht! In unserem Garten haben wir einen Teich, weshalb immer viele Spinnen und unfassbar viele Mücken in der Nähe sind. Im ersten Jahr waren wir alle völlig zerstochen, in diesem Sommer haben wir uns dazu entschieden, alle Tiere ins Haus zu lassen und zu schauen, was passiert, wenn man die Natur einfach mal machen lässt.

SPIEGEL: Und?

Heinicke: Ich hatte nur einen einzigen Mückenstich und meine Gedanken sind tatsächlich positiv geblieben, weil ich versucht habe, mich in die Mücke hineinzusetzen. Auch die Spinnen waren gute Mitbewohner, über meinem Waschbecken hing links in der Ecke eine mit Netz, plötzlich kam eine zweite dazu. Ich habe die beiden dann jeden Morgen und Abend beobachtet.

SPIEGEL: Auf YouTube kursierte nach Ihrem Comeback die Frage, ob Sie Esoterikerin geworden seien.

Heinicke: Ich philosophiere gern und bin für neue Ideen erst einmal offen. Aber grundsätzlich sehe ich mich schon auf der Seite von Dingen, die sich wissenschaftlich nachweisen lassen. Ich glaube nicht an Zauberei.

SPIEGEL: Kürzlich sagten Sie in einem Interview, dass Sie seit Ihrer Auszeit in Therapie sind. Worum sprechen Sie da?

Heinicke: Über alles Mögliche, aber auch über die großen Fragen: Wer bin ich? Was will ich in meinem Leben machen? Wie bleibe ich bei mir? Wie gehe ich richtig mit meinen Emotionen um? Und natürlich über private Dinge, die ich hier nicht ausbreiten möchte.

SPIEGEL: Es gab eine Zeit, in der kaum ein Prominenter zugegeben hätte, in Therapie zu sein. Jetzt gehört es fast zum guten Ton.

Heinicke: Ich finde es gut, wenn das Thema normalisiert wird, viele Menschen kommen in der heutigen Gesellschaft irgendwann an einen Punkt, an dem ihnen Therapie guttun würde. Ich finde es schön, Leuten zu sagen: »Hey, es ist überhaupt nichts Schlimmes.« Fast jeder könnte daraus etwas Positives für sein Leben mitnehmen.

SPIEGEL: Haben Sie unter Ihrer Bekanntheit gelitten?

Heinicke: Ja, mir ging auf die Psyche, dass ich viel Alltägliches einfach nicht mehr machen konnte. Wenn ich früher in ein Kaufhaus ging, wurde ich sofort erkannt, irgendwann fing jemand an zu schreien, alle um einen herum guckten. Zum Teil wurde ich aus Kaufhäusern rausgeschmissen, weil sich Menschenmengen von mehreren Hundert

»Mir ging auf die Psyche, dass ich Alltägliches nicht mehr machen konnte.«

Leuten um mich gebildet hatten. Jeder wollte ein Selfie.

SPIEGEL: Jeder außer Ihnen?

Heinicke: Ich habe früher immer Fotos mit Fans gemacht, egal wie ich aussah, egal wie es mir ging, egal wie ungünstig die Situation war. Weil ich es nicht übers Herz brachte, die Leute, die so ein Treffen als Glücksmoment empfanden, mit einer Enttäuschung gehen zu lassen. Manchmal kam ich mir dabei vor wie eine Statue. Leute haben sich für Selfies einfach neben mich gestellt und kein Wort mit mir gewechselt oder in der dritten Person über mich gesprochen.

SPIEGEL: Das klingt unangenehm.

Heinicke: Ja. Ein paar Wochen nachdem ich mit Social Media aufgehört hatte, habe ich für mich entschieden, keine Fotos mehr zu machen. Weil es sich zu diesem Zeitpunkt auch komisch anfühlte, wenn Leute deswegen auf mich zukamen.

SPIEGEL: Hat sich der Umgang seit Ihrer Auszeit verändert?

Heinicke: Die Leute sind mir gegenüber viel respektvoller geworden. Ich merke, dass ich oft erkannt werde, viele belassen es aber bei einem Blick. Und wenn die Leute zu mir kommen, fragen sie oft gar nicht nach einem Foto, sondern wollen einfach nur kurz einen Satz mit mir wechseln.

SPIEGEL: In Australien sollen künftig nur noch Menschen, die mindestens 16 Jahre alt sind, soziale Medien nutzen dürfen. Fänden Sie so eine Beschränkung auch für Deutschland gut?

Heinicke: Ja, ich wäre für eine Altersbeschränkung. Ich will mich nicht auf ein konkretes Alter festlegen, weil Kinder und Jugendliche sehr unterschiedlich weit entwickelt sein können. Generell fände ich es aber super, wenn viel mehr über Social Media aufgeklärt würde, zum Beispiel ab der fünften Klasse. Darüber, was es mit einem machen kann. Über die positiven und negativen Seiten.

SPIEGEL: Viele jüngere Menschen informieren sich in sozialen Medien über Politik. Interessieren Sie sich dafür?

Heinicke: Für klassische Politik und Tagespolitik? Eher nicht. Mir ist ein Spruch meines Opas im Gedächtnis geblieben. Er hatte jahrzehntelang den »Kölner Stadt-Anzeiger« abonniert. Irgendwann bestellte er die Zeitung ab, weil er jedes Mal, wenn er sie las, nur schlechte Laune bekam. Das fand ich krass, und das hat mich geprägt.

SPIEGEL: Geht es Ihnen auch so?

Heinicke: In der Coronazeit habe ich die Nachrichten genau verfolgt. Und ich habe richtig gemerkt, wie es mir damit immer schlechter ging. Erst gestern hatte ich wegen einer Reparatur für ein paar Stunden ein Mietauto, in dem ich Radio gehört habe, da kamen in den Nachrichten wieder nur negative und dramatische Sachen.

SPIEGEL: Sie würden sich mehr Good News wünschen.

Heinicke: Das wäre doch schön, oder?

SPIEGEL: Frau Heinicke, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. ■

Zäher Zauber

FILMKRITIK Das Musical »Wicked« erzählt die Vorgeschichte des »Zauberers von Oz«. Was am Broadway ein Megaerfolg war, ist in der überlangen Kinoverision nur klebrig-süß.

Die gute Nachricht zuerst: Auch bei der Musicalverfilmung »Wicked« ist die böse, grünhäutige Hexe des Westens, bekannt aus dem Klassiker »Der Zauberer von Oz« von 1939, tot.

Nun die komplizierte Nachricht: Die Hexe stirbt gleich am Anfang des Films. Daraufhin wird in Rückblenden erzählt, dass sie nicht immer böse war, sondern alles mit Hänseleien in ihrer Kindheit wegen ihrer grünen Haut begann. Auch in der Schule wurde sie gemobbt, auf der Zauber-Uni fand sie zwar eine Freundin, der Rest der Menschheit und sonstigen Wesen misstraute ihr aber so sehr, dass sie sich schließlich für ein Leben als Einzelkämpferin entschied.

Und jetzt die schlechte Nachricht: Das ist nur die Hälfte der Vorgeschichte der bösen Hexe des Westens. Denn als Film wurde »Wicked« in zwei Teile aufgespalten. Der erste kommt am 12. Dezember in die Kinos, der zweite voraussichtlich Ende November 2025.

An inhaltlichen Gründen kann das nicht liegen, denn »Wicked«, Teil eins, ist durchweg zähe Kost. Basierend auf dem gleichnamigen Musical, das seit mehr als 20 Jahren höchst erfolgreich am Broadway läuft, haben sich das Filmstudio Universal und Regisseur Jon M. Chu (»Crazy Rich«) vor allem vermarktungstechnisch verausgabt. Zwei Filme, das verspricht doppelte Einnahmen. Von kreativer Anstrengung ist dagegen kaum was zu spüren, auch wenn die Bilder vor computergenerierten Mikrodetails fast flirren.

Die Verwertungslogik war schon dem ursprünglichen Musical eingeschrieben: Als Vorgeschichte zu »Der Zauberer von Oz« setzte »Wicked« auf einem der beliebtesten Filme aller Zeiten auf. Als das Stück 2003 Premiere feierte, war das Weiter- und Umspinnen des Filmklassikers durch das Musical aber noch aufregend neu. Die böse Hexe des Westens gar nicht



Giles Keyte / Universal Pictures

so böse? Vielmehr wegen ihrer Hautfarbe ausgegrenzt und erst durch gesellschaftliche Zwänge zum Leben als Hexe verdammt? Der progressive Poprevisionismus von »Wicked« zündete furios. Rund 1,7 Milliarden Dollar hat das Stück am Broadway eingespielt. Auch kulturell hatte das Folgen, am prominentesten wohl in Form des Hip-Hop-Musicals »Hamilton«, bei dem die Gründungsväter der USA nun Nichtweiße waren, die ihre Ideen von Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung in Kniehosen und Battle-Raps vortrugen.

20 Jahre später hat die Filmversion von »Wicked« keine derartigen Innovationen zu bieten, vielmehr regiert das Kalkül, auf die Broadway-Milliarden noch eine Kino-Milliarde draufzusetzen. Dazu wird die ohnehin klare Kernbotschaft des Stücks weiter ausbuchstabiert: Mit Cynthia Erivo spielt eine Schwarze die grünhäutige Hexe Elphaba, die Parallelen zu Rassismus und Diskriminierung sind mehr als offenkundig.

Und weil man jetzt zwei Filme und damit mindestens vier Stunden Laufzeit zur Verfügung hat – allein der erste Teil ist mehr als zweieinhalb

Darstellerinnen Grande, Erivo

Das Kalkül, noch eine Kino-Milliarde draufzusetzen

Stunden lang –, wird auch noch eine Nebengeschichte, die ebenfalls von Ausgrenzung erzählt, ausgewalzt: Die sprechenden Tiere, die im Zauberland Oz dieselben Tätigkeiten wie Menschen ausüben können, werden nach und nach aus der Gesellschaft gedrängt. Zu viel der Andersartigkeit, heißt es. Mit diesen Tieren solidarisiert sich Elphaba und wird dadurch zusätzlich in die Isolation getrieben.

Ist das alles? Natürlich nicht: »Wicked« erzählt außerdem von einem Prinzen (Jonathan Bailey), der auf der Zauber-Uni alle Frauen samt Elphaba vom Lernen ablenkt, einer Rektorin (Michelle Yeoh), die eine undurchsichtige Agenda vorantreibt und dem Zauberer von Oz (Jeff Goldblum) selbst, der mit der Rektorin unter einer Decke zu stecken scheint.

Und natürlich gibt es Galinda, gespielt von Popsängerin Ariana Grande, die spätere gute Hexe des Nordens und Starstudentin an der Zauber-Uni. Galinda ist blond, blasshäutig und äußerst beliebt – oberflächlich betrachtet also das genaue Gegenteil von Elphaba. In ein gemeinsames Wohnzimmer gezwungen, entdecken die beiden aber, dass sie mehr Ansichten teilen als gedacht und ihnen jegliche Vorurteile, selbst die positiven, zuwider sind.

Die Schauspielerinnen Grande und Erivo verleihen dem Film das bisschen Magie, das er tatsächlich vorzuweisen hat: Erivo, 2020 für »Harriet – Der Weg in die Freiheit« für einen Oscar nominiert, berührt als erst verzagte, dann immer kämpferischer werdende Außenseiterin. Grande landet als pferdeschwanzschwingende Tussi alle Gags mit grandiosem Timing.

Vor allem aber können beide hervorragend singen. Am Broadway ist das nichts Ungewöhnliches, im Kino sehr wohl: In Filmmusicals sticht im Zweifelsfall das Schauspielertalent das Gesangstalent aus, weshalb man dort dauernd so dünne Stimmen wie die von Ryan Gosling (»La La Land«) hört. Bei »Wicked« aber braucht es kraftvolle Organe, um eine Empowerment-Ballade wie »Defying Gravity« mit der nötigen Wucht vorzutragen. Das gelingt Erivo unbeding.

Nachdem sie so mächtig gegen die Schwerkraft angesungen hat, ist allerdings immer noch nur der erste Teil vorbei – und die Fortsetzung ein ganzes Jahr entfernt. Vielleicht muss man das als gute Nachricht annehmen: Bis 2025 ist man den klebrig-süßen Nachgeschmack, den dieser Film hinterlässt, in jedem Fall wieder los.

Hannah Pilarczyk

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHIEFREDAKTION Dirk Kurbjuweit (V.i.S.d.P.), Dr. Melanie Amann, Thorsten Dörting, Cordula Meyer

LEITENDE REDAKTEURE *Editorial Desk:* Judith Horchert, Barbara Hardinghausen, Carolin Katschak (Blattmacherin Audio, Video & Social), Alexander Neubacher, Oliver Trenkamp, Stefan Weigel. *Leiter Redaktionelle Organisation:* Birger Menke, Bente Kirschtien (Geschäftsführende Redakteurin). *Leiterin Derivate:* Dr. Susanne Weingarten. *Redaktionelle Entwicklung:* Matthias Streitz

CHEFS VOM DIENST *Print:* Anke Jensen, Jörn Schuhr. *Online:* Patricia Dreyer, Anselm Waldmann; Melanie Ahlenstier, Lisa Erdmann, Kevin Hagen; Björn Henget, Olaf Heuser, Olaf Kanter, Sabrina Knoll, Nicolai Kwasniewski, Jonas Leppin, Florian Merkel, Charlotte Ostentsteinen, Dr. Dominik Peters, Dr. Jens Radü, Daniel Raacke, Martin Wolf

AUTOREN/REPORTER DER CHIEFREDAKTION Susanne Beyer, Ulrich Fichtner, Lothar Gorris, Stefan Kuzmany, Thomas Schulz

NEWS *Leitung:* Janko Tietz, Benjamin Schulz (stellv.); Behn Hahlmann, Anna Ehlebracht, Malte Göbel, Miriam Khan, Charlotte Luder, Jan Petter, Florian Pütz, Abdul Hakim Rahmatullah, Sven Scharf, Elisa Schwarze, Kim Staudt, Sebastian Stoll, Anastasia Trenkler, Nadine Wolter

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Sebastian Fischer, Christoph Hickmann, Maria Fiedler (stellv.), Marina Korbaki (stellv.). *Redaktion:* Sophie Gabe, Florian Gathmann, Milena Hassenkamp, Ann-Katrin Müller, Serafin Reiber, Anna Reimann, Jonas Schabale, Christoph Schult, Christian Teves, Severin Weiland. *Autoren, Reporter:* Dede Diening, Marcus Feldenknecht, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein. *Politik Hamburg:* Mark Röhlig

DEUTSCHLAND *Leitung:* Anke Dürr, Hendrik Ternieden, Dr. Markus Verbeet, Guido Mingels (stellv.), Sophia Schirmer (stellv.). *Redaktion:* Birte Bredow, Lisa Duhm, Silke Folken, Hubert Gude, Kristin Haug, Armin Himmelrath, Philipp Kollenbroich, Levin Kubeth, Annette Lunge, Katrin Langhans, Gunther Lath, Benjamin Maack, Christopher Piltz, Angsar Siemens, Swantje Unterberg, Sara Wess, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler.

Investigativ/Innere Sicherheit: Jörg Diehl, Wolf Wiedmann-Schmidt, Susanne Amann, Maik Baumgärtner, Sven Becker, Roman Höfner, Roman Lehberger, Nicola Naber, Sven Röbel, Fidulus Schmid. *Koordination SPIEGEL TV:* Thomas Heise. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Julia Jüttner, Dr. Klaus Wiegler. *Berlin:* Frauke Böger, Florian Kistler, Juliane Löffler, Hannes Schrader

WIRTSCHAFT/NETZWELT *Leitung:* Markus Brauck, Yasmin El-Sharif, Stefan Kaiser, Cornelia Schmergal. *Redaktion:* Ulf Vack, Dr. Philip Bethge, Benjamin Biedler, Michael Bräcker, Florian Diekmann, Kristina Garke, Simon Hage, Henning Jauernig, Dr. Matthias Kaufmann, Katharina Koerth, Matthias Kremp, Martin U. Müller, Thilo Neumann, Alexander Preker, Stefan Schultz, Kim Staudt, Udo Trichtl. *Autoren, Reporter:* Markus Becker, David Böcking, Alexander Kühn, Christian Reiermann, Marcel Rosenbach. *Berlin:* Patrick Meuth (Teamleitung Netzwerk), Markus Dettmer, Max Hoppenstedt, Michael Kröger

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohr, Britta Kollenbroich (stellv.), Julia Proisinger (stellv.), Jan Puhl (stellv.), Kurt Stukenberg (stellv.), Ozlem Topcu (stellv.). *Redaktion:* Lena Greiner (Teamleitung Globale Gesellschaft), Ann-Dorit Boy, Alexander Chernyshev, Francesco Collini, Fiona Ehlers, Muriel Kalsch, Mohamad al-Najjar, Katharina Graça Peters, Dunja Ramadan, Anna-Sophie Schneider. *Autoren, Reporter:* Alexandra Berlin, Christian Esch, Susanne Koelbl, Katrin Kuntz, Juliane von Mittelstaedt, Nadia Pantel, Maximilian Popp, Christoph Reuter, Alexander Sarovic. *Berlin:* Nicola Abé, Cornelius Dieckmann, Alexander Kauchanski

WISSEN *Leitung:* Michael Hengstenberg, Katja Thimm, Julia Merlot (stellv.). *Redaktion:* Marco Evers, Anika Freier, Johann Grolle, Arvid Hätsch, Marc Hasse, Lukas Kissel, Guido Kleinhubbert, Julia Koch, Julia Köpcke, Martin Schlak, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung Mobilität). *Autoren, Reporter:* Maik Großekathöfer, Christoph Seidler, Olaf Stampf, Antje Windmann. *Berlin:* Susanne Götz, Kerstin Kullmann, Alina Schawinkel. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Philipp Oehmke, Eva Thöne, Elisa von Hof (stellv.), Anton Rainer (stellv.). *Redaktion:* Felix Bayer, Tobias Becker, Christian Buß, Oliver Kaever, Ulrike Knöfel, Carola Padtberg, Katharina Stegelmann. *Autoren, Reporter:* Laura Backes, Andreas Borcholte, Xaver von Cranach, Sebastian Hammellehe, Wolfgang Höbel, Enrico Ippolito. *Berlin:* Lars-Olav Beier, Matern von Boeselager, Hannah Pfläzky, Tobias Rapp, Jurek Skrobala

REPORTER *Leitung:* Özlem Gezen, Christoph Scheuermann, Felix Dachsel (stellv.). *Redaktion:* Nora Gantenbrink, Julia Kopatzki, Jonah Lemm, Timofey Neshitov, Dialika Neufeld, Jonathan Stock. *Autoren, Reporter:* Marc Hujer, Frauke Hunfeld, Alexander Osang, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Hauke Goos, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stellv.). *Redaktion:* Peter Ahrens, Matthias Fiedler, Marco Fuchs, Jan Göbel, Nina Golombek, Benjamin Knaack, Marcus Krämer, Jonas Kraus, Marvin Rishi Krishan, Daniel Montazeri, Gerhard Pfeil, Mal Polonyi, Jörg Römer

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Friederike Freiburg, Maximilian Rau, Johanna Röhr, Anne Seith. *Tests:* Markus Linden, Jonas Mielke

MEINUNG & DEBATTE *Leitung:* Anna Clauß, Ralf Neukirch. *Redaktion:* Swantje Karich, Martina Kix

LEBEN *Leitung:* Frauke Lüpke-Narberhaus, Malte Müller-Michaelis, Helene Endres (stellv.), Nike Laurenz (stellv.). *Redaktion:* Julian Ae, Irene Berres, Antje Blind (Teamleitung Reise), Christopher Bonnen, Franziska Bulban, Markus Deggerich, Tanya Palenczyk, Helene Flachsenberg (Teamleitung Start), Florian Gontek, Sylvie Gühlmann, Dr. Veronika Hackenbrock, Lukas Hildebrand, Katharina Höller, Maren Hoffmann, Maren Keck, Heike Klovert, Eva Lehnen, Dr. Heike Le Ker, Philipp Löwe, Franca Quecke, Claudio Rizzello, Marthe Ruddat, Sandra Schulz, Julia Stanek, Markus Suter, Verena Töpfer, Nina Weber. *Autoren:* Julie Lutteroth, Mariame Wellershoff

GESCHICHTE *Leitung:* Dr. Eva-Maria Schurr, Dr. Felix Bohr (stellv.). *Redaktion:* Jonas Breng, Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Jochen Leffers, Frank Patalong, Frank Thadeusz. *Autorin:* Rafaela von Bredow

DATEN & VISUALISIERUNGEN *Leitung:* Dr. Matthias Stahl, Klaas Neumann (stellv.), Patrick Stotz (stellv.); Helen Bielawa, Holger Dambeck, Carla Grele-Huge, Guido Grigat, Max Heber, Frank Kalinowski, Jasmin Sarah König, Anna-Lena Kornfeld, Nina Krue, Ferdinand Kuchlmayr, Chris Kurt, Niklas Marienhagen, Gernot Matzke, Dawood Ohadh, Marcel Pauly, Bernhard Riedmann, Achim Tack, Alexander Trempler, Rina Wahls, Christoph Winterbach

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel, Alexandra Klausner (stellv.). *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckschebe, Pelle Kohrs, Marco Wedig

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gartred Alfeis, Gesine Block, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kasper, Sandra Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sandra Waage

SCHLUSSREDAKTION *Leitung:* Angela Ölscher, Petra Thormann; Kathrin Beyer, Christoph Brüggemeier, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Gesche Sager, Stefan Schütt, Martina Treumann, Holger Uhlig, Valérie Wagner, Katrin Zabel

BILDREDAKTION *Leitung:* Jose Blanco, Mascha Zuder, Maxim Sergienko (stellv.); Claudia Aepf, Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Philine Gebhardt (Teamleitung), Niklas Hauser, Signe Heldt, Gillian Henn, Daniel Hofmann, Andrea Huss, Rosa Kaiser, Jan Kappelmann, Carolin Klemm, Theresa Lettner, Parvin Nazami, Nicole Neumann, Daniel Nide, Inka Becke, Jens Rensing, Oliver Schmitt, Ireneus Schubli, Erik Seemann, Henriette Simons, Anke Welnit, Lena Wöhler, Lennart Wock. *Mail:* foto@spiegel.de

DESIGN *Leitung:* Jens Kuppi, Ann-Kristin Köhn (stellv.); Michael Abke, Franziska Bauer, Lisa Debacher, Sarah Dillon, Lynn Dohrmann, Bettina Fuhrmann, Linna Graue, Fabian Greve, Lennart Hespenehde, Jalal Hosseini, Eisa Hundertmark, Louise Jessen, Annika Loebel, Dagmar Nothjung, Kamila Ramezani, Barbara Rödiger, Lea Rossa, Marco Stede

TITELBLATT *Teamleitung:* Alexandra Grünig, Johannes Unsel; Suze Barrett, Pia Pritzel, Marcus Wiechmann

KORREKTORAT *Leitung:* Sebastian Hofer; Bastian Bredtmann, Thomas Fuchs, Barbara Schulz, Catrin Zander

SOCIAL MEDIA & LESERDIALOG *Leitung:* Ayla Kiran, Angela Gruber. *Redaktion:* Elena Block, Philipp Dreyer, Natasha Gmür, Maria Herbst, Jan Hoffmeister, Luisa Höppner, Aleksandra Janeska (Teamleitung Community), Charlotte Klein, Fabius Leibrock, Sebastian Maas, Petra Maier (Teamleitung Google Web Stories), Annina Metz, Anne Ramstorf, Robert Schlösser, Katharina Zingler

SEO *Teamleitung:* Insa Winter; Alexandra Knape, Bastian Midasch, Heiko Stammel, Hanna Zobel

VIDEO *Leitung:* Anne Martin, Benjamin Braden (stellv.), Leonie Voss (stellv.). *Redaktion:* Ilyass Alaoui, Sven Christian, Dennis Deurmeire (Teamleitung Talk), Benjamin Eckert, Birgit Großekathöfer, Janita Hämaläinen, Martin Jäschke, Heike Janssen, Marco Kasang, Eckhard Klein, Andreas Landberg, Jonathan Miske, Julia Parker (Produktionskoordinatorin), Fabian Pieper, Rachele Poupplier, Alexander Schmitt, Christian Weber

CHEFS VOM DIENST BEWEGTBILD Dirk Schulze, Martin Simening

AUDIO *Leitung:* Yasemin Yüksel, Jannis Schakarian (Chef vom Dienst), Sandra Sperber (Leitende Redakteurin). *Redaktion:* Philipp Fackler, Lucia Heisterkamp, Lenne Kaffka, Marius Mestermann (Teamleitung), Jerrit Schmidke, Maximilian Sepp, Regina Steffens

REDAKTIONSVERTRETUNGEN

DEUTSCHLAND
BERLIN Alexanderufer 5, 10117 Berlin, Tel. 030 88668-100

DRESDEN Steffen Winter, Wallgänschen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Markus Böhm, Alexander Demling, Lukas Eberle, Tobias Großekemper, Torsten Klein, Benedikt Müller-Arnold, Miriam Olbrisch, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Felnerstraße 7-9, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Stephaniensstraße 30, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 2277

LEIPZIG Peter Maxwill, Postfach 310135, 04162 Leipzig

MÜNCHEN Katrin Elger, Jan Friedmann (Koordination Nachrichten), Martin Hesse, Maria Marquart, Katherine Rydlink, Timo Schober, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 45459510

BADEN-WÜRTTEMBERG Christine Keck
REDAKTIONSVERTRETUNGEN/ KORRESPONDENTENBÜROS AUSLAND

BANGKOK Maria Stöhr
BOSTON Dr. Claus Hecking

BRÜSSEL Timo Lehmann, Michael Sauga (Autor), Rue Le Titten 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, rv.brussel@spiegel.de

LONDON Steffen Lüdke, Jörg Schindler
LOS ANGELES Philipp Wittrock

MEXIKO-STADT Jens Glüsing (frei), Tel. +52 55 56630526

MOSKAU Christina Hebel, Glasowskij Perelouk Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 3637623

NAIROBI Heiner Hoffmann, Tel. +254 111 341478, Fritz Schaap

NEW YORK Marc Pitzke, Bernhard Zand
PARIS Britta Sandberg, 4, Rue Goethe, 75116 Paris

PEKING Georg Fahrion, Christoph Giesen
ROM Frank Hornig, Stampa Estera, Palazzo Grazioli, Via del Plebiscito 102, 00186 Roma

RIO DE JANEIRO Gerald Traufetter (Chekkorrespondent)

SAN FRANCISCO Simon Book
SYDNEY Anna-Lena Abbott, Johannes Korge

TEL AVIV Thore Schröder, Tel Aviv-Jaffa 6803466, Israel

WASHINGTON Julia Amalia Heyer, Roland Nelles, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. +1 202 3475222

WIEN Walter Mayr
STÄNDIGE FREIE AUTOREN Dr. Andreas Bernard, Marian Blasberg, Christo Buschek, Arno Frank, Christo Grozev, Oliver Das Gupta, Jochen-Martin Gutsch, Asia Haidar, Leo Klumpp, Jasmin Lörchner, Juan Moreno, Wiebke Ramn, Anja Ritzel, Josef Saller, Richard C. Schneider, Ron Uitz, Ines Zöfel

DOKUMENTATION *Leitung:* Cordelia Freiwald, Kurt Jansson; Zehra Akhgar, Nikolai Antoniadis, Dr. Susmita Arp, Dennis Barg, Lars Böhm, Eva Bräth, Dr. Heiko Buschke, Almut Cieschinger, Johannes Eltzschig, Catrin Fandja, Dr. Matthias Felt, Jannis Frech, Leonie Charlotta Geiger, Janine Große, Imko Haan, Thurgott Hapke, Dr. Dorothee Heinicke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Jonas Hussgens, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Sören Johannsen, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Roman Kierst, Ulrich Klötzer, Anna Köster, Ines Köster, Maria Küpper, Dr. Julia Lange, Rainer Lübbert, Sonja Maab, Nadine Markwald, Dr. Andrea Meyhoff, Marvin Milatz, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Niesen, Dr. Gerret von Nordheim, Sandra Öner, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Sara Maria Ringer, Friederike Röhrke, Dr. Eva Saß, Andrea Sauerbier, Marko Scharlow, Mirjam Schussarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Anna Schwarz, Ulla Siegenthaler, Meike Staef, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Louisa Uzuner, Peter Wahle, Dr. Charlotte Weichert, Peter Weller, Karl-Henning Windelband, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Anzeigen: Hannes Engler
Geldtite Anzeigenpreisliste 2024
Müdigkeitsunterlagen und Tarife: www.spiegel.media, www.iqmedia.de

Vertrieb: Torben Sieb
Herstellung: Silke Kassuba

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Haas (Vorsitzender), Stefan Ottlitz

INTERNET www.spiegel.de

INSTAGRAM [instagram.com/spiegelmagazin](https://www.instagram.com/spiegelmagazin)

FACEBOOK facebook.com/derspiegel

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966, Mail: leserbriefe@spiegel.de
Vorschläge für die Rubrik «Hohlspiegel» nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten
Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort «Investigativ»; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Ombudsstelle
Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilmann Kruse unter hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

Redaktioneller Leserservice
Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdrucke in Medien aller Art
Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken oder Videos
Kontakt, Beratung: www.gruppe.spiegel.de/syndication und Bestellung: syndication@spiegel.de, Tel.: 040 3007-3540 für Deutschland, Österreich, Schweiz. Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Simone Daley, Mail: simonedaley@nytimes.com, Telefon: +44 20 7061 3507, ISSN 0038-7452

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter amazon.de/spiegel innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn, www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audioversion: Deutsche Blindenstudienanstalt e. V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 327,60, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 202,80, Auslandspreise unter www.spiegel.de/auslandsabo, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnementenservice Persönlich erreichbar
Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
 für € 6,30 pro gedruckte Ausgabe
 für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,69) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.

Der Bezug ist monatlich kündbar.
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)





LU WORTLIEG / INTERFOTO

Karin Baal, 84

Die gebürtige Berlinerin musste sich gegen Hunderte Mitbewerberinnen durchsetzen, um Mitte der Fünfzigerjahre die weibliche Hauptrolle in dem Film »Die Halbstarken« zu bekommen. Die Produktion suchte nichts weniger als einen neuen Star, der eine ähnliche Strahlkraft haben sollte wie die Französin Marina Vlady. Karin Baal war gerade 15 Jahre alt, als sie die Rolle der Sissy spielte, die mit jungen Kriminellen durch die Gegend zieht. Zwar musste sie nachsynchronisiert werden, weil man mit ihrer stimmlichen Leistung nicht zufrieden war. Doch neben Horst Buchholz wirkte sie oft sehr erwachsen, präsentierte sich selbstbewusst-lasziv und spielte ihre Figur mit bemerkenswerter Durchtriebenheit. Der Film gilt heute als Klassiker des Nachkriegskinos. Baal machte eine Schauspielausbildung und übernahm in der Satire »Wir Kellerkinder« (1960) eine weitere Hauptrolle. Doch mit der Zeit zeigte sich, dass es im damaligen deutschen Film nicht genügend gute Rollen gab, in denen sie ihre Fähigkeiten entfalten konnte. Ab Mitte der Siebzigerjahre wirkte sie in Fernsehserien wie »Derrick« und »Der Alte« mit. Kinoregisseure wie Rainer Werner Fassbinder oder Margarethe von Trotta engagierten sie auch noch in den Achtzigerjahren. 2018 wurde sie für ihr Lebenswerk mit dem Götz-George-Preis ausgezeichnet. Karin Baal starb am 26. November in Berlin. LOB



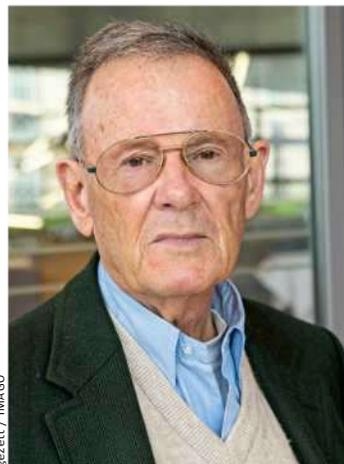
LOEL SIEGEL / AFP

Niels Arestrup, 75

Der französische Schauspieler war fünf Jahrzehnte lang ein überaus gefragter Darsteller des internationalen Kinos und arbeitete mit Regiegrößen wie Alain Resnais, Chantal Akerman und Steven Spielberg zusammen. Der in der Nähe von Paris geborene Sohn eines Dänen und einer Französin hatte bereits Theatererfahrung, als er 1974 im Kino debütierte; allein in diesem Jahr kamen drei Filme mit ihm ins Kino. Er habe »verführen« wollen, »stark« und »maskulin« wirken wollen, sagte ein Kollege einmal über ihn. Arestrup, der auch als Regisseur tätig war, konnte auf der Leinwand furchterregend wirken. Die Bösewichte, die er verkörperte, prägten sich ein. Für die Rolle eines Mafioso, der in dem Gefängnisdrama »Ein Prophet« (2009) seine Mitinsassen spüren lässt, wie mächtig er ist, gewann er gleich mehrere Preise. Niels Arestrup starb am 1. Dezember im französischen Ville-d'Avray. LOB

Michael Ruetz, 84

Der Künstler und Autor schrieb mit seiner Kamera Geschichte, er betrieb Spurensuche und schuf poetische Fotografien. Michael Ruetz, der aus einer Familie von Druckern, Journalisten und Verlegern aus Riga stammt, studierte Sinologie. Dann wurde er Augenzeuge der 68er-Studentenproteste – und griff zur Kamera. Auch den Einmarsch der sowjetischen Armee in Prag dokumentierte der Autodidakt, die Bilder brachten ihm einen Job beim »Stern« ein. Schwarz-weiß, grobkörnig, manchmal nicht ganz scharf – er erfasste mit seinen Fotos das Wesentliche. Perspektive war für ihn mehr als eine physikalische, gestalterische Größe, sie war Ausdruck seiner Haltung. Ruetz sympathisierte mit der Außerparlamentarischen Opposition. Bei der Springer-Presse konnte der Fotograf so nicht landen. Er wollte ohnehin mehr: 1972 nahm er an der Ausstellungsreihe Documenta 5 teil, im Laufe der Jahrzehnte publizierte er Dutzende umfangreiche Fotobände. Sein Buch »Auf Goethes Spuren« war ein Verkaufsschlager und der Titel Programm: Ruetz vollzog Goethes Lebensstationen fotografisch nach. Von Mai bis August 2024 war die Ausstellung »Poesie der Zeit« in der Berliner Akademie der Künste zu sehen. Sie zeigte seine fast 60 Jahre andauernden fotografischen Studien. Orte in der Hauptstadt oder in der Natur suchte er immer wieder auf und lichtete sie vom gleichen Kamerastandpunkt aus ab. Veränderung und Vergänglichkeit faszinierten ihn sein Leben lang. Michael Ruetz starb am 2. Dezember in Berlin. KS



REZERT / IMAGO



IMAGO

Ilke Wyludda, 55

Sie war die Schmerzensfrau der deutschen Leichtathletik. Ilke Wyludda, geboren in Leipzig, stieg als Nachwuchsathletin zur Sporthoffnung der DDR auf, wurde zweimal Junioren-Weltmeisterin im Diskuswurf. Sie galt als Wunderkind, als kommende Nummer eins der Welt. Es sollte aber dauern, bis sie ganz oben ankam. Nach der Wiedervereinigung hatte sie einige Durchhänger, 1992 bei den Olympischen Spielen in Barcelona wurde sie Neunte. Vier Jahre später in Atlanta warf sie sich dann zum Olympiasieg. Trotz des Erfolgs kamen Zweifel auf. Wyludda erreichte nicht mehr die Weiten wie zu DDR-Zeiten, war sie ins Staatsdoping verwickelt? »Viele haben uns unterstellt, wir hätten gedopt. Ich weiß, dass ich nicht gedopt habe«, sagte sie dem »Tagesspiegel«. Mit den Erfolgen kamen auch Verletzungen. Die Sehnen, das Knie, oft wurde sie operiert. Wyludda nahm phasenweise mehr als 60 Medikamente gleichzeitig. Als ihr Brustmuskel riss, hörte sie 2001 mit dem Sport auf. Fürs Erste. Nach einer weiteren Leidenszeit begann eine neue Karriere. Wyludda erlitt eine Blutvergiftung, ihr musste der Unterschenkel und später noch ein weiterer Teil des rechten Beins amputiert werden. Aufgeben war für sie jedoch keine Option, Wyludda wurde Paralympionerin. Anderthalb Jahre nach der Amputation qualifizierte sie sich für die Paralympics 2012. Nach ihrer zweiten Karriere kümmerte sie sich als Medizinerin um Schmerzpatienten. Ilke Wyludda starb am 1. Dezember in Halle an der Saale. KJO

Die Pflanzenflüsterin

Die US-amerikanische Sängerin **SZA**, 35, ist rätselhaft und emotional, im besten Sinne. So auch im Interview mit der britischen »Vogue«, deren Dezembercover sie gerade ziert. In der dazugehörigen Story wird sie als Person beschrieben, die ihren Emotionen freien Lauf lässt. Als die Journalistin bei einem Treffen gedankenlos etwas von einem Baum abreißt, reagiert SZA entsetzt. Dann entschuldigt sie sich: »Ich spreche mit allem. Ich spreche mit Pflanzen.« Im Podcast-Interview mit »Vogue«-Chefin Chioma Nnadi berichtet SZA auch über ihr drittes Album, an dem sie gerade arbeitet. Gut möglich, dass es erneut ein großer Erfolg wird: SZA, mit richtigem Namen Solána Imani Rowe, war insgesamt 26-mal für einen Grammy nominiert, viermal hat sie gewonnen, in diesem Jahr ist ihr Song »Saturn« in der Kategorie Bester R&B-Song nominiert. Dabei hatte sie sich ihr Leben eigentlich anders vorgestellt: »Seit ich ein kleines Kind war, war ich mir nicht sicher, ob ich Anwältin, Wissenschaftlerin oder Tierärztin werden wollte«, sagte sie gegenüber Nnadi. Als Künstlerin hat sie ihren Weg gefunden – und fühlt ihn auch: »Ich werde ab sofort blind meiner Intuition folgen.« IPP



Rachpoor / Bauer-Griffin / Getty Images



Leon Neal / Getty Images

Eisiger Premier

Adventliche Güte sieht anders aus: Mit seinem Verhalten hat der britische Premierminister **Keir Starmer**, 62, viele Menschen vor den Kopf gestoßen. Er lehnte es ab, eine 99 Jahre alte Weltkriegsveteranin zu empfangen, die für ein Treffen mit dem Politiker rund 8000 Kilometer angereist war. Das berichtet unter anderem die

BBC. Anne Puckridge ist britische Staatsbürgerin mit Wohnsitz in Kanada. Wie andere Rentner mit einem Pass des Vereinigten Königreichs, die in einem Land ohne ein entsprechendes Abkommen mit Großbritannien leben, entfällt für sie eine inflationsbedingte Erhöhung ihrer Bezüge. Nun wollte sie den Premier persönlich dazu bewegen, diese Regelung zu ändern. Seit 2001 lebt sie in Ka-

nada, seither ist ihre Rente bei 72,50 Pfund pro Woche eingefroren. Würde sie in London wohnen, betrüge ihre staatliche Grundrente 169,50 Pfund. Der Premier hatte eine »Überlastung des Terminkalenders« als Begründung seiner Weigerung angegeben. Stattdessen empfing eine Ministerin Puckridge – ohne Resultat. Die Seniorin soll danach »wütend« und »untröstlich« gewesen sein. KS

Subtile Botschafterin

Die britische Königsfamilie hat in der Grippezeit dieselben Probleme wie bürgerliche Unternehmen: Krankheitsbedingte Ausfälle steigen, das Personal wird knapp. Weswegen **Catherine**, 42, Princess of Wales, für Königin Camilla einspringen musste, um den Emir von Katar und eine seiner drei Ehefrauen bei ihrem Besuch in London offiziell im Namen von König Charles III. zu begrüßen – Camilla erholt sich derzeit von einer jüngst überstandenen Lungenentzündung. Auch Catherine tritt, was ihre royalen Pflichten angeht, gerade noch kürzer, um sich nach ihrer Krebsbehandlung zu schonen. Zusammen mit ihrem Ehemann



Henry Nicholls / WPA / Getty Images

hiess sie Scheich Tamim bin Hamad Al Thani und seine Frau Sheika Jawaher willkommen. Und bewies dabei, dass sie das Spiel mit symbolhafter Kleidung und ebensolchen Accessoires ähnlich gut beherrscht wie die 2022 verstorbene Königin Elizabeth II., die bei offiziellen Anlässen gern subtile Botschaften mithilfe ihrer Broschen sendete. Zur Begrüßung des Emirs trug Catherine ein unifarbenes Outfit ganz in Burgunder. Neben ihrem Mantel (von Designerin Sarah Burton für Alexander McQueen) waren auch Hut, Stiefel und Handtasche in einem warmen Weinrot gehalten, wie es sich in den Farben der Flagge von Katar wiederfindet. Prinz William trug eine farblich passende Krawatte. Catherines Schmuck stammt aus dem Nachlass der verstorbenen Königin, die Ohrhinge etwa bekam Elizabeth 1947 zu ihrer Hochzeit mit Prinz Philip geschenkt. Catherine trug sie bereits zu seiner Beerdigung im April 2021. Damals wurde ihre Wahl als Hommage an die lebenslange Verbindung von Philip und Elizabeth II. gedeutet. Welche Botschaft sie nun senden wollte, bleibt Spekulationsanlass für die passionierten Schmuckdeuter unter den Royalenthusiasten: Könnte es sich um ein verstecktes Votum für die monogame Ehe handeln? ARÜ



Anne Barsion / ABACAPRESS / IMAGO

Karaoke auf dem Dreirad

Das darf man wohl ein bescheidenes Selbstbild nennen: Nach seinen Sangeskünsten gefragt, gab sich **Damiano David**, 25, selbst eine moderate Note. Auf einer Skala von 1 bis 10, so der Sänger der italienischen Band Måneskin, die 2021 den Eurovision Song Contest gewann, habe er wohl »eine solide 6,5 bis 7«. Diese Einschätzung gab er vor laufender Kamera in Los Angeles zu Protokoll, auf dem Rücksitz eines Elektrodreirads. Der Grund für die seltsame Interview-Situation: Social-Media-Reporterin Alanna Malicdem, die regelmäßig zufällig Passanten auswählt und ihnen Geld dafür bietet, mitzu-

fahren und Karaoke zu singen. Nun traf es den bekannten Italiener »Damiano David aus Rom, Italien«, wie er sich im Video vorstellt: »Für 20 Dollar – willst du E-Trike-Karaoke ausprobieren?« Er fackelte nicht lange, nahm auf dem Rücksitz Platz und stimmte seinen derzeitigen Lieblingssong an, »Caught in a Blue« von Stephen Sanchez. Den widme er seiner Lebensgefährtin, der Sängerin und Schauspielerin Dove Cameron, sagte er. Danach stimmte er ein weiteres Lied an, und zwar sein eigenes »Born With a Broken Heart«. Am Ende seiner Karaoke-Rundfahrt verriet David noch, wofür er die offerierten 20 Dollar ausgeben wollte: für Fast Food. MKH

Starke Diva, harte Arbeiterin

Das Vorbeiziehen der Jugend beschäftigt Künstlerinnen schon immer und immer wieder. Auch Operndiva Maria Callas, eine der Größten ihrer Kunst, sah ihre Kräfte mit dem Alter werden schwinden. **Angelina Jolie**, 49, die die 1977 verstorbene Sängerin im neuen Film »Maria« verkörpert, geht es da ganz anders. »Ich habe bessere Arbeit bekommen, als ich älter wurde«, sagte die Schauspielerin einer britischen Journalistin der »Sunday Times«. Sie denke das allerdings gar nicht so sehr im Sinne der Rollen, die ihr angeboten würden, »sondern wegen der Lebenserfahrung, die man besteuern kann. Das ist für Schauspielerinnen leichter als für Sängerinnen oder Tänzerinnen,

weil sich dein Körper nicht verändert«, sagte Jolie. Eine Aussage, die freilich nur gelte, wenn man so aussehe wie Jolie, so die spitze Bemerkung der Journalistin. Ein großes Thema scheint für Jolie das Lernen zu sein, of-

fenbar war es das schon immer. »Als junge Schauspielerin sagt man Ja zu allem«, sagte Jolie. »Kannst du reiten? Kannst du diese Sprache sprechen? Dann musst du es lernen.« Sieben Monate lang hat Jolie nach eige-

nen Angaben auch für »Maria« studiert, intensiven Gesangsunterricht genommen und Italienisch geübt. Entsprechend sieht sie auch eine Gemeinsamkeit mit Maria Callas, in der »Hingabe an die Arbeit«. Callas wurde als »Diva« bezeichnet, Jolie möchte den Begriff von seinem negativen Image befreien. »Ich arbeite hart und bin eine sehr einfühlsame Person. Maria ist verletzlich wegen ihrer Gefühle und weil sie manchmal nicht in der Lage ist, sich selbst vor der Einsamkeit oder dem emotionalen Schmerz zu beschützen.« Laut »Sunday Times« war sich der chilenische Regisseur Pablo Larraín von Anfang an sicher, die Callas-Rolle mit Jolie besetzen zu wollen – obwohl sich diese zuletzt mehr auf Regiearbeiten konzentriert hatte. FEB



Angela Weiss / AFP



Bitte mehr Analysen

Nr. 49/2024 Titel: Sind wir sicher?

Sie sollten solche Titelbilder nicht machen. Sie fischen auch nach Lesern und Abonnenten wie Habbeck am Küchentisch nach Wählerstimmen. Enttäuschend!

Dagmar Naegele, Köln

Die Titelgeschichte war sehr informativ und bewegend. Doch fehlten wichtige Aspekte: Eine Ursache ist nicht nur die Armut als solche, sondern die immer größer werdende Kluft zu den Reichen – also die relative Armut. Angestachelt durch Internet und Co., wächst immer mehr Neid und auf wohlhabender Seite die herablassende Sicht auf Armut. Beides sind wesentliche Faktoren für Raub, Gewalt und so weiter.

Bert Wenzlawski, Laupheim (Bad.-Württ.)

Der Titel dieser Woche ist nichts anderes als Populismus. Ich habe in Bonn, Brüssel und Hamburg gelebt und lebe heute teils in Berlin, teils in Spanien und fühle mich nicht unsicherer als früher. Medien können Ängste auch schüren. Es ist bekannt, dass der gefährlichste Ort für Frauen und Kinder die häusliche Umgebung ist. Werde aber trotzdem weiter den SPIEGEL lesen.

Petra van Delden Beckert, Berlin

Ich finde die Überschrift »Die Angst geht um« zu reißerisch. Sie

suggeriert, dass sich eine Mehrheit der in Deutschland Lebenden nicht mehr auf die Straße traut, was faktisch falsch ist. Aber deutlich wird doch, was in der Regel zu mehr Gewalt führt: Armut! In Deutschland! Und gleichzeitig wird darüber diskutiert, den Sozialstaat einzuschränken, das Bürgergeld zu kürzen, soziale Projekte weniger zu finanzieren. Deutschland gilt nach wie vor als ein sicheres Land. Warum? Weil wir noch ein Sozialstaat sind. Nicht allein die Polizei verhindert Gewalt. Auch das Verhindern von Armut erhöht die Sicherheit eines Landes.

Stefan Merkl, München

»Sind wir sicher?« Diese Frage ist leicht zu beantworten: Nein! Sind wir nicht und werden wir auch nie sein. Erster Risikofaktor: wir selbst – mit unserer Gier nach Macht, Geld und Bedeutung (politisch, wirtschaftlich und auch gesellschaftlich). Zweiter Risikofaktor: die Natur – mit Unwettern, Dürren und Überschwemmungen. Dritter Risikofaktor: die Auswirkungen unserer Erfindungen – mit CO₂, Feinstaub, Baumängeln, Mikroplastik, schädlichen Chemikalien, unendlichen Abfallmengen, Waffen aller Art.

Michael Müller, Lentföhrden (Schl.-Holst.)

Weder wurde die Titelfrage geklärt, nämlich ob wir jetzt sicher sind oder nicht, noch wurde in Relation gestellt, ob wir überhaupt unsicherer oder sicherer sind. Nicht nur im zeitlichen Kontext, auch im internationalen Vergleich. Lebe ich tatsächlich unsicherer als im Deutschland der Sechzigerjahre? Oder lebe ich unsicherer als in den USA, Frankreich oder Italien? Gehen nicht vielleicht die größeren Gefahren meines Lebens vom Autofahren, Klimawandel oder Zigarettenrauchen aus? Vielen Dank für diesen reißerischen Titel.

Patrick Blömker, Tecklenburg (NRW)

Sechs Seiten tränenreiche Einzelfälle, eine halbe Seite Analyse. Nach viel Gejammer der ver-

schämte Hinweis, dass es in den Neunzigern mehr Morde gegeben habe. Das zeigt wieder nur, dass das Sicherheitsgefühl mehr von der Berichterstattung abhängt als von der Lage. In meiner Teenagerzeit in den Neunzigern hatte jedenfalls keiner Angst, nach draußen zu gehen, obwohl es objektiv gefährlicher war. Nächstes Mal bitte mehr Analysen, zum Beispiel: Betrifft der jüngste Anstieg alle Gruppen oder nur manche? Wie sieht es in anderen Ländern aus? Was könnten Lösungsansätze sein?

Christian Dittrich, München

Ich möchte anregen zu untersuchen, warum Männer immer gewalttätiger werden. Es wird leider ausgeblendet, dass der weitaus größere Teil der Täter:innen Täter sind. Bei jeder anderen Gruppe würde wohl ein Aufschrei durchs Land gellen.

Ute Noack, Wirdum (Nieders.)

Bleibt wachsam!

Nr. 48/2024 Wie ein ukrainisches Geheimkommando Nord Stream sprengte

Was für eine Rechercheleistung, und so spannend geschrieben. Man kann verstehen, warum Ukrainer diese Sabotage als militärische Heldentat werten. Was ich nicht verstehe: Warum haben die Helden nicht auch ihre eigene Pipeline gesprengt, durch die bis heute russisches Gas nach Österreich fließt?

Bernd Rohde, Ahrensburg (Schl.-Holst.)

Nette Story, aber sie überzeugt mich nicht. Ukrainer wissen, dass sie auf deutsche Hilfe und Fürsprache existenziell angewiesen sind. Das sollen sie nun selbst ernsthaft gefährden? Extrem unwahrscheinlich. Woher kannte die Crew den Verlauf der Röhren? Woher hatte der Segler das Hochleistungsborax? Woher kam der Sprengstoff? Was hat es mit den russischen Spezialschiffen auf sich, die sich – als Darkship – wohl mehrfach stundenlang über den späteren Explosionsorten

aufhielten, zuletzt fünf Tage vor den Explosionen? Warum wurde die »Andromeda« nicht verbrannt, sondern voller Spuren hinterlassen? Ihr unterschätzt den russischen FSB, der genau weiß, wie neugierig deutsche Journalisten sind. Und dass Putin einen Gaskrieg wollte, das wissen wir schon länger.

Dr. Michael Groß, Nesselröden (Nieders.)

Herzlichen Glückwunsch, gute Recherche. Ihr habt die Leute gefunden, die es getan haben. Aber wer war der Auftraggeber? Die Vermutung bleibt weiter, dass es die USA waren. Die USA möchten, dass der Westen kein Gas von Russland bezieht. Russland soll finanziell nicht erstarken. Die US-Ölkonzerne möchten Teilhabe am großen Geldgeschäft. Das Gleiche gilt auch für die europäischen Konzerne. Aus politischer Sicht: Die europäischen Staaten bleiben weiter von den USA abhängig. Politik ist ein knallhartes Geschäft. Bleibt weiterhin wachsam!

Otto Reinke, Vechta (Nieders.)

Zu Ihrem ausgezeichneten Bericht: Chapeau! Wir leben schon in einem sonderbaren Land beziehungsweise auf einem sonderbaren Kontinent. Wenn ein Autofahrer in Italien falsch parkt, werden seine Spuren europaweit verfolgt, damit er seine Strafe bekommt. Auch scheut sich die Justiz nicht, nach einer scheinbar staatsgefährdenden »Schwachkopf«-Bemerkung die ganze Härte des Systems zu zeigen. Um aber ein Verbrechen aufzuklären, das tatsächlich die Grundfesten unserer Infrastruktur erschütterte, bedarf es einer Handvoll Journalisten. Dass Deutschland und die EU-Partner entweder unfähig oder nicht willens sind, so etwas aufzuklären, erschüttert das Vertrauen in den Staat und die EU bis ins Mark.

Michael Heuberger, Seligenporten (Bayern)

Bundeskanzler Scholz hat sich kürzlich bei einer Fragestunde vor Publikum gewünscht, dass die Saboteure wichtiger deutscher Infrastruktur vor ein deutsches Gericht kämen. Nachdem inzwischen die Namen und Adressen der teilweise mit Haftbefehl gesuchten Ukrainer bekannt sind, müssten diese nach

Bewundernswert, wie operativ-investigativer Journalismus noch funktioniert, sogar international – oftmals im Gegensatz zu staatlichen Ermittlungsinstitutionen.

Dr. Edmund Haferbeck, Lübeck

Nr. 48/2024 Wie ein ukrainisches Geheimkommando Nord Stream sprengte

Deutschland ausgeliefert werden. Warum Deutschland, das die Ukraine inzwischen mit mehr als 30 Milliarden Euro (Geld und Waffen) unterstützt hat, die Auslieferung nicht durchsetzen kann oder vielleicht nicht will, bleibt ein Rätsel.

Dr. Norbert Müller, Herdecke (NRW)

Es ist schon unglaublich, was das Rechercheteam von SPIEGEL und ZDF zur Zerstörung der Gaspipeline Nord Stream herausgefunden hat. Unglaublich, mit welchen einfachen Mitteln dieser Sabotageakt durchgeführt wurde, der Deutschland in eine schwere Energiekrise gebracht hat. Unglaublich, wie nicht nur unsere Geheimdienste versagt haben. Unglaublich, dass Präsident Selenskyj von allem nichts gewusst haben will. Am unglaublichesten aber ist die ukrainische Auffassung, dass die Gasleitung ein militärisches Ziel sei, deren Zerstörung ein Segen für Deutschland und völkerrechtlich nicht zu beanstanden sei.

Dr. Manfred Breitenkamp, Berlin

Minutiös und schonungslos

Nr. 48/2024 SPIEGEL-Kritik: Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen analysiert unsere Klimaberichterstattung

Auf diesen Artikel habe ich Jahrzehnte gewartet. Jedem Satz ist beizupflichten. Hoffentlich richtet sich der SPIEGEL zukünftig

»Ich habe Parteivorstand und Fraktionsführung darüber informiert, dass ich als Kanzlerkandidat nicht zur Verfügung stehe.« Das waren die richtigen Worte! Nur leider vom falschen Mann.

Horst Ahrens, Schaffhausen (Schweiz)

Nr. 48/2024 Die Selbsterstörung der Genossen

nach der Empfehlung, ein Ressort für Klima und Zukunft einzurichten, um über Klimakriminalität aufzuklären und anhand von Beispielen aufzuzeigen, wie man es besser machen kann. Denn wie heißt es im Bericht: Realität ist das, was nicht weggeht, auch wenn man nicht daran glaubt.

Ernst Muscheid, Neuwied (Rhd.-Pf.)

Kompliment zu Ihrem Wagnis »SPIEGEL-Kritik«. Diese Form von Selbstkritik dürfte in der Medienlandschaft ihresgleichen suchen. Respekt.

Hans-Dieter Schabram, Berlin

Es ehrt den SPIEGEL, dass er Bernhard Pörksen den Schlingerkurs des Blatts in Sachen Klimaschutz so minutiös und schonungslos hat darstellen lassen. Mich als langjährigen Umweltjournalisten gruselte es immer, wenn der querquasselnde, von den Medien als seriöser Klimaforscher hochstilisierte Hans von Storch wieder einen großen Auftritt im Blatt hatte.

Dr. Dietrich Weder, Frankfurt am Main

Der Artikel ist eine ausgezeichnete Analyse und macht genau die richtigen Vorschläge. Eine Veränderung der sprachlichen Behandlung ist ebenfalls dringend erforderlich. Schließlich



Sagen Sie auch digital Ihre Meinung – auf SPIEGEL Debatte

Jochen-Martin Gutsch hält uns Deutschen selbstironisch den Spiegel vor. Ohne Lage und Stimmung schönzureden. »Manchmal denke ich, dass das lustvolle Leiden am Zustand der Welt vielleicht das größte deutsche Talent ist«, schreibt er. Wie wahr. Leider.

Dr. Frank Latka, Berlin

Nr. 48/2024 Kolumne »Alles Gutsch« über das Wort des Jahres, Elon Musk und die deutsche Lust am Untergang

handelt es sich bei den jetzt und in den kommenden Jahrzehnten ablaufenden Klimaveränderungen nicht darum, das Klima zu schützen (»Klimaschutz«) – sondern darum, einen für die Menschheit und das Leben erträglichen Planeten zu erhalten. Es geht also um Menschheits- und Lebensschutz. »Sagen, was ist«, bedeutet hier vor allem auch: positive Veränderungsbeispiele zu verbreiten.

Torsten Thiele, Meppen (Nieders.)

Wie schön wäre ein solch aufrüttelnder Artikel oder gar ein »Klimareport«, wie es das offensichtlich in anderen Ländern längst gibt, zu einer Zeit gewesen, in der wir Grüne an der Regierung hatten. Vernunftgeleitete Unterstützung gegen Lügen und Hassreden von Söder, Merz, Lindner und Co. hätte im günstigen Fall die Ignoranz in der Bevölkerung noch aufrütteln können. Nicht erst die nächste Generation wird dafür in der Klimahölle büßen, aber den meisten scheint das vollkommen egal zu sein.

Ursula Deinzer, Nürnberg

In dem wunderbaren Beitrag steht dieser zentrale Satz: »Das Problem ist die Vermischung von Meinung und vermeintlicher Realitätsanalyse.« Leider gilt diese Erkenntnis nicht nur für den Themenkreis Klima. Diese Vermischung findet in nahezu allen Themenfeldern statt, und das nicht nur beim SPIEGEL.

Tony Petersen, Hamburg

In Bezug auf die Klimakatastrophe hat sich der SPIEGEL viel zu langsam seinem Grundsatz »Sagen, was ist« angenähert. Umso nötiger war diese schonungslose, aber differenzierte Analyse. Ich bin mir sicher, der SPIEGEL wird daraus die richtigen Schlüsse ziehen und umsetzen. Es geht einfach um viel zu viel. Dem Magazin zu unterstellen, sich wenigstens teilweise der »Lügenpresse« angeschlossen zu haben, ist grundfalsch. Welches Presseorgan seiner Bedeutung räumt einem Fundamentalkritiker solchen Raum ein? Es ist aber auch daran zu erinnern, dass der SPIEGEL in der Causa Relotius schonungslos und aus freien Stücken gegen sich selbst vorgegangen ist und der Wahrheit die Ehre gegeben hat.

Dr. Klaus Swieczkowski, Hildburghausen (Thür.)

Die kritischen Bemerkungen von Herrn Pörksen treffen ins Schwarze. Mir ist die teilweise stark wechselnde Qualität von Recherche, (reißerischen) Überschriften und Lektorat aufgefallen. Der SPIEGEL sollte die Empfehlungen umsetzen: erstens ein eigenes Ressort, zum Beispiel Klima und Zukunft; zweitens die Stärkung der Narrative zur Ermutigung und Kooperation; und drittens die verstärkte transnationale Kooperation auch zum Thema Klimakriminalität. Dazu eine Förderung qualitätsorientierter Leser:innenbeteiligung, so wie Herr Pörksen auch eine verstärkte Beteiligung der Leserschaft einfordert. Dies könnte thematisch sortiert und gut lektoriert sein.

Dr. Bernd Eversmann, Andernach (Rhd.-Pf.)

Die Verknüpfung von aktuellen Themen (Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten) mit dem Thema Klimakatastrophe fehlt in dem ansonsten hervorragenden Artikel von Bernhard Pörksen. Auch Kriege sind Klimakriminalität. Sie töten nicht nur Menschen, sondern tragen durch die erhebliche Belastung des Klimas mittelfristig auch zur Zerstörung der Grundlagen für alles Leben auf unserem Planeten bei.

Ute Beese, Bottrop (NRW)

Leserbriefe bitte an leserbriefe@spiegel.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter SPIEGEL.de zu archivieren.

Der Starphilosoph und der Terrorist

ZEITREISE 1974 besuchte Jean-Paul Sartre das RAF-Mitglied Andreas Baader im Gefängnis. Das Treffen mit allem Drumherum gehörte zu den größten Fehlleistungen des französischen Philosophen.



Nr. 50/1974 »Da is nix, da kann man nur saufen, saufen«

Warum er den Terroristen besuche, wollte der SPIEGEL von dem französischen Starphilosophen Jean-Paul Sartre wissen, kurz vor dessen Treffen

mit dem RAF-Mitglied Andreas Baader in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim.

»Weil Baader zur internationalen Linken gehört«, antwortete Sartre. Die sogenannte Isolationshaft der Häftlinge laufe letztlich auf Folter hinaus, urteilte der Philosoph vorab. Auf der Pressekonferenz nach dem Besuch wiederholte er den Vorwurf: Baader habe »das Gesicht eines gefolterten Menschen«, begann Sartre, dann schilderte er die düstere Lage der Gefangenen.

Nichts davon entsprach der Realität. Baader und Genossen hatten in ihren Haftzellen Landkarten an den Wänden hängen, sie verfügten über Radio und Schreibmaschine und bekamen Zeitschriften und Bücher ihrer Wahl geliefert. Einsam waren sie kaum: Zwischen Juli und Oktober 1974 waren »an die 1000 Stunden« Verteidiger zu Besuch bei Baader, so ein Vollzugsbeamter.



Alain Nogués / Sygma / Getty Images

Regelmäßig trafen sich die Häftlinge in ihren Zellen.

Quelle für Sartres Schilderungen waren offenbar vor allem die RAF-Anwälte. Womöglich hatte der halb blinde Sartre auch den Besucherraum für Baaders Zelle gehalten. Dass Sartre versuchte, die Terroristen von ihrem Gewaltkurs abzubringen, und nach dem Gespräch vor Vertrauten gesagt haben soll: »Was für ein Arschloch, dieser Baader!«, kam vor der Presse nicht zum Ausdruck. Rückblickend sah Sartre das Gespräch in Stammheim als »Fehlschlag«.

In der Titelgeschichte beschäftigte sich der SPIEGEL mit der Alkoholsucht unter deutschen Jugendlichen. Rainer Lübbert

Gelebtes Brauchtum

SO GEGEHEN Seltsame Rituale auf Borkum – und in der Politik

Die Debatte um den umstrittenen Klaas-ohm-Brauch auf der Nordseeinsel Borkum, bei dem jährlich am 5. Dezember verkleidete junge Männer weiblichen Altersgenossen nachstellten und sie mit einem Kuhhorn schlugen, rückt nun auch das Brauchtum in der deutschen Spitzenpolitik ins Zentrum der Forschung.

Bekannt war zwar schon lange, dass die Sozialdemokratie sich traditionell ganze Legislaturperioden lang intern zerstreitet und nur kurz vor Wahlen rituell Geschlossenheit demonstriert. Ethnologen sind allerdings erstaunt über die ungebrochene Kraft dieses eigentlich überlebten Brauchtums: »Wie sonst könnte die SPD Olaf Scholz noch einmal als Kandidaten aufstellen?«



Interessiert verfolgen die Forscher auch die Rituale der konservativen Schwesterparteien CDU und CSU: Demnächst, so prognostizieren die Sozialforscher, müsste der CSU-Vorsitzende in der Verkleidung des unterstützenden Wahlkämpfers dem Kanzlerkandidaten der CDU nachstellen und brutal in den Rücken fallen.

Jüngste Forschungen widmen sich der FDP. Sie legen nahe, dass es sich auch beim sogenannten D-Day-Papier der Liberalen um gelebte Brauchtumpflege handeln könnte. Archivstudien lassen nun erstmals den genauen Ablauf dieses geheimen Rituals nachzeichnen: Wenn die FDP auf Bundesebene mit der SPD koalitiert, so fanden die Forscher heraus, dann gebiete es der Brauch, dass sich die liberalen Anführer nach einiger Zeit zur Planung des Koalitionsbruchs versammeln. Dem Abfassen eines rituellen Reformpapiers folge dessen koalitionsverheerende Veröffentlichung und schließlich der Bündnisbruch.

Dieser Brauch, erklären die Ethnologen, trage wesentlich zur Identitätsstiftung in der Partei bei und gelte als Höhepunkt des liberalen Festkalenders: »Die freuen sich immer schon von Beginn der Koalition an darauf.« Stefan Kuzmany

HOHLSPIEGEL

Aus der »Saarbrücker Zeitung«:

Museums-Chef wird wohl wieder eine Frau

Zitat einer stellvertretenden ADFC-Landesvorsitzenden auf hessenschau.de:

»Es gibt viele Orte in Hessen, die nur unter Inkaufnahme von Gefahren oder riesigen Umwegen mit dem Rad zu erreichen sind – für Kinder und Ältere also praktisch nur mit dem Auto.«

Schild auf dem Weihnachtsmarkt in Kisdorf (Schl.-Holst.):



Von rheinpfalz.de:

»In Rheinland-Pfalz können Fachkräfte früher in ihren Job in der Kita starten: Die Ausbildung kann von vier auf fünf Jahre verkürzt werden.«

Aus dem »Wiesbadener Kurier«:

Stillgelegte Buslinien scherzen noch immer

Von der Website der »Ostfriesen-Zeitung«:

»Auf dem Parkplatz der Ubbo-Emmius-Klinik in Aurich sind in der Nacht zu Sonntag vier Autos aufgebrochen worden. Die Täter ließen dabei auch Diebesgut mitgehen.«

Angebot für ein Bettsystem in einem Prospekt der Campingfirma Berger:

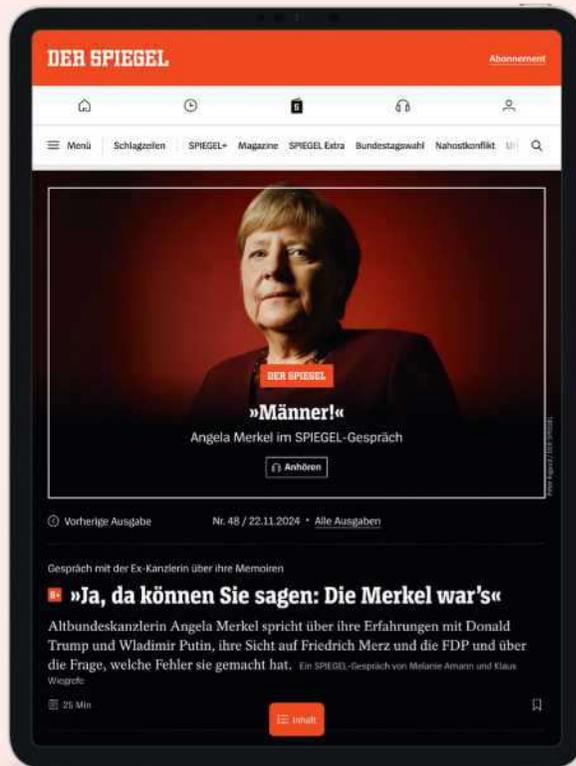


Hinweis auf »Focus Online« zum Text eines Insiders über das Energieeffizienzgesetz:

»Der Autor gibt in diesem Gasbeitrag seine persönliche Meinung wieder.«

Aus der »Berliner Morgenpost«:

»Die schillerndste Person im Dunstkreis von Boris Pistorius ist sicherlich Doris Schröder-Köpf, mit der er einige Jahre liiert war. Die Journalistin und Politikerin wurde bekannt als Ehefrau von Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD). Während dessen Amtszeit von 1998 bis 2005 übernahm sie als Kanzlergattin karikative Aufgaben.«



Jetzt testen: 4 Wochen SPIEGEL+ für nur € 1,-

Mit SPIEGEL+ erhalten Sie Zugriff auf die ganze digitale Welt des SPIEGEL. Inklusiv ist das digitale Magazin, der Zugang zum 11FREUNDE Digital-Angebot und mehr.



**Einfach Testmonat starten unter:
abo.spiegel.de/4plus1**

€ 1,- für die ersten 4 Wochen. Danach € 5,99 pro Woche.
Vierwöchentlich abgerechnet und kündbar.

DAUERTIEFPREISE

Jetzt gibt's Top-Handys dauerhaft günstig
mit der 1&1 All-Net-Flat.*

1&1 – Immer wieder besser.



ab **9,99** €/Monat*
DAUERHAFT

ab **24,99** €/Monat*
DAUERHAFT

ab **39,99** €/Monat*
DAUERHAFT



1und1.de



0721 / 960 6000

Sie erreichen uns rund um die Uhr kostenlos aus dem 1&1 Netz.



*Dauertiefpreise, z.B. das Samsung Galaxy A16 5G z.B. in Verbindung mit der 1&1 All-Net-Flat XS mit Multicard und 1 GB Highspeed-Volumen/Mon. (bis zu 50 MBit/s im Download/bis zu 25 MBit/s im Upload, danach je max. 64 kBit/s) dauerhaft für 9,99 €/Mon. oder das Samsung Galaxy S24 FE oder das Samsung Galaxy Z Flip6, z.B. in Verbindung mit der 1&1 All-Net-Flat S mit Multicard und 10 GB Highspeed-Volumen/Mon. (bis zu 300 MBit/s im Download, bis zu 50 MBit/s im Upload, danach je max. 64 kBit/s) dauerhaft für 24,99 €/Mon. (S24 FE) bzw. 39,99 €/Mon. (Z Flip6). Dauertiefpreis: Kein Preissprung während der gesamten Laufzeit. Einmalige Zahlung 20,- € (A16), 140,- € (S24 FE) bzw. 320,- € (Z Flip6) zahlbar bei Vertragsende, spätestens nach 36 Vertragsmonaten. Gleichzeitig wird treuen Kunden, sofern der Vertrag dann noch besteht, die Einmalzahlung im 36. Monat automatisch gutgeschrieben, sodass sie sich auf 0,- € reduziert. Gratis Telefonieren und Surfen gilt nicht für Sonder- und Premiumdienste, Verbindungen aus Deutschland ins Ausland sowie Roaming außerhalb EU gemäß Preisliste. Bereitstellungspreis je 39,90 €. Je 24 Monate Vertragslaufzeit. Bestimmte AI-Funktionen setzen einen Samsung Account Login voraus. Galaxy AI ist in Deutschland ab 16 Jahren verfügbar. Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Preise inkl. MwSt. 1&1 Telecom GmbH, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur. WEEE-Nr. DE13470330